Die Standortwahl unter dem Einfluß der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen in Frankreich

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades eines Doktors

der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Dipl.-Kfm. Eberhard Matiebel

aus Dresden

Berlin 1965

Druck:
ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT
der Förderer und Freunde der Freien Universität Berlin e.V.
DISSERTATIONS-DRUCKSTELLE
1 Berlin 33, Garystr. 45

Die Standortwahl unter dem Einfluß der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen in Frankreich

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades eines Doktors

der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Dipl.-Kfm. Eberhard Matiebel

aus Dresden

Berlin 1965

UNIVERSITEITSBIBLIOTHEEK - LEIDEN -

Dekan: Prof. Dr. Rudolf Schilcher
Referent: Prof. Dr. Erich Thiess
Korreferent: Prof. Dr. Karl Christian Behrens

Tag der mündlichen Prüfung: 29. Juni 1965

Die Standortwahl unter dem Einfluß der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen in Frankreich

	Seite
A. Einführung	1
B. Theoretische Grundlagen	5
I. Die Bedeutung der Standortwahl als Unternehmer-Entscheidung	5
II. Aspekte standort-theoretischer Untersuchungen	8
III. Die Standortwahl in der betriebswirtschaftlichen Theorie	9
1) Definitionen	9
2) Die Wahl des Standortes	14
IV. Die Auflösung der abstrahierenden Voraussetzungen der Theorie	27
1) Die reale Wahl im wirtschaftspolitisch nicht beeinflußten Raum	27
2) Die Wahl unter dem Einfluß wirtschaftspolitischer Maßnahmen	31
V. Standort-theoretische Untersuchungen in der französisch-sprachigen Literatur	36
C. Die Standortwahl in Frankreich	40
I. Einführung	40
II. Die entscheidenden Standortfaktoren bis zum Beginn der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen im Jahre 1955	44
1) Standortfaktoren auf der Nachfrage-Seite der Unternehmung	47
2) Standortfaktoren auf der Angebots-Seite der Unternehmung	73

Seite

3) Zusammenfassung 79

III. Die Standortverteilung vor Beginn der Dezentralisierungsmaßnahmen 82

1) Probleme bei der Messung der Verteilung 82

2) Die regionale Verteilung der französischen Industrie 84

3) Die regionale Verteilung in ausgewählten Industrie-Zweigen 98

IV. Die staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen 102

1) Möglichkeiten einer Dezentralisierung 103

2) Die Entwicklung der Dezentralisierungsbestrebungen 104

3) Die einzelnen Maßnahmen 105

V. Die veränderten Standortfaktoren und ihr Einfluß 122

VI. Die Standorttendenzen nach 1955 134

1) Schwierigkeiten bei der Erfassung der Standortverteilung 135

2) Die Verteilung der Standorte auf die einzelnen Departements 142

3) Schwerpunkte bei der Verteilung in einzelnen Industrie-Zweigen 157

4) Die Entwicklung bei der Verteilung der Standorte auf die einzelnen Regionen 162

D. Zusammenfassung 167

A. Einführung

Jede Karte der regionalen Verteilung der französischen Industrie spiegelt deutlich deren starke Konzentration in wenigen Zentren wider, besonders aber die Ballung im Raum Paris. Gewiß übt in vielen Ländern der Welt die Hauptstadt eine starke Anziehungskraft auch auf die Industrie aus, so daß sie von einem breiten Gürtel von Betrieben aller Branchen umgeben ist. Der Umfang der Zentralisierung übersteigt jedoch in Frankreich das übliche Maß.

Vergleichbar mit den französischen Verhältnissen bei ähnlicher Struktur der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ist nur noch Groß-London, das ein Sechstel der englischen Bevölkerung umfaßt. Ganz andere Gründe führten jedoch zu seiner Vorrangstellung: London ist in viel stärkerem Maße Welthandels-Zentrum und ferner eine bedeutende Hafenstadt. Hier fehlt die extreme industrielle Ballung, die dagegen in Frankreich sehr ausgeprägt ist.

Nach der Bevölkerungszählung von 1954[1] wohnten im Ballungsraum von Paris[2] 7,32 Millionen Einwohner, d. h. 17,1 % der gesamten Bevölkerung Frankreichs von 42,84 Millionen Einwohnern. Unter ihnen leben jedoch mit 3,58 Millionen

---

[1] Eine neuere Volkszählung fand Ende 1962 statt, jedoch liegen darüber noch nicht derartig ausführliche Ergebnisse vor; außerdem haben sich dabei bereits einige der Dezentralisierungsbemühungen ausgewirkt, so daß diese Zahlen für die Darstellung der Situation vor Beginn der entsprechenden Maßnahmen nicht geeignet sind.

[2] Zum Ballungsraum Paris oder zur "région parisienne" werden nach Art. 48 des "Code de l'urbanisme et de l'habitation" die Departements Seine, Seine-et-Marne und Seine-et-Oise gezählt sowie die 5 Kantone Neuilly-en-Thelle, Creil, Pont-Sainte-Maxence, Senlis und Nanteuil-le-Haudoin des Departements Oise. Da es bei allen Statistiken, die Zahlen für die einzelnen Departements angeben, in der Regel schwierig oder unmöglich ist, aus den Angaben für das gesamte Departement Oise diejenigen für die 5 Kantone herauszulösen, sollen im weiteren Verlauf der Arbeit, falls nichts anderes angegeben ist, mit dem Begriff "région parisienne" stets nur die 3 genannten Departements gemeint sein. Damit ergibt sich eine gewisse Verkleinerung aller Zahlen über die "région parisienne", die aber wegen der

Personen 19 % der aktiven Bevölkerung Frankreichs und mit 1,79 Millionen Menschen 23,5 % der in Frankreichs Industrie und Transportwesen Tätigen[1]. Der hier ansässige Teil der französischen Industrie ist ferner überdurchschnittlich leistungsfähig, denn 26,05 % der industriellen Produktion wurden im Jahre 1951 in diesem Gebiet erzeugt[2], wobei dieser Anteil in einzelnen Industriezweigen weitaus höher lag.[3]

Die französische Regierung hat die Gefahren, die sich aus dieser räumlichen Konzentration ergeben, erkannt und ihre Raumpolitik auf einen Abbau der Ballung ausgerichtet. Besonders seit dem Jahre 1955 häufen sich die staatlichen Anregungen, Verfügungen, Dekrete und Gesetze, die eine Dezentralisierung der französischen Industrie und neue Raumordnung erstreben. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisteten in der IV. Republik die Regierungen Mendès-France und Faure sowie die V. Republik unter ihrem Staatspräsidenten de Gaulle.

Die erwarteten Resultate blieben allerdings aus. Zwar sind die Dezentralisierungsmaßnahmen nicht ganz ohne Auswirkungen geblieben, jedoch sind sie, besonders bei einem Vergleich zwischen eingesetzten Mitteln und erzielten Ergebnissen, sehr umstritten. Die Tendenz zur räumlichen Konzentration besteht in etwa gleichem Maße fort, wenn man von einzelnen Sonderfällen absieht.

In dieser Arbeit soll nun zunächst untersucht werden, wie

---

verhältnismäßig geringen Bedeutung der 5 Kantone in Kauf genommen werden kann.

1 Vgl. "L'espace économique français", numéro spécial d'"Etudes et conjoncture", herausgegeben vom Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques INSEE, Paris 1955, S. 18-19.

2 Vgl. INSEE: L'espace, a. a. O., S. 84-87.

3 Die elektrotechnische Industrie tätigte zum Beispiel 1951 allein im Departement Seine mit 235,2 Mrd.Francs 60,9 % ihres gesamten Umsatzes. Hier handelt es sich jedoch um den Umsatz; der prozentuale Anteil des Departements wird dadurch überhöht, daß viele Unternehmen nur ihren Sitz

es zu der erwähnten Konzentration der Industrie kam. Dazu müssen zuvor auf Grund allgemein theoretischer Überlegungen die verschiedenen Einflüsse herausgearbeitet werden, die eine Standortwahl determinieren. Die Entwicklung eines allgemein gültigen Systems ist also erforderlich, in dem alle für die Standortwahl relevanten Faktoren derartig erfaßt sind, daß sich ihre standortlenkende Funktion ergibt.

Daraufhin kann untersucht werden, welche Faktoren die Unternehmer in Frankreich bei ihrer Suche nach einem günstigen Standort beeinflussen. Damit ergeben sich die Gründe für die industrielle Ballung im Nordosten und vor allem im Raum Paris. Nach einer Darstellung des Ausmaßes dieser Ballung und der Motive, die die französische Regierung veranlaßten, ihre Raumpolitik auf eine Dezentralisierung auszurichten, können die einzelnen Maßnahmen dieser Politik dann ausführlicher erörtert werden. Insbesondere ist zu zeigen, wie sie auf die Standortwahl durch den Unternehmer wirken, wie also diese Maßnahmen über das Unternehmer-Verhalten die regionale Verteilung der französischen Industrie beeinflussen.

Entsprechend der Themenstellung wird dabei die Standortverteilung hauptsächlich unter Berücksichtigung der Polarität zwischen den industriellen Zentren Nord- und Ostfrankreichs, vor allem aber der région parisienne, und den sonstigen Gebieten des französischen Mutterlandes untersucht werden.

Darüber hinaus sind folgende Einschränkungen gemacht:

Es werden nur die Standorte der französischen Industrie untersucht. Die Standorte aller sonstigen Wirtschaftssubjekte, wie etwa der Haushalte, der Betriebe des Handels etc. scheiden bei der Erörterung aus.

---

in diesem Gebiet haben; vgl. INSEE: L'espace, a. a. O., Annexe B 2 51.

Dagegen soll der Standort eines industriellen Betriebes genauso erörtert werden wie der einer Unternehmung[1]. Auch bei der Standortwahl für einzelne Betriebe innerhalb einer Unternehmung treten im Prinzip die gleichen Fragen auf, so daß bereits der Betrieb als gesonderte Einheit betrachtet werden kann. Die Orte der räumlichen Konkretisierung beider Einheiten, der Betriebe und der Unternehmung, sind nicht zwangsläufig identisch, wenn sie auch in der Regel zusammenfallen.

Es erweist sich weiterhin als zweckmäßig, die Untersuchung auf die Standortwahl bei Großbetrieben und großen Mittelbetrieben bzw. bei größen und mittelgroßen Unternehmungen einzuschränken, da gerade für sie die Wahl des richtigen Standortes problematischer und für ihre günstige Entwicklung entscheidender ist. In diesem Bereich wird es in der Regel erst nötig, in die Überlegungen bei der Standortsuche den ganzen nationalen Raum einzubeziehen und sich nicht von vornherein auf ein Teilgebiet zu beschränken. Vor allem aber kommen erst in diesem Bereich viele Faktoren bei der Standortwahl zur Wirkung, die es dann ermöglichen, mit größerer Bestimmtheit vorherzusagen, welcher Standort der optimale ist.

---

[1] Zur Abgrenzung zwischen Betrieb und Unternehmung vgl. S. 5, Fußnote 1.

B. Theoretische Grundlagen

I. Die Bedeutung der Standortwahl als Unternehmer-Entscheidung

Zu einer der wichtigsten Unternehmer-Entscheidungen[1], die ferner in zeitlicher Hinsicht am Anfang jeder Aufnahme einer unternehmerischen Tätigkeit steht, gehört die Wahl des Standortes. Gewicht erhält sie vor allem dadurch, daß sie relativ langfristig ist, da eine Änderung eines einmal gewählten Standortes in der Regel nur mit hohen Kosten durchführbar ist.

Allerdings kann man diese Frage nicht isoliert an den Anfang der unternehmerischen Tätigkeit stellen und unabhängig von den übrigen grundlegenden Entscheidungen des Unternehmers betrachten. Die Frage nach dem Standort kann nicht schlechthin gelöst werden, vielmehr hängt sie eng mit dem Produktionsprogramm zusammen. Beide Probleme sind wechselseitig abhängig. "Any producer may in the long run choose both what he shall produce and where. At any one time, however, he is likely to be found concentrating on one or the other of these decisions[2]." In der Realität werden da-

---

[1] Die Unternehmer sind hier nicht im Sinne Schumpeters verstanden als "die Wirtschaftssubjekte, deren Funktion die Durchsetzung neuer Kombinationen ist und die dabei das aktive Element sind" (Joseph Schumpeter: "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung", 5. Aufl., Berlin 1952, S. 111), sondern im Sinne Paulsens soll als Unternehmer derjenige angesehen werden, der "für eine Unternehmung die unternehmerischen Funktionen erfüllt, nämlich die letztgültigen Entscheidungen über den Wirtschaftsplan und seine Durchführung trifft" (Andreas Paulsen: "Allgemeine Volkswirtschaftslehre", Band III: Produktionsfaktoren, Berlin 1959, S. 155), wobei eine Unternehmung eine "Dauerveranstaltung zwecks Ertragserzielung" ist (Andreas Paulsen: "Allgemeine Volkswirtschaftslehre", Band II: Haushalte, Unternehmungen, Marktformen, 2. Aufl., Berlin 1958, S. 51), die mehrere Betriebe als "Dauerveranstaltung zur Produktion bzw. Lieferung bestimmter Güter" (Andreas Paulsen, Volkswirtschaftslehre Band II, a. a. O., S. 46) umfassen kann.

[2] Edgar M. Hoover: "The Location of Economic Activity", New York, Toronto, London 1948, S. 1-2.

bei wohl häufiger zunächst die Branche der Betätigung und die Produktionsmethode festgesetzt werden. Daraufhin kann der Unternehmer dann daran gehen, einen für ihn günstigen Standort zu wählen. Das soll daher der Gang der Abhandlung sein.

Nun hat aber die Wahl des Standortes, und das läßt sich bereits ohne tiefes Eindringen in die Materie sagen, eine große Bedeutung für die Entwicklung der Unternehmung, "parce qu'elle engage pour une très longue période les destinés de la firme[1]." Läßt sich ein Unternehmer an einem bestimmten Ort nieder, so fixiert er damit eine ganze Reihe von Variablen, die nun als Daten in seine Rechnung eingehen, wie zum Beispiel die Einstandspreise der Produktionsfaktoren, die auf Grund regionaler Preisdifferenzen und unterschiedlicher Transportkosten räumlich variabel sind. Mit ihrer Fixierung beeinflußt der Unternehmer seine Kosten und damit seine Rentabilität. Die Wahl des richtigen Standortes ist also ebenso entscheidend wie jede Betrachtung über die Kosten der Unternehmung.

Bei dieser Bedeutung, die der Wahl des Standortes zukommt, ist es erstaunlich, daß darüber relativ wenig Literatur vorhanden ist. Dazu mögen verschiedene Gründe beitragen.

Die Standortwahl ist in der Regel eine einmalige Entscheidung. Der Unternehmer wird selten mehrere Male während seiner wirtschaftlichen Tätigkeit vor dieses Problem gestellt. Daher fehlt ihm die Möglichkeit, Erfahrungen dazu zu sammeln. Veröffentlichungen von Praktikern werden also sehr selten sein.

Versucht man, einen optimalen Standort wirklich theoretisch exakt zu ermitteln, so stößt man bald auf ein komplexes System von Fakten. Sie sind zum Teil ziffernmäßig

---

[1] M. Philipponneau: "Etudes de localisation industrielle: l'adaptation des méthodes américaines", S. 783, in: "Hommes et Techniques", August-September 1958, No. 164-165, S. 783-788.

faßbar, zum Teil nicht faßbar[1]; sie sind auf einen Zeitpunkt bezogen oder teilweise auf einen Zeitraum[2]; sie werden zum Teil durch die Realisierung der Standortwahl beeinflußt, zum Teil sind sie davon unabhängig[3].

Das alles führte dazu, daß die Literatur über das Standortproblem nicht sehr umfangreich ist, was besonders deutlich außerhalb des deutschsprachigen Raumes zum Ausdruck kommt. Theoretische Untersuchungen sind jedoch unerläßlich auch für die Lösungen praktischer Fragen, denn die Theorie ist "fast überall der notwendige Ausgangspunkt für eine leidlich fundierte endliche gedankliche Umspannung der ganzen Mannigfaltigkeit des Lebens[4]." Befaßt sich also die Theorie nur wenig mit einem Problem, so wird auch seine praktische Lösung nur sehr unvollkommen sein, da es an entsprechenden Anregungen dafür fehlt.

Hinzu kommt, daß vorhandene theoretische Arbeiten dem Unternehmer oft keine Hilfen bei der Lösung seiner Probleme bieten können, da die Fragestellungen für ihn ganz anders sind. So sind etwa viele Veröffentlichungen volkswirtschaftlich orientiert oder, falls sie betriebswirtschaftlich ausgerichtet sind, auf Grund sehr starker Abstraktion zu theoretisch, so daß sie in der Realität keine Anhaltspunkte für die Bestimmung des optimalen Standortes geben können.

---

1 Nicht oder nur schwer faßbar ist etwa der Einfluß des kulturellen, klimatischen oder soziologischen Milieus.

2 Von Bedeutung sind nicht nur die augenblicklichen Einstandspreise eines Produktionsfaktors, sondern auch deren Entwicklung.

3 Fragt der Unternehmer nach vollzogner Standortwahl seine Produktionsfaktoren auf einem oligopolistischen Markt nach, so wird der Preis durch seine neu hinzugekommene Nachfrage beeinflußt; fragt er auf einem atomistischen Markt nach, so bleibt der Preis von seiner zusätzlichen Nachfrage unberührt.

4 Alfred Weber: "Über den Standort der Industrien. 1. Teil: Reine Theorie des Standorts." Tübingen 1909, S. III.

II. Aspekte standort-theoretischer Untersuchungen

Besonders in letzter Zeit sind die Standorttheorien stark volkswirtschaftlich orientiert. Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht der Versuch, die gegebene Bevölkerung optimal mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen, indem jeder wirtschaftlichen Tätigkeit ein Standort unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen gesamtwirtschaftlichen Produktion zugewiesen wird.

Damit zeichnet sich ein deutlicher Übergang ab von der früher häufiger vertretenen betriebswirtschaftlichen zur volkswirtschaftlichen Fragestellung,"von der Position des profitorientierten, nur am Standort des Einzelbetriebes interessierten Unternehmers zu jener des gemeinschaftsverpflichteten Landesplaners, und damit die Wandlung von der positivistischen Standortbestimmungs- und Standortwirkungslehre zur normativen Standortgestaltungslehre, die nur in der Strukturtheorie ihre Grundlage findet[1]." Diese Fragestellung der Volkswirtschaftstheorie kann jedoch im Rahmen der Arbeit nur von untergeordneter Bedeutung sein.

Doch auch innerhalb der betriebswirtschaftlichen Standorttheorie, der "Standortbestimmungslehre", lassen sich in der Praxis nur schwer geeignete Anregungen für die Suche nach dem optimalen Standort finden. Ein großer Teil der Theoretiker vereinfacht zu stark; ihre Modelle sind übermäßig von der Realität abstrahiert, so daß sie trotz ihrer theoretischen Leistung keinen praktischen Aussagewert besitzen[2].

---

1 Hans-Ulrich Meyer-Lindemann: "Typologie der Theorien des Industriestandortes", Bremen-Horn 1951, S. 197.

2 Hierher gehört zum Beispiel Webers Theorie. Alle Faktoren der gesellschaftlich-kulturellen Sphäre will er bei der Untersuchung der den Standort bestimmenden Einflüsse ausscheiden, darunter solche entscheidenden Faktoren wie etwa die Steuern, denen eine starke Standortlenkungskraft nicht abzusprechen ist. Vgl. Alfred Weber: Reine Theorie, a. a. O., S. 28.

Sie können im Rahmen dieser Untersuchung unbeachtet bleiben.

Andere Autoren wiederum versuchen, streng theoretische Modelle zu entwickeln, in denen sie den optimalen Standort mit Hilfe von umfangreichen Formeln mathematisch-exakt errechnen wollen[1]. Hier wäre weniger kompliziertes Vorgehen zweckmäßiger, denn eine "Theorie ist nicht unnütz, weil sie vereinfacht: Sie ist dies nur, wenn sie nicht aufs Wesentliche oder wenn sie mehr als nötig vereinfacht[2]."

In dieser Arbeit, die sich mit praktischen Standortfragen beschäftigt, soll also zunächst eine betriebswirtschaftliche Standorttheorie dargelegt werden, die alle die Überlegungen umfaßt, die ein Unternehmer auf der Suche nach einem ihm günstig erscheinenden Standort anstellt.

III. Die Standortwahl in der betriebswirtschaftlichen Theorie

1) Definitionen

Vor der Entwicklung einer solchen Theorie müssen zunächst die grundlegenden Voraussetzungen, unter denen sie gültig sein soll, und Definitionen aufgestellt werden. Ein Teil der im Folgenden festgelegten Voraussetzungen wird allerdings im weiteren Verlauf der Arbeit wieder aufgegeben; sie haben nur vorübergehende Gültigkeit zur besseren Verdeutlichung grundlegender Zusammenhänge.

Als Zielsetzung des Unternehmer-Verhaltens wird das Streben nach höchstmöglicher Rentabilität unterstellt. Dieses Stre-

---

[1] Derartige Formeln entwickelt Koch (Ernst Koch: "Die Theorien der Standortbestimmung der industriellen Produktion unter besonderer Berücksichtigung der Theorie der ortspreisorientierten Bestimmung des Produktionsstandortes. Dissertation, Frankfurt 1961), wobei er nicht quantifizierbare Standortvorteile, wie zum Beispiel gute Kontakte zu den Abnehmern, aus seiner Betrachtung herausnehmen muß.

[2] Hans-Ulrich Meyer-Lindemann: Typologie, a. a. O., S. 221.

ben vollzieht sich in einem System der freien Verkehrswirtschaft ohne staatliche Eingriffe. Das Produktionsprogramm der Unternehmung einschließlich der Methoden und des Umfanges der Leistungserstellung sind, wie oben bereits erwähnt[1], fixiert.

Als Standort einer wirtschaftlichen Tätigkeit ist der Raum anzusehen, in dem die zur Leistungserstellung nötigen Anlagen errichtet sind. Dabei kann ein Unternehmen, das mehrere Leistungen erbringt, die nebeneinander stehen[2], die hintereinander stehen[3] oder die identisch sind[4], für einzelne Betriebe verschiedene Standorte haben, wenn die einzelnen Produktionsstätten räumlich getrennt sind.

Jeder Standort ist durch ein Bündel von Fakten gekennzeichnet, die auf Grund ihrer Existenz die Erstellung einer Leistung an diesem Ort zunächst grundsätzlich ermöglichen oder verhindern; ferner können sie die Kosten und die Erlöse der Leistungserstellung beeinflussen, da ihre Heranziehung an verschiedenen Orten unterschiedliche Aufwendungen erfordern kann oder eine unterschiedliche Leistungsverwertung ergeben kann. Die Aufgabe des Unternehmers ist es, für die von ihm geplante wirtschaftliche Tätigkeit unter Berücksichtigung dieser Einflüsse den optimalen Standort zu ermitteln.

Als Zielsetzung des Unternehmer-Verhaltens wurde oben bereits[5] das Streben nach höchstmöglicher Rentabilität festgelegt. Damit ist der Maßstab zur Ermittlung dieses Optimums bestimmt und das eigentliche Problem der betriebswirtschaftlichen Standorttheorie klargestellt. Es ist die Frage nach dem Standort, "der - bei gegebener Betriebsgröße - die

---

1 Vgl. S. 5

2 Ein Automobilwerk erzeugt Personen- und Lastkraftwagen.

3 Ein Automobilwerk erzeugt Motoren und montiert Kraftfahrzeuge.

4 Ein Automobilwerk erzeugt den gleichen Wagen in verschiedenen Werken.

5 Vgl. S. 9

Verwertung eines vorgegebenen Leistungsprogrammes und seine Erstellung mit Hilfe einer ebenfalls festliegenden Methode in optimaler Weise ermöglicht. Hieraus folgt, daß ein Standort um so günstiger ist, je besser er einerseits den Einsatz der für die Leistungserstellung benötigten Güter, andererseits die Verwertung (den Absatz) der Betriebsleistung gewährleistet, wobei als Kriterium der erzielbare Rentabilitätsgrad zu gelten hat[1]."

Als Rentabilität wird das Verhältnis zwischen dem Gewinn einer Rechnungsperiode und dem eingesetzten Kapital bezeichnet; der Gewinn ergibt sich als Differenz zwischen Ertrag und Aufwand. Um eine maximale Rentabilität zu erzielen, bestehen für den Unternehmer also drei Möglichkeiten der Einflußnahme: auf den Ertrag, auf den Aufwand und auf das einzusetzende Kapital. Jeder Standort ist also danach zu beurteilen, wieweit sich in Abhängigkeit von ihm diese drei Größen verändern.

Ein möglicher Standort läßt sich jedoch nicht in cumulo auf seine Eignung zur Erstellung und Verwertung der geplanten Leistung untersuchen, da zu viele Einflüsse auf einmal zu berücksichtigen wären. Da er jedoch, wie oben erwähnt, durch verschiedene Eigenschaften charakterisiert ist, bietet es sich an, ihn auf Grund dieser im einzelnen zu analysieren. Dazu wird im allgemeinen der Begriff "Standortfaktor" verwendet, der von Weber in die Literatur eingeführt wurde. Er versteht darunter "einen seiner Art nach scharf abgegrenzten Vorteil, der für eine wirtschaftliche Tätigkeit dann eintritt, wenn sie sich an einem bestimmten Ort, oder auch generell an Plätzen bestimmter Art vollzieht. Einen 'Vorteil', d. h. eine 'Ersparnis' an 'Kosten' und also für die Standortslehre der Industrie eine Möglichkeit, dort ein bestimmtes Produkt mit weniger Kostenaufwand als an anderen Plätzen herzustellen; ...[2]" Diese häufig

---

[1] Karl Christian Behrens: "Allgemeine Standortbestimmungslehre", Köln 1961, S. 48.

[2] Alfred Weber: Reine Theorie, a. a. O., S. 16.

zitierte Definition Webers ist zu eng, da er den Begriff Standortfaktor, wie sich auch an anderen Stellen zeigt[1], an Kosten orientiert. Das Erfolgsstreben der Unternehmer soll jedoch unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität gesehen werden. Daher müssen neben den Kostendifferenzen auch Unterschiede in den Erlösen und im Kapitaleinsatz als standortbeeinflussend betrachtet werden. Darüber hinaus ist es denkbar, daß an einem Ort infolge des Fehlens einer bestimmten Voraussetzung eine Produktion der geplanten Art überhaupt nicht durchführbar ist, daß also diese Voraussetzung nicht die Rentabilität der Produktion beeinflußt, sondern diese erst ermöglicht. Die Definition soll also weiter gefaßt werden. Unter einem Standortfaktor sollen im Rahmen dieser Arbeit alle die Vorteile verstanden werden, die auf Grund unterschiedlicher Eigenschaften verschiedener Orte entstehen und die infolge ihrer Differenziertheit eine Produktion an einem Ort überhaupt erst ermöglichen oder es angeraten sein lassen, die Produktion an einem bestimmten Ort eher durchzuführen als an einem anderen, soweit ihre Wirkungsweise in der technischen oder ökonomischen Sphäre liegt. Standortfaktoren können sich also sowohl auf die Kosten als auch auf die Erlöse und das eingesetzte Kapital auswirken. Darüber hinaus gibt es noch Faktoren, die zwar die Wahl des Standortes beeinflussen können, die aber nicht mit unter den Begriff Standortfaktor eingeordnet werden sollen, weil ihre Wirkungsweise außerhalb der ökonomischen Sphäre liegt[2]. Sie können jedoch in der Realität auch einen großen Einfluß auf die Verteilung der Standorte haben; daher wird ihre Bedeutung weiter unten noch näher erörtert werden[3].

Eine Systematisierung der Standortfaktoren ist äußerst schwierig, weil die einzelnen Unterscheidungsmerkmale auf

---

[1] Weber kommt stets wieder auf die Kosten zurück; so sagt er beispielsweise: "Denn 'Standortsfaktoren' sind, wie definiert, 'Kostenvorteile', ..." (Alfred Weber: Reine Theorie, a. a. O., S. 24).

[2] So können zum Beispiel persönliche Interessen und Vorlieben einen Unternehmer veranlassen, sich an einem bestimmten Ort niederzulassen.

[3] Vgl. S. 27 ff.

verschiedenen Ebenen liegen und stets eine einmal getroffene Klassifizierung wieder überlagern. Nach ihrer Herkunft lassen sich etwa die Standortfaktoren in ökonomische und meta-ökonomische einteilen; zur ersten Gruppe gehören die Preise eines Produktionsfaktors, zur zweiten Gruppe gehören Daten, die aus der technischen, geographischen, politischen oder soziologischen Sphäre stammen, wie beispielsweise die technische Eignung eines Produktionsfaktors zur Erstellung einer bestimmten Leistung. In beiden Gruppen lassen sich rechenhafte und nicht rechenhafte Standortfaktoren unterscheiden; so sind regional unterschiedliche Faktorpreise etwa im Gegensatz zu guten Kontakten zu den Abnehmern in einem Kalkulationsschema leicht zu erfassen. Wieder auf einer anderen Ebene liegt die Einteilung der Standortfaktoren gemäß der Stellung der Unternehmung im Markt in solche, die auf der Beschaffungsseite auftreten, und solche Faktoren, die auf der Absatzseite der Unternehmung auftreten.

Alle diese Einteilungssysteme sollen stets im Hinblick auf eine vorteilhafte Anwendbarkeit in der Praxis und die Möglichkeit einer eindeutigen Zuordnung der Standortfaktoren gesehen werden, damit eine realitätsnahe Standorttheorie entwickelt werden kann. Zweckmäßig unter diesem Gesichtspunkt erscheint daher eine Systematisierung, die an die Relationen der Unternehmung zu ihrer Umwelt anknüpft. Der Unternehmer fragt auf dem Markt Produktionsfaktoren nach, um durch Kombination dieser Faktoren eine Leistung zu erstellen, die er dann auf dem Markt anbietet. Dabei wirken zahlreiche Daten der oben beschriebenen Art auf die Unternehmung, die Standortfaktoren auf der Beschaffungs-Seite, die beschaffungswirtschaftlichen Standortfaktoren, und die Standortfaktoren auf der Absatz-Seite, die absatzwirtschaftlichen Standortfaktoren. Darüber hinaus gibt es auf Grund der zwangsweisen Eingliederung der Unternehmung in das Sozialgefüge noch Faktoren, die sich nicht eindeutig der einen oder anderen Seite zuordnen lassen; sie spielen jedoch in der Regel nur eine untergeordnete Rolle.

2) Die Wahl des Standortes

In Anlehnung an die von Behrens entwickelte Standorttheorie[1] soll nun gezeigt werden, wie ein Standortfaktor in mehrfacher Weise den standortsuchenden Unternehmer bei der Standortwahl beeinflußt.

Das Auftreten der Standortfaktoren ist an mehr oder weniger begrenzte Räume gebunden, innerhalb der sie genutzt werden können.

Für die beschaffungswirtschaftlichen Standortfaktoren handelt es sich um das Beschaffungsgebiet.

Bei Standortfaktoren, die auf Grund der Beschaffung eines nicht transportablen Beschaffungsgutes entstehen, ist die Existenz dieses Faktors an diejenigen Orte gebunden, an denen ein Angebot des betreffenden Gutes besteht. Der Unternehmer kann also nur in den Genuß dieses Standortfaktors kommen, wenn er sich an diesen Orten niederläßt. Die Beschaffungsgebiete sind also unendlich klein.

Bei denjenigen Standortfaktoren, die sich aus der Beschaffung eines transportablen Beschaffungsgutes ergeben, bestimmt die Transportempfindlichkeit die Ausdehnung des Beschaffungsgebietes. Sie hängt von den Beschaffungskosten und den Beschaffungszeiten ab. Mit steigenden Beschaffungskosten, etwa infolge hoher Transportkosten je Einheit bei wachsenden Transportwegen, nimmt die Rentabilität der Produktion ab; das Beschaffungsgebiet ist also begrenzt. Beschaffungszeitlich ergibt sich eine Begrenzung des Beschaffungsgebietes, wenn der Transport einen hohen Schwund mit sich bringt oder wenn auftretender Bedarf stets kurzfristig gedeckt werden muß, wobei eigene Lagerhaltung unrentabel oder unmöglich ist. Ohne Interesse ist die Transportempfindlichkeit der Beschaffungsgüter, wenn sie eine Ubiquität sind, d. h. wenn sie überall oder nahezu überall in beliebiger Quantität und Qualität und zu unveränderli-

[1] Vgl. Karl Christian Behrens: Standortbestimmungslehre, a. a. O., S. 47 ff.

chen Preisen zur Verfügung stehen. Neben den spezifischen Transporteigenschaften des Beschaffungsgutes, die in der Regel regional gleich sein werden, bestimmen also vor allem die regionalen Transportverhältnisse die Ausdehnung des Beschaffungsgebietes. Dabei handelt es sich um die lokal vorhandenen Transportmittel, um deren am Ort herrschende Tarife und um die unterschiedliche Transportschnelligkeit. Je größer die Transportempfindlichkeit eines Beschaffungsgutes ist, desto begrenzter ist sein Beschaffungsgebiet. Je stärker aber das Beschaffungsgebiet begrenzt ist, desto mehr bestimmt der betreffende auf der Beschaffungsseite bestehende Standortfaktor die Standortwahl. Der Unternehmer kann nur in den Genuß des Vorteiles kommen, wenn er sich unmittelbar an dem Ort oder in seiner näheren Umgebung niederläßt, an dem ein Angebot von dem Beschaffungsgut vorhanden ist.

Auf der Absatzseite ergibt sich die gleiche Betrachtungsweise. Das Absatzgebiet ist nur punktförmig, wenn das betreffende Absatzgut nicht transportabel ist. Damit wird ein aus dem Absatz entstehender Standortfaktor relevant für die Wahl des Standortes.

Ist das Absatzgut transportempfindlich, so ergibt sich eine Begrenzung des Absatzgebietes. Die Transportempfindlichkeit kann durch hohe Transportkosten und die Notwendigkeit hervorgerufen werden, längere Transportzeiten zu vermeiden, weil das Absatzgut verderblich ist oder weil der Bedarf bei Unmöglichkeit der Lagerhaltung stets kurzfristig gedeckt werden muß. Mit wachsender Begrenzung des Absatzgebietes nimmt die Relevanz des Standortfaktors für die Standortwahl zu.

Für die einzelnen Standortfaktoren lassen sich also unterschiedliche Marktgebiete ermitteln. Ergibt sich dabei nur ein Punkt, an dem sich alle Beschaffungs- und Absatzgebiete überdecken, so ist damit der Standort bereits ermittelt. In der Regel handelt es sich jedoch um ein größeres Gebiet, in dem darüber hinaus sich nicht alle Marktgebiete überschneiden, so daß der Unternehmer nach besonde-

ren Gesichtspunkten innerhalb dieses Gebietes den optimalen Standort bestimmen muß. Dazu müssen die Standortfaktoren auf ihre Zusammensetzung hin untersucht werden.

Die beschaffungswirtschaftlichen Standortfaktoren ergeben sich aus dem Beschaffungspotential und den Beschaffungskontakten. Während mit der Bestimmung des Beschaffungspotentials eine Aussage darüber getroffen wird, welche Beschaffungsmöglichkeiten in einem Beschaffungsgebiet bestehen, zeigen die Beschaffungskontakte, welche Möglichkeiten der Ausnutzung dieses Potentials bestehen.

Das Beschaffungspotential eines Ortes wird bestimmt durch die Qualität und die Quantität der an dem Ort oder in seinem Beschaffungsgebiet angebotenen Einheiten des Beschaffungsgutes sowie dessen Preis. Das Beschaffungspotential wächst mit qualitativ und quantitativ größer werdenden Beschaffungsbedingungen und mit sinkenden Preisen. Die Größe dieses Potentials hängt von der Situation auf dem Beschaffungsmarkt ab; mit wachsender Nachfragekonkurrenz wird es sinken, während es mit wachsender Angebotskonkurrenz steigt. Für die einzelnen Beschaffungsgüter können jeweils individuelle Beschaffungspotentiale ermittelt werden.

Interessant für die standortliche Eignung eines Ortes sind jedoch nicht allein seine Beschaffungspotentiale und ihre Größe, sondern auch die Beschaffungskontakte. Sie erleichtern es dem Unternehmer, ein vorhandenes Beschaffungspotential auszunutzen. Dazu dienen alle marktfördernden Einrichtungen Privater oder des Staates wie etwa Marktforschungs- und Werbungs-Stellen, Messen, Beratungs- und Vermittlungs-Stellen.

Die absatzwirtschaftlichen Standortfaktoren ergeben sich bei der Untersuchung des Absatzpotentials und der Absatzkontakte. Das Absatzpotential umfaßt die an einem Ort oder in einem Absatzgebiet absetzbaren Mengen und die erzielbaren Preise. Es wird im einzelnen bestimmt durch den Bedarf, der sich aus der Zahl der Bedarfsträger und der Be-

darfsintensität zusammensetzt, die Kaufkraft, die Konkurrenz auf dem Absatzmarkt und den Herkunfts-Goodwill, der Produkten aus bestimmten Gebieten erwächst.

Die Absatzkontakte erleichtern die Realisierung des an dem Ort oder in seinem Absatzgebiet vorhandenen Absatzpotentials. Hierzu ist eine gute Ausstattung mit den oben bereits erwähnten marktfördernden Institutionen erforderlich.

Die unterschiedliche Ausdehnung der Marktgebiete bestimmt, welche Standortfaktoren für den Unternehmer bei der Standortwahl vor allem entscheidend sind. Bei einer allgemeinen Erörterung des Beschaffungsgebietes ergeben sich für ihn daher bereits folgende Überlegungen. Ist das Beschaffungsgebiet eng, d. h. kann der Unternehmer nur in einem kleinen Gebiet die Beschaffung der zur Durchführung der Produktion nötigen Produktionsfaktoren sicherstellen, so ist es entscheidend, daß in diesem Gebiet die zu beschaffenden Güter in ausreichender Qualität und Quantität zu tragbaren Preisen vorhanden sind. Von Bedeutung ist daher das Beschaffungspotential, während die Beschaffungskontakte nur eine untergeordnete Rolle spielen. Ist das Beschaffungsgebiet dagegen weit, so kommt es zur Ausnutzung des in dem weiten Gebiet existenten Beschaffungspotentials darauf an, daß der Unternehmer an dem Standort über gute Beschaffungskontakte verfügt. Mit ihrer Hilfe wird es ihm erleichtert, einen ausreichenden Überblick über das Beschaffungspotential des weiten Gebietes, d. h. über die Qualitäten, die Quantitäten und die Preise der zu beschaffenden Güter zu erhalten.

Für jedes einzelne Beschaffungsgut ist die Untersuchung des Beschaffungsgebietes vorzunehmen, denn das Unternehmen kann beispielsweise ein enges Beschaffungsgebiet in bezug auf einen zur Durchführung der Produktion nötigen Rohstoff, aber ein weites bei der Beschaffung der nötigen Kredite zur Betriebserrichtung haben. Damit können sich also unterschiedliche Arten der Beschaffungsorientierung ergeben. Für die einzelnen Produktionsfaktoren können unabhängig voneinander Beschaffungspotential oder Beschaffungskontakte zum

hauptsächlichen Standortfaktor werden.

Ebenso führt ein enges Absatzgebiet dazu, daß der Unternehmer seine Standortwahl vor allem unter Berücksichtigung des Absatzpotentials treffen wird; die Absatzkontakte hingegen werden in erster Linie relevant, wenn der Unternehmer ein weites Absatzgebiet hat, bei dem er gute Kontakte braucht, um das in dem Gebiet steckende Potential voll auszuschöpfen.

Aus der Kombination beider Marktgebiete erhellt sich die Relevanz der Standortfaktoren. Bei engem Beschaffungsgebiet und weitem Absatzgebiet, bei dem also das Unternehmen in erster Linie beschaffungsorientiert ist, kommt die größte Bedeutung dem Standortfaktor Beschaffungspotential zu. In zweiter Linie spielen die Absatzkontakte eine Rolle, während die Beschaffungskontakte und das Absatzpotential nur einen geringen Einfluß auf die Standortwahl haben.

Auf Grund der komplexen Zusammenhänge zeigt sich hier bereits, daß es für die standortliche Eignung eines Ortes nicht allein darauf ankommt, daß an ihm ein bestimmter Produktionsfaktor zu günstigem Preis angeboten wird, da sich das Beschaffungspotential in bezug auf diesen Produktionsfaktor nicht allein aus seinem Preis bestimmt, sondern daß vor allem die Größe aller Marktgebiete der Unternehmung über die Rangfolge der einzelnen Standortfaktoren entscheidet, wobei das geringste Marktgebiet die stärkste Begrenzung ausübt und damit den größten Einfluß auf die Standortwahl hat. Die Marktgebiete haben jedoch grundsätzlich die Tendenz, sich mit besser werdenden Transportverhältnissen auszuweiten, so daß also die lokalen Transportverhältnisse allgemein die standortliche Eignung eines Ortes in großem Maße mitbestimmen.

Ferner ergab sich, daß selbst in den Fällen eines gegebenen Beschaffungs- oder Absatzpotentials noch eine andere Tatsache einen Einfluß auf die standortliche Eignung eines Ortes hat. Die Marktkontakte spielen stets dann eine große Rolle, wenn ein weites Marktgebiet vorliegt, sowie in den

Fällen, in denen zwei Orte mit gleichen Potentialen verglichen werden. Daher werden grundsätzlich die Orte eine starke Anziehungskraft auf den Unternehmer ausüben, die über gute Transportverhältnisse verfügen und an denen gute Marktkontakte geschaffen werden können.

Jeder Unternehmer, der für den individuell von ihm zu errichtenden Betrieb einen optimalen Standort sucht, wird in der Praxis zunächst feststellen, welche Anforderungen er an einen Standort stellt. Dann wird er untersuchen, welche Orte diesen Anforderungen genügen; er ermittelt die Standortfaktoren potentieller Standorte und stellt sie seinen Anforderungen gegenüber.

Die Beschaffung der Unterlagen für die Ermittlung der Standortanforderungen ist keineswegs besonders schwierig oder kostspielig, denn sie sind für die genaue Planung des Betriebsablaufes ohnehin erforderlich. Die benötigten Zahlen lassen sich meistens den betrieblichen Plänen entnehmen. Hier sind vor allen Dingen der Personal-Plan, die Beschaffungs-Pläne sowohl für Anlagen- als auch für Umlaufsgüter und der Absatz-Plan zu nennen. Diese Pläne können sich weitgehend auf branchenmäßige Durchschnittszahlen gründen, die im Verhältnis zum geplanten Betriebsumfang gesehen werden müssen und wobei mehr oder weniger starke Abweichungen infolge betriebsindividueller Eigentümlichkeiten zu berücksichtigen sind[1]. Für die Standortplanung werden die entscheidenden Zahlen der einzelnen Teilpläne zusammengestellt und ergeben so zusammen mit den wenigen, ihnen nicht zu entnehmenden Angaben die Gesamtheit der Standortanforderungen.

Bei der Ermittlung der Standortfaktoren ist dagegen nicht mehr der eigene Betrieb Ausgangspunkt der Überlegungen,

---

[1] So werden etwa bei jeder Produktion, die besonderen Wert auf hohe Qualität legt, die Anforderungen an die Qualität der Produktionsfaktoren infolge der höheren gewünschten

sondern der zunächst unbekannte Raum. Hier müssen also gesonderte Unterlagen geschaffen werden.

Zahlreiche sekundärstatistische Quellen lassen sich dazu heranziehen, deren Aussagekraft allerdings unterschiedlich einzuschätzen ist. In Frage kommen hier allgemeine wirtschaftsgeographische Literatur, Arbeiten staatlicher und halbstaatlicher Stellen, vor allem der statistischen Ämter, über die soziale und wirtschaftliche Struktur bestimmter Gebiete, Schriften von Organisationen und Berufsverbänden. Bei der Verwertung dieser Unterlagen sind jedoch stets der Zweck der Veröffentlichung und der Herausgeber zu berücksichtigen. Arbeiten staatlicher Stellen werden im allgemeinen mehr volkswirtschaftliche als betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte im Auge haben. Wird die Ansiedlung neuer Industrien in einem wirtschaftlichen Notstandsgebiet erstrebt, so werden häufig alle die Tatsachen, die für den einzelnen Unternehmer eine Ansiedlung in diesem Gebiet als günstig erscheinen lassen, entsprechend hervorgehoben, während negative Faktoren in ihrer Bedeutung verkleinert oder totgeschwiegen werden. Neben der hierbei besonders gebotenen Kritik ist bei der Heranziehung der Unterlagen der Erhebungszeitpunkt zu berücksichtigen. Dabei ist nicht so sehr entscheidend, wie viele Jahre er bereits zurückliegt, sondern vor allem, wieweit die Aussagekraft der Unterlagen durch neuere Entwicklungen beeinträchtigt wurde.

Eigene Ermittlungen wird der Unternehmer in der Regel aus kostenmäßigen Gesichtspunkten nur subsidiär anstellen, falls die fremden Quellen über gewünschte Fragen nicht Auskunft geben können. Über folgende Gebiete informieren fremde Veröffentlichungen weitgehend: über die physikalisch-technischen Eigenschaften des potentiellen Standortes (Bodenschätze, klimatische Verhältnisse, Bodenverhältnisse, Verkehrsverbindungen), über die soziologisch-demographische Schichtung seiner Bevölkerung (Alter, Ge-

---

Präzision ebenso steigen wie die an die Quantität infolge des notwendigerweise höheren Ausschusses.

schlecht, Herkunft, Bildung, Berufsstellung) und über die wirtschaftliche Struktur (vorhandene Industrien und ihre Größe, Situation auf den einzelnen Märkten der Produktionsfaktoren und der Produkte). Diese allgemeinen Angaben müssen jedoch unter Umständen ergänzt oder korrigiert werden unter Berücksichtigung der speziellen Gegebenheiten eines Betriebes.

Bei dem Vergleich zwischen den Standortanforderungen und den Standortfaktoren potentieller Standorte wird der Unternehmer für jeden dieser Orte, der seinen minimalen Anforderungen genügt, darüber hinausgehende spezifische Vorteile ermitteln. Unter ihnen muß er nach Rentabilitätsgesichtspunkten den optimalen Standort auswählen. Er hat dabei also stets die Auswirkungen der Standortfaktoren auf die Kosten, die Erlöse und das betriebsnotwendige Kapital zu berücksichtigen.

Die Kosten sind zu ermitteln und auf eine einheitliche Bezugsgrundlage umzurechnen, um sie vergleichbar zu machen. Dabei empfiehlt sich eine zeitraumbezogene Betrachtung vor einer auf die Produktionseinheit bezogenen, da somit ein leichterer Vergleich mit den ebenfalls zeitraumbezogen zu ermittelnden Erlösen möglich ist und da vor allem bei einer Mehr-Produkt-Unternehmung die Fragen der Zurechnung der Kosten auf das eine oder andere Produkt entfallen. Ebenso ist für die standortabhängigen Erlöse und das Kapital zu verfahren. Es ergibt sich somit für jeden Standort eine spezifische Rentabilität. Nach den unterschiedlichen Rentabilitätsziffern wählt der Unternehmer unter den möglichen Standorten den optimalen Standort aus.

Die dazu erforderlichen Vorarbeiten erscheinen umfangreich und kompliziert. Jedoch ist dabei ein abgekürztes Verfahren der folgenden Art möglich, bei dem nicht mehr alle Einflußgrößen der Rentabilität genauestens kalkuliert werden müssen. Eine exakte Ziffer für die standortabhängige Rentabilität ist ohnehin nicht feststellbar, denn ein

Teil der zu ihrer Ermittlung erforderlichen Unterlagen beruht auf nicht meßbaren Größen oder Erwartungs-Größen, die nicht eindeutig feststehen. Die Rentabilitäts-Ziffer ist also nur ein Näherungswert. Daher ist es durchaus zulässig, daß gewisse Faktoren, die nur einen geringen Einfluß auf die standortabhängige Rentabilität haben, bei der Rechnung außer Betracht bleiben. Geschieht das für alle Standorte gleichermaßen, so wird sich an dem Ergebnis, das sich auf Grund des Vergleiches der Rentabilitäts-Ziffern der potentiellen Standorte ergibt, nichts ändern. In jedem Fall wird der gleiche Ort als der günstigste Standort erscheinen.

Das abgekürzte Verfahren zur Ermittlung der Rentabilitäts-Ziffer jedes potentiellen Standortes sieht dann folgendermaßen aus: Zu bestimmen sind auch hier wieder standortabhängige Kosten, Erlöse und Kapitalien. Es werden jedoch nur noch bedeutende, durch den Standort hervorgerufene Einflüsse berücksichtigt. Bei den Kosten werden nur noch die Haupteinflußgrößen erfaßt. Die gesamten Kosten setzen sich aus einer Summe zahlreicher einzelner Kosten zusammen, die einen unterschiedlichen Anteil an der Gesamtsumme haben. Es ist nun ersichtlich, daß bei einem Kostenteil, der nur 1 % der gesamten Kosten ausmacht, selbst eine Verdoppelung des Betrages die gesamten Kosten nur geringfügig ändert. Bei den standortabhängigen Kosten brauchen daher im abgekürzten Verfahren nur noch diejenigen untersucht werden, die einen bedeutenderen Anteil an den Gesamtkosten haben. Dabei handelt es sich in der Regel nicht so sehr um die Kosten aus einmaligen Ausgaben, sondern um die aus stets wiederkehrenden Ausgaben. Unter den standortabhängigen Kosten sind also im abgekürzten Verfahren vor allem die Personalkosten, die Energiekosten, die Kosten der eingesetzten Rohstoffe, Halbfabrikate, Hilfs- und Betriebsstoffe einschließlich der Aufwendungen für ihre Beschaffung sowie die Steuern zu untersuchen.

Bei den Erlösen sind ebenso nur diejenigen in die Berechnung mit einzubeziehen, die einen großen Anteil an den

Gesamterlösen haben. Daher können betriebsfremde Erlöse in der Regel ganz ausgeschieden werden.

Das standortabhängige Kapital wird hauptsächlich durch an einzelnen Orten zusätzlich erforderliche Anlagen beeinflußt, die den Kapitalbedarf verändern. Auch dabei sind nur noch die Änderungen zu erfassen, die über ein gewisses Maß hinausgehen.

Für jeden Standort sind allerdings die Berechnungen unter den gleichen Voraussetzungen vorzunehmen. Stets sind also für alle Standorte die gleichen standortabhängigen Erlöse, Kosten und Teile des betriebsnotwendigen Kapitals zu erfassen.

Sollten sich unter diesen Voraussetzungen zwei oder mehrere Standorte an der Spitze der Skala der Rentabilitäts-Ziffern ergeben, für die diese Werte eng beieinander liegen, die also etwa die gleiche Rentabilität haben und dabei zu den günstigsten Orten zählen, so sind im Bedarfsfall weitere Berechnungen vorzunehmen, indem der Kreis der standortabhängigen Rentabilitäts-Komponenten (Kosten, Erlöse und betriebsnotwendiges Kapital) wieder ausgeweitet wird. Jetzt können auch geringfügige Schwankungen die Rangordnung ändern und daher einen anderen Standort als den optimalen ausweisen.

Diese Hilfsrechnungen können allerdings in ihrer Bedeutung fragwürdig sein. Wie bereits aufgezeigt wurde, ist eine exakte Rentabilitäts-Rechnung wegen des temporären und daher nicht genau faßbaren Charakters eines Teiles der ihr zugrunde liegenden Ziffern nicht möglich. Eine augenblicklich optimale Rentabilität kann also bald ihre Vorrangstellung verlieren. Es mag daher erstrebenswert sein, sich an einem Ort niederzulassen, an dem eine nicht nur temporär gute Rentabilität vorhanden ist, sondern an dem die Rentabilität unter Berücksichtigung möglicher zukünftiger Änderungen optimal ist. Dabei muß es nicht unbedingt richtig

sein, wie es Meyer vorschlägt[1], sich aus Gründen der Sicherheit an dem Minimum der Hauptkosten zu orientieren. Zwar wird bei einer an allen möglichen Standorten prozentual gleichmäßigen Erhöhung nur der Hauptkosten derjenige Standort eine relative Verbesserung der Rentabilität aufweisen, bei dem diese Hauptkosten bisher im Minimum lagen. Das tritt jedoch nicht mehr ein, wenn für die Änderung der übrigen Komponenten der Rentabilität die gleiche Wahrscheinlichkeit besteht. Wird nämlich eine absolut oder relativ gleiche Änderung aller Teile der Gesamtkosten unterstellt, so ändert sich nichts daran, daß der vorher optimale Standort optimal bleibt, auch wenn die Hauptkosten hier nicht im Minimum waren.

Eine andere Einschränkung ist jedoch denkbar aus Gründen der Sicherheit, d. h. im Bestreben, ein langfristiges Optimum zu erreichen. Unter den standortabhängigen Kosten sind solche, die sich häufig und kurzfristig ändern, und solche, die nahezu unverändert lange Zeit hindurch auf gleicher Höhe bleiben. Die veränderlichen Kosten haben zum größten Teil steigende Tendenz, in geringem Maße nur fallende Tendenz. Im Sinne einer langfristig optimalen Rentabilität ist es vor allem erstrebenswert, die veränderlichen Kosten, bei denen die größte Wahrscheinlichkeit steigender Tendenz besteht, im gewählten Standort im Minimum zu haben. Eine bei diesen laut Voraussetzung besonders starke Tendenz zum Steigen wird sich in diesem Punkt am wenigsten auswirken, während ein anderer Ort, bei dem sie ursprünglich bereits höher waren, durch die Steigerung meist weiter benachteiligt wird. Er wird in jedem Falle benachteiligt, soweit die Steigerung nicht absolut gleiches Maß hat, sondern relativ gleiche Rate. Das ist jedoch der normale Fall, der stets dann vorliegt, wenn die höheren Kosten auf einen höheren mengenmäßigen Faktoreinsatz bei gleichen Preisen zurückzuführen sind oder auf eine Preissteigerung um einen bestimmten Bruchteil bei gleichbleiben-

[1] Wolfgang Meyer: "Die Theorie der Standortwahl", Berlin 1960, S. 89.

dem mengenmäßigem Faktoreinsatz[1].

[1] Das Gesagte sei an einem Beispiel verdeutlicht. Es wird unterstellt, daß an jedem Standort die gleichen Faktormengen eingesetzt werden müssen; sie betragen in jedem Falle 100 Einheiten Arbeit, 5 Einheiten Rohstoffe und 2 Einheiten Energien. Mit Hilfe der Preise an den potentiellen Standorten A, B und C sind die standortabhängigen Kosten zu ermitteln.

	Preise der Prod. fakt.			standortabhängige Kosten		
	A	B	C	A	B	C
Arbeit	2,--	2,10	1,90	200,--	210,--	190,--
Rohstoff	10,--	9,--	11,--	50,--	45,--	55,--
Energien	14,50	12,50	18,--	29,--	25,--	36,--
				279,--	280,--	281,--

Günstigster Standort unter Berücksichtigung nur der standortabhängigen Kosten ist also der Ort A. Andere Rangordnungen werden sich jedoch ergeben, wenn Preissteigerungen für die einzelnen Produktionsfaktoren unterstellt werden.

Erhöhung der Preise für die Arbeitseinheit um 50 %.

	Preise der Prod. fakt.			standortabhängige Kosten		
	A	B	C	A	B	C
Arbeit	3,--	3,15	2,85	300,--	315,--	285,--
Rohstoff	10,--	9,--	11,--	50,--	45,--	55,--
Energien	14,50	12,50	18,--	29,--	25,--	36,--
				379,--	385,--	376,--

Günstigster Standort ist jetzt der Ort C.

Erhöhung der Preise für die Rohstoff-Einheit um 50 %.

	Preise der Prod. fakt.			standortabhängige Kosten		
	A	B	C	A	B	C
Arbeit	2,--	2,10	1,90	200,--	210,--	190,--
Rohstoff	15,--	13,50	16,50	75,--	67,50	82,50
Energien	14,50	12,50	18,--	29,--	25,--	36,--
				304,--	302,50	308,50

Günstigster Standort ist der Ort B.

Erhöhung der Preise für eine Energie-Einheit um 50 %.

	Preise der Prod. fakt.			standortabhängige Kosten		
	A	B	C	A	B	C
Arbeit	2,--	2,10	1,90	200,--	210,--	190,--
Rohstoff	10,--	9,--	11,--	50,--	45,--	55,--
Energien	21,75	18,75	27,--	43,50	37,50	54,--
				293,50	292,50	299,--

Günstigster Ort ist der Ort B.

Die niedrigsten standortabhängigen Kosten wies also zunächst der Ort A auf. Bei Erhöhung der Preise der einzelnen Faktoren wird jeweils einer der anderen Orte optimal, und zwar immer der, in dem die Kosten für den entsprechenden Faktor vorher bereits minimal waren. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache kann also die Standortwahl in diesem Fall folgendermaßen aussehen. Die standortabhängi-

Damit ist eine umfassende einzelwirtschaftliche Standorttheorie entwickelt, an Hand deren der Unternehmer seinen Standort als den Ort der höchsten Rentabilität wählt. Der Unternehmer erreicht den Ort desto genauer, je exakter er seine Standortkalkulation durchführt und je besser sich die Einflüsse der Standortfaktoren auf die Rentabilität ermitteln lassen.

Die erste Voraussetzung wird weitgehend vom Standortsuchenden selbst bestimmt. Die Theorie zeichnet stets einen idealen Weg vor. Wie sich die Standortwahl real vollzieht, hängt davon ab, wieweit diese Theorie in der Praxis verfolgt wird. Da zwischen der idealen Theorie und der realen Handhabung oft starke Differenzen bestehen, ergeben sich auch Differenzen zwischen einer zu erwartenden Standortverteilung und den tatsächlich gewählten Standorten. So ist es auch erklärlich, daß zwei Unternehmer unter den gleichen Bedingungen bei ihrer Wahl im Ergebnis zu verschiedenen Standorten kommen, obwohl sie von objektiv gleichen Voraussetzungen ausgehen. Die Untersuchung dieser Gründe ist jedoch wichtig, um die Verteilung der Standorte in der Realität zu verstehen, da sie oft einen entscheidenden Einfluß darauf haben. Nicht immer vollzieht sich die Standortwahl unter den oben angegebenen Voraussetzungen[1]. Daher müssen die Voraussetzungen teilweise abgeändert und die sich daraufhin ergebenden Veränderungen dargestellt werden.

---

gen Kosten der drei Orte im Ausgangsbeispiel sind annähernd gleich. Der Unternehmer untersucht also andere Einflüsse. Rechnet er mit baldiger Steigerung der Arbeitskosten bei relativer Konstanz der übrigen, so wird er den Standort C vorziehen, da dieser trotz augenblicklich nicht optimaler Rentabilität ausgedrückt durch nicht minimale Kosten sich nach der Steigerung als der günstigste erweist. Entsprechend ist B günstiger bei vermuteter Änderung der beiden anderen Kostengrößen, die hier minimal sind. Verstärkt wird dieses Phänomen noch, wie leicht ersichtlich ist, wenn das Minimum der Kosten nicht nur durch geringe Preise, sondern auch durch einen geringeren mengenmäßigen Einsatz der Faktoren hervorgerufen wird.

[1] Vgl. S. 9 ff.

IV. Die Auflösung der abstrahierenden Voraussetzungen der Theorie

1) Die reale Wahl im wirtschaftspolitisch nicht beeinflußten Raum

Bei voller Gültigkeit der übrigen Voraussetzungen kann das Unternehmer-Verhalten durch eine andere Maxime als das Streben nach höchstmöglicher Rentabilität bestimmt werden. Der Unternehmer erkennt die Einflüsse aller Standortfaktoren auf die standortabhängige Rentabilität; er vermag auch, die Rentabilitäts-Ziffern der einzelnen potentiellen Standorte zu errechnen. Es kann jedoch für ihn Gründe geben, die ihn veranlassen, bewußt einen Ort mit nicht optimaler Rentabilität zu wählen.

Der Unternehmer wird in der Theorie als ein Mensch konzipiert, dessen Denken und Handeln an ökonomisch-rationalen Maßstäben ausgerichtet ist. Mit dieser Konstruktion ist es möglich, die ökonomische Realität, die ja weitgehend auch aus dem an sich unbestimmten und unbestimmbaren menschlichen Verhalten resultiert, in Gesetze und feste Zusammenhänge zu fassen. Das Handeln des ökonomisch-rationalen Menschen ist nicht mehr unbestimmbar, sondern auf Grund wirtschaftlich orientierter Rationalität festgelegt. Damit lassen sich viele Zusammenhänge und Abläufe theoretisch besser durchdringen. Stets muß man sich aber dieser Voraussetzung der Theorie bewußt sein und sie in dem Moment, da man die Realität an der Theorie bemißt, modifizieren oder ganz fallen lassen.

Untersucht man die de-facto-Verteilung der Industrien, so sind andere Beweggründe des Unternehmers mit in die Überlegungen einzubeziehen, die außerhalb der rein ökonomischen Sphäre sein Verhalten und damit die Standortwahl bestimmen. Behrens weist ausdrücklich auf "die Wirksamkeit anderer, praktisch sehr bedeutsamer Verhaltensweisen[1]" hin. Das

---

[1] Karl Christian Behrens: Standortbestimmungslehre, a. a. O., S. 46.

Feld dieser Motive der Standortwahl ist sehr weit. Sie sollen jedoch nur kurz erläutert werden, da es keine genauen Unterlagen über ihre Bedeutung gibt[1]. Zu nennen wären etwa bestimmte klimatische Verhältnisse, die nicht für den Betrieb oder die Unternehmung an sich erforderlich sind, sondern die der Unternehmer aus persönlichen Neigungen vorzieht[2]. Dazu gehört auch die kulturelle Atmosphäre eines Standortes, vor allem seine Ausstattung mit Bildungs- und Unterhaltungsstätten, die der Unternehmer für sich oder seine Familienangehörigen suchen kann. Auch Traditionen oder persönliche Bindungen können den Unternehmer an einen bestimmten Ort ziehen. Schließlich mögen ihn Prestige-Gründe veranlassen, besondere Gebiete vorzuziehen. So ist es noch heute in Frankreich erstrebenswert, zur Gruppe der Pariser Unternehmer zu zählen und sich damit von denen aus der unbedeutenden und fernen Provinz abzuheben[3].

Neben diesem Verhalten des Unternehmers, das durch metaökonomische Beweggründe bestimmt wird, kann auch irrationales Verhalten den Unternehmer bei der Wahl des Standortes beeinflussen, die sich dann außerhalb der oben erarbeiteten Erkenntnisse vollzieht. Trotz umfassender Untersuchungen kann der Unternehmer einzelne Standortanforderungen oder Standortfaktoren übersehen oder er kann bei der Ermittlung der standortabhängigen Rentabilität irren. Besonders bei exakt nicht faßbaren Daten spielt die Persönlichkeit des Urteilenden eine große Rolle. So können sich auf Grund objektiv gleicher Gegebenheiten durchaus unterschiedliche Verhaltensweisen ergeben, denn es reagieren nicht "alle

---

1 Genaue Unterlagen kann es auch kaum geben, denn der Unternehmer ist sich dieser Motive zum Teil selbst nicht bewußt. Sie bestimmen seine Wahl nur im Unterbewußtsein; häufig rationalisiert er sie durch andere, scheinbar vernünftigere Gründe.

2 So sagt Lösch etwa: "Bei der Südwanderung der englischen Industrie soll es eine bedeutende Rolle spielen, daß die Unternehmer und ihre Frauen gerner im Süden leben." August Lösch: "Die räumliche Ordnung der Wirtschaft", 2. Auflage, Jena 1944, S. 10, Anm. 1.

3 Vgl. S. 80 ff.

Wirtschaftssubjekte auf identische Daten in gleicher Weise[1]." Die Irrationalität kann schließlich so weit gehen, daß der Unternehmer eine andere Methode zur Ermittlung seines Standortes wählt. Hierzu dürfte vor allem die Imitation anderer Unternehmer gehören, die den Standortsuchenden veranlaßt, sich dort niederzulassen, wo bereits andere die gleiche oder eine ähnliche Produktion betreiben. Dabei bedenkt er nicht, daß einerseits nicht unbedingt die gleichen Anforderungen von beiden Unternehmen an den Standort gestellt werden und daß andererseits sich die ökonomischen Daten jedes Ortes durch jede realisierte Standortwahl ändern, so daß für ihn keineswegs mehr die gleichen gelten müssen wie für den oder die ersten Unternehmer. Daher ergibt sich für ihn eine andere standortabhängige Rentabilität.

Diese beiden Gründe führen dazu, daß sich Divergenzen zwischen der idealen und der realen Standortverteilung ergeben. Standorttheoretische Untersuchungen, die sie nicht mit berücksichtigen, sind daher zu einer Erklärung der Realität wenig brauchbar, da man dabei nicht einen Teil der Motive eliminieren kann. Deshalb scheidet Lösch in der Standorttheorie die Theorie des tatsächlichen Standortes, die zur Feststellung und Erklärung der Überlegungen führt, die die Unternehmer bei ihrer getroffenen Wahl leiteten, von der Theorie der rationalen Standortwahl, die den idealen Standort zu bestimmen sucht[2].

Vor allem besteht in der Realität nicht zwangsläufig eine Tendenz zu einem räumlichen Gleichgewicht, vielmehr ist in der Regel eine gewisse räumliche Konzentration festzustellen[3]. Dafür gibt es zwei Gründe. Wird zunächst unterstellt,

---

[1] Andreas Paulsen: "Allgemeine Volkswirtschaftslehre", Band I: Grundlegung, Wirtschaftskreislauf, 2. Auflage, Berlin 1958, S. 119.

[2] Vgl. August Lösch: Die räumliche Ordnung, a. a. O., S. 1-2.

[3] Zur Bestimmung des Begriffes Konzentration soll folgende Definition herangezogen werden: "Als Kriterium der räumlichen Konzentration kann die Häufung von Menschen, Roh-

daß sich theoretisch dieses Gleichgewicht einstellen müßte, so läßt sich daraus keineswegs folgern, daß dieses Gleichgewicht in der Realität auch tatsächlich existiert. Zwar würden sich nach dieser Voraussetzung die idealen Standorte so verteilen, daß der gesamte Raum einer Volkswirtschaft mit einem gleichmäßigen Netz von Industrien überzogen sein müßte. Wie jedoch oben gezeigt wurde, wird das Verhalten des Unternehmers nicht nur durch ökonomisch-rationale Motive bestimmt. Die tatsächliche Verteilung der Industrien, die auf der Realisierung der unternehmerischen Planung beruht, würde also trotz der unterstellten Gleichgewichtstendenz keine gleichmäßige Streuung aufweisen, sondern es würden sich bereits Schwerpunkte industrieller Entwicklung neben wenig industrialisierten Gebieten ergeben.

Bereits die Unterstellung der Gleichgewichtstendenz ist jedoch angreifbar. Infolge der ungleichmäßigen Verteilung von Angebot und Nachfrage sowie der Transportempfindlichkeit der Beschaffungs- und Absatzgüter sind die Marktgebiete der Unternehmungen mehr oder weniger räumlich konzentriert. Es ergeben sich also von vornherein beschränkte Räume, in denen sich vornehmlich die Standortwahl vollzieht. Durch einen neu in diesem Gebiet errichteten Betrieb kann sich zwar die standortabhängige Rentabilität ändern, das braucht aber keineswegs dazu führen, daß diese Orte in Zukunft weniger rentabel werden, denn die Standortfaktoren dieser Orte können sich trotzdem in positiver Weise verändern; insbesondere können Kostensteigerungen auf einer Seite durch Kostensenkungen oder Erlöszuwächse auf der anderen Seite kompensiert werden[1] oder sie können sich als nur

---

stoffen und/oder Betrieben an bestimmten Orten oder in bestimmten Gebieten verwandt werden." (Helmut Arndt und Günter Ollenburg: "Begriff und Arten der Konzentration", in: "Die Konzentration in der Wirtschaft", Herausgeber Helmut Arndt, Berlin 1960, S. 35).

[1] Höhere Löhne in einem Industriezentrum sind tragbar, wenn ihnen etwa geringere Transportkosten infolge der Nähe zu den Abnehmern oder Lieferanten gegenüberstehen.

nominale Kostensteigerungen erweisen[1]. Die Gefahr einer räumlichen Konzentration ergibt sich also bereits auf Grund der ungleichmäßigen Verteilung der Produktionsfaktoren und der regional unterschiedlichen Absatzmöglichkeiten.

Die Tendenzen zur räumlichen Konzentration haben in der Regel eine kumulative Wirkung[2], denn mit der räumlichen Konzentration ergibt sich eine Konzentration des Bedarfs. Eine Ballung bringt also für den Unternehmer wie für andere Wirtschaftssubjekte Vorteile mit sich. Der Arbeitsmarkt ist größer, damit kann der Unternehmer im Bedarfsfalle schnell eine neue Arbeitskraft finden, der Arbeitnehmer dagegen ist nicht auf einen einzigen oder wenige Arbeitgeber an seinem Ort angewiesen. Der Absatz ist leichter, da eine größere Zahl sowohl von Verbrauchern als auch von Weiterverarbeitern und Investoren am Ort vorhanden ist. Das Angebot an Gütern und Diensten aller Art wird für Unternehmer und Verbraucher größer.

2) Die Wahl unter dem Einfluß wirtschaftspolitischer Maßnahmen

Neben einzelwirtschaftlichen Vor- und Nachteilen treten jedoch häufig Nachteile für die gesamte Nation auf. Das gilt besonders dann, wenn die Ballung eine gewisse Grenze überschreitet.

Wehrwirtschaftliche Gesichtspunkte können gerade im Zeitalter vernichtungsstarker, ferngelenkter Waffen eine relativ gleichmäßige Verteilung der industriellen Kapazität über das ganze Territorium nahelegen, um einem potentiel-

---

[1] Nominale Lohnsteigerungen können zu einer qualitativen Verbesserung des Arbeitsangebotes führen, wenn damit gute Arbeitskräfte angezogen werden; die realen Lohnkosten können damit konstant bleiben.

[2] Vgl. Helmut Arndt: Konzentration, a. a. O., S. 36.

len Gegner die Chance zu nehmen, mit geringen Mitteln bereits die gesamte Wirtschaft lahmzulegen. Wehrwirtschaftliche Gesichtspunkte führten auch bereits zu den ersten erfolgreichen Dezentralisierungsversuchen in der französischen Industrie, als vor dem 2. Weltkrieg die bis dahin nahezu vollständig in Paris ansässige Luftfahrtindustrie, Flugzeug- und Flugzeugmotoren-Industrie zu einem großen Prozentsatz in den Südwesten des Landes in die Gegend um Toulouse verlegt wurde.

Nicht zu vernachlässigen sind auch die sozialen Probleme, die jede überstarke Ballung aufwirft, da in den Industrie-Zentren erfahrungsgemäß Straffälligkeit und Alkoholismus besonders verbreitet sind, infolge der ungesünderen Lebensweise und Lebensbedingungen die Lebenserwartung geringer ist und die Anfälligkeit gegenüber physischen und psychischen Erkrankungen größer ist.

Bei den gesamtwirtschaftlichen Nachteilen ist vor allem an das überproportionale Steigen der social costs[1] zu denken. Sie steigen in einem abgegrenzten Raum zunächst unterproportional, dann proportional und schließlich überproportional mit der Bevölkerungszahl. Die Kosten je Einwohner fallen also zunächst, erreichen ein Minimum und steigen dann wieder. Dieser Kostenverlauf erklärt sich durch die erhöhten Aufwendungen, die in dicht besiedelten Gebieten zur Energieversorgung, Müll- und Abwässer-Beseitigung, Wasser-

---

[1] Als social costs ist "der mit Leistungsprozessen verbundene, durch den gesellschaftlichen Charakter der Wirtschaft bedingte, ergänzend bzw. zusätzlich zu den entsprechenden einzelbetrieblichen Kosten hinzukommende Gutsverbrauch (Wertverzehr) zu bezeichnen, der bei anderen als bei den ihn durch ihre Tätigkeit oder Verhaltensweise verursachenden oder dadurch in ihrer Tätigkeit begünstigten Ökonomen entsteht." (Elisabeth Lauschmann: "Zur Frage der 'social costs'", S. 205, in: "Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Band 4/10, 1959, S. 193-220). Sie können bei einzelnen Wirtschaftssubjekten, Gruppen dieser Subjekte oder beim Staat entstehen. Die Kosten werden von einem Subjekt getragen, das dafür nicht unmittelbar eine Leistung erhält.

versorgung, Errichtung von Straßen, Unterhaltung des Verwaltungsapparates etc. erforderlich sind und durch die unvollkommene Ausnutzung entsprechender Anlagen in dünn besiedelten Gebieten. Gravier ermittelt in einer Untersuchung aus dem Jahre 1939 die Höhe dieser Kosten in Paris mit 1.833 F je Einwohner, während sie in sonstigen Städten über 100.000 Einwohnern nur 565 F und in den übrigen Gemeinden sogar nur 211 F betragen; es ergibt sich also eine Relation von 8,7 : 2,7 : 1,0[1]. Während nach amerikanischen Studien die optimale Bevölkerungszahl je Gemeinde aus diesen Gesichtspunkten heraus bei 150.000 Einwohnern liegt, ermittelt das französische Wiederaufbau-Ministerium (Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme) eine Optimalzahl von 50.000 Einwohnern[2].

Im Interesse des volkswirtschaftlichen Ganzen ist es also keinesfalls gleichgültig, wie sich die Industrien im verfügbaren Raum verteilen, welchen Standort die Unternehmer wählen. Daher kann es nötig sein, daß eine gesamtwirtschaftliche Standortpolitik als Teil der gesamten Wirtschaftspolitik in die Entwicklung der Verteilung der Standorte eingreift, um eine als erstrebenswert zu bezeichnende gleichmäßigere Verteilung zu fördern.

Diese gesamtwirtschaftliche Standortpolitik, die von Behrens "Raumwirtschaftspolitik" genannt wird, befaßt sich mit der Verteilung der "wirtschaftlichen Gebilde" im Raum[3]. Von Interesse ist sie im Rahmen dieser Arbeit, soweit sie

---

1 Vgl. Jean-François Gravier: "Paris et le désert français", Paris 1947, S. 183-184.

2 Vgl. dazu J. Lajugie: "Décentralisation industrielle, reconversion, aménagement du territoire", Bordeaux 1956, S. 19-20, gedruckt als Auszug aus der "Revue juridique et économique du Sud-Ouest", série économique, No. 2, 1956.

3 Vgl. Karl Christian Behrens: Standortbestimmungslehre, a. a. O., S. 106.

sich auf industrielle Unternehmen bezieht. Die Aufgabe dieser Raumwirtschaftspolitik wie die jeder Wirtschaftspolitik liegt zunächst einmal ganz allgemein darin, gewisse Änderungen im faktischen wirtschaftlichen Geschehen hervorzurufen. Sie beeinflußt speziell die ökonomische Struktur des Raumes, indem sie die tatsächlich gewachsene Struktur im Hinblick auf ein aus nicht privatwirtschaftlichen Erwägungen gewonnenes Idealbild hin zu verändern versucht. Zahlreiche Ziele werden damit verfolgt; dabei geht es vor allem um "the full and continuous use of production factors, good all-round living and working conditions, individual economic security, variety of individual economic opportunity, national solidarity, security and power, and rapid economic progress[1]." Keines von ihnen ist an sich vorrangig, vielmehr können alle nebeneinander verfolgt werden. Dabei bleibt es natürlich dem politischen Denken und Streben vorbehalten, besonderes Gewicht auf eines von ihnen zu legen.

Zahlreiche Mittel stehen der Raumwirtschaftspolitik zur Verfügung, um die Standortverteilung im Hinblick auf ein Idealbild zu beeinflussen, das auf Grund der oben genannten Ziele gewonnen wurde. Egner unterscheidet drei verschiedene Formen, bei denen jeweils andersartige Mittel eingesetzt werden[2]. Die empfehlende Standortpolitik gibt dem Unternehmer lediglich Hinweise auf besonders günstige Standortfaktoren. Die ankurbelnde Standortpolitik ist das eigentliche Feld einer marktkonformen Betätigung des Staates, bei der die Entscheidung über den tatsächlichen Standort bei dem Unternehmer bleibt, diese Entscheidung aber durch die Art des Mitteleinsatzes mehr oder weniger beeinflußt wird. Die befehlende Standortpolitik schließlich nimmt die Entwicklung der Standortverteilung direkt in die Hand; durch Gebote

---

[1] Edgar M. Hoover: Location, a. a. O., S. 243.

[2] Vgl. Erich Egner: "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortpolitik", S. 12 ff., in: "Raumforschung und Raumordnung", 6. Jahrg., 1948, Heft 1, S. 3-15.

zwingt der Staat den Unternehmer, sich an einem bestimmten Ort niederzulassen, oder verhindert den Zuzug an anderen Orten durch Verbote. Während die Mittel in der ersten und dritten Gruppe nicht sehr differenziert sind (Veröffentlichungen aller Art bzw. Gesetze und Erlasse), steht in der zweiten Gruppe ein reiches Instrumentarium zum Einsatz bereit. Es geht darum, den Unternehmer zu veranlassen, einen Betrieb an einem Orte zu errichten, den er ohne die entsprechenden staatlichen Maßnahmen nicht als Standort wählen würde. Entsprechend der oben entwickelten betriebswirtschaftlichen Standorttheorie stehen dem Staat mehrere Angriffspunkte zur Verfügung. Er kann neue Beschaffungs- oder Absatzgebiete entstehen lassen oder bestehende ausbreiten[1]; er kann aber auch in bestehenden Marktgebieten die standortabhängige Rentabilität verbessern, indem er die Kosten[2] oder das betriebsnotwendige Kapital[3] verringert oder indem er die Erlöse[4] erhöht. In mehreren Bereichen kann er dabei tätig werden, wobei sich zum Teil eine doppelte Wirkung ergibt[5].

---

[1] Er stellt Produktionsfaktoren an bestimmten Orten bereit oder ermöglicht den Absatz der Produktion.

[2] Er verringert beispielsweise staatliche Abgaben.

[3] Er stellt einen Teil der zur Leistungserstellung nötigen Anlagen zur Verfügung.

[4] Er gewährt zum Beispiel für die Produktion eines bestimmten Gutes an bestimmten Orten eine Subvention.

[5] Eine staatliche Baupolitik kann durch Bereitstellung von Boden eventuell einschließlich aller zur Aufnahme der Produktion nötigen Anlagen einen lokal auftretenden Bedarf befriedigen. Sie kann ferner durch Einflußnahme auf die Preise die Kosten für den Erwerb von Boden und die Erstellung der Anlagen senken.

Die Energiepolitik kann durch Schaffung neuer Energiequellen benötigte Energien bereitstellen und über die Tarife eine kostengünstige Energieversorgung garantieren.

Die Verkehrspolitik kann durch Erschließung neuer und billiger Verkehrswege die Verkehrsleistung bestimmter Orte erhöhen und preiswerter gestalten. Über die Verkehrstarife können die lokal unterschiedlichen Kosten der Verkehrsleistung beeinflußt werden.

Das Angebot an Arbeitsleistungen kann durch Schaffung besserer Lebensmöglichkeiten, insbesondere durch Bereitstellung von Wohnraum, erhöht werden; durch staatlich

Für den Unternehmer ist es entscheidend, welche Formen und Mittel der Standortpolitik angewendet werden, da sie seine Überlegungen bei der Standortwahl unterschiedlich beeinflussen. Die Mittel der ankurbelnden Standortpolitik verändern zum Teil seinen optimalen Standort, da sie die standortabhängige Rentabilität sowie bereits die Marktgebiete bestimmen. Während bei der empfehlenden Standortpolitik nur die Informationen des Unternehmers verbessert werden, verringert sich bei der befehlenden Politik die Zahl der potentiellen Standorte bereits vor Aufnahme der Rentabilitäts-Untersuchung durch die Gebote oder Verbote der Niederlassung.

V. Standort-theoretische Untersuchungen in der französisch-sprachigen Literatur

Im zweiten Teil der Arbeit soll untersucht werden, warum die Unternehmer in Frankreich bestimmte Punkte im nationalen Raum vorzugsweise als Standort für die Errichtung ihrer Produktionsstätten wählen. Es sind also die Einflüsse zu zeigen, denen sie bei der Standortwahl ausgesetzt sind. Besondere Berücksichtigung sollen dabei die Auswirkungen der

---

gelenkte regionale Lohndifferenzierung lassen sich die Kosten der Arbeit beeinflussen.

Die Finanzpolitik des Staates kann über eine regional unterschiedliche Erhebung von Steuern und Abgaben die Kosten der Produktion variieren; außerdem besteht noch die Möglichkeit, durch Subventionen die Erlöse an bestimmten Orten zu erhöhen.

Kreditpolitische Maßnahmen können die Beschaffung des notwendigen Kapitals zur Errichtung der Unternehmung in bestimmten Gebieten erleichtern oder über unterschiedliche Zinssätze verbilligen.

Schließlich kann eine allgemeine staatliche Förderungspolitik gewissen Orten Präferenzen schaffen, indem sie dort produktionsfördernde Anstalten (Forschungszentralen, Laboratorien etc.) oder absatzfördernde Institutionen (Märkte, staatliche Marktforschungsstellen, staatliche Beschaffungsressorts etc.) errichtet.

Vgl. dazu auch Erich Egner: Möglichkeiten, a. a. O., S. 12.

von der französischen Regierung zur Dezentralisierung der französischen Industrie beschlossenen Maßnahmen finden. Die diesen Untersuchungen zugrunde gelegte theoretische Konzeption muß einen besonderen Anspruch auf Realitätsnähe erheben. Es kann sich dabei nicht um eine vielleicht sehr exakte und weit differenzierte Theorie handeln, soweit nicht garantiert ist, daß sie die Überlegungen der Unternehmer bei der Standortsuche wirklich nachvollzieht. Nur so ist es möglich, daß die de facto entscheidenden Einflüsse herausgearbeitet werden, denen sich die Unternehmer bei ihrer Wahl ausgesetzt sehen.

Zu Eingang der Arbeit wurde bereits festgestellt, daß die Wahl des Standortes, obwohl es sich dabei um einen wichtigen Teil der unternehmerischen Entscheidungen handelt, von dem Unternehmer häufig getroffen wird, ohne daß er sich Rechenschaft ablegt über ihre Tragweite und Problematik[1]. Die getroffene Entscheidung ist jedoch maßgebend für den Standort der betreffenden Unternehmung. In der Mehrzahl der Fälle werden wohl die Standorte auf Grund allgemeiner Überlegungen ohne Zuhilfenahme einer Standorttheorie gewählt.

Unter diesen Voraussetzungen kann die im bisherigen Verlauf dargelegte Standorttheorie als die geeigneteste zur weiteren Untersuchung der gewählten Probleme angesehen werden. Sie mag dabei von streng wissenschaftlicher Seite durchaus angreifbar sein; jedoch mindert das ihren Wert für die weiteren Erörterungen keineswegs, da sie am ehesten den Gedankengängen der Unternehmer bei ihrer Standortwahl folgt. Sie treffen ihre Entscheidungen nach ähnlichen Gesichtspunkten, wenn auch vielleicht nicht bewußt und nicht in einem weiten Rahmen. Daher erscheint diese Theorie, auch wenn sie und gerade weil sie kein mathematisches Modell entwickelt, als besonders zweckmäßig für die weiteren Untersuchungen. Durch ihre Reduzierung auf allen Unternehmern geläufige Gedanken vermag sie am ehesten dazu zu dienen, die Gründe für ihre Entscheidung darzulegen.

---

[1] Vgl. S. 5 ff.

Dies gilt bei Berücksichtigung des geringen Umfanges theoretischer Arbeiten auf diesem Gebiet im französischen Sprachraum vor allem für eine Untersuchung der französischen Verhältnisse, da infolge dieses Mangels ein Unternehmer dort keine große Hilfe von der Theorie erwarten kann, wenn er versucht, möglichst exakt den optimalen Standort zu ermitteln. Standorttheoretische Untersuchungen aus dem französischen Sprachraum fehlten bis vor kurzem vollkommen. Erst in den 50er Jahren erschienen diesbezügliche Abhandlungen. Der Anlaß dazu mag in der Tatsache liegen, daß man sich immer stärker des fehlenden räumlichen Gleichgewichts im Lande bewußt wird. Eine Weiterentwicklung des internationalen Standes der Standorttheorie bringen diese Veröffentlichungen natürlich nicht; vielmehr versucht man, durch Rekapitulieren der gesamten Entwicklung die Basis für eigene Arbeiten zu schaffen.

Ausführlich befaßt sich vor allem der Franzose Claude Ponsard mit der Theorie. In seinem Werk über die "Histoire des théories économiques spatiales[1]" stellt er die Untersuchungen der bedeutendsten Theoretiker zusammen, die über das Standortproblem gearbeitet haben. Auch in einem weit gefaßten Zeitschriften-Artikel[2] nimmt der historische Teil den meisten Raum ein; im weiteren Verlauf der Arbeit beschäftigt sich Ponsard nur noch mit der Bedeutung der Standortwahl, kommt aber dabei über einige grundlegende Äußerungen über die Schwierigkeiten bei der Lösung dieses Problemes nicht hinaus.

Der bedeutende französische Wirtschaftstheoretiker François Perroux befaßt sich in seinem Werk 'L'économie du XXème siècle[3]" sowie in mehreren Zeitschriften-Aufsätzen am Rande auch mit dem Standortproblem; im Mittelpunkt seiner Betrach-

---

1 Claude Ponsard: "Histoire des théories économiques spatiales", Rennes 1958.

2 Claude Ponsard: "Note sur la localisation de la firme", in: "Revue économique", 1956, tome I, S. 101-116.

3 François Perroux: "L'économie du XXème siècle", Paris 1961.

tungen steht der "pôle de croissance", ein durch einen äußeren Anlaß begünstigtes Zentrum. Dieser Anlaß ist in bestimmten geographischen Gegebenheiten, oft aber auch in der Niederlassung einer Industrie, ja sogar eines einzelnen Betriebes zu sehen. An diesen Punkten kristallisiert sich das Wachstum und führt so zu einer ungleichgewichtigen Entwicklung, da dieser Pol eine mit seiner Vergrößerung wachsende Anziehungskraft ausübt.

An dieser Stelle soll auch auf den bereits erwähnten Aufsatz von Philipponneau[1] hingewiesen werden, der im Anschluß an den Amerikaner Robert M. Atkins eine Theorie der Standortwahl skizziert, die sich ähnlich der in dieser Arbeit vertretenen in mehreren Phasen vollzieht: "Une fois décidée la création d'un nouvel établissement, le choix de sa localisation s'effectue en trois phases: détermination des besoins de la nouvelle usine, recherche des emplacements possibles, choix définitif du site[2]."

Während allgemein theoretische Arbeiten über die Bestimmungsgründe der Wahl eines Standortes einer industriellen Unternehmung fast vollständig fehlen, gibt es mehrere Untersuchungen über einzelne Standortfaktoren, von denen man mit Recht annehmen kann, daß sie einen Einfluß auf die Wahl eines günstigen Standortes haben, wenn man sich auch im einzelnen nicht darüber klar ist, in welcher Weise sie ihren Einfluß ausüben. Dazu sind die Arbeiten von Gabriel Dessus[3] und vor allem Jean-François Gravier[4] zu nennen, die

---

1 M. Philipponneau: Etudes de localisation, a. a. O.

2 M. Philipponneau: Etudes de localisation, a. a. O., S.785.

3 Gabriel Dessus: "Introduction à l'étude de la localisation de l'industrie", tome I der Reihe: "Rapports et travaux sur la décongestion des centres industriels" der Délégation Générale à l'Equipement National, Paris 1944.

ders.: "Eléments d'une politique de localisation de l'industrie", in: "Cahiers de la Fondation nationale des Sciences politiques", No. 7, Paris 1949, S. 13-101.

4 Jean-François Gravier: "Décentralisation et progrès technique", Paris 1953.

ders.: "Paris et la désert français", Paris 1947.

die räumliche Verteilung einiger Standortfaktoren in Frankreich darstellen, wie sie sich etwa auf Grund der Transportwege, der Arbeitskraft, der bedeutenden Absatzpunkte etc. ergeben. Ähnliche Untersuchungen im französischen Sprachbereich führt Dechesne[1] für Belgien durch.

C. Die Standortwahl in Frankreich

I. Einführung

Aufbauend auf den Erörterungen des ersten Teiles der Arbeit soll nun dargestellt werden, wie sich in Frankreich die Standortwahl vollzieht,und welche Verteilung der Standorte sich dabei ergibt. Dazu sind zunächst die Gründe zu zeigen, die die Unternehmer veranlassen, sich an bestimmten Orten anzusiedeln, unter ihnen gemäß der Themenstellung insbesondere die Einflüsse der Dezentralisierungsmaßnahmen. Der Einfluß dieser Maßnahmen ist jedoch schwer von dem der sonstigen Standortfaktoren zu isolieren; das vielfach in den Naturwissenschaften angewandte Experiment, bei dem durch den Vergleich zweier Abläufe, die sich nur in der zusätzlichen Einwirkung eines Faktors unterscheiden, der Einfluß dieses Faktors gemessen werden kann, läßt sich nicht anwenden. In Anlehnung an diese Methode soll jedoch versucht werden, die Bedeutung der Dezentralisierungsmaßnahmen für die Standortwahl darzustellen. Zunächst werden die Standortfaktoren gezeigt, die vor Beginn der Dezentralisierungsmaßnahmen die Standortwahl bestimmten. Die sich daraufhin ergebende Verteilung der Standorte wird dann erörtert. Es wird zu zeigen sein, daß es sich dabei um eine fortgeschrittene räumliche Konzentration handelt. Die zu ihrer Bekämpfung von der französischen Regierung ergriffe-

---

ders.: "Paris et le désert français", 2.veränderte Auflage, Paris 1958.

[1] Laurent Dechesne: "La localisation des diverses productions", Bruxelles 1945.

nen Dezentralisierungsmaßnahmen werden dann dargestellt. Die Standortfaktoren haben sich insbesondere durch die Wirkung der Dezentralisierungsmaßnahmen geändert. Nach der Darstellung der Veränderungen kann die sich auf Grund der neuen Faktoren ergebende Standortverteilung in Beziehung gesetzt werden zu der vorher gezeigten Verteilung. Daraus können Rückschlüsse auf die Wirksamkeit einzelner Standortfaktoren, insbesondere auf die der Dezentralisierungsmaßnahmen gezogen werden.

Bei diesen Erörterungen ergeben sich besondere Schwierigkeiten aus folgenden Gründen:

Hier ist an erster Stelle zu nennen "... l'absence d'un recensement industriel qui prévient toute étude approfondie de la structure et des flux économiques régionaux. La France est, à l'heure actuelle, le seul pays évolué à présenter une telle défience[1]." Der Mangel an geeigneten Statistiken tritt in der Tat häufig in Erscheinung. Der letzte Industrie-Zensus Frankreichs datiert vom Jahre 1861, liegt also bereits über 100 Jahre zurück. Zwar wurde im Jahre 1963 eine neue Erhebung durchgeführt, die Auswertung des umfangreichen Materials wird jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, so daß selbst nach optimistischen Schätzungen die ersten rohen Zahlen frühestens im Laufe der Jahre 1964/65 disponibel sind[2].

Die vorhandenen Statistiken sind vor allem wenig für regionale Untersuchungen geeignet, da Aufgliederungen nach Einzelgebieten innerhalb der Nation nur für wenige Merkmale existieren. Vorhandene regionale Untersuchungen gehen weiterhin meist auf die Initiative von Stellen dieser Gebiete zurück und sind wegen ihres stets unterschiedlichen und oft nur auf eine einmalige Aussage gerichteten Aufbaus

---

[1] Jacques-R. Boudeville: "Les espaces économiques", Paris 1961, S. 68.

[2] Vgl. auch Alain Vernholes: "Le premier recensement industriel français effectué depuis cent ans concerne deux cent mille entreprises", in "Le Monde", 6. III. 1963,S.16

nicht vergleichbar und daher auch nicht zu verwenden. Schon aus einem anderen Grunde müssen diese Untersuchungen in der Regel zurückgewiesen werden. Sie werden oft mit dem Ziel angestellt, bei zentralen Pariser Behörden nachzuweisen, daß die betreffende Region besonders benachteiligt und daher im Rahmen der erstrebten Unterstützung wenig entwikkelter Gebiete Frankreichs besonders förderungswürdig ist[1]. Man muß ihnen daher genauso wie allen sonstigen im Auftrage öffentlicher Stellen unternommenen Untersuchungen mit Vorsicht entgegentreten. Die Statistiken zentraler Regierungsstellen versuchen meist zu beweisen, daß die Voraussetzungen für die Wahl eines Standortes innerhalb der Provinz keineswegs so schlecht sind, besonders wenn dabei die staatlichen Hilfsmaßnahmen mit berücksichtigt werden, und daß auch tatsächlich die Zahl der sich in der Provinz niederlassenden Unternehmen befriedigend ist. Sie dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die tatsächliche Entwicklung keineswegs so günstig aussieht.

Noch nachteiliger macht sich jedoch die weit verbreitete Furcht bemerkbar, genaue Zahlen zu nennen, um nicht einen unerwünschten Einblick in die eigenen Verhältnisse zu geben. Staatliche Stellen veröffentlichen, wie bereits angedeutet, nur wenige Statistiken. Sie sind auch selten bereit, einem Dritten einen weitergehenden Einblick zu geben oder auf präzise Fragen zu antworten, selbst wenn er mit Empfehlungen und Legitimationen ausgestattet ist. Daher ist es sehr schwierig, einen genauen Überblick über die aktuelle Verteilung der Standorte und die Gründe für diese Entwicklung zu erhalten, da die einzigen Stellen, die gut darüber informiert sind, Auskünfte meist verweigern, indem sie sich hinter fehlenden Unterlagen oder dem zu wahrenden Betriebsgeheimnis der Unternehmer verschanzen.

---

[1] Darauf weist etwa Boudeville hin: "Ceux-ci sont, parfois, plus soucieux de l'intérêt local que de l'exactitude objective." (Jacques-R. Boudeville: Les espaces, a. a. O., S. 68.

Genauso verbreitet wie in anderen Ländern Europas ist in Frankreich "..., à l'échelon de l'entreprise, la crainte de divulguer le secret des affaires[1]." Nur selten einmal berichtet ein Unternehmer über seine Erfahrungen bei einer Niederlassung in der Provinz und belegt sie mit genauen Zahlen. Die Auskünfte erschöpfen sich in der Regel mit allgemeinen Bemerkungen über die zahlreichen Schwierigkeiten, die dabei auftreten, ohne daß gleichzeitig nachprüfbare Angaben geliefert werden. Ausnahmen von dieser Regel werden daher auch entsprechend wohlwollend vermerkt[2].

Bei der Beantwortung der gestellten Fragen ist man also meist darauf angewiesen, sich die nötigen Unterlagen aus mehr oder weniger vagen Äußerungen privater und öffentlicher Stellen zusammenzutragen. Eine wünschenswerte weitere Vertiefung der Arbeit muß dabei oft unterbleiben, da es auf viele Fragen keine Antworten gibt. Außerdem werden häufig Schwierigkeiten auftreten, die im Rahmen dieser Gegebenheiten möglichen Ergebnisse näher mit Zahlen zu belegen, da die dafür nötigen Angaben fehlen oder nicht zugänglich sind.

So fehlen vor allem unmittelbare Unterlagen über das Ergebnis der standortlichen Überlegungen der Unternehmer: die tatsächliche Wahl eines Standortes. Hierzu lassen sich jedoch hilfsweise geeignete Statistiken anderer Art heranziehen[3].

---

[1] Jacques-R. Boudeville: Les espaces, a. a. O., S. 67.

[2] Vgl. etwa die Äußerung des französischen Industrieministers Jean-Marcel Jeanneney auf einer Tagung zur Erforschung der Probleme der regionalen Entwicklung: "Aussi,lorsque j'entendais tout à l'heure M. Raclet nous donner sans réticences et même avec une sorte de désinvolture des précisions sur le nombre de ses ouvriers, son chiffre d'affaires et ses projets pour 1961, j'ai trouvé cela merveilleusement prometteur." (S. 51 der in der Zeitschrift "Jeune Patron", 15. Jahrg., No. 148, Sept.-Okt. 1961, S. 49-51, veröffentlichten Rede).

[3] Vgl. dazu im einzelnen S. 82 ff. und S. 135 ff.

II. Die entscheidenden Standortfaktoren bis zum Beginn der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen im Jahre 1955

Zunächst soll nun untersucht werden, welche Faktoren bis zum Beginn der staatlichen Dezentralisierungspolitik für die industrielle Standortwahl in Frankreich maßgebend waren. Von Interesse sind dabei nicht nur die Überlegungen der Unternehmer, die eine wirtschaftlich und rechtlich selbständige Produktionseinheit errichten, die Unternehmung, sondern auch derjenigen, die sich um die Wahl eines Standortes für eine unselbständige Einheit bemühen, den Betrieb. In beiden Fällen können im Prinzip die gleichen Fragen auftauchen, nur daß im ersten Fall der gesamte Problemkreis stets umfangreicher ist als im zweiten. Die Untersuchung soll auch aus diesem Gesichtspunkt heraus unabhängig von einem konkreten Einzelfall geführt werden, damit sie allgemeingültig bleibt. Für einen einzelnen standortsuchenden Unternehmer kann daher in der Praxis ein großer Teil der behandelten Fragen unbeachtlich sein.

Andererseits sind hier Standortanforderungen, deren genaue Ermittlung in der Regel den ersten Teil der Vorarbeiten für die Standortwahl bilden[1], nicht näher zu erörtern. Es wird nicht eine bestimmte Unternehmung unterstellt, vielmehr soll die Untersuchung für die Industrie allgemein geführt werden. Infolge fehlender konkreter Einzelangaben über die Unternehmung können also auch keine Angaben über Standortanforderungen existieren.

Gegenstand der weiteren Untersuchung sind also die Standortfaktoren. Aufgabe der Arbeit kann es jedoch nicht sein, eine ausführliche geographische und soziographische Beschreibung Frankreichs abzugeben, in der sämtliche Eigenschaften aller Orte des Mutterlandes, die in irgendeiner Weise der Durchführung einer industriellen Produktion dienen können, aufgezählt werden. Diese umfangreiche Zusammen-

---

[1] Vgl. S. 19 ff.

stellung würde nur verhindern, daß sich ein klares Bild über die Wirksamkeit der wesentlichsten Faktoren ergibt. Darin wären Faktoren enthalten, die nur in ganz speziellen Fällen einen Einfluß auf die Standortwahl haben oder die zwar häufig einen Einfluß haben, deren Bedeutung aber unendlich gering ist. Es ergäbe sich eine derartige Vielfalt von Faktoren, daß es besonders unter den gegebenen Voraussetzungen unmöglich wäre, eine Aussage über die Tendenzen standortlicher Entwicklung und ihre Gründe zu treffen.

Entsprechend der Zusammensetzung der Standortfaktoren sind dabei die Marktpotentiale und die Marktkontakte zu untersuchen. Während die Marktkontakte in einer summarischen Betrachtung für die Beschaffungs- bzw. Absatzseite erörtert werden, sind die Potentiale einzeln für die verschiedenen Beschaffungs- bzw. Absatzgüter darzustellen. Dabei sollen jedoch nur die wichtigsten Potentialfaktoren berücksichtigt werden. Die Auswahl wird dabei stets im Hinblick darauf getroffen, welche von den Potentialfaktoren für die industrielle Produktion allgemein wichtig sind. Da es jedoch darüber hinaus Faktoren gibt, die für die Standortverteilung spezieller Industrien durchaus von Bedeutung sind, gelten die hier gewonnenen Erkenntnisse nur für die Industrie im allgemeinen. Unberührt von festgestellten Standorttendenzen bleibt also die Tatsache bestehen, daß sich bestimmte Industrien vornehmlich an ganz anderen Örten ansiedeln. Soweit es sich dabei um größere und bedeutendere Branchen handelt, wird auf die für sie gültigen Abweichungen in der Untersuchung eingegangen.

Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß auf Grund der gegebenen Aufgabenstellung nur für die französischen Industrien bedeutende Standortfaktoren untersucht werden. Es werden also nur die Standortfaktoren untersucht, die infolge stärkerer räumlicher Differenziertheit in Frankreich einen allgemein stark standortlenkenden Einfluß für die Industrie haben.

Die einzelnen Standortfaktoren werden unter diesen Voraus-

setzungen nun erörtert in Anlehnung an ihre Einteilung in solche, die auf der Nachfrage-Seite der Unternehmung auftreten, und solche, die auf der Angebots-Seite der Unternehmung auftreten[1]. Infolge der zwangsweisen Eingliederung einer Unternehmung in das gesamte Sozialgefüge sind darüber hinaus Faktoren darzustellen, die keiner der beiden genannten Gruppen eindeutig zugeordnet werden können. Interessant ist bei der Darstellung vor allem die Beurteilung der Standortfaktoren durch die Unternehmer. Die Verteilung der gesamten Industrie wird bestimmt durch die Wahl der Standorte der einzelnen Unternehmungen. Diese Wahl wird jedoch von den Unternehmern getroffen, die sich dabei jeweils von ihrer Ansicht über Vorteile und Nachteile einzelner Faktoren an den verschiedenen Orten leiten lassen. Letztlich bestimmt also die subjektive Einstellung Einzelner zu den Standortfaktoren die Verteilung der Industrie, wobei objektive Gegebenheiten mehr oder weniger in den Hintergrund treten können.

Bei der nun folgenden Beurteilung der einzelnen Faktoren müssen häufig Zahlen herangezogen werden, die aus Veröffentlichungen stammen, die nach Beginn der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen erschienen sind. Sie sind jedoch vielfach der einzige exakte Anhaltspunkt, da vor dem Beginn dieser Maßnahmen sich selten Arbeiten mit diesen Fragen beschäftigten. Erst langsam verbreitete sich die Überzeugung, daß die Verteilung der Standorte in Frankreich nicht optimal ist, und damit wurden auch entsprechende Untersuchungen häufiger. Es ist jedoch durchaus möglich, sich auf diese neueren Ergebnisse zu beziehen, da sich die Standortfaktoren in der Regel kurzfristig nur wenig ändern. Das gilt auch für die französischen Verhältnisse bei einem Vergleich der Zeiträume vor dem Jahr 1955, dem offiziellen Beginn der Dezentralisierungsmaßnahmen, und nach 1955. Sollten sich im einzelnen Variationen dabei ergeben haben, so wird darauf speziell hingewiesen. Eine Ausnahme hiervon

[1] Vgl. S. 13.

bilden allerdings die durch die Dezentralisierungspolitik beeinflußten Standortfaktoren. Dabei wurden vollkommen neue Faktoren geschaffen, oder die Wirkung alter Faktoren wurde modifiziert. Diese Veränderungen werden zunächst noch ausgeklammert; sie sind Gegenstand eines weiteren Teiles der Untersuchung, der sich im einzelnen mit der staatlichen Dezentralisierungspolitik und ihren Auswirkungen befaßt.

1) Standortfaktoren auf der Beschaffungs-Seite der Unternehmung

Die zunächst zu untersuchenden Standortfaktoren auf der Beschaffungsseite bestehen aus den Beschaffungspotentialen und den Beschaffungskontakten. Es sind also die sich bei der Beschaffung der einzelnen zur Durchführung der Produktion nötigen Güter und Leistungen ergebenden Potentiale darzustellen. Insgesamt sind abschließend die Beschaffungskontakte zu erörtern, die an einzelnen Orten bestehen.

Bevor die Beschaffungspotentiale im einzelnen dargestellt werden sollen, ist noch einmal auf den oben bereits erwähnten Zusammenhang zwischen Transportverhältnissen und Ausdehnung eines Beschaffungsgebietes hinzuweisen. Mit zunehmender Verbesserung der lokalen Transportverhältnisse verringern sich Transportkosten und -zeiten für die Beschaffung eines Gutes, das Einzugsgebiet wird also größer. Mit größer werdendem Beschaffungsgebiet steigt jedoch das Beschaffungspotential, da die Quantität der beschaffbaren Güter zunimmt. Das Beschaffungspotential wird daher tendenziell an den Orten sehr groß sein, die über gute Transportverhältnisse verfügen. Damit ergibt sich einer der Gründe, die Unternehmer veranlassen, sich in Paris niederzulassen, da sie von den guten Transportverhältnissen in dem Gebiet dieser Stadt dazu veranlaßt werden, ohne daß sie sich im einzelnen über die Beschaffung bestimmter Produktionsfaktoren und die lokal verfügbaren Mengen orientieren.

Vor der Erörterung einzelner Beschaffungspotentiale sol-

len also zunächst die Transportverhältnisse untersucht werden. Das ist um so entscheidender, da Transporte in einer integrierten Volkswirtschaft eine stets wachsende Bedeutung gewinnen. So stellt Jeanneney[1] fest, daß bei Betrachtung des Zeitraumes von 1903 bis 1954 die Transporte industrieller Güter stärker zugenommen haben als die Produktion; für das durchschnittliche Wachstum der tonnenkilometrischen Transportleistung ermittelt er eine jährliche Rate von 2,1 %, während er die Wachstumsrate der industriellen Produktion für den gleichen Zeitraum mit jährlich 1,8 % beziffert. Die Transportleistung ist also nicht nur absolut gestiegen, sondern auch im Vergleich zur Gütererzeugung. Den Transportmöglichkeiten ist daher, wie auch Äußerungen von Unternehmern zeigen[2], starke Beachtung zu schenken. Im Folgenden werden die Transportverhältnisse in bezug auf die einzelnen Transportmittel untersucht, wobei sowohl Transportzeiten als auch Transportkosten mit zu berücksichtigen sind.

Transporte lassen sich mit der Eisenbahn, mit dem Automobil, mit dem Schiff und dem Flugzeug durchführen; nur für wenige Industrien ist die Pipeline als Transportmittel geeignet. Der Luftverkehr kann bei der weiteren Erörterung ebenso wie die Pipeline unbeachtet bleiben, da er im Jahre 1957 noch nicht einmal mit einem Promille an der gesamten tonnenkilometrischen Leistung der französischen Gütertransporte beteiligt war[3]. Die Transporte teilen sich beispielsweise im Jahre 1952 folgendermaßen auf die übrigen Transportmittel

---

1 Jean-Marcel Jeanneney: "Les économies régionales et l'aménagement du territoire", Cours de doctorat der Faculté de Droit de Paris, année scolaire 1955/56, als Manuskript von der Fakultät veröffentlicht, S. 180 ff.

2 Vgl. A. Sabrou: "Problèmes posés par le passage des fabrications d'une usine à l'autre: Pathé-Marconi." S. 832, in: "Hommes et Techniques", Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 830-833.

Vgl. C. Charmont: "Bilan de l'installation d'une usine parisienne en province", S. 865, in: "Hommes et Techniques", Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 863-868.

3 Jacques Dumontier: "L'économie française", Paris 1959, S. 212.

auf: das Automobil ist mit 23 % an der tonnenkilometrischen Leistung beteiligt, die Eisenbahn mit 65 % und das Schiff mit 12 %.

Bei Berücksichtigung des Schiffes als Transportmittel ergeben sich natürlich günstige Transportverhältnisse für die gesamten Küsten. Für die nicht so sehr exportorientierten Industrien sind jedoch die Binnenwasserstraßen bedeutungsvoller, die sich vor allem im Norden und Osten des Landes konzentrieren[1]. Von etwa 5.000 km Wasserstraßen, die als Gütertransportwege benutzt werden[2], liegen 4.100 km im Norden Frankreichs und in der région parisienne[3]. Nur 1.000 km sind überhaupt für die Europa-Kähne von 1.350 to befahrbar. Das Wasserstraßen-Netz ist also noch wenig entwickelt. Der Unternehmer, der Anschluß an ein dichteres Netz sucht, kann ihn nur im Norden und Nord-Osten sowie im Gebiet von Paris finden.

Das französische Straßen-Netz ist sehr weit ausgebaut; es gehört zu den dichtesten der Welt. Jedoch sind die Voraussetzungen zur Errichtung eines neuen Betriebes unter Berücksichtigung der Möglichkeiten im Gütertransport über die Straße nicht überall gleich günstig, da das Netz nicht das gesamte Land gleichmäßig überzieht. Der Ansicht Jeanneneys, das Netz sei "très dense sur tout le territoire, tel que presque toutes les régions sont également bien desservies[4]", kann nicht gefolgt werden. Die Straßen sind zwar überall gut ausgebaut, jedoch von unterschiedlicher Leistungsfähigkeit; damit bedingen sie unterschiedliche Transportzeiten und -kosten. Der Straßenbau hatte und hat noch heute zum Ziel, die transportgünstigsten und schnellsten Straßen auf

---

1 Vgl. Louis Capperon: "Les voies d'eau de l'Europe des Six et la navigation intérieure française", in: "L'Usine Nouvelle", März 1963, S. 67-72.

2 Die Grenze soll bei den Wasserstraßen gezogen werden, die mindestens für Schiffe von 300 to passierbar sind.

3 Vgl. Jean-Marcel Jeanneney: Les économies, a. a. O., S. 167 ff.

4 Jean-Marcel Jeanneney: Les économies, a. a. O., S. 170.

Paris auszurichten, so daß noch heute der Satz gilt: "La plupart des routes importantes convergent vers Paris[1]." Daß diese Politik weiter verfolgt wird, beweist eine Konferenz des französischen Verkehrsministers Jacquet[2], der als vordringlichstes Ziel der Schaffung eines Autobahn-Netzes in Frankreich trotz aller Dezentralisierungsbestrebungen fordert, schnelle und leichte Verbindungen mit Paris herzustellen. Mit diesen Verbindungen soll es den Unternehmern, die sich in der Provinz niedergelassen haben, ermöglicht werden, die nötigen engen Kontakte zu Paris besser aufrecht zu erhalten. Ein solches System von Straßen, die ihren Ursprung in Paris haben, wird jedoch einen Unternehmer, der einen Standort für einen zu errichtenden Betrieb sucht, dazu verleiten, sich in Paris niederzulassen, da er von hier aus die beste Möglichkeit hat, mit dem gesamten umliegenden Raum in schneller und leistungsfähiger Verbindung zu stehen, während ein Standort in der Provinz zwar gute Verkehrsmöglichkeiten nach Paris verspricht, dabei aber die Transporte in den übrigen Raum keineswegs favorisiert.

Besonders deutlich wird diese Konstellation bei einer Untersuchung der Eisenbahn als Gütertransportmittel und damit als Standortfaktor. Das heutige Schienen-Netz der Société Nationale des Chemins de fer Français SNCF, der staatlichen Eisenbahn, wurde durch ein Gesetz vom 11. 6. 1842 konzipiert und nach dem Ausarbeiter dieses Planes, einem hohen Beamten Louis-Philippes, "l'étoile Legrand" genannt. Legrand beabsichtigte eine Verbindung aller damals reichen Gegenden mit der Hauptstadt. Daher wurde ein Netz von Eisenbahnlinien geschaffen, von denen die wichtigsten nach Paris führen. An diesem System hat sich bis heute noch nichts geändert. Die Verbindungen mit der Hauptstadt sind von allen Teilen des Landes aus sehr gut, es fehlen jedoch die Quer-

---

1 Jacques Dumontier: L'économie, a. a. O., S. 214.

2 Vgl. N. N.: "L'amélioration de liaisons existantes peut être plus intéressante que la construction d'autoroutes déclare M. Marc Jacquet", in: "Le Monde", No. 5706, vom 23. Mai 1963, S. 22

verbindungen, die es an Leistungsfähigkeit und Schnelligkeit mit diesen Hauptlinien aufnehmen könnten[1]. Deutlich gemacht wird diese allerdings noch nicht so stark ins Gewicht fallende Begünstigung von Paris durch die Tarifpolitik der SNCF. Diese Politik ist an betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten orientiert, da sich die Beförderungsgebühren für industrielle Güter nach den Kosten des Transportes richten. Ein hoher Anteil der gesamten Kosten der Eisenbahn ist fix; die Durchschnittskosten für die Beförderung auf einer gewissen Strecke fallen daher stark mit zunehmender Frequenz. Unter dem Druck wachsender Konkurrenz seitens der Straßentransporte hat sich die SNCF diese Erscheinung der Degression zunutze gemacht und kalkuliert ihre Gebühren unter Berücksichtigung der Benutzungsfrequenz, um nicht die lukrativen Transporte auf den Hauptverkehrslinien zu verlieren. Seit 1951 sind alle Bahnhöfe der SNCF mit einem Index versehen, der ihrem Güterumschlag entspricht. Die Beförderungsgebühren werden ermittelt unter Berücksichtigung der Beförderungsstrecke, des speziellen Tarifes der zu befördernden Ware und der oben erwähnten Indices von Abgangs- und Ankunftsbahnhof. Die Gefahr, die sich hieraus für die regionale Verteilung der wirtschaftlichen Aktivität ergibt, hat die französische Regierung teilweise erkannt, denn 1955 hat der Conseil des Ministres einen Antrag der Staatsbahn auf stärkere Differenzierung der Indices zurückgewiesen.

Die billigsten Transporte ergeben sich also, ohne Berücksichtigung von speziellem Beförderungssatz und Entfernung, bei einem Standort in Paris. Von hier aus hat der Unternehmer nach allen Teilen des Landes Linien maximaler Beförderungsmenge, d. h. minimaler Transportkosten. Zu berücksichtigen ist außerdem noch, daß er relativ zentral in Frank-

---

[1] Das beweist etwa folgender von Gravier aufgeführter, häufig zitierter Vergleich: Die günstigste Verbindung von Bordeaux nach dem 639 km in direkter Verbindung entfernten Lyon geht heute noch immer über Paris, auch wenn man dabei einen Umweg von 454 km in Kauf nehmen muß. (Vgl. Jean-François Gravier: Décentralisation, a. a. O., S. 43 bis 44).

reich liegt, also relativ geringe Beförderungsstrecken hat. Darüber hinaus ist als weiterer Vorteil für die région parisienne ein spezieller Tarif für die Beförderung von Baumaterialien und für Produkte der Eisenhüttenindustrie zu nennen, der allein in diesem Gebiet ansässigen Unternehmen zugute kommt. Besonders die Tarife für die Erzeugnisse der Eisenhüttenindustrie, die die von Erzbergwerken und Hütten des Ostens entfernt liegenden Industrien begünstigen sollten, bedeuten eine Anziehungskraft für die metallverarbeitende Industrie und damit eine stärkere Ausweitung dieses Zweiges in Paris. Schließlich lenken die generell für Fertigerzeugnisse höheren Tarife die Industrien tendenziell in die Verbraucherzentren hin und entfernen sie von den Fundorten von Rohstoffen und Herstellorten von Halbfertigerzeugnissen. Von daher ergibt sich also ein weiterer Einfluß auf den standortsuchenden Unternehmer, sich in Paris, dem größten Verbraucherzentrum Frankreichs, oder im Nordosten niederzulassen.

Bei Untersuchung der Transportverhältnisse zeigen sich also zahlreiche Vorteile für den Unternehmer, der sich in der région parisienne ansiedelt. Diese variieren natürlich stark mit der Größe, dem Gütereinsatz und den Erzeugnissen der Unternehmung. Bei umfangreicherer Produktion, bei der sowohl die Beschaffungs- als auch die Absatzprobleme steigen, da höhere Potentiale verlangt werden, gewinnt der Vorteil aus schnelleren und billigeren Transporten erheblich an Bedeutung. Die hohen Werttarife für Fertigerzeugnisse und billigen Frachtsätze für einige Rohstoffe bei der Eisenbahn verstärken noch die Anziehungskraft der région auf die Industrie.

Bei der Betrachtung des Beschaffungspotentials hinsichtlich der unbeweglichen Anlagegüter soll getrennt werden in die Gegebenheiten bei der Beschaffung von Grund und Boden sowie die bei der Beschaffung von Gebäuden und baulichen Einrichtungen. Von Interesse sind dabei jeweils die Qualitäten

und Quantitäten der zu beschaffenden Einheiten sowie deren Preise.

Von der Quantität her erfährt das Beschaffungspotential hinsichtlich Grund und Boden eine Beschränkung innerhalb der industrialisierten Zentren des Nordens und Nord-Ostens des Landes, vor allem aber in der région parisienne. In Paris wird es in zunehmendem Maße schwieriger, Terrain für die Errichtung eines Industrie-Betriebes zu bekommen. Eine infolge der Konzentrationstendenz hohe Beschaffungskonkurrenz bei geringer Angebotsintensität zwingt dazu, im Bedarfsfall auch Grundstücke geringer Fläche und in ungünstigem Schnitt zu erwerben. In der Provinz stehen dagegen besonders bei größerer Entfernung von Paris auch Areale größten Ausmaßes zur Verfügung, da hier bei relativ großem Angebot die Nachfrage nur sehr gering ist, so daß bereits bei Errichtung eines Betriebes Vorsorge für eine geplante Erweiterung getroffen werden kann.

Hinsichtlich der Qualität muß darauf hingewiesen werden, daß besonders außerhalb der Industrie-Zentren die angebotenen Grundstücke häufig wenig zur Industrialisierung geeignet sind. Insbesondere bereitet die Erschließung, die meist erst vom Erwerber vorgenommen werden muß, zusätzliche Schwierigkeiten und Kosten. Aus diesem Gesichtspunkt heraus ist also das Beschaffungspotential innerhalb der région parisienne und der Industrie-Zentren des Nord-Ostens in der Regel größer als in der Provinz.

Andererseits sind jedoch infolge des ungünstigen Verhältnisses von Angebot und Nachfrage und infolge der besseren Eignung die Grundstückspreise in Paris um ein Vielfaches höher als in der Provinz, besonders fern von Industrie-Gebieten. Das ist ein stets wiederkehrendes Argument zugunsten der Niederlassung in der Provinz[1], wobei allerdings

[1] Vgl. C. Charmont: Bilan, a. a. O., S. 864;
Guy Thuillier: "Croissance de la grande entreprise et décentralisation industrielle", S. 410, in: "Revue économique", 10. Jahrg., 1959, No. 3, S. 404-427;

kaum exakte Angaben über Preisrelationen existieren. Charmont[1] spricht von einem Preis von mehreren Tausend Francs (AF) für einen Quadratmeter innerhalb der région parisienne, während er ihn in der Provinz selbst in bereits industrialisierten Zonen auf etwa 300 bis 500 Francs je Quadratmeter schätzt. Diese Angaben, die auch für die Zeit vor Beginn der Dezentralisierungsmaßnahmen ungefähr in gleicher Weise bestätigt werden, machen es deutlich, daß der in der région parisienne gegenüber der industrialisierten Provinz um mehr als das Zehnfache höhere Bodenpreis generell eine Niederlassung außerhalb des Raumes Paris begünstigt, da er das Beschaffungspotential in diesem Raum sehr stark einengt.

Das Beschaffungspotential hinsichtlich Grund und Boden ist also innerhalb der Industrie-Gebiete ziemlich begrenzt, wobei es speziell für die région parisienne als äußerst knapp zu bezeichnen ist. Es ergibt sich also ein Standortfaktor zugunsten der Provinz, der Unternehmer veranlaßt, sich außerhalb der région parisienne anzusiedeln, da sie dort preisgünstige Grundstücke in ausreichenden Maßen vorfinden. Allerdings zieht er es zur Vermeidung von Erschließungs-Arbeiten und -Kosten in der Regel vor, sich in industriell bereits entwickelten Gebieten niederzulassen. Diese dezentralisierende Wirkung kommt vor allem bei der Errichtung eines großen Betriebes zum Tragen.

Bei der Beschaffung der baulichen Anlagen stehen dem Unternehmer zwei Wege offen: er kann sie kaufen oder auf einem gekauften Grundstück selbst errichten.

Das große Angebot an leerstehenden Industrie-Gebäuden in

Jean Fayeton u. a. in: "Paris et la France", Aufzeichnung eines Rundgespräches, S. 21, in: "L'Usine Nouvelle", März 1963, S. 17-40.

[1] C. Charmont: Bilan, a. a. O., S. 864.

der Provinz[1] ermöglicht es, die Errichtung eines neuen Betriebes mit wesentlich geringeren Mitteln vorzunehmen. Ein Unternehmer, der sich in der région parisienne niederlassen will oder einen Standort in den Industrie-Gebieten des Nordens und des Ostens wählt, kann infolge des Fehlens eines entsprechenden Angebotes kaum in den Genuß dieser Vorteile kommen. Außerhalb dieser Gebiete stehen jedoch bauliche Anlagen aller Art zur Verfügung, von denen auch gern wieder Gebrauch gemacht wird. Auf die Vorteile, die mit dem Kauf einer leerstehenden Fabrik verbunden sind, wird häufig hingewiesen[2]: der Unternehmer verliert keine oft kostbare Zeit, die mit dem Neubau einer Anlage notwendigerweise verstreicht; er kann keine Überraschungen wie zusätzliche Verzögerungen beim Bau oder Erhöhung der Investitionen infolge Baukostenerhöhung mehr erleben; die Investitionen zur Errichtung des Betriebes können bedeutend gesenkt werden, da der Kaufpreis für leerstehende Gebäude weit unter den Baukosten für die Errichtung einer vergleichbaren Anlage liegen[3].

---

1 Eine mit Datum vom 1. März 1962 vom Ministère de la Construction, Direction de l'Aménagement du Territoire, unter dem Titel: "Aménagement du territoire" veröffentlichte Schrift enthält mit ca. 1.400 mit genauen Details beschriebenen Anlagen selbst 7 Jahre nach Beginn der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen noch ein sehr umfangreiches Angebot.

2 Vgl. dazu Jacques Thielland: "Essai sur les données pratiques d'une politique d'industrialisation décentralisée", Thèse, Paris 1956, S. 142 ff.

Jean Faucheux: "La décentralisation industrielle", Paris 1959, III. Teil, 1. A. a-b.

ders.: "Problèmes concrets de la décentralisation ou la meilleure implantation le plus loin possible de la Tour Eiffel", S. 751, in: "Hommes et Techniques", Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 745-757.

3 Faucheux errechnet diese Relation mit maximal eins zu sechs; die leerstehenden Gebäude kosten nach seinen Erfahrungen ein Drittel bis ein Sechstel der vergleichbaren Neubauten. Eine von Thielland angeführte Relation von 3.000-4.000 Francs (AF) je qm Fußboden bei Kauf gegenüber von 30.000-40.000 Francs bei Neubau dürfte wohl die Fälle meinen, wo es sich um sehr entlegene Gebiete handelt, in denen der Kaufpreis entsprechend niedrig liegt, da für das Objekt wenig Interesse besteht.

Ein Beschaffungspotential auf diesem Gebiete ist in nennenswertem Umfang überhaupt nur in der Provinz vorhanden, während es in der région parisienne infolge der starken Beschaffungskonkurrenz und vor allem der nur sehr geringen Angebotsintensität äußerst klein ist. Damit ergibt sich ein Standortfaktor zugunsten der den industrialisierten Zentren entlegenen Gebiete; das trifft vor allem für diejenigen unter ihnen zu, die weit entfernt von den Zentren sind, da in ihnen ein ausreichendes Angebot bei noch mäßigen Preisen vorhanden ist.

Bei geplanter Errichtung von Neuanlagen ergibt sich infolge der Baukostendifferenz ebenso ein Standortfaktor zugunsten der Provinz. Die von Gabriel Dessus[1] angenommene Erhöhung der Baukosten bei weiterer Entfernung von den industriellen Zentren und insbesondere von Paris trifft nur zu, wenn man in beiden Fällen die gleichen Gebäude in gleicher Bauweise errichtet in Beziehung setzt. Bei Errichtung von Bauten in wenig industrialisierten Gebieten besteht ein Vorteil jedoch gerade darin, daß infolge einer nicht von der knappen Bodenfläche her bestimmten Bauweise die Baukosten niedriger gehalten werden können. Unter Berücksichtigung der wesentlich leichteren und zweckmäßigeren Bauweise ist die Errichtung von industriellen Gebäuden in der Provinz daher billiger als in Paris; verstärkt wird diese Differenz noch durch die niedrigen Löhne der Bauarbeiter[2]. Charmont schätzt die Ersparnisse auf 20.000 Francs (AF) je qm errichteter Bodenfläche[3], so daß es sich hierbei um einen eindeutigen Standortvorteil zugunsten der Provinz handelt. Infolge der niedrigen Baukosten ergibt sich dort ein günstiges Beschaffungspotential, das besonders bei knappen Investitionsmitteln stärker standortlenkend sein kann.

---

[1] Gabriel Dessus: Eléments d'une politique, a. a. O., S. 36.

[2] Vgl. S. 57 ff.

[3] C. Charmont: Bilan, a. a. O., S. 864.

Ein Standortfaktor, der besonders im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des industriellen Aufschwungs des Landes zunehmend an Bedeutung gewinnt, ergibt sich aus der Beschaffung der zur Durchführung der Produktion nötigen Arbeitskräfte. Auf seinen Einfluß weisen zahlreiche Unternehmer hin[1]. Entscheidend ist für ihn in erster Linie das Beschaffungspotential, das sich aus Qualität und Quantität sowie den Preisen der in seinem Beschaffungsgebiet verfügbaren Arbeitskräfte zusammensetzt.

Bevor jedoch eine weitergehende Untersuchung vorgenommen werden kann, muß das noch heute in Frankreich aktuelle System der Lohnzonen dargestellt werden, das eine Erklärung für die anscheinend paradoxe Situation auf dem Arbeitsmarkt gibt. Die bereits während des ganzen Verlaufes dieses Jahrhunderts beobachteten Lohnunterschiede zwischen Paris und der Provinz[2], die vor dem 1. Weltkrieg etwa 50 % des in Paris herrschenden Lohnniveaus ausmachten, sich 1921 bis auf 34 % verringerten, dann aber bis 1940 wieder auf 40 % anstiegen, wurden 1941 legalisiert. Bis 1939 war die Lohnbildung frei; die unterschiedliche Lohnhöhe beruhte vor allem auf der in Paris wesentlich höheren Nachfrage nach Arbeit. 1939 wurden die Löhne zunächst gestoppt und später vom Staat in ihrer Höhe festgesetzt. Die Grundlage dafür bildete ein Gesetz vom 23. 4. 1941, das das Land in 6 Zonen einteilt. Die Löhne in der höchsten Zone wurden festgesetzt, und für die übrigen Zonen wurde ein Abschlag gebildet, der bis zu 40 % gehen kann. Entscheidend für die Einstufung ist dabei der Ort der Leistungserbringung; zwei Arbeiter, die das gleiche Haus bewohnen, aber in zwei verschiedenen Unternehmen arbeiten, können also für die gleiche Arbeit unterschiedliche Löhne

---

[1] Vgl. Guy Thuillier: Croissance, a. a. O., S. 410.
J. Adam: "Problèmes posés par la construction d'une usine nouvelle: Chausson à Reims", in: "Hommes et Techniques", Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 852-858.
C. Charmont: Bilan, a. a. O., S. 865.

[2] Vgl. Jean-François Gravier: Décentralisation, a. a. O., S. 60 ff.

beziehen, wenn diese Unternehmen in verschiedenen Lohnzonen liegen. In die günstigste Zone gehört fast die ganze région parisienne mit allen 80 Gemeinden des Departements Seine und der Mehrheit derer der beiden Departements Seine-et-Oise und Seine-et-Marne. In die Zone der niedrigsten Löhne dagegen werden die entfernten und wirtschaftlich wenig entwikkelten Departements eingestuft wie etwa die Bretagne und der Süd-Westen des Landes.

Seit 1950 ist die Lohnbildung selbst wieder von staatlichem Einfluß frei, geregelt aber bleibt weiterhin in gleicher Weise der "salaire minimum interprofessionel garanti" SMIG, der garantierte Mindestlohn. Ferner wurden die 6 Zonen zu 4 verschiedenen Gruppen zusammengefaßt, wobei der maximale Abschlag auf die günstigste Gruppe mit 4 % festgesetzt wurde. Da der SMIG jedoch Ausgangspunkt aller Lohnvereinbarungen ist, verringert diese Beschränkung des staatlichen Einflusses keineswegs die regionalen Lohnschwankungen. Wie Untersuchungen ergaben, überschreiten die Differenzen der effektiv in den verschiedenen Gebieten Frankreichs gezahlten Löhne darüber hinaus die durch die Abschläge des SMIG vorgegebenen Grenzen bei weitem. Zur Verdeutlichung sollen zwei Tabellen aufgeführt werden.

Tabelle 1:
Entwicklung der tatsächlichen Lohndifferenzen[1]
(Stichtag: jeweils der 1. Januar)
(Abschläge in % auf die Zone 0)

Jahr	Zone 2 %	Zone 4 %	Zone 6 %	Zone 8 %
1948	7,2	14,2	17,6	23,9
1949	8,2	14,5	18,8	24,6
1950	10,0	15,2	19,9	23,7
1951	10,7	17,4	22,4	25,9
1952	9,7	15,6	20,3	23,5
1953	11,7	17,8	21,7	25,0
1954	13,3	18,4	22,8	25,6
1955	13,1	16,8	20,6	22,3

[1] M. Hincker: "Les zones régionales de salaires", S. 7, in:

Diese Tabelle, die noch auf den 5 verschiedenen Gruppen aufbaut, die vor 1950 bestanden, zeigt, daß die Abschläge zunächst einmal wesentlich höher sind als die durch die unterschiedliche Stufung des SMIG geschaffenen Differenzen. Sie haben sich im Laufe der Jahre noch verstärkt, ausgelöst durch die zunehmende Verknappung von Arbeitskräften in der région parisienne, die die Unternehmer zu größeren Lohnzugeständnissen veranlaßt. Die stärkere Industrialisierung in diesen Gebieten erhöht die Nachfrage nach Arbeitskräften und damit die Löhne gegenüber denen der Provinz, besonders den wenig entwickelten Gebieten, in denen häufig innerhalb des möglichen Transportbereiches von Arbeit, des Pendelraumes des Arbeiters, ein Nachfragemonopol nach Arbeit oder zumindest eine monopolähnliche Situation besteht, die sich eher drückend auf das Lohnniveau auswirken werden.

Die zweite Tabelle verdeutlicht die unterschiedlichen Lohnabschläge bei Arbeitskräften mit differenzierter Qualität.

Tabelle 2:
Durchschnittliche Stundenlöhne in den einzelnen Lohnzonen[1]
(Stichtag: 1. 10. 1959)
(Angaben in Francs AF)

Qualifizierung der Arbeitskraft	Zone 0 %	Zone 2 %	Zone 4 %	Zone 8 %
Manoeuvre ordinaire	198	168,6	163,6	154,4
Manoeuvre spécialisé	211,9	178,8	173,9	162,4
Ouvrier spécialisé	234,5	194,2	187,6	174,8
Ouvrier qualifié	274,5	219,9	212,8	194,5
Ouvrier hautement qualifié	327,7	251,3	244,6	222,6

Wie aus der Tabelle hervorgeht, sind die Unterschiede besonders bei hoch qualifizierten Arbeitskräften sehr groß;

"Economie et Politique", Dezember 1960, S. 6-30.

[1] N. N.: "La réalité sur les écarts de salaires entre Paris et la Province", S. 25, in: "Entreprise", No. 223, 12. 12. 1959, S. 21-27.

sie steigen mit wachsender Eignung sowohl absolut als auch relativ. Während der durchschnittliche Stundenlohn bei einem einfachen Hilfsarbeiter in der Zone O nur das 1,28fache des Lohnes in der ungünstigsten Zone beträgt, macht er bei einem Spezial-Facharbeiter in der gleichen Zone immerhin das 1,47fache aus. Für Fachkräfte ist daher ein besonders starker Anreiz gegeben, sich in einer günstigen Zone einen Arbeitsplatz zu suchen. Die Folge ist eine systematische Aussaugung der Provinz von hochwertigen Fachkräften. Die dynamischeren, zielstrebigeren, ehrgeizigeren Arbeitnehmer versuchen, ihre materielle Situation zu verbessern, indem sie sich einen Arbeitsplatz in einer günstigeren Zone, möglichst in der Zone O, suchen. In der Provinz bleiben vor allem diejenigen zurück, die keinen Wert auf ein Vorwärtskommen legen oder dafür infolge ihrer mangelnden Fähigkeiten nicht geeignet sind. Es vollzieht sich eine Auslese, die das Niveau der in der Provinz Zurückbleibenden immer weiter sinken läßt. In Paris gibt es zwar auch kein Überangebot an qualifizierten Arbeitskräften, jedoch ist die Zahl der hier ansässigen so hoch, daß jeder Unternehmer hofft, sich die benötigte Anzahl notfalls durch Abwerbung bei anderen Betrieben zu sichern, wozu er in der Provinz wegen der geringen Zahl und des engen Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Regel nicht in der Lage ist. Gravier schätzt sogar, daß "Paris doit rassembler maintenant environ la moitié des ouvriers professionels français, comme il rassemble la moitié des experts et des techniciens[1]." Bei dieser Zahl und den vielen ansässigen Unternehmen ist eine größere Fluktuation vorhanden, auf Grund der jeder neue Unternehmer in Verbindung mit einer in der Anonymität viel leichteren Abwerbung noch freie Arbeitskräfte zu bekommen hofft.

Diese allgemeinen Ausführungen zeigen bereits, daß es zweckmäßig ist, bei der folgenden Untersuchung die Be-

---

[1] Jean-François Gravier: Paris et le désert, a. a. O., S. 145.

schaffungspotentiale von ungelernten oder angelernten Arbeitskräften von denen der Facharbeiter zu trennen.

Für die Beschaffung von ungelernten Arbeitskräften ist ohne Zweifel die Provinz wesentlich besser geeignet als die région parisienne und der industrialisierte Nordosten. Größere Arbeitskräfte-Reserven finden sich, besonders im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs, nur noch in den wenig entwickelten Gebieten. Auch diese freien Reserven nehmen allerdings immer mehr ab, so daß die Beschaffung zunehmend schwieriger wird. Als großes Arbeitskräfte-Reservoir bleibt jedoch der Westen des Landes bestehen; hier ist vor allem die Bretagne zu erwähnen.

Ein besonders günstiges Beschaffungspotential ergibt sich aber vor allem auf Grund des niedrigeren Lohn-Niveaus. Die Nominal-Löhne fallen in diesen Gebieten, wie oben gezeigt wurde, gegenüber den Industrie-Zentren stark ab. Dem wird zwar manchmal die vermeintlich geringere Produktivität der Arbeitskräfte in der Provinz entgegengehalten[1]. Diese ist jedoch für den hier untersuchten Kreis von Arbeitnehmern nicht geringer als in Paris zu veranschlagen. So muß vor allem darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiter infolge gesünderer Lebensweise auf dem Lande vielfach bessere Arbeitsleistungen zeigen. Ferner ist das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den weniger industrialisierten Gebieten enger und die Fluktuation wegen geringerer Ausweichmöglichkeiten bedeutend kleiner; Friktions-Verluste und Leerlaufzeiten zur Einarbeitung fallen also fort. So betont besonders Charmont auf Grund ausführlicher Untersuchungen "... la surprise, qu'ont eue la plupart des industriels des rendements exceptionnels de la main-d'oeuvre de la provinve[2]."

---

[1] Vgl. Jacques Thielland: Essai, a. a. O., S. 88.

Vgl. N. N.: "Un point de vue sur les usines artificiellement transplantées", S. 827, in: "Hommes et Techniques", Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 827-828.

[2] C. Charmont: Bilan, a. a. O., S. 865.

Während sich also aus der Beschaffung von ungelernten oder angelernten Arbeitskräften heraus in der région parisienne ein sehr geringes Beschaffungspotential ergibt, ist es in der Provinz vergleichsweise hoch infolge der noch ausreichenden Quantitäten und günstigen Preise bei noch günstigen Qualitäten. Ein besonders vorteilhaftes Beschaffungspotential besteht in den westlichen und süd-westlichen Gebieten mit ihren niedrigeren Löhnen und in den westlichen Gebieten (Bretagne) mit ihrem noch unerschöpften Arbeitskräfte-Reservoir. Damit weisen diese Gebiete einen nicht unbedeutenden Standortfaktor auf, der vor allem bei der zunehmenden Verknappung an Arbeitskräften einen größeren Ausschlag geben kann.

Bei der Untersuchung des Potentials, das sich aus der Beschaffung von qualifizierten Arbeitskräften ergibt, sprechen dagegen die Überlegungen meist für die Wahl des Standortes in der région parisienne oder dem Nord-Osten. Diese Arbeitskräfte sind überall knapp. Infolge der besonderen Anziehungskraft, die die hohen Löhne in diesen Gebieten ausüben, ist hier jedoch das Angebot noch am ehesten ausreichend. Auf die in diesen Gebieten sich verdeutlichende Konzentration der genannten Arbeitnehmer weisen neben Gravier[1] weiter Faucheux[2] und Thielland[3] hin. Sie betonen vor allem, daß jeder Unternehmer damit rechnet, die ihm fehlenden Spezialisten und Fachkräfte, die ihm in der Provinz einfach nicht zur Verfügung stehen, sich in Paris notfalls durch Abwerbung bei anderen Betrieben zu beschaffen. Hier allein besteht also noch ausreichendes Beschaffungspotential, wobei vor allem quantitative Gesichtspunkte entscheidend sind. Jedoch spielt subsidiär die Qualität auch eine Rolle, da im allgemeinen in Paris Fachkräfte durch ihren leichten Kontakt zu Berufsverbänden und Ausbildungsstätten ein besseres Niveau erreichen und halten können als in der Provinz.

---

[1] Vgl. S. 57, Fußnote 2.

[2] Vgl. Jean Faucheux: Décentralisation, a. a. O., S. 46-47.

[3] Vgl. Jacques Thielland: Essai, a. a. O., S. 123.

Bei der Beurteilung der Beschaffung von Arbeitskräften im allgemeinen gilt es nun nur noch, den kritischen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften festzulegen, von dem ab es vorteilhafter ist, sich in Paris niederzulassen, weil das Beschaffungspotential insgesamt gesehen dort größer ist. Der von Charmont angenommene Satz von 25 %, der also bedeutet, daß bei einem Anteil von mehr als 25 % Fachkräften ein Standortfaktor zugunsten der région besteht, ist besonders für kleinere und mittlere Betriebe nicht zu hoch gegriffen, während Großbetriebe eher die Möglichkeit haben, sich auch außerhalb dieses Gebietes durch eigene Schulung entsprechendes Personal heranzubilden.

Ein Vorteil ist in diesem Zusammenhang schließlich noch zu erwähnen, der in der région parisienne sowohl bei der Beschaffung von Fachkräften als auch von ungelernten Arbeitern zum Tragen kommt, wenn er auch mit der Beschaffung unmittelbar nichts zu tun hat. In der Tat verheimlichen viele Unternehmer keineswegs, "... qu'ils s'installent volontiers à Paris, moins pour pouvoir embaucher à leur gré que pour pouvoir débaucher sans bruit des ouvriers qui vont se perdre dans la masse[1]." Die höhere soziale Verantwortung infolge der stärkeren Bindung zwingt einen Unternehmer, der in einem beschränkten Gebiet als alleiniger Arbeitgeber auftritt, einen Arbeitnehmer in Krisenzeiten nicht so schnell wieder zu entlassen wie er es in Paris tun würde. Allerdings handelt es sich hierbei um einen Nachteil der Provinz, der gerade in Zeiten wachsender Vollbeschäftigung von immer geringerer Bedeutung wird und daher nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.

Ein Standortfaktor kann sich für Industrien, die Großverbraucher an Energien sind, auch aus dem unterschiedlichen Beschaffungspotential an Energie ergeben. Zu seiner Erläute-

---

[1] Jean-François Gravier: Paris et le désert, a. a. O., S. 162.

rung müssen die einzelnen hauptsächlichen Fund- oder Erzeugungsorte sowie die regionalen Preisschwankungen erörtert werden, während Qualitätsunterschiede in der Regel ohne Einfluß sind.

Der Norden Frankreichs liefert die größten Mengen an Kohle und Koks mit 55 % bzw. 80 % der nationalen Produktion[1]. Zusammen mit dem östlichen Industrie-Gebiet stellt er fast die Gesamtmenge dieser Energieträger, soweit sie aus dem Inland stammen. Als Stromlieferant sind vor allem das Alpengebiet, also der Südosten des Landes, und das Massif Central für hydroelektrische Energie zu nennen, während für thermoelektrische Energie ebenfalls das nördliche Industriegebiet infolge seines reichlichen Kohleangebotes der hauptsächliche Erzeuger ist. Seit 1952 spielt mit in diesen Jahren entdeckten umfangreichen Vorkommen auch das Naturgas eine stärkere Rolle als Energieträger, das zum größten Teil aus dem Südwesten kommt.

Die Quellen der Energie sind also etwa über das ganze Territorium verteilt, wenn auch dabei bereits der Norden und damit auch die unmittelbar benachbarte région parisienne begünstigt sind. Die staatliche Energiepolitik hat dieses Mißverhältnis jedoch erst deutlich hervorgehoben und verstärkt.

Die Kohlepreise sind im Norden und seiner unmittelbaren Umgebung infolge geringerer Transportkostenbelastung, die besonders durch die in diesen Gebieten günstigen Verkehrstarife[2] entsteht, am niedrigsten. Die hydroelektrische Energie und der noch billigere thermisch erzeugte Strom werden zum Teil über das ganze Land verteilt, wobei die Preispolitik der Electricité de France (EDF) nicht nur an heutigen, sondern auch an zukünftigen Kosten ausgerichtet ist. Der Preis wird unter Berücksichtigung der Kosten der

---

[1] Vgl. Jean Chardonnet: "L'économie française", Band I, Paris 1958, S. 336 ff.

[2] Vgl. S. 50 f.

Produktion und der Distribution eines zukünftigen Bedarfes ermittelt. Entwicklungs- und Erschließungskosten in einer Region werden dieser also auferlegt, so daß der Strom in den bereits hoch entwickelten Gebieten, die mit Hochspannungsleitungen ausreichend versorgt sind, am billigsten ist. Ähnlich bedeutet das in reichlichem Maße im Südwesten bei Lacq (Basses-Pyrénées) gefundene Erdgas keinen besonderen Standortfaktor für dieses Gebiet, da man es bereits nach kurzer Zeit in einer Pipeline nach Paris leitete, anstatt es besonders billig an Ort und Stelle anzubieten und damit durch eine Vergrößerung des lokalen Beschaffungspotentials Industrien anzuziehen.

Da die Hauptfundorte und damit die Orte des billigsten Angebotes nicht unbedingt um Paris konzentriert sind und somit das Potential aus der Beschaffung an Energien nicht nur in einem begrenzten Gebiet groß ist, ergibt sich aus dem Gesichtspunkt der Beschaffung von Energien durchaus eine gewisse dezentralisierende Wirkung. Das gilt vor allem für Großverbraucher, für die geringe Preisdifferenzen bereits große Gesamtkostenänderungen bedeuten. Daher befinden sich die Standorte der Eisenhüttenindustrie zum großen Teil im kohlenreichen Norden und Osten. Ebenso bedeuten die günstigen Strompreise im Alpenvorland und im Tal der Durance mit seinen zahlreichen Wasserkraftwerken einen beachtlichen Standortvorteil für die Elektrometallurgie. Für mittlere und kleinere Verbraucher besteht jedoch kein stärkerer standortlenkender Einfluß seitens der Energiebeschaffung, so daß die von Tron erhoffte Wirkung aus einer verstärkten Erzeugung von Strom aus Atom-Energie, die überall möglich sei und daher Industrien über das ganze Land verteilen werde[1], nicht eintreten wird.

---

[1] "Demain l'énergie atomique bouclera la boucle: l'homme fixera où il voudra les usines qu'il voudra," glaubt Tron voraussagen zu können. (Ludwig Tron: "Métamorphoses de la France", Paris 1961, S. 12).

Bei der Untersuchung der Beschaffungsverhältnisse in bezug auf Dienstleistungen, auf die jeder Betrieb angewiesen ist, ergibt sich ein komplexes Bild. Behrens unterscheidet hierbei Hilfsfunktionen und Nebenfunktionen[1], wobei als Kriterium ihr Angriffspunkt in der betrieblichen Sphäre anzusehen ist. So werden die Dienste einer Reparaturwerkstätte oder Lackiererei zu den Hilfsfunktionen gerechnet, während die Leistungen von Versicherungen, Rechts- und Steuerberatern zu den Nebenfunktionen gezählt werden.

In jedem Falle handelt es sich um die Beschaffung von Einsatzfaktoren, die relativ transportempfindlich sind. Das Beschaffungsgebiet ist also räumlich begrenzt, wodurch sich eine enge Abhängigkeit zwischen leistungserstellendem und leistungsempfangendem Wirtschaftssubjekt ergibt. Diese Abhängigkeit, die in geringerem Maße auch bereits bei der Beschaffung von Produkten anderer Unternehmen besteht, führt zu einer räumlichen Konzentration um der Konzentration willen; mit zunehmender Ballung steigt die Anziehungskraft eines Gebietes, da sein Beschaffungspotential gleichzeitig wächst[2].

---

[1] Vgl. Karl Christian Behrens: Standortbestimmungslehre, a. a. O., S. 59.

[2] Mit diesen Wirkungen befaßt sich die französische Literatur, angeregt durch die Verhältnisse im Lande, ausführlich. Perroux formuliert seine Gedanken folgendermaßen: "Dans un pôle industriel complexe qui est géographiquement aggloméré et en croissance, on enregistre des effets d'intensification des activités économiques dus à la proximité et aux contacts humains." Anlaß des Wachstums ist meist eine "unité motrice", die "engendre des effets d'agglomération: elle rassemble des activités complémentaires qui suscitent des occasions cumulatives de gains et de coûts en un lieu. ... Les effets d'agglomération et de jonction font apparaître de nouvelles activités..." (François Perroux: L'économie, a. a. O., S. 168-169).

Delmas faßt das kurz und präzis zusammen: "L'industrie appelle l'industrie, les centres déjà fortement industrialisés jouant le rôle de pôles d'attraction pour les nouvelles usines." (Claude Delmas: "L'aménagement du territoire", Paris 1962, S. 13).

Die besten Bedingungen für die Beschaffung von Dienstleistungen zur Wahrnehmung von Hilfsfunktionen findet der Unternehmer in der région parisienne, die als einziges Gebiet Frankreichs ein großes Beschaffungspotential aufweist, das wegen der hohen Angebotskonkurrenz als das günstigste zu bezeichnen ist. Hier kann ein Unternehmer am sichersten damit rechnen, sich anderer Unternehmen zur Durchführung seiner Produktion bedienen zu können; damit entsteht ein wesentlicher Standortfaktor zugunsten dieses Gebietes. Vor allem in Paris, zum Teil auch in den ebenfalls hochindustrialisierten Departements des Nordens und des äußersten Ostens, weniger bereits im Bereich von Lyon, hat der Unternehmer stets zahlreiche Betriebe um sich, die ihm dauernd oder in Saisonspitzen eine reibungslose Produktion sichern. Besonders deutlich wird dieser Standortvorteil der hochindustrialisierten Gebiete bei der Erhaltung der Produktionsbereitschaft. Auch für die ausgefallensten Reparatur- und Montage-Arbeiten sind in Paris Hilfsbetriebe schnell zur Stelle, während ein Unternehmer, der sich in der Provinz niederläßt, die prompte Wiederherstellung und laufende Unterhaltung seiner Produktionsanlagen häufig nur durch eigene, kostspielige Reparatur-Kolonnen sichern kann. Auf diesen Standortvorteil, der vor allem bei kleineren und mittleren Betrieben mit reparaturanfälligen Anlagen zum Tragen kommt, bei denen die Vorhaltung dieser Hilfsdienste relativ hohe Kosten verursachen wird, weisen nicht nur Theoretiker[1], sondern vor allem Praktiker[2] hin. Hier wirkt sich eine Agglomerations-Tendenz zugunsten von Paris aus, denn sie fördert die räumliche Annäherung von Unternehmen der unterschiedlichsten Branchen, die allen Beteiligten Kostenvorteile bringt.

---

[1] Vgl. Gabriel Dessus: Eléments d'une politique, a. a. O., S. 36.

[2] Vgl. L. W.: "Recherche opérationnelle sur la localisation d'usines", S. 810, in: "Hommes et Techniques", Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 809-811.

Vgl. C. Charmont: Bilan, a. a. O., S. 864.

Bei der Erörterung des Potentials zur Beschaffung von Dienstleistungen zur Wahrnehmung von Nebenfunktionen, die ein sehr weites Gebiet umfassen, soll vor allem auf die starke Konzentration der wissenschaftlichen Forschungsanstalten und Laboratorien in Paris hingewiesen werden. Gerade für Industrien, die sich mit neuen Produkten oder Produktionsmethoden beschäftigen, ist der enge Kontakt zu diesen Stellen häufig unerläßlich. Dafür ergibt sich jedoch ein sehr begrenztes "Beschaffungsgebiet", da sie diesen Kontakt nur in Paris und seiner nächsten Umgebung sichern können. Gravier glaubt darin einen der Hauptgründe für die Tatsache zu erkennen, daß trotz aller sonstigen Hindernisse viele junge Industrien versuchen, sich innerhalb der région parisienne niederzulassen[1].

Unterschiedliche Potentiale ergeben sich auch bei der Beschaffung von Kapital, da infolge der ungleichmäßigen Verteilung der Finanzierungsinstitute das Kapital-Angebot keineswegs gleichförmig über das Land verteilt ist.

Die Konzentration des französischen Bankwesens vollzog sich in zwei Etappen. Im Second Empire wurden infolge des starken Aufschwunges von Paris zahlreiche Banken in dieser Stadt gegründet. In der Weltwirtschaftskrise weigerte sich die Banque de France systematisch, die Wechsel kleiner Provinzbanken zu prolongieren, wodurch diese vielfach zur Schließung gezwungen wurden. Der Anteil der Pariser Banken stieg damit laufend.Vor allem das Übergewicht der nationalisierten Banken mit Sitz in Paris tritt klar hervor[2]. Eine

---

[1] Vgl. Jean-François Gravier: "La décentralisation industrielle en France et à l'étranger ou la géographie économique est devenue la géographie de l'esprit d'entreprise", S. 782, in: "Hommes et Techniques", Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 773-782.

[2] Durch ein Gesetz vom 2. Dezember 1945 wurde eine Reihe von Bankinstituten, darunter die vier größten Depositenbanken, verstaatlicht.

Untersuchung[1] des Conseil Economique et Social[2] zeigt, daß es im Jahre 1956 zwar 168 Regional-Banken oder Lokal-Banken gab, denen nur 79 Pariser Depositen-Banken, 37 Geschäfts-Banken und 6 sonstige Kredit-Institute, die zum Teil nationalisiert sind, gegenüberstanden. Eine Statistik über die Bilanzsummen der einzelnen Banken beweist jedoch deutlich die hervorragende Stellung der in Paris ansässigen Institute. Bei einer gesamten Bilanzsumme von 35,57 Mrd. NF stellen die Regional- und Lokal-Banken mit ihren 6,3 Mrd. NF Bilanzsumme nur einen unbedeutenden Anteil von 17,7 %. Dementsprechend untergeordnet ist auch ihre Bedeutung und Hilfe für die Finanzierung von Unternehmen. Besonders das Fehlen von größeren Geschäfts-Banken macht sich sehr nachteilig bemerkbar, so daß der Conseil zu der Erkenntnis kommt: "Toutes réunies dans la capitale et ne disposant d'agences en province que de manière tout à fait exceptionnelle (...), les banques d'affaires ne sont point en mesure d'apporter un concours étendu aux entreprises provinciales de petite et moyenne importance[3]." Vor allem bedeutet für die Unternehmer die Niederlassung in der région parisienne, besonders bei starkem Kapitalbedarf, einen Standortvorteil, da sie bei engem Kontakt mit der Geschäftsleitung der Banken eher damit rechnen können, die benötigten finanziellen Mittel zu günstigen Sätzen zu er-

---

1 Vgl. Roger Millot: "Problème du financement du développement économique régional", in: "Journal Officiel de la République Française - Avis et rapports du Conseil Economique et Social", Jahrg. 1962, No. 7 vom 24. 2. 1962, S. 387-416.

2 Der Conseil Economique et Social, in der IV. Republik Conseil Economique, besteht aus von Vertretern der Arbeitnehmer, der Unternehmerverbände, der landwirtschaftlichen Verbände und der Genossenschaften gewählten Mitgliedern sowie aus Wissenschaftlern. Er prüft Gesetzesentwürfe, die das wirtschaftliche und soziale Leben betreffen, und nimmt dazu Stellung, falls er von der Assemblée nationale dazu aufgerufen wird. Er kann sich auch seinerseits mit ökonomischen Fragen beschäftigen. In der IV. Republik konnte er nur auf die Assemblée nationale meinungsbildend einwirken, nicht unmittelbar auf die Exekutive. Die Verfassung der V. Republik änderte seinen Wirkungsbereich, indem sie ihn als dauernden Berater unmittelbar der Regierung zuordnete.

3 Roger Millot: Problème du financement, a. a. O., S. 391.

halten. Für Objekte außerhalb der région parisienne werden in der Regel höhere Zinssätze wegen des erhöhten Risikos berechnet.

Das Beschaffungspotential ist also sowohl in bezug auf die Quantität als auch auf den Preis des zu beschaffenden Faktors im Bereich der région parisienne bedeutend günstiger. Faucheux weist daher mit Recht darauf hin, daß eine Belebung das Kapitalmarktes in der Provinz eine unerläßliche Voraussetzung dafür ist, wieder verstärkt Unternehmer dazu zu veranlassen, sich in der Provinz anzusiedeln: "Reconstituer des sources régionales et autunomes de financement, que la centralisation à Paris du système bancaire a taries, est une des conditions nécessaires de l'expansion régionale et de la décentralisation, ...[1]".

Zu untersuchen ist ferner das Potential aus der Beschaffung von Leistungen seitens des Staates[2]. Jedes Unternehmen steht im Zusammenhang der gesamten Volkswirtschaft, kann also vielfach nicht autonom handeln, sondern ist auf Leistungen, Handlungen und Duldungen seitens des staatlichen Verbandes angewiesen. Diese Leistungen haben in einem entwickelten Staat grundsätzlich in allen seinen Teilen gleich zu sein und gleich zu erfolgen; jedoch ergeben sich da bereits, unabhängig von bewußten, politisch begründeten Leistungsdifferenzierungen, Unterschiede in der Leistungserstellung. Je nach Nähe und engem Kontakt zu den für die Ausführung der Leistung kompetenten Stellen wird es für einen Unternehmer leichter oder schwerer sein, eine optimale Leistung zu einem möglichst günstigen Zeitpunkt zu erhalten. Man kann also durchaus von regional unterschiedlichen Beschaffungspotentialen in bezug auf die

---

[1] Jean Faucheux: Décentralisation, a. a. O., S. 133.

[2] Behrens spricht von "Leistungen des staatlichen Verbandes" (vgl. Karl Christian Behrens: Standortbestimmungslehre, a. a. O., S. 63).

staatlichen Leistungen sprechen, wenn diese infolge eines nicht überall gleichermaßen möglichen Kontaktes regional qualitativ unterschiedlich sind. Unter diesem Gesichtspunkt spielt also die administrative Struktur eines Landes eine Rolle bei der Erörterung der Standortfaktoren. Ein Standortfaktor kann sich vor allem im Rahmen der hier vorliegenden konkreten Untersuchung ergeben, "parce que la France est l'Etat le plus centralisé de l'Europe et probablement du monde[1]."

Die Zentralisierung Frankreichs ist die Folge einer bewußt darauf hinarbeitenden Politik des 19. Jahrhunderts. Bereits seit Jahrhunderten steht Frankreich unter einer einheitlichen zentralen Regierung. Während jedoch noch bis zur Revolution der Provinz eine gewisse Selbständigkeit in inneren Angelegenheiten zugestanden wurde, perfektionierte Napoleon die Zentralisierung der gesamten Adminstration. Alleiniger Mittelpunkt der Verwaltung ist Paris. An der Spitze der heute 90 Departements des französischen Mutterlandes steht ein Präfekt, der unmittelbar von Paris abhängig ist. Die Restauration übernimmt dieses von Napoleon geschaffene System, um stets das ganze Land gut in der Hand halten zu können[2]. Die starke Konzentration der Entscheidungsbefugnis spiegelt sich in der Größenordnung der Haushalte wieder. Während beispielsweise 1938 in der Schweiz

---

[1] Jean-François Gravier: Paris et le désert, a. a. O., S. 156.

[2] Wieweit die Zentralisierung der Verwaltung heute geht, wird an einigen extremen Beispielen deutlich. "Pour ne donner qu'un exemple, sait-on que le dossier d'adduction d'eau d'une commune de 200 habitants doit être obligatoirement étudié par un inspecteur général du Génie rural, lequel réside à Paris." (Jean-François Gravier: Paris et le désert, a. a. O., S. 119).

Selbst kleinste Bagatellen werden in Paris entschieden: "Enfin, par le J. O. du 17 septembre (Journal Officiel vom 17. September 1957 - der Verfasser -) nous apprenons, avec quelle satisfaction, qu'un décret ministériel du 12 septembre a autorisé le bureau d'aide sociale de Bergues (Nord) à accepter 'le legs qui lui a été consenti par la dame Zulmé-Elvire-Estelle Denoyelle, veuve Dedrye.'" (Jean-François Gravier: Paris et le désert, 2. Auflage, a. a. O., S. 13).

die Haushalte der Kantone und Gemeinden das 2,2fache der Haushalte der Bundesbehörden ausmachten, kommen in Frankreich im gleichen Jahr auf einen Franc, der durch regionale oder lokale Behörden ausgegeben wird, drei Francs, die durch die zentrale Verwaltung in Paris ausgegeben werden.

Zur Entmachtung kommt eine weitgehende Zersplitterung der in der Provinz verbliebenen Funktionen. Das Departement ist vielfach zu klein, um selbständig eine bestimmte Aufgabe wahrnehmen zu können. Dazu wurden daher größere Bereiche geschaffen. Damit sich aber aus dieser Zusammenführung von Aufgaben kein selbständiges regionales Zentrum bilden kann, wurden für die einzelnen Funktionen jeweils ganz verschiedene Departements zu Gebieten zusammengefaßt[1]. Diese zunächst unverständliche Gruppierung wird zum großen Teil bedingt durch die für heutige Verhältnisse völlig unsinnige Aufteilung der Departements.

Bei dem geringen Ausmaß der Aufgaben und der weitgehenden Unselbständigkeit der Departements sowie der Zersplitterung der ihnen verbliebenen Funktionen bietet für viele Unternehmer der Standort Paris große Vorteile. Außerhalb dieses Gebietes kann er kaum damit rechnen, eine Stelle zu finden, die in einer Verwaltungsangelegenheit größere Entscheidungsfreiheit hat. So wird besonders für alle die Unternehmer die starke Machtzusammenballung in Paris ein Standortvorteil sein, die Einfluß auf staatliche Stellen als Gesetzgeber oder als Finanziers und Besteller großer Investitionsvorhaben nehmen wollen. Vor allem für Unternehmer, deren Hauptkunde der Staat ist, gilt, wie noch zu zeigen sein wird[2], diese "nécessité absolue du contact avec les services techniques des administrations clientes, la Guerre, l'Air, la Marine, les P. T. T., les Colonies, la Radio-

---

[1] So gehört das Département Ardèche am unteren Lauf der Rhône zum Beispiel kulturpolitisch zum Gebiet der Universität Grenoble, hängt juristisch von Nîmes ab, wirtschaftlich von Lyon und gehört zu einem Militärbezirk, dessen Zentrum Marseille ist.

[2] Vgl. S. 78 ff.

télévision, l'E.D.F., toutes dans la région parisienne[1]."

Neben den Beschaffungspotentialen sind, vor allem bei weitem Beschaffungsgebiet, die Beschaffungskontakte von Bedeutung. Nur an einem Ort, wo er über solche Marktkontakte in ausreichender Weise verfügt, ist es dem Unternehmer möglich, das gesamte in dem weiten Beschaffungsgebiet existierende Beschaffungspotential auszuschöpfen.

Nirgends in Frankreich finden sich jedoch in dieser Beziehung so günstige Verhältnisse wie in Paris. Hier befindet sich der größte Teil der sich mit Marktforschung beschäftigenden Institute, der großen Import-Firmen, die bedeutenden Messen werden fast alle hier abgehalten und noch immer erscheinen die führenden Zeitungen, die als Werbeträger in Frage kommen, in überwiegender Mehrheit in Paris. Um nur mit einer Zahl zu charakterisieren, wie ausgezeichnet die Marktkontakte in Paris sind und wie bescheiden selbst in sonstigen industriellen Zentren des Landes, sei daran erinnert: "83 % der gesamten täglichen Zeitungsauflage erschienen 1954 in Paris[2]." Hier zeigt sich also ein standortlicher Vorteil, der allein zugunsten von Paris spricht.

2) Standortfaktoren auf der Angebots-Seite der Unternehmung

Nach den Standortfaktoren auf der Nachfrage-Seite der Unternehmung sind nun die Standortfaktoren auf der Angebots-Seite der Unternehmung zu erörtern.

---

1 R. Ricard: "Problèmes posés par le transfert des cadres et des techniciens", S. 838, in: "Hommes et Techniques", Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 834-839.

2 Wolfgang Hartke: "Das Land Frankreich", S. 19, in: "Frankreichkunde", Handbücher der Auslandskunde, herausgegeben von Dr. Paul Hartig, Frankfurt am Main, Berlin, Bonn 1962, S. 1-50.

Während für die Größe des Absatzgebietes die oben bereits erläuterten Transportverhältnisse mitbestimmend sind, gelten für die Absatzkontakte die bereits für die Beschaffungskontakte dargelegten Gedanken. Hier ist also nur noch das Potential des Absatzgebietes zu untersuchen; dabei handelt es sich um die in diesem Bereich möglichen Absatzmengen und die erzielbaren Preise. Vorteile, die sich dabei für bestimmte Standorte zeigen, sind die Standortfaktoren.

Folgende Größen, die einen Einfluß auf das Absatzpotential haben, sind im einzelnen zu untersuchen: der Bedarf, die Kaufkraft, die Konkurrenz auf dem Absatzmarkt und der Herkunfts-Goodwill[1]. Bedarf und Kaufkraft, die von privater und öffentlicher Nachfrage abhängen können, sollen für beide Bereiche getrennt gezeigt werden, während bei den übrigen Faktoren eine solche Unterscheidung unerheblich ist.

Die Größe des Bedarfs wird bestimmt von der Zahl der Bedarfsträger und deren Bedarfsintensität[1]. Die Bedarfsträger bei privater Nachfrage nach Investitionsgütern sind die Unternehmen, bei der Nachfrage nach Konsumgütern die Haushalte.

Für die Nachfrage nach Konsumgütern ist also zunächst die Bevölkerungsverteilung und ihre unterschiedliche Kaufkraft darzustellen, um die bestehenden Standortfaktoren zu erläutern. Nach der Bevölkerungszählung von 1954[2] beträgt die durchschnittliche Bevölkerungsdichte in Frankreich bei einer gesamten Einwohner-Zahl von 42,8 Millionen Einwohnern

---

[1] Vgl. Karl Christian Behrens: Standortbestimmungslehre, a. a. O., S. 74 ff.

[2] Vgl. "Journal Officiel de la République Française. Lois et Décrets", 94. Jahrg., No. 269, vom 15. 11. 1962, S. 11078-11081.

78 Einwohner/qkm[1]. Über diesem Durchschnitt liegen mit 21 Departements nicht einmal ein Viertel der 90 Departements des Mutterlandes. Die Spitze nimmt mit weitem Abstand das Departement Seine mit 10.750 Einwohnern je qkm ein, gefolgt von Nord mit 363, Rhône mit 338, Seine-et-Oise mit 302, Pas-de-Calais mit 189, Territoire-de-Belfort mit 163 und Bouches-du-Rhône mit 150 Einwohnern je qkm. Die übrigen Departements mit einer überdurchschnittlichen Dichte liegen vor allem im Nordosten, soweit es sich nicht um die Departements mit großem ländlichen Bevölkerungsanteil handelt wie in der Bretagne oder um die Umgebung einer der wenigen wichtigen Regional-Städte. Es sind folgende Departements: Finistère, Ille-et-Vilaine, Loire-Atlantique, Gironde, Haute Garonne, Hérault, Loire, Haut-Rhin, Bas-Rhin, Moselle, Meurthe-et-Moselle, Seine-et-Marne, Seine-Maritime und Calvados. Ihre Lage wird durch Karte 1 verdeutlicht. Die Mehrheit der genannten Departements liegt in unmittelbarer Nähe der région parisienne, zum Teil im Norden oder Nordosten des Landes.

Die absolut höchsten Bevölkerungszahlen erreichten in der gleichen Zeit die Departements Seine mit 5,2 Millionen Einwohnern, Nord mit 2,1 Millionen, Seine-et-Oise mit 1,7 Millionen, Pas-de-Calais mit 1,3 Millionen, Bouches-du-Rhône und Rhône mit je 1,0 Millionen Einwohnern. Weiterhin folgen Seine-Maritime und Gironde mit je 0,9 Millionen, Moselle mit 0,8 Millionen, Loire-Atlantique, Finistère, Bas-Rhin und Loire mit je 0,7 Millionen sowie Isère, Meurthe-et-Moselle und Ille-et-Vilaine mit jeweils 0,6 Millionen Einwohnern[2]. Auch bei einer Darstellung dieser genannten Departements ergibt sich in etwa das gleiche Bild einer stark divergierenden Verteilung mit dem Schwerpunkt um Paris und im Norden bzw. Nordosten des Lan-

---

[1] Zur gleichen Zeit beträgt die Bevölkerungsdichte in Belgien 285, in der Bundesrepublik 207, in England 207 Einwohner/qkm. (Vgl. dazu Pierre Maillet: "La structure économique de la France", Paris 1960, S. 74, und Claude Delmas: L'aménagement, a. a. O., S. 20).

[2] Vgl. "Journal Officiel de la République Française. Lois et Décrets", 94. Jahrg., No. 269, v. 15. 11. 1962, S. 11078-11081.

des[1]. Entscheidend als Meßziffer sind die Angaben über die Bevölkerungsdichte, da sie die Zahl der Bedarfsträger pro Flächeneinheit wiedergeben, jedoch muß stets die Verteilung der Bevölkerung in absoluten Zahlen mit herangezogen werden, da hiermit die Gebiete herausgehoben werden, die über eine ein bestimmtes Mindestmaß übersteigende Zahl von Verbrauchern verfügen.

Sehr unterschiedlich ist jedoch vor allem die Kaufkraft verteilt, die hier gemessen werden soll an dem regional unterschiedlichen Pro-Kopf-Einkommen, das zusammen mit den Angaben über die Bevölkerungsdichte sehr gut die potentielle Nachfrage zeigt. Bei weitem an der Spitze liegen in einer Aufstellung[2] aus dem Jahr 1954 die Departements Seine und Seine-et-Oise, für die im Durchschnitt ein Pro-Kopf-Einkommen von 410.000 Francs gegenüber 264.000 Francs im nationalen Durchschnitt ermittelt wurde. Mit einem hohen Einkommen folgen weiterhin noch folgende Departements: Rhône mit 319.000 F, Nord mit 299.000 F, Bouches-du-Rhône mit 284.000 F, Moselle mit 280.000 F, Seine-Maritime mit 279.000 F, Meurthe-et-Moselle mit 271.000 F, Pyrénées-Orientales mit 270.000 F, Oise mit 266.000 F, Loire mit 265.000 F und Seine-et-Marne mit 263.000 F. Es handelt sich dabei bis auf die Ausnahme Pyrénées-Orientales um stark industrialisierte Gebiete, in denen ein über dem nationalen Durchschnitt von 18 % liegender Anteil der Bevölkerung in der Industrie beschäftigt ist. Diese Departements konzentrieren sich, wie Karte 3 zeigt, besonders um Paris, liegen zum Teil aber auch im nördlichen und östlichen Industriegebiet.

Ein günstiges Absatzpotential infolge hoher Dichte der Bedarfsträger und gleichzeitig hoher Kaufkraft weisen, wie leicht ersichtlich ist, nur wenige Departements im Umkreis

---

[1] Vgl. Karte 2.

[2] Vgl. Jean-Marcel Jeanneney: "Tableaux statistiques relatifs à l'économie française et l'économie mondiale", Paris 1957, S. 175-176.

der Hauptstadt, im Industrierevier im Norden und an der Mosel, das Gebiet um Lyon und um Marseille auf. In diesem Bereich besteht also eine starke Nachfrage. Dieser Standortfaktor gewinnt vor allem an Bedeutung für Industrien, die hochwertige Konsumgüter herstellen, wie Möbel-, Bekleidungs-, Luxusgüter- und Elektro-Industrie. Sie finden in diesen Bereichen ein günstiges Absatzgebiet, das bei ihnen stärker als bei Industrien der lebensnotwendigen Güter durch Gebiete hohen Einkommens bestimmt wird.

Eine Statistik zur Messung der regionalen Verteilung der privaten Nachfrage nach Investitionsgütern fehlt. Hierzu lassen sich jedoch andere Unterlagen verwenden. Gesucht wird nach der Nachfrage, die Unternehmer nach Gütern ausüben, deren sie sich zur Durchführung einer Produktion bedienen wollen. Mittelbar soll dazu eine Aufgliederung der industriellen Produktion nach den einzelnen Departements herangezogen werden, indem unterstellt wird, daß zur Durchführung der Produktion überall, unabhängig von einer regional schwankenden Verteilung der Industrien mit besonders hohen oder niedrigen Investitionen, der gleiche Anteil an Investitionsgütern nötig ist und daher nachgefragt wird. Diese Statistik über die Verteilung der industriellen Produktion wird zwar kein exaktes Bild über die der Nachfrage von Unternehmern nach Investitionsgütern geben, sie ist aber sehr gut dazu geeignet, die Gebiete aufzuzeigen, in denen diese Nachfrage besonders hoch ist. Nach einer Erhebung des INSEE[1] weisen im Jahre 1951 folgende Departements eine besonders hohe industrielle Produktion auf: An der Spitze steht das Departement Seine mit 218,1 °/oo der nationalen Produktion, gefolgt von Nord mit 96,6 °/oo, Pas-de-Calais mit 39,5 °/oo, Rhône mit 36,1 °/oo, Seine-et-Oise mit 32,4 °/oo, Moselle mit 26,6 °/oo, Seine-Maritime mit 25,8 °/oo, Loire mit 24,8 °/oo, Isère mit 23,1 °/oo und Meurthe-et-Moselle mit 20,8 °/oo. Allein die région parisienne produziert auf ihrem Gebiet, das nur 2,2 % des nationalen Territoriums umfaßt, über 26 % der Industrie-

[1] Vgl. INSEE: L'espace, a. a. O., S. 84-87.

Güter und ist damit weit vor den Gebieten im Norden (Nord, Pas-de-Calais) und im Osten (Moselle, Meurthe-et-Moselle, Bas-Rhin, Haut-Rhin) als der wichtigste Ort anzusehen, an dem Nachfrage nach Investitionsgütern wirksam wird. Ihre aus der Produktionsstatistik abgelesene Vorrangstellung wird noch verstärkt, da vielfach Unternehmen ihren Sitz und damit auch einen großen Teil der für die Verwaltung, hier insbesondere für die Beschaffung zuständigen Stellen in Paris haben, auch wenn ihre Produktionsbetriebe außerhalb der Stadt oder weit in der Provinz liegen. Auch für Produzenten von Investitionsgütern erscheint also die région parisienne infolge ihres hohen Absatzpotentials als ein günstiger Standort.

Für die Höhe der staatlichen Investitionen und damit für die staatliche Nachfrage nach Investitionsgütern, liegt eine regionale Untersuchung aus dem Jahr 1959 vor[1]; zwar handelt es sich dabei um ein Jahr, das nach dem Beginn der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen liegt, dessen Zahlen also einerseits nicht unbedingt für die Zeit vor Beginn dieser Maßnahmen gültig sind. Abweichungen sind jedoch nur von geringer Höhe und verändern kaum das Bild der unterschiedlichen Verteilung. Denkbar wäre nur eine leichte Verschiebung zugunsten der Provinz, indem im Jahre 1959 bereits zusätzliche Investitionen auf Grund der Dezentralisierungsbemühungen in der Provinz getätigt worden sind, so daß sich für die Zeit vor 1955 ein noch höherer Investitionsbetrag für die région parisienne ergibt. Nach dieser Erhebung belaufen sich die direkt im Departement Seine vom Staat im Jahre 1959 getätigten Investitionen mit 1,94 Mrd. NF auf 48,1 % der 4,02 Mrd. NF direkt für einzelne Departements zurechenbaren Investitionen. Mit weitem Abstand folgt als zweites Departement Seine-et-Oise, dessen Anteil sich aber nur auf 5,5 % beläuft. Selbst in so wichtigen Gebieten wie Nord oder Bouches-du-Rhône erfolgten nur

[1] Vgl. N. N.: "Statistiques départementales sur les investissements", S. 54-55, in: "L'Usine Nouvelle", März 1962, S. 54-55.

3,2 % bzw. 3,1 % der gesamten Investitionen. Auch unter Einbeziehung der von den Departements selbst getätigten Investitionen ändert sich das Bild nur geringfügig, indem der Anteil von Seine auf 47,2 % sinkt. Die staatliche Nachfrage wird also zum größten Teil in Paris wirksam. Das Gebiet der région parisienne vereinigt mit seinen 4 Departements mehr als die Hälfte der wirksamen staatlichen Investitionstätigkeit auf sich. Dieses Gebiet weist also für Unternehmer, die ein großes Absatzpotential suchen, erhebliche Standortvorteile auf.

Die Absatzkonkurrenz ist andererseits auf allen Gebieten innerhalb der région parisienne infolge ihrer hohen Industrialisierung besonders groß, so daß sich von daher wieder eine gewisse Schmälerung der Vorteile ergibt.

Schließlich ist noch auf den Herkunfts-Goodwill hinzuweisen, der in der Regel den Produkten erwächst, die in Paris erzeugt worden sind, wenn auch für spezielle Güter andere Gebiete als prädestinierter anzusehen sind (z. B. die Uhrenindustrie in den beiden Departements Savoie).

Generell ist jedoch, wie sich aus den Darlegungen ergibt, der Standort Paris von der Absatzseite besonders günstig. Es entstehen also beträchtliche Standortfaktoren, die noch verstärkt werden durch die oben erwähnten guten Transportverhältnisse und Marktkontakte in diesem Gebiet.

3) Zusammenfassung

Diese Aufzählung der wichtigsten Standortfaktoren zeigt beachtliche Vorteile für eine Niederlassung in Paris oder in der région parisienne. Wenig geeignet bei Berücksichtigung der Betriebsgröße erscheint dieser Standort für Großbetrie-

be, die es schwer haben, sich in diesem Gebiet den nötigen Betriebsraum zu verschaffen, für die aber andererseits ein enger Kontakt zu den hier reichlich vorhandenen Hilfsbetrieben und sonstigen Institutionen nicht so notwendig ist, da sie sich bei entsprechendem Geschäftsumfang durch eigene Betriebsabteilungen diesbezügliche Dienste sichern können. Von der Art der Fertigung her sind wiederum Betriebe mit einem großen Anteil an hochqualifizierten Arbeitskräften stärker auf Paris und die hier vorhandenen Bildungs- und Fortbildungsstätten angewiesen, während bei einem hohen Anteil ungelernter Arbeitskräfte die Beschaffung dieses Produktionsfaktors vor allem im bevölkerungsreichen Westen des Landes wenig Schwierigkeiten bereitet. Bei Berücksichtigung des Produktes ist schließlich für alle die Unternehmen Paris ein empfehlenswerter Standort, die vornehmlich für staatliche Stellen oder für große Verbraucherzahlen mit hoher Kaufkraft produzieren.

Bei rationaler Standortüberlegung ergibt sich also bereits vielfach ein eindeutiges Übergewicht zugunsten eines Standortes in der Hauptstadt oder ihrer Umgebung. Verstärkt wird diese Tendenz aber noch durch ein irrationales Moment. Nicht immer wird der Standort aus rein rationalen Erwägungen als im ökonomischen Sinn optimaler Standort gewählt, vielmehr gibt es auch Motive aus der nicht ökonomisch-rationalen Sphäre, die die Überlegungen des Unternehmers mit beeinflussen[1]. Da sie jedoch für die tatsächliche Verteilung der Standorte, die es im Folgenden darzustellen und zu begründen gilt, ebenfalls mit entscheidend sind, sind sie hier kurz zu erwähnen, soweit sie einen größeren Einfluß ausüben.

Hier muß auf die besondere Anziehungskraft von Paris hingewiesen werden, die nur auf Grund der historischen Entwicklung Frankreichs zu erklären ist, das bereits seit Jahrhunderten ein zentralisierter Staat ist, in dem alle Gewalt von der Hauptstadt ausgeht. Die überragende Stellung der "ville-lumière" geht so weit, daß sich viele Franzosen, die

---

[1] Vgl. S. 27 f.

außerhalb von Paris wohnen, zu Einwohnern zweiter Klasse herabgesetzt fühlen, zu Provinzlern. Gravier weist darauf hin, daß dieses Wort häufig einen pejorativen Charakter hat: "Ne lit-on pas d'ailleurs, dans le grand dictionnaire Larousse édité vers 1900, cette définition significative: 'Provincial: qui est gauche, dépourvu de distinction, manière. Ex.: avoir l'air provincial[1]'". Daher sind viele Unternehmer bestrebt, ihren Betrieb in der région parisienne aufzubauen, falls ihnen nicht durch besondere Gründe, die Standortfaktoren, ein anderer Standort vorgegeben wird. Diese psychologische Anziehungskraft von Paris ist auch heute noch sehr groß. Das zeigen nicht nur zahlreiche Hinweise von Theoretikern[2], sondern das ergibt sich auch aus den Äußerungen von Praktikern, die etwa ihr Unternehmen von Paris in die Provinz verlegt haben und sich deswegen als echte Pioniere fühlen[3]. So stellt Faucheux den Unternehmern, deren Standort durch einen oder mehrere besonders starke Standortfaktoren vorgegeben ist (etwa die Nähe von Kohle und Eisen im Osten Frankreichs für die Eisenhüttenindustrie), die Unternehmer gegenüber, "... qui n'ont pas de raisons bien positives de s'orienter dans telle direction plutôt que dans l'autre, avec cependant une préférence fréquente pour la moitié ouest de la circonférence d'un rayon de 200 km dont Paris est le centre...[4]"

Dieser Anziehungskraft von Paris, die nicht auf Tatsachen beruht, die die Rentabilität einer Unternehmung beeinflussen könnten, hat die Provinz auf gleicher Ebene nicht

---

[1] Jean-François Gravier: "Evolution de la décentralisation", S. 2, in: "Problèmes économiques", No. 691 vom 28. März 1961, S. 1-8.

[2] "Paris, c'est la France, et la France, c'est Paris" (Jean-François Gravier: Décentralisation, a. a. O., S. 130).

"Pour tous, à quelques exceptions près, la promotion, c'est Paris; l'exil, la stagnation, c'est la province." (Jean Faucheux: La décentralisation, a. a. O., S. 46).

[3] Paul Gambin, Gabriel Forest u. a. in: "Paris et la France", Aufzeichnung eines Rundgespräches, in: "L'Usine Nouvelle", März 1963, S. 17-40.

[4] Jean Faucheux: Problèmes concrets, a. a. O., S. 749.

viel entgegenzusetzen. Nur wenige Gebiete erscheinen aus diesem Gesichtspunkt heraus in irgendeiner Weise attraktiv. Dazu ist vor allem der Südosten Frankreichs zu zählen, der mit der Mittelmeerküste und den Voralpen oder Alpen für manchen Unternehmer den Ausschlag bei der Standortwahl gab. So berichtet beispielsweise Gravier, daß die Wahl des Standortes der " ... Société Gilette à Annecy s'explique, de l'aveu même de ses dirigeants, par la beauté du lac et non par des considérations économétriques ..."[1]; die schöne Lage des Lac d'Annecy bewog also die Unternehmensleitung, die gleichnamige Stadt als Standort zu wählen. Der wenig industrialisierte Westen des Landes hat jedoch auch unter Berücksichtigung derartiger Gesichtspunkte nur geringe Anziehungskraft.

III. Die Standortverteilung vor Beginn der Dezentralisierungsmaßnahmen

Nachdem bisher die wesentlichsten Faktoren dargestellt wurden, die einen Einfluß auf die Wahl des Standortes in Frankreich und damit auf die Verteilung der gesamten französischen Industrie haben, soll nun untersucht werden, in welcher Weise sich die Industrie tatsächlich regional gruppiert. In der Einleitung zu dieser Arbeit wurde behauptet, daß sich die französische Industrie in außergewöhnlicher Weise um die Hauptstadt konzentriert, so daß zu ihrer Dezentralisierung staatliche Maßnahmen ergriffen werden mußten. Hier muß es also im wesentlichen darum gehen zu zeigen, wieweit diese räumliche Konzentration tatsächlich vorhanden ist. Es kommt also darauf an, die Anteile in erster Linie der région parisienne, daneben aber auch anderer Zentren an der gesamten französischen Industrie zu zeigen.

1) Probleme bei der Messung der Verteilung

Bei diesem Versuch macht sich jedoch empfindlich der Mangel

---

[1] Jean-François Gravier: Paris et le désert, 2. Auflage, a. a. O., S. 177.

an geeigneten Statistiken bemerkbar, aus denen auf eine Verteilung der Standorte in der französischen Industrie allgemein und in speziellen Branchen geschlossen werden könnte. Unmittelbare Aufzeichnungen darüber liegen erst von den Jahren 1949 ab vor, dabei fehlen jedoch detaillierte branchenmäßige Aufgliederungen.

Die hier erforderlichen Erkenntnisse kann man daher am besten aus Statistiken über die regionale Streuung der Produktionskapazitäten in der französischen Industrie ziehen, bei denen auch Angaben über einzelne Industriezweige vorliegen. Nun beruht zwar die heutige Verteilung der französischen Industrie, die durch diese Erhebungen wiedergegeben wird, nicht allein auf Entscheidungen in der Standortwahl, die in den letzten Jahren getroffen wurden. Vielmehr tragen auch Unternehmungen, deren Standort bereits vor Jahrzehnten gewählt wurde, mit zu der Produktionskapazität eines Gebietes bei. Dennoch können aus den Ergebnissen, die sich aus den statistischen Unterlagen über die Verteilung der Produktionskapazität ermitteln lassen, ziemlich genaue Schlüsse bezüglich der regionalen Aufgliederung der Standorte gezogen werden, die in den letzten Jahren vor Beginn der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen gewählt wurden.

Für die Gültigkeit dieser Verbindung sprechen zwei Überlegungen. Einerseits haben sich die Standortfaktoren, die als regional stark schwankend und daher stark lenkend anzusehen sind, im Laufe der letzten Jahrzehnte nicht wesentlich verändert. Das gilt etwa für die Verkehrsverhältnisse, die Verteilung der Bevölkerung als Anbieter von Arbeit und als Nachfrager von Produkten, die unterschiedliche Bedeutung staatlicher Stellen in der Provinz und in Paris, die regional unterschiedliche Angebotsstruktur von Betriebsraum etc. Geringfügige Änderungen nach beiden Seiten hoben sich in ihrer Wirkung zum großen Teil auf, wobei aber noch ein geringes Anwachsen des Einflusses der in die région lenkenden Faktoren festzustellen ist. Diese Vermutung wird bestätigt durch einen Vergleich zwischen

der regionalen Verteilung aller bisher gewählten Standorte mittels der Statistik über die Produktionskapazität und der regionalen Verteilung der Genehmigungen für die Errichtung von Industrie-Betrieben aus den letzten Jahren des untersuchten Zeitabschnittes, ausgewiesen durch eine Statistik des Ministère de la Construction[1], aus dem hervorgeht, daß im wesentlichen die einzelnen Departements einen Anteil an den gesamten Neuerrichtungen von Betrieben haben, der ihrem Anteil an der gesamten französischen Produktionskapazität entspricht.

2) Die regionale Verteilung der französischen Industrie

Mit der Darstellung der regionalen Verteilung der französischen Industrie soll gezeigt werden, welche unterschiedliche Anziehungskraft einzelne Gebiete auf die Industrie allgemein haben. Als Basis dient eine Statistik aus dem Jahre 1951 über den Beitrag der einzelnen Departements zur gesamten industriellen Produktion Frankreichs[2]. Es wird also aufgeführt, wo sich die Industrie, gewichtet nach ihrer Produktionskraft, lokalisiert. Der Anteil jedes einzelnen Departements, ausgedrückt in Promille der gesamten Produktion, wird in Spalte III der Tabelle 3 wiedergegeben.

Bereits diese Tabelle läßt starke departementale Unterschiede in dem Anteil an der nationalen industriellen Produktion erkennen. Besonders die große Bedeutung des Departements Seine, das mit 218,1 °/oo weitaus an der Spitze liegt, tritt klar hervor. Die région parisienne vereinigt allein über 26 % der Produktion auf sich.

---

[1] In jährlichen Veröffentlichungen unter dem Titel: "Décentralisation et localisation industrielle" berichtet die Direction de l'aménagement du territoire des Ministère de la Construction über die Entwicklung der Verteilung der Standorte neu errichteter Betriebe seit 1949.

[2] Vgl. INSEE: L'espace, a. a. O., S. 84-87.

Noch deutlicher wird die Konzentration der französischen Industrie in wenigen Zentren, wenn auf einer Karte diejenigen Departements kenntlich gemacht werden, die einen überdurchschnittlichen Anteil an der gesamten Produktion aufweisen, deren Anteil also über 11,1 °/oo liegt[1].

Vier industrielle Zentren heben sich heraus. An erster Stelle liegt die région parisienne, die allein mit mehr als einem Viertel zur industriellen Produktion beiträgt. Sie geht unmittelbar über in das zweite Zentrum, den äußersten Norden des Landes. Weiterhin ist das Gebiet um Lyon zu nennen, das sich besonders in westlicher Richtung in das Massif Central und in östlicher Richtung in die Alpen ausdehnt. Das vierte Hauptzentrum ist schließlich im Osten des Landes das Gebiet von Elsaß und Lothringen. Damit werden in 16 von 90 Departements, die nur 15,8 % des gesamten Raumes Frankreichs einnehmen, 62,7 % des industriellen Produktes erzeugt; allein in der région mit nur 2,2 % des Raumes entstehen 26,1 %.

Tabelle 3:

Nr. des	Name Departements	III	IV	V
1	Ain	5,8	7.541	17
2	Aisne	11,8	6.483	62
3	Allier	5,6	8.474	25
4	Basses-Alpes	1,2	1.680	2
5	Hautes-Alpes	1,2	1.645	2
6	Alpes-Maritimes	5,2	13.118	13
7	Ardèche	5,0	4.624	18
8	Ardennes	8,5	4.182	47
9	Ariège	2,5	3.489	6
10	Aube	7,3	4.721	47
11	Aude	2,4	5.188	8
12	Aveyron	3,6	6.510	13
13	Bouches-du-Rhône	18,8	17.192	98
14	Calvados	7,9	7.729	26

[1] Vgl. Karte 4.

Nr. des	Name Departements	III	IV	V
15	Cantal	1,2	3.520	3
16	Charente	4,1	6.942	23
17	Charente-Maritime	4,2	9.469	17
18	Cher	4,5	5.586	27
19	Corrèze	2,9	5.654	11
20	Corse	0,6	1.867	1
21	Côte-d'Or	5,8	6.812	30
22	Côtes-du-Nord	2,8	8.854	9
23	Creuse	0,9	4.238	1
24	Dordogne	3,1	8.529	8
25	Doubs	14,6	6.253	47
26	Drôme	4,7	5.760	28
27	Eure	6,5	6.077	47
28	Eure-et-Loir	4,1	4.795	14
29	Finistère	6,7	11.590	28
30	Gard	6,7	5.902	21
31	Haute-Garonne	10,3	11.013	37
32	Gers	0,9	3.886	1
33	Gironde	13,8	19.254	81
34	Hérault	5,0	8.096	14
35	Ille-et-Vilaine	5,3	11.390	26
36	Indre	2,5	5.930	13
37	Indre-et-Loire	4,4	7.739	18
38	Isère	23,1	14.334	112
39	Jura	4,4	6.315	16
40	Landes	3,1	5.402	8
41	Loir-et-Cher	2,3	4.941	19
42	Loire	24,8	15.863	102
43	Haute-Loire	2,6	5.957	4
44	Loire-Atlantique	13,7	12.350	58
45	Loiret	5,8	6.695	37
46	Lot	1,0	3.628	1
47	Lot-et-Garonne	3,3	6.022	14
48	Lozère	0,5	1.485	2
49	Maine-et-Loire	7,6	9.820	38
50	Manche	4,2	8.389	9
51	Marne	6,9	6.253	52

Nr. des	Name Departements	III	IV	V
52	Haute-Marne	3,6	3.927	16
53	Mayenne	2,3	5.301	6
54	Meurthe-et-Moselle	20,8	7.754	112
55	Meuse	3,5	3.191	27
56	Morbihan	3,6	7.604	9
57	Moselle	26,6	9.813	111
58	Nièvre	3,5	4.838	18
59	Nord	96,6	29.577	515
60	Oise	11,8	7.357	63
61	Orne	3,4	5.572	20
62	Pas-de-Calais	39,5	14.539	190
63	Puy-de-Dôme	11,8	11.102	37
64	Basses-Pyrénées	5,7	9.961	24
65	Hautes-Pyrénées	6,0	3.857	14
66	Pyrénées-Orient.	2,3	4.998	10
67	Bas-Rhin	16,5	13.809	102
68	Haut-Rhin	16,5	8.716	101
69	Rhône	36,1	24.134	155
70	Haute-Saône	4,5	4.149	28
71	Saône-et-Loire	10,8	9.644	44
72	Sarthe	5,4	7.655	21
73	Savoie	6,6	5.137	26
74	Haute-Savoie	6,5	8.243	21
75	Seine	218,1	132.302	943
76	Seine-Maritime	25,8	13.292	132
77	Seine-et-Marne	10,0	8.662	47
78	Seine-et-Oise	32,4	27.717	144
79	Deux-Sèvres	2,7	6.521	11
80	Somme	10,8	8.014	55
81	Tarn	7,1	7.332	17
82	Tarn-et-Garonne	1,7	3.491	3
83	Var	6,2	6.909	15
84	Vaucluse	3,3	5.246	9
85	Vendée	2,8	8.279	8
86	Vienne	2,5	7.083	10
87	Haute-Vienne	4,3	7.815	23

Nr. des	Name Departements	III	IV	V
88	Vosges	14,8	6.970	84
89	Yonne	3,4	5.786	13
90	Terr.-de-Belfort	4,5	1.578	16
Gesamtfrankreich		1000,0	837.061	4.561

III: Anteil jedes Departements an der französischen Produktion der Industrie einschließlich der Energiewirtschaft im Jahre 1951 in Promille.

IV: Gesamtzahl der Industrie- und Handwerks-Betriebe je Departement

V: Zahl der Betriebe mit mehr als 200 Arbeitnehmern

Nur noch drei Departements kommen außerhalb dieser Zentren über den durchschnittlichen Anteil an der industriellen Produktion hinaus: es sind dies das Departement Bouches-du-Rhône mit seiner jungen Petrochemie, das Departement Gironde mit seiner besonders im Afrika-Handel wichtigen Hauptstadt Bordeaux und das Departement Loire-Atlantique mit der eisenverarbeitenden und Werft-Industrie.

Die Gründe für die Konzentration der Industrien in wenigen Zentren liegen in der oben dargelegten ungleichen Verteilung der Standortfaktoren.

Die Vormachtstellung der région parisienne wurde durch die Tatsache gefördert, daß sie Knotenpunkt zahlreicher Verkehrsverbindungen ist, die sowohl leichte Beschaffung als auch leichten Absatz über größere Räume sichern. Sie ist ferner ein Handelszentrum, in dem der Absatz grundsätzlich begünstigt wird. Ihre Entwicklung zu einem Bankenzentrum bedeutet für die Unternehmer bessere Kreditbeschaffungsmöglichkeiten. Die Bevölkerungsballung vergrößert das An-

gebot an Arbeitskräften und erleichtert die Absatzchancen in diesem Konsumgebiet. Die Häufung hoher Einkommen zieht die Konsumgüterindustrie an, darunter besonders die Industrien mit Produkten des hohen Lebensstandards. Die wachsende industrielle Konzentration vergrößert die Anziehungskraft der région auf diejenigen Unternehmer, die in der Nähe von zahlreichen Zulieferbetrieben, Konkurrenten oder Weiterverarbeitern sein wollen. Die geistig führende Stellung von Paris fördert schließlich die Ansiedlung von dynamischen, modernen Industrien, die in engem Kontakt mit Forschung und Lehre arbeiten.

Die Basis der industriellen Entwicklung des Nordens ist das Kohlebecken Nordfrankreichs und Belgiens und die alte Tradition der flandrischen Garn- und Stoffe-Industrie. Die Kohle ließ zahlreiche Industrien entstehen, in denen sie als Brennstoff, insbesondere zur Verhüttung (Metallerzeugung), oder als Verarbeitungsgut (chemische Industrie) dient. Die Leinenfelder und Schafherden Flanderns lieferten das Ausgangsprodukt für die Leinen- und Stoffe-Industrie, die noch heute zum größten Teil in diesem Gebiet konzentriert ist. Die starke Ansammlung von Menschen bietet schließlich einen günstigen Absatzmarkt und zieht damit die Konsumgüterindustrie an.

Der Nordosten verdankt seine Entwicklung dem umfangreichen, aber nicht sehr ergiebigen Eisenerzlager Lothringens. Noch heute werden 70 % des Stahls und 78 % des Roheisens Frankreichs in diesem Gebiet erzeugt. Die Eisenerzeugung übt eine starke Anziehungskraft auf die eisenverarbeitende Industrie aus. Die landwirtschaftlich reiche Umgebung bietet schließlich auch den Industrien einen günstigen Standort, die deren Produkte verarbeiten.

Das Gebiet um Lyon war zunächst auf Grund seiner guten Verkehrslage Handelszentrum; damit wurde sein Aufstieg zum Industrie-Gebiet bereits erleichtert. Die günstigen klimatischen Bedingungen zogen die Seiden-Industrie an, mit ihr entstanden chemische Industrien zur Herstellung der

Farben für die Seidenverarbeitung. Die Kohlelager von St. Etienne ließen auf Kohlebasis arbeitende chemische Industrien und eisenverarbeitende Industrien entstehen, aus denen sich besonders die Werkzeugherstellung entwickelte. Die Voralpen mit ihren reichlichen Wasservorkommen bieten schließlich der Elektro-Metallurgie und Elektro-Chemie als Großverbraucher hydroelektrischer Energie sowie der Papier-Industrie, die neben großen Energiemengen das Wasser zur Produktion unmittelbar braucht, günstige Standortbedingungen.

Bevor die einzelnen Branchen untersucht werden sollen, um darzustellen, welche Industrien hauptsächlich um Paris konzentriert sind, soll eine Erhebung über die Zahl der französischen Handwerks- und Industrie-Betriebe, gegliedert nach ihrer Größe, die besonders starke Konzentration bei den Großbetrieben zeigen, bei denen am ehesten rationale Motive ausschlaggebend für die Wahl des Standortes sind. Der Untersuchungszeitpunkt dieser Erhebung, die im Jahre 1958 stattfand, liegt zwar erst nach Beginn der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen, jedoch kann unterstellt werden, daß sich im vierten Jahr der entsprechenden staatlichen Initiative noch nichts Wesentliches an der Struktur geändert hat. Nach dieser Erhebung des INSEE[1] gab es im Jahre 1958 837.061 Handwerks- und Industrie-Betriebe in Frankreich. Sie verteilen sich auf die einzelnen Departements, wie in Tabelle 3, Spalte IV, dargestellt. In Spalte V der gleichen Tabelle wird verfolgt, welche regionale Aufgliederung sich bei den 4.561 Betrieben mit mehr als 200 Arbeitnehmern ergibt, also bei Mittel- und Großbetrieben. Wird die räumliche Verteilung aller Betriebe graphisch dargestellt[2], so zeigt sich zunächst noch kein Schwergewicht. Anders jedoch bei einer Darstellung der Verteilung nur der Betriebe mit mehr als 200 Arbeitnehmern, bei denen es sich nur noch um Industrie-Betriebe handelt; hier zeigt sich deutlich wieder das gewohnte Bild

---

[1] INSEE: "Tableaux de l'économie française", Edition 1960, ohne Erscheinungsort und -jahr, S. 258-259.

[2] Vgl. Karte 5.

der Konzentration in den wenigen Zentren: Paris übergehend in den Norden, der Nordosten und das Gebiet um Lyon[1]. Besonders bei den größeren Betrieben, bei denen in hohem Maße unterstellt werden kann, daß wirtschaftliche Erwägungen ausschlaggebend bei der Wahl eines Standortes sind, tritt also die räumliche Konzentration deutlich hervor. Sie ergibt sich auf Grund wirklich hervorragender Standortbedingungen in nur wenigen Gebieten.

Die bisherigen Darstellungen der Konzentration bei der Standortverteilung basierten stets auf Statistiken, die die Gesamtheit der Industrie berücksichtigen, die also alle Betriebe einbeziehen, deren Standort einmal gewählt wurde und die heute noch existieren. Die Wahl des Standortes kann sich dabei zu bereits weit zurückliegenden Zeitpunkten vollzogen haben.

Mit Hilfe einer vom Ministère de la Construction herausgegebenen Zusammenstellung läßt sich jedoch zeigen, daß die gleiche Konzentration auch bei denjenigen Standorten anzutreffen ist, die in den letzten Jahren vor Beginn der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen, also dem zunächst untersuchten Zeitraum, gewählt worden sind. Für die Jahre ab 1949 veröffentlicht das Ministère de la Construction jährliche Zahlen über "permis de construire". Dabei handelt es sich um Genehmigungen zur Errichtung eines Betriebes, die stets dann erforderlich sind, wenn der geplante Betrieb im Endausbau mehr als 50 Arbeitskräfte beschäftigen wird oder wenn er eine erbaute Bodenfläche unter Berücksichtigung aller Stockwerke von mehr als 500 qm einnehmen wird. Diese Genehmigungen sind auch dann erforderlich, wenn ein Betrieb in bereits bestehenden Gebäuden errichtet werden soll[2]. Für die im Rahmen dieser Arbeit zu untersuchenden Mittel- und Großbetriebe treffen diese Merkmale zu, so daß alle Gründungen in diesem Bereich in der Statistik der

---

[1] Vgl. Karte 6.

[2] Vgl. dazu: Gilbert Mathieu: "La stagnation des décentralisations d'entreprises montre la nécessité d'une politique plus énergique." in: "Le Monde", No. 5775 vom 11./12. 8. 1963, S. 5 und S. 8.

"permis" erfaßt sind. Bei Betriebserweiterungen, die 10 % des bisherigen Umfanges überschreiten, ist der "permis" auch erforderlich; umfangreiche Erweiterungen sind jedoch bei diesen Überlegungen Errichtungen gleichzusetzen, da dabei durchaus die Frage aufgeworfen werden kann, ob ein anderer Standort als der der bisher bereits bestehenden Anlagen nicht optimaler ist. Diese Statistik kann als die geeigneteste bezeichnet werden, mit der sich die industrielle Entwicklung der einzelnen Gebiete Frankreichs, also ihre Anziehungskraft auf standortsuchende Unternehmer, messen läßt. Mit Recht kommt daher das Ministère de la Construction zu der Feststellung, "qu'une région dans laquelle le nombre de permis de construire, ..., sont importants, est une région en voie d'expansion sur le plan industriel[1]."

Diese Statistiken[2], die als einzige dieser Art genaue Angaben für die einzelnen Departements bringen, zeigen für die Gesamtheit der Jahre 1949 bis 1954 das in Tabelle 4 wiedergegebene Bild. Während in Spalte I die Nummer des Departements angegeben ist, wird in Spalte II die Größe der durch Errichtung von Betrieben erbauten Bodenfläche in 1.000 qm ausgewiesen. In Spalte III wird die Zahl der auf Grund der permis de construire genehmigten Arbeitsplätze aufgeführt. Deutlich tritt bereits hervor, daß sich in wenigen Departements ein großer Teil der permis konzentriert. Diese Departements sollen herausgehoben werden und mit denjenigen verglichen werden, die sich auf Grund ihrer Industrieproduktion als stark industrialisiert erwiesen haben. Um jedoch weder die Departements, die besonders arbeitsintensive Betriebe anziehen, noch die, die besonders großflächige Betriebe anziehen, außergewöhnlich herauszustellen, sollen für alle Departements mit einem größeren Anteil Mittelwerte (Spalte VI) aus dem prozentualen Anteil

---

[1] Ministère de la Construction: "Décentralisation et localisation industrielle", Année 1960, S. 5.

[2] Die Zusammenstellung wurde aus den vom Ministère de la Construction in "Décentralisation et localisation industrielle", Année 1961, S. 40-43, veröffentlichten Zahlen vorgenommen.

an der gesamten geschaffenen Bodenfläche (Spalte IV) und dem prozentualen Anteil an den neu eingerichteten Arbeitsplätzen (Spalte V) ermittelt werden. In den Spalten IV bis VI werden nur die Departements angesprochen, für die sich ein Mittelwert errechnet, der über dem sich für die 90 Departements ergebenden Durchschnittswert von 1,1 % liegt. Die so hervorgehobenen Departements werden in einer Karte kenntlich gemacht.[1]

Bei einem Vergleich mit Karte 4, in der die industrielle Bedeutung der einzelnen Departements, gemessen an ihrem Produkt-Anteil, wiedergegeben war, zeigt sich etwa das gleiche Bild. Die région parisienne hat ihre Ausstrahlungskraft noch erhöht, vor allem nach Süden hin. Während ihr Anteil am Produkt nur 26 % betrug, liegt ihr mittlerer Anteil an den Neugründungen bei 31 %. Die sich aus den Statistiken über die Verteilung der Produktion ergebende Konzentration ist also eher als zu gering ausgewiesen zu bezeichnen gegenüber der räumlichen Ballung der Standorte, die in den letzten Jahren vor 1955 gewählt worden sind. Der Norden und der Nordosten haben dagegen an Anziehungskraft verloren, wozu vor allem die abnehmende Bedeutung des Bergbaus beigetragen hat, während das Gebiet um Lyon seine hervorragende Stellung wahren konnte. Außerhalb dieser 4 Zentren weist neben den 3 Departements, die schon auf Grund des hohen Produkt-Anteiles hervortraten, nur noch das Departement Sarthe einen höheren Mittelwert auf, den es in erster Linie seiner mittelnden Stellung zwischen Paris und der arbeitskräftereichen Bretagne zu verdanken hat. Die besonders gewachsene Anziehungskraft des Departements Bouches-du-Rhône ist auf die in relativer Nähe zu den Liefer-Ländern angesiedelte Erdöl-Industrie zurückzuführen.

Insgesamt gesehen ist das sich hier ergebende Bild der Konzentration nahezu das gleiche, das sich auf Grund der Statistik über die Produktionsverteilung ergab. Während in 18 Departements mit einem überdurchschnittlichen Anteil 74 %

---

[1] Vgl. Karte 7.

der neuen industriellen Produktionskapazität entstand, wurden in 20 Departements mit einem überdurchschnittlichen Anteil 69 % der industriellen Produktion erzeugt. Die geringe Veränderung besteht also in einem leichten Ansteigen der Ballung. Statistiken aus beiden Bereichen zeigen den gleichen Zustand; sie können daher beide je nach ihrer speziellen Aussage zur Darstellung der Konzentration herangezogen werden.

Tabelle 4

I	II	III	IV	V	VI
1	8	320			
2	33	770			
3	28	780			
4	-	-			
5	-	-			
6	3	40			
7	17	240			
8	57	1.100			
9	4	100			
10	22	660			
11	10	340			
12	10	260			
13	234	4.330	4,40	4,18	4,29
14	29	1.080			
15	10	180			
16	19	590			
17	20	450			
18	61	1.630	1,15	1,57	1,36
19	11	90			
20	9	240			
21	11	140			
22	-	-			
23	2	30			
24	8	50			
25	46	1.210			
26	23	540			
27	52	1.110			
28	37	520			
29	7	140			
30	18	240			
31	29	440			
32	-	-			
33	49	1.360	0,92	1,31	1,12
34	22	220			
35	60	800			

I	II	III	IV	V	VI
36	14	160			
37	27	250			
38	179	2.480	3,37	2,39	2,88
39	22	450			
40	15	210			
41	28	520			
42	35	440			
43	1	40			
44	141	3.180	2,65	3,07	2,86
45	110	2.460	2,07	2,37	2,22
46	4	60			
47	1	170			
48	-	-			
49	44	850			
50	15	630			
51	19	480			
52	-	-			
53	13	110			
54	53	920			
55	27	170			
56	6	280			
57	247	3.020	4,65	2,91	3,78
58	20	100			
59	426	7.700	8,02	7,43	7,72
60	122	2.300	2,30	2,22	2,26
61	21	370			
62	29	1.130			
63	25	270			
64	34	530			
65	15	150			
66	-	-			
67	4	40			
68	118	1.230	2,22	1,19	1,70
69	225	4.730	4,23	4,56	4,39
70	19	310			
71	94	1.440	1,77	1,39	1,58
72	53	2.730	1,0	2,63	1,81

I	II	III	IV	V	VI
73	58	1.380	1,09	1,33	1,21
74	24	770			
75	1.132	20.960	21,30	20,22	20,76
76	157	4.380	2,95	4,23	3,59
77	95	810	1,79	0,78	1,28
78	461	10.200	8,61	9,83	9,22
79	29	460			
80	21	230			
81	34	610			
82	10	210			
83	-	-			
84	24	220			
85	4	140			
86	1	30			
87	15	260			
88	35	1.110			
89	29	310			
90	30	1.690			
	5.314	103.690			

I: Nummer des Departements

II: erbaute Bodenfläche in 1000 qm für 1949 bis 1954

III: Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze für 1949 bis 1954

IV: Anteil des Departements an der insgesamt erbauten Bodenfläche in %

V: Anteil des Departements an den insgesamt geschaffenen Arbeitsplätzen in %

VI: Mittel aus den Zahlen zu IV und zu V

(IV, V und VI sind nur aufgeführt, soweit sich dabei für VI ein über dem Durchschnitt für jedes Departement von 1,11 % liegender Satz ergibt.)

3) Die regionale Verteilung in ausgewählten Industrie-Zweigen

Nach der Darstellung der Standortverteilung der gesamten Industrie sollen jetzt noch für einzelne Industrie-Zweige der Grad der Konzentration untersucht und die bei der Erörterung der Standortfaktoren bereits allgemein aufgezeigten Gründe der Ballung jeweils hervorgehoben werden[1]. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei die Industrien, die um Paris konzentriert sind. Für die übrigen Industrie-Zentren waren schon einige Ausführungen gemacht worden, in deren Verlauf auch über die besonders in ihrem Bereich geballten Industrie-Zweige und die Gründe für deren Häufung gesprochen worden war, die hier nicht wiederholt werden sollen. Diese Beschränkung ist besonders im Hinblick auf die Tatsache angebracht, daß die Dezentralisierungsmaßnahmen vornehmlich ergriffen wurden, um die Konzentration der Industrie im Gebiet von Paris zu verringern. Da in dieser Arbeit die Standortwahl besonders unter Berücksichtigung des Einflusses, den die Dezentralisierungsmaßnahmen auf sie ausübten, untersucht werden soll, muß also im Mittelpunkt der Betrachtung die région parisienne als Standort für französische Industrie-Unternehmen stehen; nur für diesen Standort sind die Standortfaktoren infolge der Dezentralisierungsmaßnahmen stärker verändert worden.

Zu den in weitestem Umfang konzentrierten Industrien gehören die Automobil- und die Luftfahrt-Industrie. 4/5 der in Frankreich produzierten Automobile werden in der région parisienne hergestellt, wo sich der Standort der leistungsfähigsten Betriebe dieser Branche befindet, wie sich aus der im Verhältnis zur Ballung der Produktion geringen Konzentration der Arbeitnehmer ergibt. Der Grund für die Ballung in diesem Sektor liegt einerseits in der Tatsache, daß die région das kaufkräftigste Gebiet Frankreichs ist. Das lokale Absatzpotential ist also verhältnismäßig groß

[1] Die wiedergegebenen Zahlen entstammen zum größten Teil einem vom INSEE veröffentlichten Werk (vgl. INSEE: L'espace, a. a. O.).

bei verhältnismäßig geringen Absatzkosten. Auch die Konzentration der Entscheidungsbefugnisse bei der öffentlichen Hand hat sich hier ausgewirkt, da viele Unternehmen dieser Branche auf einen guten und engen Kontakt zu entscheidenden staatlichen Stellen als Abnehmern eines Teiles ihrer Produktion im militärischen und zivilen Sektor angewiesen sind. Andererseits ist für Betriebe dieser Branche das große Potential an qualifizierten Arbeitskräften in der région parisienne ein bedeutsamer Standortfaktor.

Die Luftfahrt-Industrie stellt noch immer 2/3 ihrer Produktion im Gebiet von Paris her, obwohl ziemlich energische Dezentralisierungsbemühungen des Staates vor Beginn des zweiten Weltkrieges einsetzten[1]. Während im Durchschnitt dieser Branche etwa 50 % aller Beschäftigten in der région arbeiten, ist die Konzentration besonders stark bei der Flugzeugmotoren-Produktion, die sich bis 1955 zu über 80 % in diesem Gebiet befand. Die Gründe für die Ballung in diesem Industrie-Zweig liegen vor allem in der Zentralisierung der staatlichen Macht; der Staat als größter Abnehmer zog über seine in Paris befindlichen Beschaffungsstellen die Produzenten ebenfalls dorthin. Außerdem hat die région mittels ihrer allein vorbildlichen Versuchs- und Forschungs-Anstalten eine große Anziehungskraft auf diese Industrien. Ferner spielt auch hier der gute Facharbeiter-Stamm der région eine Rolle bei der Wahl des Standortes.

Ähnliche Gründe führten zur Ballung der elektrotechnischen und elektronischen Industrien um Paris. 60 % der nationalen Produktion werden innerhalb der région parisienne von etwa 50 % der in diesem Sektor Tätigen erzeugt. Auch hier hat wieder, besonders für die der Produktion moderner Geräte dienenden Betriebe, die Konzentration der Wissenschaft zu

---

[1] Aus wehrpolitischen Gründen versuchte man, die fast 100-prozentige Konzentration dieser Branche um Paris aufzulockern, wobei als Ausweichgebiet und neues Sammelbecken besonders die Umgebung der Stadt Toulouse gewählt wurde.

einer außerordentlichen Ballung geführt[1]. Neben dem ausreichenden Potential an geeigneten Arbeitskräften wirkt hier die Ballung der Nachfrage als Standortfaktor, die sich sowohl für Investitionsgüter auf Grund der dichten Industrialisierung als auch für Konsumgüter infolge der hohen Einkommensdichte ergibt.

Die mechanischen und Maschinenbau-Industrien weisen ebenfalls eine starke Konzentration im Bereich der région parisienne auf. Etwa 45 % der gesamten Produktion werden in diesem Gebiet hergestellt, wozu 35 % der in dieser Branche Beschäftigten beitragen. Auch hier handelt es sich also vornehmlich um die leistungsfähigsten Betriebe, die sich um die Hauptstadt niedergelassen haben. Zwei Faktoren spielen bei der Standortwahl eine große Rolle: die hohe Industrialisierung in der région bietet diesen Unternehmen dort günstige Absatzchancen, da sich die Nachfrage nach ihren Produkten ballt; andererseits sind für Betriebe dieser Branche gute Facharbeiter unerläßlich, die sie vor allem in diesem Gebiet findet.

Für die optische und feinmechanische Industrie führt darüber hinaus ein weiterer Faktor zu einer noch stärkeren Konzentration, denn in dieser Branche werden etwa 70 % der nationalen Produktion im Gebiet der région parisienne hergestellt: enger Kontakt mit Forschungs- und Versuchsanstalten ist häufig unerläßlich; er ist jedoch in diesem Gebiet optimal gesichert.

Innerhalb der chemischen Industrie bietet Paris günstige Standortbedingungen für einen Teilbereich dieses Industrie-Zweiges: während sich die Grundstoffchemie hauptsächlich an den Orten befindet, an denen ihre Rohstoffe angeboten

---

[1] Wieweit der Einfluß dieses Faktors geht, zeigt die relative Häufung von Betrieben der Elektrotechnik im Departement Isère, das mit seiner Hauptstadt Grenoble ein Zentrum hat, das auf diesem Gebiet wissenschaftlich eine gewisse Bedeutung erlangt hat.

werden[1], konzentriert sich die Chemie der Endprodukte weitgehend um Paris. Im Durchschnitt der gesamten chemischen Industrie Frankreichs wird ein Drittel des Produktes in der région parisienne hergestellt, während dafür cirka 40 % der Arbeitskräfte dieser Industriegruppe eingesetzt werden. Für die Betriebe, die vornehmlich Endprodukte herstellen, sind diese Prozentsätze bedeutend höher[2]. Die chemischen Betriebe werden in erster Linie angezogen durch die Konzentration der Forschung in Paris sowie von der Ballung der Nachfrage nach ihren Produkten, die sich in der région infolge der starken Industrialisierung sowie der hohen Verbraucherdichte bei überdurchschnittlicher Einkommenshöhe ergibt.

Die besondere Verbraucherdichte ist schließlich ein beachtlicher Standortfaktor, der zu der Ballung zahlreicher Betriebe der Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung beitrug. Den in Paris ansässigen Betrieben steht ein großes Absatzpotential in unmittelbarer Nähe zur Verfügung, wobei die Kommunikationen mit dem zweitwichtigsten Einwohner-Zentrum, dem Norden, und dem übrigen Land sowohl zeitlich als auch kostenmäßig optimal sind. Das Ausmaß der Konzentration soll an Zahlen für einige Teilbereiche gezeigt werden[3]: für die Fleischkonserven-Industrie liegt der Satz der in der région parisienne Beschäftigten bei 50 % der insgesamt in dieser Branche Tätigen, für die Betriebe zur Herstellung von Speisefetten sogar bei 70 %, während 40 % der in der Schokoladen- und Süßwaren-Industrie Tätigen in Paris arbeiten.

---

[1] Für die Chemie auf Kohlebasis sind Hauptangebotspunkt der Norden und das Gebiet von St. Etienne - Lyon, für die Chemie auf Erdölbasis die bedeutendsten Erdölhäfen Le Havre und vor allem Marseille - Etang-de-Berre sowie die eigenen Fundgebiete um Bordeaux und Strasbourg.

[2] Genaue Zahlenangaben für Teilbranchen liegen leider nicht vor.

[3] Dabei kann es sich nur um solche Industrien handeln, die ihren Standort in größerer Entfernung von dem Erzeugungsort ihres Ausgangsproduktes wählen können; ist das Einsatzgut nicht transportabel oder stark transportempfindlich wie etwa bei der Zuckerrüben-Verarbeitung, so sind die zentralisierenden Faktoren nicht ausschlaggebend.

Sehr stark ist schließlich die Konzentration in den Industrien, die sich der Erzeugung von Gütern des gehobenen Lebensstandards widmen. In der Lederwaren-Industrie arbeiten drei Viertel der in Frankreich in diesem Zweig Tätigen in Paris, während für die Erzeugung von Parfümeriewaren dieser Satz bei 80 % liegt. Zwei Standortfaktoren spielen dabei vor allem eine Rolle. Einerseits ist der Standort Paris günstig infolge seiner hohen Verbraucherdichte bei besonders großem Durchschnittseinkommen. Vor allem aber bedeutet der Herkunfts-Goodwill einen nahezu unerläßlichen Standortfaktor. Paris genießt auf dem Gebiet der Mode einen auch nicht annähernd von einer anderen französischen Stadt erreichten Ruf, den sich die Unternehmer besonders dann zunutze machen müssen, wenn sie auch für den Export erzeugen.

IV. Die staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen

Seit dem 2. Weltkrieg sind sich staatliche Stellen in zunehmendem Maße der starken Konzentration der französischen Industrie und der daraus entstehenden Nachteile[1] bewußt. Die Regierung erstrebt daher eine gleichmäßigere Verteilung der Produktionskraft. Einen unmittelbaren Einfluß darauf hat sie jedoch nur in dem relativ beschränkten Teil der nationalisierten Industrien. Deshalb versucht sie, auch außerhalb dieses Bereiches den Unternehmer durch entsprechende Initiative derart zu beeinflussen, daß er diesem Bemühen entspricht. Alle diesem Bestreben entspringenden Maßnahmen sollen unter dem Begriff Dezentralisierungsmaßnahmen zusammengefaßt und im Folgenden erörtert werden.

Die Dezentralisierungsmaßnahmen müssen stets im Zusammenhang mit der gesamten französischen Raumpolitik betrachtet werden, die nach dem Weltkrieg wesentlich von einem Programm beeinflußt wurde, das 1950 der damalige "Ministre de

[1] Vgl. S. 31 ff.

la Reconstruction et de l'Urbanisme" Claudius Petit entwickelte und das sich bemüht um "... la recherche dans le cadre géographique de la France d'une meilleure répartition des hommes en fonction des ressources naturelles et de l'activité économique ...[1]". Die eigentliche Dezentralisierungspolitik ist nur als ein Teilgebiet der Raumpolitik anzusehen, mit der sie unlösbar verbunden ist.

1) Möglichkeiten einer Dezentralisierung

Zwei verschiedene Methoden der Dezentralisierung der Industrie sind denkbar: die industrielle Dezentralisierung und die dezentrale Industrialisierung. Unter der industriellen Dezentralisierung soll das Bestreben verstanden werden, mit Hilfe von Verlagerungen von Industrien eine harmonischere Verteilung der industriellen Produktionskapazität zu erreichen. Diese Methode ist jedoch sehr aufwendig, da hierbei bereits getätigte Investitionen zunichte gemacht werden und für die Verlagerung selbst hohe Kosten anfallen[2]. Während diese Methode wegen der erwähnten Nachteile nur von wenigen befürwortet wird, erweist sich als wesentlich erstrebenswerter die dezentrale Industrialisierung, bei der es darum geht, neu errichtete Betriebe über das ganze Territorium verteilt anzusiedeln unter besonderer Bevorzugung der bisher noch wenig industrialisierten Gebiete, um so allmählich eine gleichmäßigere Verteilung der Industrien zu erreichen. Die französische Regierung hat sich mit ihren Maßnahmen nicht auf eine der beiden Methoden festgelegt[3], sie verfolgt vielmehr beide. Eine genaue

---

1 Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme: "Pour un plan national d'aménagement du territoire", Paris 1950, S. 3.

2 In dem Ballungsraum errichtete Anlagen müssen, soweit sie nicht transportabel sind, zerstört werden; die Verlagerung selbst erfordert hohe Kosten durch Transporte, Produktionsausfall etc.

3 Obwohl man häufig zu dem Schluß kommen muß, daß sich die Regierung vor allem auf die industrielle Dezentralisierung konzentriert, wenn etwa vor dem "Conseil Economique" ein Berichterstatter folgende Definition des Begriffes Dezentralisierung gibt: "On entend par décen-

Definition der Begriffe Dezentralisierung oder Dezentralisierungsmaßnahme liegt daher von dieser Seite nicht vor. Im Rahmen dieser Arbeit, die sich mit standorttheoretischen Fragen befaßt, sollen mit Dezentralisierungsmaßnahmen unabhängig von einer speziellen Methode alle die Maßnahmen verstanden sein, die eine gleichmäßigere Verteilung der industriellen Produktionskapazitäten zum Ziele haben und dazu neue Standortfaktoren schaffen oder bereits bestehende Faktoren verändern.

2) Die Entwicklung der Dezentralisierungsbestrebungen

Erste Dezentralisierungsversuche, die vor allem eine Verlagerung von Betrieben erstrebten, gehen schon auf die Zeit vor dem zweiten Weltkrieg zurück, als die französische Regierung aus wehrwirtschaftlichen Gründen die Unternehmen der Luftfahrt-Industrie, die sich um staatliche Aufträge bemühten, zwang, einen Teil ihrer Produktionsanlagen südlich einer Linie, die von den beiden Flüssen Loire und Rhône gebildet wird, zu verlagern. Nach dem Krieg befaßte sich zuerst Gabriel Dessus im Rahmen einer Untersuchung der "Délégation Générale à l'Equipement National", die bereits 1944 veröffentlicht wurde[1], mit der Entballung der industriellen Zentren.

Der 1. französische Plan[2] geht überhaupt noch nicht auf die Dezentralisierung ein. Während seiner Laufzeit (1947 bis 1953) wird aber bereits ein staatlicher Bericht im Februar 1950 veröffentlicht, der zum ersten Male auf die

---

tralisation industrielle l'ensemble des opérations ayant abouti à un transfert d'activité industrielle de lieu à lieu."
(M. Byé: "Les moyens d'une politique des économies régionales" in: "Journal Officiel - Avis et rapports du Conseil Economique et Social", année 1957, No. 12 vom 16. 5. 1957, S. 455).

1 Vgl. Gabriel Dessus: Introduction, a. a. O.

2 Nach dem Krieg wurden für die französische Wirtschaft Rahmen-Pläne (Plans indicatifs) ausgearbeitet, die jeweils für eine Periode von 4 Jahren gültig waren; der 1. Plan wurde ausnahmsweise verlängert.

Notwendigkeit einer Politik "d'industrialisation sur un plan décentralisé" hinweist[1]. Der II.Plan (1954 - 1957) befaßt sich schon mit den regionalen Disparitäten, erwähnt sie aber nur summarisch. Umfassende Gesetze, die auch heute noch zu den wichtigsten staatlichen Maßnahmen auf diesem Gebiet zu rechnen sind, wurden unter der Regierung Mendès-France (1954) und vor allem unter der Regierung Faure (1955) erlassen. Im IV. Plan (1962 - 1965) wird ausdrücklich als eines der zu erstrebenden Ziele angegeben, "... de valoriser les initiatives de l'économie décentralisée pour en tirer la grande affaire nationale[2]."

3) Die einzelnen Maßnahmen

Im Folgenden sollen nun die wichtigsten Maßnahmen erörtert werden, soweit sie einen Einfluß auf die Standortwahl des Unternehmers haben, soweit sie also Standortfaktoren schaffen oder bestehende verändern. Zweckmäßigerweise wird dabei das gleiche Schema wie bei der Behandlung der Standortfaktoren in Frankreich gewählt.

Die Beschaffungspotentiale von Grund und Boden wurden durch ein Gesetz vom 8. 8. 1950 verändert, das den "Fonds National d'Aménagement du Territoire" (FNAT) geschaffen hat. Die Aufgabe dieses Fonds ist es, industriell nutzbare Zonen besonders in den Städten zu schaffen, deren wirtschaftliche Aktivität rückläufig ist. Seine Verwaltung obliegt dem Ministère de la Construction, das über ihn denjenigen Gemeinden Kredite gibt oder staatliche Vorauszahlungen leistet, die größere Terrains aufkaufen und erschließen. Damit sollen Ansiedlungsmöglichkeiten für neue Industrien geschaffen werden. Die Areale werden nach ihrer Erschließung in Teilstücken zu Selbstkosten an Unternehmen

---

1 Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme: Pour un plan, a. a. O.

2 François Perroux: "Le IVe Plan français", Paris 1962, S. 13.

verkauft. Mit Hilfe dieses Fonds, zum Teil auch aus eigenen Mitteln, haben sich viele Städte große Industrie-Gelände geschaffen, mit denen sie auch bedeutenderen Unternehmen günstige Standortbedingungen bieten können. Zu den ersten dieser Industrie-Gelände gehören die in den folgenden Städten: Chalon-sur-Saône mit 140 ha, Chalôns-sur-Marne mit 67 ha, Rennes mit 100 ha, Montpellier mit 100 ha, Reims mit 84 ha, Lorient mit 20 ha, Angers mit 35 ha, Amiens mit 113 ha und Chateauroux mit 48 ha. Insgesamt wurden bis zum 31. Dezember 1961 98 solcher Zonen eingerichtet, die 4.500 ha erschlossenes Areal umfassen. Der FNAT hat dafür Kredite in Höhe von 214 Millionen Francs gegeben. Es gibt keine besondere Häufung dieser Zonen in bestimmten Teilen Frankreichs, wenn auch selbstverständlich die industriell wenig entwickelten Gebiete vorzugsweise damit ausgestattet werden, um sie für neue Unternehmen attraktiver zu machen. Jedoch haben vielfach auch bereits weitgehend industrialisierte Gemeinden, die über ausreichende Mittel aus ihrem eigenen Aufkommen verfügen, sich solche Zonen eingerichtet.

Eine Maßnahme zur Verbilligung des Erwerbs von Grund und Boden in der Provinz, mit der es den Unternehmern dort erleichtert werden soll, sich den zur Errichtung des Betriebes notwendigen Boden zu verschaffen, ist schließlich die Herabsetzung der "droits de mutation" (Grunderwerbssteuer). Nach Artikel 722 des Code général des Impôts kann der Erwerb eines Grundstücks unter bestimmten Voraussetzungen eine verminderte Grundsteuerschuld auslösen. Zu den alternativen Voraussetzungen gehört auch der im Zusammenhang dieser Arbeit interessierende Fall des Erwerbs eines Grundstückes zur Errichtung eines neuen Betriebes, sofern sich das Grundstück in den durch das Dekret no. 60-370 bestimmten Gebieten befindet. Nach diesem Dekret können zu den erwähnten Gebieten alle Regionen westlich einer Linie Caën - Marseille gehören; im besonderen werden jedoch die Umgebung der Städte Nantes - St. Nazaire, Limoges, Montpellier und Bordeaux sowie die bevölkerungsreichen Departements der Bretagne Ille-et-Vilaine, Morbihan, Finistère und

Côtes-du-Nord genannt. Dabei handelt es sich also um Regionen, die zum großen Teil stark peripher liegen. Bei einem Grundstückserwerb unter den angegebenen Voraussetzungen kann die vom Staat erhobene Grunderwerbssteuer auf Antrag von 13,2 % des Grundstückswertes auf 1,4 % herabgesetzt werden; in jedem Fall werden jedoch noch die zusätzlichen Steuern der Departements und Gemeinden in Höhe von 1,6 bzw. 1,2 % fällig. Dennoch bleibt eine fühlbare Vergünstigung infolge der Verringerung der gesamten steuerlichen Belastung, die jedoch deshalb nur einen geringen standortlenkenden Einfluß hat, weil sie nur einmalig bei Errichtung des Betriebes genutzt werden kann.

Mehrere Normen veränderten das Beschaffungspotential von industriell nutzbaren Anlagen und Gebäuden regional unterschiedlich.

Das Dekret no. 58-1460 vom 31. Dezember 1958, das das ähnlich lautende Dekret no. 55-36 vom 5. Januar 1955 ablöste, ist die an sich wirkungsvollste Maßnahme zur Steuerung der Standortwahl, da es bereits nicht mehr mit marktkonformen, sondern mit dirigistischen Mitteln arbeitet. Nach diesem Dekret bedürfen alle industriellen Neubauten[1] innerhalb der région parisienne der besonderen Zustimmung des Bauministeriums (agrément du ministre de la construction), falls in diesen Bauten Arbeitsplätze für mehr als 50 Personen geschaffen werden oder sie eine erbaute Fußbodenfläche von mehr als 500 qm umfassen. Die besondere Zustimmung ist jedoch nicht erforderlich für alle Erweiterungen von bereits bestehenden Betrieben, falls diese Erweiterung 10 % der am 1. Januar 1955 genutzten Fläche nicht überschreitet. Gezielt wird dabei nicht auf den juristischen Akt der Eigentumsübertragung an einem Grundstück, sondern auf die Nutzung. Der Kauf eines Grundstückes

[1] Das Dekret no. 60-279 vom 28. März 1960 schreibt die Zustimmung auch für Bauten vor, die Handelsunternehmen oder die Verwaltung von Industrie- oder Handels-Unternehmen aufnehmen sollen.

ist als solcher nicht genehmigungspflichtig. Wohl aber bedarf es einer Bewilligung bei geplanter Errichtung von Industriegebäuden auf einem Grundstück, das bisher bereits dem gleichen Unternehmen gehörte und lediglich nicht unmittelbar der Produktion diente. Ebenso ist eine Bewilligung erforderlich, wenn ein bisher für andere Zwecke genutztes Gebäude nun unmittelbaren Produktionszwecken dienen soll. Erteilt wird die Genehmigung vom Bauminister nach Anhören einer interministeriellen Kommission, die sich aus Vertretern des Bauministeriums und des Ministeriums für Industrie und Handel zusammensetzt. Dabei werden folgende Gesichtspunkte berücksichtigt: a) die Art des Projektes. Erweiterungen eines bereits bestehenden Betriebes haben mehr Chancen für eine Bewilligung als Neugründungen; unter den Erweiterungen wiederum werden die der Rationalisierung dienenden denen der reinen Produktionsausweitung dienenden vorgezogen. b) technische und wirtschaftliche Faktoren. Vor allem wird untersucht, wieweit für den Antragsteller Paris wirklich derartige Standortvorteile bietet, daß er unter Umständen an keinem anderen Punkt des Landes eine rentable Produktion aufnehmen kann. Insbesondere wird den Unternehmern nicht die Bewilligung verweigert, die Produkte erzeugen wollen, die überwiegend oder ausschließlich für den Pariser Markt vorgesehen sind, oder die außerhalb von Paris nicht die erforderlichen Arbeitskräfte finden.

Bereits der gesetzliche Rahmen dieser Maßnahmen ist also sehr großzügig ausgelegt. Nur größere Betriebe bedürfen überhaupt einer Bewilligung; für sie besteht jedoch durchaus die Chance, sich in Paris niederzulassen, denn die Bewilligung wird stets dann erteilt, wenn ökonomische Gründe diesen Standort empfehlen. Im Jahre 1955, dem ersten Jahr der Gültigkeit des Dekretes in seiner ursprünglichen Form, wurden 313 Gesuche auf Erteilung einer Bewilligung gestellt. 281 Gesuche, die eine zu erbauende Bodenfläche von 1,2 Millionen qm repräsentieren, wurden entschieden. Darunter wurden 233 positive Entscheide für 1,06 Millionen qm erteilt; nur 48 Gesuche über 0,16 Millionen qm wurden ab-

gelehnt, d. h. der Zahl nach wurden 17,1 % der Gesuche abgelehnt, der Fläche nach sogar nur 13,3 %. Die Zahl der Verweigerungen steigerte sich allerdings im Laufe der Jahre zunehmend und erreichte im Jahre 1961 folgende Werte: 119 von 509 Gesuchen wurden abgelehnt (23,4 %), mit denen die Bewilligung für 446.000 qm von 995.000 qm beantragter Baufläche verweigert wurde (44,8 %).

Hierbei handelt es sich jedoch um eine Maßnahme, die einschneidend die Wahl des Standortes beeinflußt. Viele Unternehmer nehmen von vornherein Abstand davon, eine besondere Bewilligung für die Errichtung eines Betriebes in Paris zu beantragen, wenn die speziellen Voraussetzungen in ihrem Fall nicht günstig sind. In anderen Fällen wird es ihnen trotz ihres Antrages verwehrt, sich im Gebiet der région parisienne niederzulassen. Großzügige Erteilung der Bewilligung hat allerdings dieser Maßnahme einen Teil ihrer möglichen Wirksamkeit genommen.

Mit marktkonformen Mitteln arbeitet das Gesetz no. 60-790 vom 2. August 1960, das für den Bau von Gebäuden zur industriellen Nutzung sowohl im Fertigungs- als auch im Verwaltungsbereich eine Abgabe vorschreibt, falls diese Gebäude in einem bestimmten Bereich der région parisienne errichtet werden[1]. In einem Teil der région, der etwa dem Stadtgebiet von Paris entspricht, beträgt diese Abgabe bei Errichtung von Gebäuden für den Fertigungsbereich 100 NF je qm Bodenfläche; im übrigen Teil des Departements Seine beläuft sich die Abgabe auf 50 NF je qm. Für den Bau von Büro- und Verwaltungsgebäuden beträgt sie jeweils das Doppelte. Durch diese Maßnahme wird also die Errichtung von Gebäuden ebenso wie eine Nutzung von bisher anderen Zwekken dienenden Gebäuden für einen industriellen Zweck in einem Teil der région nicht unerheblich verteuert. Jedoch wirkt auch diese Maßnahme nur einmalig und belastet daher den Unternehmer nicht so stark; er wird also die Belastung

[1] Eine geplante industrielle Nutzung eines vorner anderen Zwecken dienenden Gebäudes wird wie eine Errichtung eines Baues behandelt.

in Kauf nehmen, wenn andere Faktoren den Standort Paris als dauerhaft günstig erscheinen lassen.

Zum Ausgleich versucht man jedoch, das Potential aus der Beschaffung von Gebäuden in der Provinz zu erhöhen, um damit einen Standortfaktor zugunsten der Provinz zu schaffen. So sind die oben erwähnten FNAT ermächtigt, den Gemeinden auch Kredite zur Errichtung von Gebäuden auf den erschlossenen Industrie-Geländen zu geben, die dann an Unternehmer vermietet werden können; für ihn bedeutet diese Möglichkeit besonders dann einen Vorteil, wenn seine für die Investition verfügbaren Mittel beschränkt sind, da er dann an Stelle einer hohen Belastung bei Betriebsgründung eine gleichmäßige Belastung verteilt über die Lebensdauer des Betriebes hat.

Schließlich werden vom Ministère de la Construction laufend vervollständigte Listen über leerstehende Fabrikgebäude veröffentlicht, in die bereits einige Angaben über Größe und Verkehrsanschlüsse der Anlage aufgenommen sind. Dadurch wird es dem Unternehmer möglich, sich ein klares Bild über das Angebot an Industrie-Gebäuden zu machen. Bei einem Kauf bereits bestehender Gebäude können sich für ihn große Vorteile aus ihrer sofortigen Verfügbarkeit ergeben, die für ihn einen Zeitgewinn gegenüber einem Bau in eigener Regie bedeutet, sowie aus den gegenüber einem Neubau wesentlich niedrigeren Kosten, die Faucheux auf ein Drittel bis ein Sechstel der Baukosten von Neubauten schätzt[1].

Diese Maßnahmen, die durch Erhöhung der Markttransparenz und Senkung der Kosten bei der Beschaffung des nötigen Betriebsraumes das Beschaffungspotential erhöhen, sind jedoch in ihrer Wirksamkeit stark beschränkt, weil sie dem Unternehmer nur eine einmalige Vergünstigung bringen, deren Vorteile dadurch voll aufgehoben werden können, daß ihnen Nachteile gegenüberstehen, die auf den Unternehmer nur in geringem Umfang,aber dafür kontinuierlich einwirken.

---

[1] Jean Faucheux: Décentralisation, a. a. O., S. 174.

Durch das Dekret no. 54-951 vom 14. September 1954 wurde der Fonds de reclassement de la main-d'oeuvre geschaffen, mit dessen Hilfe das Beschaffungspotential von Arbeitskräften beeinflußt werden soll. Dieser Fonds hat eine doppelte Aufgabe. Einerseits soll er die Unternehmen unterstützen, die sich in den weniger industrialisierten Gebieten mit zum Teil höherer Arbeitslosigkeit niederlassen und dort Arbeitskräfte einstellen, die zunächst auf die besonderen Betriebsbelange umgeschult werden müssen. Der Fonds übernimmt in den Fällen, in denen die Niederlassung eines neuen Betriebes in dem betreffenden Gebiet eine fühlbare Entlastung für den Arbeitsmarkt bringt, die Kosten der Umschulung, die sich zusammensetzen aus den Löhnen der umgeschulten Arbeitnehmer während der Umschulungszeit, dem Schulungsmaterial, den Kosten für das Schulungspersonal und Kosten für medizinische und psychotechnische Untersuchungen.

Andererseits unterstützt der Fonds auch Arbeitnehmer, die in einem neuen Betrieb einen Arbeitsplatz annehmen und dadurch zum Umzug von ihrem bisherigen Arbeitsort gezwungen werden, falls die Ansiedlung des neuen Betriebes förderungswürdig ist und sich an dem Standort keine Arbeitskräfte der betreffenden Qualität finden.

Das Ziel dieser Maßnahmen ist es, den Arbeitsmarkt wesentlich beweglicher zu machen und das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften in der Provinz zu fördern. Bei Erörterung der Standortfaktoren[1] war erwähnt worden, daß Unternehmer in der Provinz häufig nicht die Arbeitskräfte mit höherer Qualifizierung finden, die sie sich im Gebiet der région parisienne dagegen verschaffen können. Andererseits ist die Arbeitslosenziffer in vielen Gebieten, besonders in der Normandie und der Bretagne, noch relativ hoch. Zwischen dem Überangebot auf dem einen Teilmarkt und der Über-

[1] Vgl. S. 57 ff.

nachfrage auf dem anderen Teilmarkt soll besonders durch die Ausbildungshilfen ein Ausgleich geschaffen werden. Vor allem soll aber überhaupt erst ein gewisser Facharbeiterstamm in der Provinz herangebildet werden, der unerläßliche Voraussetzung einer weitergehenden Industrialisierung ist. Die Mittel dieses Fonds sind nicht unerheblich. Im Jahre 1962 wurde für 128 Betriebe eine Ausbildungshilfe gezahlt, die sich auf 14 Millionen NF belief. Mit diesem Betrag wurden in der Provinz cirka 13.000 Arbeitnehmer ausgebildet oder umgeschult und damit für die begünstigten Betriebe, die sich in einem bisher noch allgemein oder speziell für ihre Branche wenig industrialisierten Gebiet niedergelassen haben, die Möglichkeit geschaffen, die entsprechend fachlich geschulten Kräfte zu finden. Damit werden Nachteile, die sich aus der Beschaffung besonders von Facharbeitern in der Provinz ergeben, aufgehoben; jedoch wird damit noch nicht ein neuer Standortfaktor für dieses Gebiet geschaffen, sondern nur ein Standortnachteil partiell aufgehoben.

Eine regional unterschiedliche Beeinflussung der Beschaffungspotentiale von Dienstleistungen wird durch das Dekret no. 58-1461 vom 31. Dezember 1958 in Verbindung mit dem Dekret no. 55-883 vom 30. Juni 1955, zum Teil abgeändert durch das Dekret no. 59-1177 vom 14. Oktober 1959, erstrebt. Allerdings hat der Staat in diesem Bereich nur eine geringe Einwirkungskraft, da sich eine Änderung des regionalen Angebotes kurzfristig kaum erreichen läßt. Nach den erwähnten Dekreten bedürfen alle Forschungs- und Versuchs-Anstalten, die sich innerhalb der région parisienne niederlassen wollen oder die eine dort bestehende Niederlassung erweitern wollen, der Genehmigung eines Comité de décentralisation, das sich aus Vertretern verschiedener interessierter Ministerien und Planungsbehörden zusammensetzt. Die Genehmigung ist jedoch nur für diejenigen Anstalten erforderlich, die staatlicher Kontrolle unterworfen sind. Bei diesem nur beschränkten Erweiterungsverbot wird

es natürlich viele Jahre dauern, bis einige Zentren der Provinz auf diesem Gebiet der région parisienne ein etwa gleichartiges Potential entgegenzusetzen haben und damit dem Unternehmer einen Standortvorteil bieten können.

Eine starke Einwirkung auf die regionalen Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung haben zahlreiche Maßnahmen, die der Ansiedlung von Industrien an bestimmten Orten oder in der Provinz allgemein dienen. Diese Maßnahmen sollen es nicht nur ermöglichen, sich auch außerhalb des Bank- und Finanz-Zentrums Paris das zur Betriebserrichtung nötige Kapital zu besorgen, sondern sie sollen auch ganz allgemein als ein Anreiz zur Investition außerhalb von Paris verstanden werden, da die Mittel zum Teil auch als Subvention zur Verfügung gestellt werden.

Durch Dekret no. 55-875 vom 30. Juni 1955 wurde der "Fonds de développement économique et social" (FDES) als Finanzierungsinstitut geschaffen. Seine Aufgabe ist es, "... d'assurer le financement ... des opérations d'accroissement de la productivité, ... et de décentralisation industrielle, ...[1]". Diese Institution tritt als Vermittler der zahlreichen vom Staat festgelegten finanziellen Vergünstigungen für Betriebe auf, die bestimmte Standorte wählen. Sie wird vom ministre des finances verwaltet und entscheidet über die von den Unternehmern eingereichten Anträge auf finanzielle Hilfe.

Als selbständige Finanzierungsinstitute arbeiten dagegen die in dem Dekret no. 55-876 vom 30. Juni 1955 vorgesehenen "Sociétés de développement régional" (SDR). Sie sind von Pariser Großbanken unter Beteiligung regionaler Banken in verschiedenen Gebieten Frankreichs gegründet worden und werden unabhängig von direkter staatlicher Kontrolle als Geschäftsbanken geführt. Sie sollen durch Beteiligung an neu errichteten Betrieben zur Entwicklung wenig industria-

[1] Artikel 1 des Dekretes no. 55-875 vom 30. Juni 1955.

lisierter Gebiete beitragen; die dazu benötigten Mittel verschaffen sie sich durch Anleihen. Dafür erhalten sie ihrerseits staatliche Förderung, falls folgende Voraussetzungen vorliegen. Ihr Kapital muß 2,5 Millionen NF betragen und sie müssen einen staatlichen Kommissar als Aufsicht akzeptieren. Unter diesen Bedingungen sind ihre Beteiligungsgewinne von der Körperschaftsteuer ausgenommen, ihren Aktionären wird vom Staat eine Dividende von 5 % garantiert und die von ihnen aufgelegten Anleihen erhalten eine Staatsgarantie. Da die SDR im wesentlichen unabhängig von staatlicher Kontrolle nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden, können sie die ihnen zugedachte Rolle als Motor der Industrialisierung in den wenig entwickelten Gebieten nicht spielen. Wie eine Aufstellung zeigt[1], weisen gerade diejenigen SDR eine sehr rege Geschäftstätigkeit auf, die in industriell bereits aktiven Gebieten liegen. Besonders auffällig ist, daß alle Gesellschaften aus dem Osten und dem Norden: Nord mit dem Sitz in Lille, Sade mit dem Sitz in Strasbourg und Lordex mit dem Sitz in Nancy, ein außerordentlich hohes ausgegebenes Kapital haben; sie liegen in Gebieten, die zwar nicht so industrialisiert sind wie die région parisienne, die aber doch zu den bereits gut entwickelten Teilen Frankreichs gehören und daher einer besonderen Förderung gegenüber den anderen Regionen nicht bedürfen. Eine Äußerung einer Sektion des Conseil économique et social, "leur bilan peut être considéré comme satisfaisant, ...[2]", muß daher als Zweckoptimismus angesehen werden, da sie ihrer eigentlichen Aufgabe, teilzunehmen "... en capitaux au financement des entreprises industrielles et commerciales dans les régions souffrant de sous-emploi ou d'un développement économique insuffisant[2]" nicht gerecht geworden sind.

Diese beiden Institute als Träger der Finanzierung können auf verschiedenen Wegen den Unternehmern finanzielle Hilfe

---

[1] Vgl. Tabelle 5.

[2] N. N.: "Le bilan des sociétés de développement régional est satisfaisant estime le Conseil économique", in: "Le Monde", No. 5666, vom 5. April 1963, S. 20.

leisten.

Sie können Kredite gewähren, die sich der förderungswürdige Unternehmer auf anderem Wege nicht beschaffen kann. Besonders der FDES ist dazu bestimmt, derartige Kredite mit einer Laufzeit von über 5 Jahren zu vergeben. Er ist jedoch gehalten, diese Mittel nur zu vergeben, wenn sicher ist, "... que nul autre que lui ne peut, en l'état présent du marché, les assumer dans des conditions satisfaisantes[1]." Dort, wo bereits nromale Geschäftsbanken das Risiko der Kreditvergabe übernehmen, ist eine besondere staatliche Hilfe nicht mehr erforderlich. Andererseits dürfen die Kredite nur an solche Unternehmer vergeben werden, die einen Betrieb an einem Ort errichten wollen, der unter Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse des Ortes und des Betriebes besonders erwünscht ist. Die Mittel sollen also zur Hebung der wirtschaftlichen Aktivität eines Gebietes beitragen und nicht nur beliebigen Unternehmern billige Gelder für Investitionen verschaffen. Nach einem unveröffentlichten Bericht[2], der allerdings trotz seiner Ausführlichkeit keine regionale Aufgliederung gibt, kamen von 1955 bis zur 1.Hälfte 1962 500 in der Provinz errichtete Betriebe in den Genuß der Mittel dieses Fonds, der ihnen 235 Millionen NF zur Verfügung stellte. Darüber hinaus gibt der Fonds in gewissen Fällen, in denen er sich nicht direkt zu einer Kreditvergabe entschließt, eine staatliche Garantie sowie Zinszuschüsse für Kredite, die ein Unternehmer direkt auf dem Kapitalmarkt aufnimmt; die Garantien sollen es dem Unternehmer erleichtern, einen Kreditgeber zu finden, und durch die Zinszuschüsse werden die Kosten für diese Kreditaufnahme auf die der vom Staat gegebenen Kredite gesenkt.

---

[1] Jean Faucheux: La décentralisation, a. a. O., S. 91.

[2] Coton: "Bilan des actions régionales", projet de rapport du 7. 12. 1962 de la Direction de l'Expansion industrielle du FDES, nicht veröffentlicht.

Tabelle 5: Vergebene Mittel der SDR von 1957 bis 1962[1]

Name der SDR	Sitz	Vergebene Mittel (in 1.000 NF)
Bretagne	Rennes	5.781
Centre-Est	Dijon	5.396
Champex	Reims	3.030
Expanso	Bordeaux	5.935
Lordex	Nancy	6.133
Méditerrannée	Marseille	5.522
Nord	Lille	8.440
Normandie	Rouen	4.927
Picardie	Amiens	1.625
Sade	Strasbourg	8.845
Sodecco	Limoges	3.783
Sodero	Nantes	6.409
Sodler	Montpellier	3.010
Sud-Est	Lyon	5.324
Tofinso	Toulouse	2.190
		76.350

[1] Vgl. N. N.: "Un bilan de l'action des sociétés de développement régional" in: "L'Usine Nouvelle", Mai 1963, S. 67.

Entscheidenden standortlenkenden Einfluß hat aber vor allem die "prime spéciale d'équipement", eine Investitionsprämie, die eine direkte staatliche Subvention auf Investitionen in bestimmten Gebieten darstellt. Die gesetzliche Grundlage für die Vergabe dieser Prämie wurde mit den Dekreten no. 55-878 vom 30. Juni 1955, no. 59-483 vom 2. April 1959 und no. 60-370 vom 15. April 1960 geschaffen. Diese Prämie kann an alle Unternehmer vergeben werden, die sich an Orten niederlassen, an denen ihre Anwesenheit erwünscht ist, sofern diese Orte eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen: an diesem Ort muß eine Arbeitslosigkeit größeren Ausmaßes herrschen; oder diese Arbeitslosigkeit muß drohend bevorstehen infolge von Stillegungen von ganzen Wirtschaftszweigen[1]; oder an diesem Ort muß ein großes Angebot an Arbeitskräften besonders aus dem landwirtschaftlichen Bereich infolge von Verbesserung von Produktionsmethoden zu erwarten sein[2]. Verschiedenen Gebieten wurden global diese Eigenschaften zuerkannt. Ein dem Dekret no. 60-370 vorangestellter Abschnitt nennt vier bretonische Departements, die sich besonders durch Arbeitslosigkeit auszeichnen: Ille-et-Vilaine, Morbihan, Finistère und Côtes-du-Nord. Darüber hinaus hat ein Arrêté vom 15. April 1960 sechs "zones spéciales" festgelegt, in denen eine große Reihe genau aufgezählter Gemeinden als grundsätzlich förderungswürdig erklärt wird. Es handelt sich dabei um die Gebiete um Nantes - St. Nazaire, Bordeaux, Limoges, Montpellier - Béziers - Sète, Brest und Lorient.

In den zuerst genannten Departements beläuft sich die Prämie auf mindestens 10 % der während einer Periode von höchstens 2 1/2 Jahren getätigten Investitionen zur Errichtung eines Betriebes oder zu einer umfangreichen Erweiterung; in den zones spéciales beläuft sie sich auf

---

[1] Hier ist an die drohende Arbeitslosigkeit im Osten infolge der Schließung eines großen Teiles der Bergwerke zu denken.

[2] Vgl. Art. 1 des Dekretes no. 59-483 vom 2. April 1959.

20 % der Investitionen. Voraussetzung für die Zuteilung der Prämie ist jedoch, daß durch die Investitionen mindestens 20 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Höhe der Prämie ist nicht unbegrenzt; vielmehr ist die Subvention sowohl abhängig von dem absoluten Betrag der Investition als auch von der Zahl der durch sie geschaffenen Arbeitsplätze. Sie beläuft sich auf maximal 11.000 NF je geschaffenen Arbeitsplatz bei neu errichteten Betrieben und auf maximal 8.500 NF je Arbeitsplatz bei Betriebserweiterungen.

Durch diese Maßnahme sollen vor allem arbeitsintensive Betriebe veranlaßt werden, sich in der Provinz niederzulassen, um eine gleichmäßigere Verteilung der industriell tätigen Bevölkerung zu erreichen. In der Tat bedeutet für sie die Prämie einen nicht unerheblichen Anreiz, da sie den Kapitalbedarf beträchtlich verringert und die Rentabilität der Investition verbessert. Die gesamten bis zum Jahr 1962 gezahlten Prämien belaufen sich auf cirka 265 Millionen NF[1].

Alle diese Maßnahmen finanzieller Art stellen für viele Unternehmer eine außerordentliche Hilfe bei der Wahl eines Standortes dar. Wie eine Aufstellung des FDES zeigt[2], wurden von 1955 bis zur 1.Hälfte 1962 insgesamt Mittel in Höhe von 1,09 Milliarden NF aufgewendet; damit wurden Investitionen von 5,1 Milliarden NF finanziert. Für den Unternehmer, der in den Genuß dieser Vergünstigungen kommt, bedeutet das also, daß im Durchschnitt 20 % seiner von ihm getätigten Investitionen vom Staat finanziell unterstützt wurden. Jedoch ergibt sich aus der Übersicht kein Übergewicht zugunsten einer Region[3], derart, daß in ihr der Be-

---

[1] Vgl. FDES, Comité no. 1 ter: "Rapport d'activité pour 1962", als Manuskript vervielfältigt, S. 4.

[2] Vgl. Tabelle 5 a.

[3] Im Jahre 1960 wurden durch ein Dekret vom 2. Juni folgende 21 Regionen gebildet, die aus den jeweils angegebenen Departements zusammengefaßt wurden: 1. Nord (Nord, Pas-de-Calais), 2. Picardie (Aisne, Oise, Somme), 3. Haute-Normandie (Eure, Seine-Maritime), 4. Basse-Normandie (Calvados, Manche, Orne), 5. Bretagne (Côtes-du-Nord, Finistère, Ille-et-Vilaine, Morbihan), 6. Pays de la

trag der Unterstützung besonders hoch wäre oder daß die Beträge bezogen auf die getätigten Investitionen einen größeren Umfang annähmen. Eine allgemeine Regel läßt sich vielmehr nicht aufstellen; ob ein Unternehmer von diesen Vorteilen profitieren kann, wieweit sie also einen Standortfaktor darstellen können, hängt ganz allein von den individuellen Gegebenheiten ab, d. h. von der Größe und Art seines Betriebes sowie von den speziellen Verhältnissen an dem von ihm in Betracht gezogenen Standort. Generell bedeuten diese Hilfsmaßnahmen finanzieller Art jedoch einen beträchtlichen Standortvorteil zugunsten der Provinz, indem sie die Beschaffung des benötigten Kapitals vereinfachen oder den zu beschaffenden Betrag verringern. Sie veranlassen daher eine große Anzahl von Unternehmern, eine Betriebsgründung oder Erweiterung in der Provinz vorzunehmen. "On peut calculer, d'après les chiffres du service de la statistique industrielle, que les investissements aidés ont représenté, en 1961, près de 20 % des investissements totaux effectués dans les industries en cause, sur l'ensemble du territoire, y compris la région parisienne[1]." Berücksichtigt man die Tatsache, daß die genannten Hilfsmaßnahmen allein den Unternehmern zugute kommen, die einen

---

Loire (Loire-Atlantique, Maine-et-Loire, Mayenne, Sarthe, Vendée), 7. Poitou-Charentes (Charente, Charente-Maritime, Deux-Sèvres, Vienne), 8. Aquitaine (Dordogne, Gironde, Landes, Lot-et-Garonne, Basses-Pyrénées), 9. Midi-Pyrénées (Ariège, Aveyron, Haute-Garonne, Gers, Lot, Hautes-Pyrénées, Tarn, Tarn-et-Garonne), 10. Limousin (Corrèze, Creuse, Haute-Vienne), 11. Auvergne (Allier, Cantal, Haute-Loire, Puy-de-Dôme), 12. Centre (Cher, Eure-et-Loir, Indre, Indre-et-Loire, Loir-et-Cher, Loiret), 13. Bourgogne (Côte-d'Or, Nièvre, Saône-et-Loire, Yonne), 14. Champagne (Ardennes, Aube, Marne, Haute-Marne), 15. Lorraine (Meurthe-et-Moselle, Moselle, Meuse, Vosges), 16. Alsace (Bas-Rhin, Haut-Rhin), 17. Franche-Comté (Doubs, Jura, Haute-Saône, Territoire-de-Belfort), 18. Rhône-Alpes (Ain, Ardèche, Drôme, Isère, Loire, Rhône, Savoie, Haute-Savoie), 19. Languedoc (Aude, Gard, Hérault, Lozère, Pyrénées-Orientales), 20. Provence-Côte d'Azur-Corse (Basses-Alpes, Hautes-Alpes, Alpes-Maritimes, Bouches-du-Rhône, Corse, Var, Vaucluse), 21. Région Parisienne (Seine, Seine-et-Marne, Seine-et-Oise).

[1] Coton: Bilan, a. a. O., S. 76.

Tabelle 5 a:
Regionale Verteilung der vom Staat von 1955 bis zur 1. Hälfte 1962 zur wirtschaftlichen Entwicklung der Provinz geleisteten Mittel[1] (Beträge in 1.000 NF)

Region	Gel. Mittel	Ant.d. Reg.(%)	Inf.d.Mittel getät. Investit.	Ant.d. Reg.(%)	Mittel je 1.000 NF Invest.
Alsace	81.048	7,4	329.969	6,5	246
Acquitaine	64.750	5,9	226.444	4,4	286
Auvergne	32.158	3,0	141.613	2,9	227
Bourgogne	46.940	4,3	237.081	4,7	198
Bretagne	80.788	7,4	480.808	9,4	168
Centre	43.687	4,0	176.432	3,3	261
Champagne	53.356	4,9	370.613	7,3	144
Franche-Comté	25.061	2,3	76.054	1,3	374
Languedoc	47.114	4,3	200.253	3,9	235
Limousin	18.862	1,7	80.308	1,6	235
Lorraine	73.925	6,8	261.900	5,1	282
Midi-Pyrénées	68.793	6,3	234.876	4,6	293
Nord - Pas-de-Calais	100.081	9,2	547.865	10,7	183
Basse-Normandie	17.823	1,6	103.139	2,0	173
Haute-Normandie	26.868	2,5	112.857	2,2	238
Pays de la Loire	107.695	9,9	506.882	9,9	212
Picardie	40.136	3,7	232.414	4,6	173
Poitou-Charentes	23.597	2,2	125.067	2,5	189
Provence-Côte d'Azur	49.607	4,6	176.051	3,5	282
Rhône-Alpes	88.838	8,1	501.437	9,8	177
Gesamt	1.091.127	100,1	5.104.063	100,2	214

[1] Vgl. dazu Coton: Bilan, a. a. O., S. 31 bis.

Standort außerhalb der région parisienne suchen, und zieht man auch die nicht vom Staat, sondern von den Gemeinden gewährten Unterstützungen mit in die Betrachtung ein, so ist es wohl nicht übertrieben festzustellen, " ... que plus du tiers des investissements effectués par les industries de transformation à l'extérieur de la région parisienne ont reçu une aide des pouvoirs publics au titre de l'expansion régionale[1]". Sie sind zwar nicht als ein allein bestimmender Standortfaktor anzusehen, da ein großer Teil der Investitionen zweifellos auch ohne sie an dem gleichen Ort durchgeführt worden wäre, dennoch haben sie infolge ihres Umfanges in vielen Fällen den Ausschlag bei der Standortwahl gegeben.

Eine regional unterschiedliche Veränderung der Leistungen der Gebietskörperschaften ist nicht festzustellen, wohl aber ergaben sich bei den für diese Leistungen entstehenden Kosten, insbesondere den Steuern, in einzelnen Teilen des Landes unterschiedliche Variationen, so daß die Beschaffungspotentiale nicht einheitlich sind.

So kann nach Artikel 1 des Gesetzes no. 57-716 und dem Dekret no. 57-967 Aktiengesellschaften auf Antrag eine Verminderung der Veranlagung zur Körperschaftsteuer (déduction de l'assiette de l'impôt sur les sociétés) gewährt werden. Falls diese Aktiengesellschaften, deren Kapital voll an der Börse eingeführt sein muß, zur regionalen Entwicklung beitragen, indem sie etwa den Standort eines zu errichtenden Betriebes in der Provinz wählen, können sie von ihren zu versteuernden Gewinnen bis zu 5 % der für diese Betriebserrichtung eingesetzten und noch nicht abgeschriebenen Mittel absetzen. Damit können also im Rahmen einer Aktiengesellschaft gewichtige Vorteile zugunsten eines Standortes für einen neuen Betrieb sprechen, der nach Rücksprache mit den zuständigen Stellen als förderungswürdig anzusehen ist.

---

[1] Coton: Bilan, a.a.O., S. 76-77.

Entscheidender sind jedoch die Vorteile aus der Verringerung oder völligen Befreiung von der Gewerbesteuer (patente). Nach Artikel 102 des Gesetzes no. 60-1384 vom 23. Dezember 1960 können die lokalen Behörden, d.h. die Gemeinde oder das Departement als die Empfänger der Gewerbesteuer, einem Unternehmen, das sich ganz oder mit Teilbetrieben in der Provinz niederläßt, die Gewerbesteuer erlassen, falls das Unternehmen für die Wahl dieses Standortes bereits eine andere staatliche Hilfe erhält oder eine Zustimmungserklärung des FDES vorliegt. Sie sind ermächtigt, dem Unternehmen bis zu 50 % des geschuldeten Gewerbesteuerbetrages zu erlassen; in besonderen Krisengebieten, die durch Dekret no. 60-370 bestimmt werden[1], kann die Zahlung der Gewerbesteuer sogar vollkommen ausgesetzt werden. Diese Vergünstigungen dürfen jedoch höchstens für 5 Jahre gewährt werden. Es handelt sich dabei also um einen Standortvorteil zugunsten der Provinz, der dem sich dort niederlassenden Unternehmen nur während einer befristeten Anlaufsperiode zugute kommt. Jedoch ist die Bedeutung dieses Faktors nicht zu unterschätzen, da die im Rahmen dieser Vorschriften den Unternehmen in den oben erwähnten beschränkten Gebieten zur Verfügung gestellten Mittel auf 100 Millionen NF je Jahr zu veranschlagen sind[2].

V. Die heutigen Standortfaktoren und ihr Einfluß

Mit den oben gezeigten Dezentralisierungsmaßnahmen wurden zahlreiche der ebenfalls bereits dargelegten Standortfaktoren verändert. Ein weiterer Einfluß auf die Standortfaktoren wurde aber durch die natürliche ökonomische Entwicklung ausgeübt, so daß die oben aufgeführten Standortfaktoren[3] nicht mehr in gleicher Weise auf den Unternehmer wirken. Zusammenfassend soll daher jetzt gezeigt werden,

---

1 Vgl. S. 117.

2 Vgl. Coton: Bilan, a. a. O., S. 20.

3 Vgl. S. 44 ff.

welchen Standortfaktoren sich der Unternehmer nach 1955 als dem Beginn der Dezentralisierungsmaßnahmen auf der Suche nach einem Standort für einen zu errichtenden Betrieb gegenübersieht. Im wesentlichen wird dabei an die Faktoren in ihrer ursprünglichen Form angeknüpft, so daß hier nur zusätzliche Erörterungen erfolgen, wenn und inwieweit sich Veränderungen ergaben.

An der zentralisierenden Wirkung der Transportverhältnisse in Frankreich hat sich nicht viel verändert, wenn man von einem neuen Tarif der SNCF absieht. Nach der Tarifreform von 1962, zu der sich die SNCF nach Aussagen ihres kaufmännischen Direktors Delacarte aus betriebswirtschaftlichen Gründen genötigt sah[1], wurden alle Strecken mit einem Koeffizienten gewichtet, der sich einerseits nach der auf ihnen speziell möglichen technischen Belastung der Züge richtete, andererseits nach der Benutzungsfrequenz dieser Linie. Zu dieser Maßnahme sah sich die SNCF gezwungen, da auf denjenigen Strecken, die vom Gelände her oder von der Transportmenge her begünstigt waren, in verstärktem Maße private Transportunternehmen auftraten, die jedoch die weniger lukrativen Strecken der Staatsbahn überließen. Der neue Tarif benachteiligt nunmehr die bergigen Gegenden, die vor allem im Süden des Landes liegen, während der ohnehin stark industrialisierte Nordosten infolge des vorherrschend flachen Landes begünstigt wird. Vor allem aber fördert die Gewichtung der Strecken nach ihrer Benutzung eine weitere Konzentration durch Bevorzugung der unmittelbar um das Zentrum Paris liegenden Gebiete. Während nach dem früheren Tarif, bei dem eine Gewichtung nach dem Umschlag des Abgangs- und Ankunftsbahnhofes erfolgte, etwa die Stadt Marseille durchaus günstig lag, da sie einen hohen Güterumschlag aufweist, wird heute eine Bahnlinie um so ungünstiger, je weiter entfernt sie von dem Hauptver-

---

[1] Vgl. N. N.: "La nouvelle tarification 'marchandises' de la SNCF bouleversera-t-elle la structure de notre économie?", in:"Patronat français",No.217, April 1962,S.14-19.

kehrspunkt Paris liegt. Die unmittelbar um das Zentrum herum liegenden Orte profitieren von dem gesamten Verkehr des Hinterlandes mit dem Zentrum, der sich, aus verschiedenen Linien stammend, bei ihnen bereits kumuliert hat. Die Strecken im Hinterland dagegen erhalten eine ungünstigere Gewichtung, die allein auf dem aus diesem Gebiet stammenden Verkehr beruht.

Die in der Nähe von Paris liegenden Orte sowie das gesamte Gebiet in dem Dreieck zwischen Paris und den Industrie-Gebieten des Nordens und des Ostens sind nunmehr nicht nur durch kurze Transportstrecken zu den in diesen Gebieten massierten Anbietern von Produktionsfaktoren und Abnehmern der Produkte begünstigt, sondern auch noch durch besonders niedrige Tarife.

Unter Berücksichtigung der Transportverhältnisse ist also für viele Unternehmer der Standort im industrialisierten Nordosten des Landes und besonders im Gebiet der région parisienne vorteilhafter denn je. Die Bedeutung dieses Standortfaktors steigt vor allem auf Grund der Tatsache, daß es sich hierbei um einen Faktor handelt, dessen Vorteile der Unternehmer durch laufende Nutzung in Anspruch nimmt. Es ergeben sich Begünstigungen während der gesamten betrieblichen Nutzungsdauer, die sich infolge ihrer Summierung auch dann sehr stark auswirken, wenn sie bei Berücksichtigung nur einer kurzen Zeiteinheit relativ gering sind.

Die Potentiale aus der Beschaffung von Grund und Boden haben sich in der Provinz in den letzten Jahren infolge der staatlichen Erschließungsarbeiten weiterhin erhöht, während sie in Paris im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung stark abnehmen. Wegen der hohen Bautätigkeit in Paris steigen dort die Grundstückspreise rapide an[1], wohingegen

[1] Im Jahre 1963 werden für industriell nutzbare Grund-

in der Provinz eher ein Preisdruck durch die rivalisierenden Versuche der Gemeinden festzustellen ist, mit Hilfe von besonders preisgünstigen Angeboten an meist auf Staatskosten erschlossenen Grundstücken Industrielle zur Niederlassung in ihrem Bereich zu veranlassen.

Eine willkürliche Beschränkung erfahren allerdings die Potentiale bisweilen durch Störversuche ortsansässiger Unternehmer, die danach trachten, durch entsprechende Maßnahmen den Erwerb größerer Bodenflächen unmöglich zu machen, um sich so etwaige Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt fernzuhalten, die das regionale Lohnniveau anheben könnten. Das mußte beispielsweise Renault in Cléon erfahren: "Ne voit-on pas en effet pour le moment le projet formé par la Régie Renault de construire une usine à Cléon près d'Elbeuf, stoppé par suite de l'acquisition faite par des tiers de petites parcelles au centre d'un ensemble de 100 hectares, dont elle possédait déjà la plus grande partie. Il est de notoriété publique que cette acquisition a été faite au prix fort par un groupe d'industriels de la région qui redoutait la concurrence de Renault et de l'attraction que pourrait exercer une nouvelle usine sur la main-d'oeuvre environnante[1]."

Die Bedeutung dieses Standortfaktors zugunsten der Provinz wird weiterhin durch die Tatsache eingeschränkt, daß er nur einmalig im Zeitpunkt der Betriebsgründung realisierbar ist. Selbst eine große Preisdifferenz beim Kauf eines Grundstückes kann durch die dauernden Nachteile überkompensiert werden, die etwa durch höhere Transportkosten entstehen. Vielfach ist es daher eher der Mangel an geeigneten Grundstücken überhaupt, der einen Unternehmer veran-

---

stücke Preise von 500 NF/qm genannt (vgl. Äußerungen Graviers in "Paris et la France", ein Rundgespräch, in: "L'Usine Nouvelle", März 1963, S. 21) gegenüber "plusieurs milliers de francs" (AF) Ende der 50er Jahre (vgl. C. Charmont: Bilan, a. a. O., S. 864).

[1] Georges Renaud: "Main-d'oeuvre et décentralisation industrielle", Diss. Paris 1953, S. 240.

laßt, sich nicht in Paris niederzulassen. Außerhalb der Landeshauptstadt stehen ihm jedoch in näherer oder weiterer Umgebung ausreichend Grundstücke zur Verfügung, ohne daß er sich weit in die Provinz zurückziehen muß. Dazu wird ihn auch kaum die Ermäßigung der Grunderwerbssteuer veranlassen, für deren Wirksamkeit ebenfalls die Einschränkung gilt, daß sie nur einen einmalig realisierbaren Vorteil bringt.

Der Vorteil, der sich zugunsten der Provinz bei der Untersuchung des Beschaffungspotentials an industriell nutzbaren Bauten ergibt, hat sich durch die vom Staat in die Hand genommene Vermittlung bei der Beschaffung dieser Gebäude noch vermehrt, denn die vom Staat veröffentlichten Listen sichern eine klare Übersicht über das Angebot. Verstärkt wird dieser Standortvorteil, der besonders für Unternehmer mit geringen zur Errichtung des Betriebes verfügbaren Mitteln entscheidend ist, durch die auf Neubauten in Paris erhobene Abgabe. Unterstellt man den mittleren Satz von 100 NF/qm, so würde diese Abgabe bereits über den Kosten für den Erwerb eines Gebäudes in der Provinz liegen, die Thielland mit 30 - 40 NF/qm angibt[1].

Vor allem ist die Anziehungskraft der Provinz zwangsläufig durch das begrenzte Bauverbot in der région parisienne gestiegen. Infolge einer fehlenden Baugenehmigung sieht sich mancher Unternehmer gezwungen, entgegen seiner Absicht einen Standort außerhalb der région zu wählen, wobei er dann jedoch wenigstens eine unmittelbare Nähe zu diesem Gebiet sucht. Immerhin verhütet diese Maßnahme eine weitere Ballung im Raum von Paris, wenn sie auch häufig nur dazu führt, daß der Ballungsraum Paris sich nur in etwas geringerer Dichte weiter ausdehnt. Ein besonderer Standortfaktor zugunsten der weiter entfernten Teile des Landes besteht nicht; die erwähnten Vorteile gegenüber der région kommen vielmehr allen Gebieten Frankreichs mit Ausnahme der région zugute, wenn auch die Preise für vorhandene,

---

[1] Vgl. Jacques Thielland: Essai, a. a. O., S.152.

industriell nutzbare Gebäude infolge der geringen Nachfrage in wenig industrialisierten Gebieten wesentlich niedriger liegen. Der Unternehmer wird jedoch in der Regel wenig Neigung verspüren, in den Genuß dieser besonderen Vorteile zu kommen, da es sich hierbei wieder um Vergünstigungen handelt, die nur einmaliger Art sind. Bei Verteilung dieser Vorteile auf die gesamte Lebensdauer des Betriebes ergeben sich auch hier wieder innerhalb eines Zeitabschnittes nur minimale Beträge, deren Ausnutzung ihm wenig vorteilhaft erscheint, wenn ihnen dauernd wirksame Nachteile gegenüberstehen.

Eine besonders starke Änderung erfuhr das Potential aus der Beschaffung von Arbeitskräften. Hier wirkten Dezentralisierungsmaßnahmen und durch sonstige Tatsachen hervorgerufene Entwicklung in gleicher Richtung zugunsten der Provinz.

Für Unternehmer, die einen höheren Prozentsatz gelernter Arbeiter beschäftigen wollen, war es vor Beginn der Dezentralisierungsmaßnahmen günstiger, die région parisienne als Standort zu wählen, während bei einer besonders auf ungelernte Arbeitskräfte gestellten Produktion ein Standort in der Provinz vorteilhafter erschien.

Durch den stets steigenden wirtschaftlichen Aufschwung, der sich vor allem in den Zentren des Landes auswirkt, wird die Beschaffung der benötigten Arbeitskräfte zu einem immer größeren Engpaß. Besonders in den hoch industrialisierten Gebieten wie der région parisienne entsteht damit ein nur schwer zu lösendes Problem. Im Frühjahr 1963 waren 27 % der 65.000 angebotenen offenen Stellen, soweit sie von der zentralen "Bourse de l'emploi" in Marseille registriert wurden, aus der région parisienne[1]; über die Hälfte der an-

[1] Vgl. N. N.: "La Bourse de l'emploi de Marseille a centralisé 64.506 offres", in: "Le Monde", No. 5685, vom 27. April 1963, S. 3.

gebotenen Plätze bezogen sich auf Facharbeiter. Die Provinz dagegen ist noch heute häufig ein Gebiet, in dem ausreichend Arbeitskräfte vorhanden sind. Die Bretagne zeichnet sich durch ihre hohen Geburtenzahlen als eine Region aus, in der die Arbeitslosenreserve noch am höchsten ist. Hinzu kommen Lothringen infolge der Schließung zahlreicher Werke des Erzbergbaus und der Hüttenindustrie sowie der Elsaß wegen der Krise der Textilindustrie. Wie groß die Bedeutung der Arbeitskräfte-Reserven als standortlenkender Faktor ist, zeigt sich etwa an dem Beispiel zweier von der Régie Renault geplanter Zweigwerke, die in Le Havre und in Nantes errichtet werden; als entscheidend für die Standortwahl wurde in beiden Fällen vor allem die ausreichende Zahl von Arbeitslosen angegeben[1].

Zu diesen besseren Möglichkeiten der Beschaffung von ungelernten Arbeitskräften kommt die Tatsache hinzu, daß infolge der entsprechenden staatlichen Maßnahmen auch die Beschaffung von Facharbeitern in der Provinz erleichtert wurde, indem den Arbeitnehmern Umzugshilfen gewährt werden und den Arbeitgebern die Kosten einer fachlichen Ausbildung ihrer Arbeitskräfte ersetzt werden.

Als ein Standortfaktor zugunsten der Provinz erweist sich auch die oben bereits erwähnte Lohndifferenz[2] zwischen Paris und den sonstigen Teilen des Landes, die bis zu 25 % der im Gebiet der région parisienne gezahlten Löhne gehen kann. Allerdings kann es im gegebenen Fall schwierig sein, konkret das an einem Ort bestehende Lohnniveau zu ermitteln, da der standortsuchende Unternehmer dabei nicht auf die Unterstützung der lokalen Arbeitgeber rechnen kann, die ihn als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt fürchten. So

---

[1] Vgl. Paul Fabra: "Les Havrais invoquent des arguments économiques et sociaux pour attirer la nouvelle usine Renault", in: "Le Monde", No. 5758, vom 23. 7. 1963, S.12, und N. N.: "Renault installera une usine au Havre", in: "Le Monde", No. 5759, vom 24. Juli 1963, S. 13.

[2] Vgl. S. 58 ff.

berichtet Adam beispielsweise: "Les industriels rémois nous ont vu arriver d'un très mauvais oeil. Quand on demandait aux industriles leurs salaires, ils nous bluffaient tous. La Chambre syndicale de la métallurgie donnait des prix inférieurs à ceux qu'on nous communiquait. Nous avons dû aller au 'bistrot' en demandant aux gars leur feuille de paye[1]."

Aus der Möglichkeit der Beschaffung von Arbeitskräften heraus erscheint also die Wahl eines Standortes in der Provinz in einem immer günstigeren Licht. Nur hier liegt häufig überhaupt noch ein potentieller Standort, da die région parisienne bereits aus rein quantitativer Betrachtung ausscheidet. Als Standorte bieten sich dabei vor allem die bevölkerungsreiche Bretagne sowie Gebiete mit größeren von Krisen bedrohten Industrien an wie etwa Elsaß-Lothringen; diese zuletzt genannten Regionen sind besonders interessant, weil dort bereits eine industriell einsetzbare Arbeitnehmerschaft vorhanden ist. Dieser Vorteil spricht jedoch mehr nur zugunsten eines Teiles von Frankreich, da weite Gebiete des Landes, so vor allem der ebenfalls wenig industrialisierte Südwesten des Landes, weder eine für eine Industrialisierung günstige große Bevölkerungsdichte noch eine bereits für Industriearbeiten vorgebildete Arbeiterschaft als Arbeitskräftereserve besitzen.

Eine nicht zu übersehende Bedeutung gewinnt der auf Grund der Nachfrage nach Arbeitskräften entstehende Standortfaktor vor allem auf Grund der Tatsache, daß er sich aus einem fortlaufend auftretenden Bedarf ergibt. Der erforderliche Bedarf an Arbeitskräften muß laufend gedeckt werden. Auch bei kurzfristiger Betrachtungsweise relativ geringe Kostenvorteile werden dabei auf den Unternehmer stark standortlenkend wirken, da sie sich im Laufe einer längeren Betriebsperiode zu hohen absoluten Beträgen summieren.

---

[1] J. Adam: Problèmes, a. a. O., S. 858.

Sehr stark wurden durch die staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen die regionalen Potentiale aus der Beschaffung des notwendigen Kapitals verändert. Während es bisher wegen der im Vergleich zu der der Pariser Banken geringen Geschäftstätigkeit der regionalen Banken schwierig war, Kapital für eine Investition außerhalb des Raumes Paris zu beschaffen, ist jetzt durch die Dezentralisierungsmaßnahmen das Kapitalangebot für solche Investitionen, die den staatlichen Dezentralisierungsplänen entsprechen, außerordentlich vergrößert.

Hier ist an erster Stelle die Investitionsprämie zu nennen, die das vom Unternehmer für die Investition aufzubringende Kapital von vornherein um bis zu 20 % ermäßigt. Auch mit kanppen verfügbaren Mitteln läßt sich daher noch eine geplante Investition durchführen, zu der diese in den nicht förderungswürdigen Gebieten nicht ausreichen würden. Gerade für Unternehmer mit beschränkten Mitteln kann dieser Faktor also einen sehr stark lenkenden Einfluß haben. Seine Wirkung wird allerdings durch die Tatsache vermindert, daß sich der Unternehmer innerhalb fest bestimmter Gebiete niederlassen muß, um in den Genuß dieser Prämie zu kommen. Bei diesen Gebieten handelt es sich um Regionen, deren wirtschaftliche Aktivität und Anziehungskraft sehr gering ist, da sie viele Standortnachteile aufweisen. Ihre geringe Anziehungskraft veranlaßte gerade den Staat, dem Unternehmer diese Vergünstigung zu gewähren, um so einen gewissen Ausgleich zu schaffen. So ist etwa das Gebiet um Montpellier für einen Betrieb, der mit einem hohen Anteil von gelernten Arbeitskräften ein Konsumgut in Massenfertigung herstellen will, ein recht ungünstiger Standort, da er hier nicht die geeigneten Arbeitskräfte findet und vor allem die Transportwege zu dem bevölkerungsreichen und einkommensstarken Norden und dem Gebiet von Paris zu zeitraubend und kostspielig sind. Auch unter Berücksichtigung eines verringerten Kapitaleinsatzes ist dieser Standort für ihn nicht rentabel.

Dieser an sich erhebliche Standortvorteil wird daher nur

von relativ wenigen Unternehmen genutzt, da damit zahlreiche Standortnachteile realisiert werden. Wie stark die damit verbundenen Nachteile sind, über die sich der Unternehmer in der Regel erst nach und nach klar wird, geht aus der Tatsache hervor, daß nur die Hälfte der im Rahmen dieser Investitionshilfe zugesagten Mittel gezahlt werden muß, da viele Unternehmer nach Zusicherung zurücktreten[1].

In nicht ganz so starkem Umfang gilt das von dem eigentlich nicht so attraktiven Standortvorteil aus der Gewährung staatlicher Kredite. Damit wird es vielen Unternehmern möglich, sich auch für eine Betriebsgründung außerhalb des Bankenzentrums die erforderlichen Mittel zu beschaffen, ohne daß damit zwangsläufig die Verpflichtung entsteht, sich in außergewöhnlich ungünstigen Gebieten niederzulassen.

Es handelt sich hierbei um Standortfaktoren, die eine an sich starke Anziehungskraft ausüben, wenn auch ihre Effizienz infolge der mit ihrer Realisierung verbundenen Nachteile beschränkt ist. Als begünstigte Gebiete unter dem Gesichtspunkt der Kapitalbeschaffung erscheinen damit neben dem traditionell vorteilhaften Bereich der région parisienne die oben bereits genannten Gebiete[2], die jedoch sehr peripher liegen.

Bei Erörterung des Potentials aus der Beschaffung von Leistungen des staatlichen Verbandes ist vor allem an die durch die Dezentralisierungsmaßnahmen stark veränderten Kosten für diese Leistungen zu denken. Der Umfang dieser Hilfsmaßnahmen nimmt einen breiten Raum ein, da sie relativ großzügig gewährt werden. Nach Schätzungen von zuständiger Stelle[3] kommen etwa 2.000 Unternehmen in ihren Genuß, wobei diese Zahl noch weiter steigt. Der Erlaß von

---

[1] Vgl. Coton: Bilan, a. a. O., S. 4-5.
[2] Vgl. S. 117.
[3] Vgl. Coton: Bilan, a. a. O., S. 20.

Zahlungen auf Grund der Gewerbesteuer, der innerhalb dieser Maßnahmen den größten Raum einnimmt, ist allein auf etwa 100 Mill. NF jährlich zu veranschlagen. Die Wirksamkeit dieser Vergünstigung, die nicht allein auf die oben bereits erwähnten besonderen Krisengebiete[1] beschränkt ist, wird allerdings auf Grund der Tatsache begrenzt, daß sie zwar in den ersten Jahren nach Betriebsgründung einen beträchtlichen Umfang annehmen[2], daß sie aber dem Unternehmen nur während der Anlaufsperiode zugute kommen. Nach dieser Zeit fällt der Vorteil weg und verringert damit die Rentabilität.

Demgegenüber sind für die région parisienne die Vorteile geblieben, die sich auf Grund der administrativen Konzentration ergeben[3], da alle Dezentralisierungsbemühungen auf diesem Gebiet bisher unterblieben. Obwohl eine regionale Streuung der staatlichen Entscheidungsbefugnis an sich die standortlichen Bedingungen der Provinz sehr verbessert hätte, sind auf diesem Gebiet bisher nur Projekte erörtert worden. Darüber hinaus ist sogar in letzter Zeit ein Zurückweichen vor der früheren eigenen Initiative festzustellen, wenn etwa Staatsminister Joxe sich 1963 zu der ausdrücklichen Versicherung genötigt sah: "En tout état de cause, le département restera la circonscription de base de l'organisation administrative française[4]."

Während keine der Dezentralisierungsmaßnahmen unmittelbar darauf abzielte, die Absatzbedingungen in der Provinz zu verbessern, läuft die natürliche Entwicklung dieser Bedin-

---

1 Vgl. S. 117.

2 Der Betrag der Vergünstigung beläuft sich im Durchschnitt auf 50.000 NF je Betrieb.

3 Vgl. S. 71 f.

4 N. N.: "Le département restera la circonscription de base de l'administration", in: "Le Monde", No. 5720, vom 8. Juni 1963, S. 8.

gungen auf eine weitere, allerdings nicht sehr große Begünstigung der région parisienne hinaus. Deutlich wird das auf dem Gebiet der Konsumgüter, wo durch weitere Konzentration der Bevölkerung die Absatzchancen innerhalb dieses Gebietes gestiegen sind. So wohnten nach der Bevölkerungszählung von 1954 7,3 Millionen von 42,8 Millionen Einwohnern, d. h. 17,1 % der Bevölkerung, im Gebiet der région parisienne; 1962 waren es bereits 8,4 Millionen von 46,2 Millionen Einwohnern, damit stieg der prozentuale Anteil auf 18,2 %[1]. Durch eine gegenüber dem nationalen Durchschnitt überproportionale Vermehrung der Bedarfsträger hat sich das Absatzpotential für Konsumgüter verbessert; die Entwicklung wurde noch durch ein innerhalb dieses Gebietes stärker gestiegenes Pro-Kopf-Einkommen verschärft. Bei Investitionsgütern haben sich dagegen die Absatzchancen in der Provinz gegenüber Paris leicht verbessert, da die begrenzten Dezentralisierungserfolge[2] eine erhöhte Nachfrage nach diesen Gütern in der Provinz ausgelöst haben.

Dennoch besteht weiterhin die starke Konzentration der Nachfrage nach Investitionsgütern in der région parisienne, wenn sie auch um ein Geringes vermindert wurde; hingegen hat sich die Ballung der Nachfrage nach Konsumgütern im Raum Paris noch erhöht. Damit bleibt die Tatsache bestehen, daß die Absatzpotentiale in diesem Gebiet ungleich viel größer sind als in einem anderen Raum Frankreichs. Es besteht also ein bedeutender Standortfaktor zugunsten der région parisienne, dessen Bedeutung vor allem deswegen sehr groß ist, weil es sich hierbei um einen Faktor handelt, der es dem Betrieb infolge der sich stetig wiederholenden Absatzakte ermöglicht, während seiner ganzen Lebensdauer beträchtliche Vorteile aus seinem Standort zu ziehen.

---

[1] Vgl. "Journal Officiel de la République Française. Lois et Décrets", 94.Jahrg., No. 269, vom 15. Nov. 1963, S. 11078-11081.

[2] Vgl. S. 142 ff.

Diese kurze Zusammenstellung der heute wirksamen Standortfaktoren zeigt deutlich, daß sich dabei noch immer ein Übergewicht zum Vorteil der région parisienne ergibt. Vor allem wirken fast alle Standortfaktoren, aus denen der Unternehmer einen laufenden Nutzen während des ganzen Bestehens seines Betriebes ziehen kann, zugunsten dieses Gebietes. Der einzige derartige Standortfaktor, der sich für die Provinz ergibt, resultiert aus den Beschaffungsmöglichkeiten an Arbeitskräften. Zwar handelt es sich dabei um einen Standortfaktor, der im Rahmen der zunehmenden Arbeitskräfteverknappung eine steigende Bedeutung gewinnt, der jedoch nicht die bisher ausgesprochen wenig industrialisierten Gebiete Frankreichs als begünstigt erscheinen läßt, sondern wiederum nur beschränkte Gebiete in der weiteren Umgebung von Paris.

Für den standortsuchenden Unternehmer ist auch heute noch das Gebiet der région parisienne auf Grund der zahlreichen Standortfaktoren vielfach als der günstigste Standort anzusehen; er wird in dieser mit Hilfe einer objektiven Betrachtung gewonnen Erkenntnis noch bestärkt durch die ebenfalls weiter bestehenden Fakten aus der psychologischen Sphäre, die weiterhin uneingeschränkt Paris als das einzige und allein erstrebenswerte Zentrum Frankreichs erscheinen lassen.

VI. Die Standorttendenzen nach 1955

Nachdem die veränderten Standortfaktoren dargestellt wurden, wobei vor allem die durch die Dezentralisierungsmaßnahmen modifizierten ausführlich behandelt wurden, soll nun gezeigt werden, welche Standorttendenzen sich auf Grund der neuen Standortfaktoren ergaben. Dann soll erläutert werden, wie sich die Standorttendenzen im Vergleich zu denjenigen, die vor Beginn der Dezentralisierungsmaßnahmen galten, geändert haben. Diese Änderungen sollen schließlich interpretiert werden. Insbesondere ist

in dieser Arbeit, die vor allem Gewicht auf die Dezentralisierungsmaßnahmen legt, zu klären, wieweit diese Änderungen auf das Einwirken dieser Maßnahmen zurückzuführen sind, wieweit also die durch diese Maßnahmen geschaffenen Standortfaktoren entscheidend für die Ansiedlung in bestimmten Gebieten sind.

1) Schwierigkeiten bei der Erfassung der Standortverteilung

Hier tauchen erneut die Probleme auf, wie die Verteilung der nach 1955 gewählten Standorte erfaßt werden soll. Mit Recht stellt Thielland fest, daß "statistiques de base nous font cruellement défaut" und daß "malgré les efforts de l'INSEE et de ses directions régionales, nos connaissances sont insuffisantes[1]". Daher ist es schwierig, zu genaueren Ergebnissen über die Dezentralisierung und die dabei erreichten Erfolge zu kommen.

Eine gewisse Änderung ist allerdings gegenüber der oben[2] beschriebenen Situation eingetreten. Die Dezentralisierungsmaßnahmen gaben nicht zuletzt natürlich den verantwortlichen staatlichen Stellen selbst Anlaß, sich mit den durch sie hervorgerufenen oder ihnen zugrunde liegenden Problemen und deren Wandlung zu befassen. Damit stehen wenigstens gewisse Unterlagen zur Verfügung, aus denen sich Schlüsse auf die Verteilung der seit 1955 gewählten Standorte ziehen lassen. Von Interesse ist dabei nicht nur die Anzahl der in einem Departement oder einer Region gewählten Standorte, sondern es sind weitere Angaben dazu erforderlich, um sie entsprechend ihrer Bedeutung zu gewichten.

Zwei Statistiken sind regional soweit aufgegliedert und über eine längere Periode hinweg geführt, daß sie als brauchbares Ausgangsmaterial zur Messung der Verteilung

---

[1] Jacques Thielland: Essai, a. a. O., S. 4.

[2] Vgl. S. 82 ff.

der in den letzten Jahren gewählten Standorte dienen können. Die Statistiken über die "permis de construire industriels" knüpfen an die Erteilung der oben erwähnten Baugenehmigungen[1] an, die für alle Betriebe notwendig sind, bei deren Errichtung eine größere Fläche Boden erbaut oder eine größere Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen wird. Die Merkmale sind so gewählt, daß damit auf jeden Fall die im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Mittel- und Großbetriebe erfaßt sind. Vorteilhaft ist dabei ferner, daß alle Betriebsgründungen mitgezählt werden und nicht nur eine Zahl ausgewiesen wird, die die wirtschaftliche Entwicklung eines Gebietes auf Grund der Saldierung von Betriebsgründungen und -stillegungen widerspiegelt. Zwar werden in dieser Statistik Betriebserweiterungen größeren Umfanges wie Betriebsgründungen behandelt, jedoch kann man diese in standortlicher Hinsicht den Neugründungen insofern gleichstellen, als bei Erweiterungen größeren Ausmaßes durchaus die Frage nach dem optimalen Standort mit beantwortet werden muß, der nicht zwangsläufig mit dem Standort des bisherigen Betriebsteiles zusammenfallen muß.

Ergänzungsweise dazu sollen Statistiken über Dezentralisierungen im engeren Sinne mit herangezogen werden, die also alle die Betriebe aufführen, die aus Paris ausgelagert worden sind oder die an Stelle einer an sich im Gebiet der région parisienne geplanten Betriebserweiterung in der Provinz errichtet worden sind.

Aus beiden Statistiken ergibt sich durchaus ein unterschiedliches Bild der regionalen Verteilung der Standorte. Zwischen beiden kann auch aus mehreren Gründen keine Gleichheit bestehen. Für die région parisienne werden keine Dezentralisierungszahlen genannt, da sich ja definitionsgemäß kein dezentralisierter Betrieb in diesem Gebiet niederlassen kann. Baugenehmigungen werden jedoch auch für dieses Gebiet beantragt und erteilt. Eine Gleichheit kann also zwischen beiden nicht bestehen. Ein weiterer Unterschied liegt darin begründet, daß bei der Statistik der

[1] Vgl. S. 31 f.

Baugenehmigungen nur größere Betriebe erfaßt werden, während in den Statistiken über die Dezentralisierung alle verlagerten Betriebe, gleich welcher Größenordnung, aufgeführt werden. Für beide Gruppen können unterschiedliche Standorttendenzen vermutet werden, was auch bereits durch einen Vergleich zwischen der regionalen Streuung von Betrieben unterschiedlicher Größenordnungen bestätigt wird[1].

Ausgangspunkt bei den folgenden Betrachtungen soll stets die amtliche Statistik über die Verteilung der Baugenehmigungen sein, wenn auch dabei nur größere Betriebe erfaßt sind. Diese Bezugnahme ist jedoch um so mehr angebracht, als es sich bei den im Rahmen dieser Arbeit dargestellten Standortfaktoren in der Mehrzahl der Fälle um Faktoren handelt, die ihre lenkende Bedeutung erst für größere Betriebe erlangen; vor allem für solche Betriebe ist eine hier praktizierte weiträumige Betrachtung des ganzen französischen Territoriums interessant, während sich das Standortproblem bei kleinen Betrieben vor allem auf die Suche nach einem optimalen Ort innerhalb eines mehr oder weniger willkürlich gewählten engeren Gebietes beschränkt.

Ergänzungsweise sollen jedoch auch die Unterlagen über die Dezentralisierungen mit herangezogen werden; das ist immer dann nötig, wenn ermittelt werden soll, in welchem Umfang für ein gegebenes Gebiet die im Rahmen der Dezentralisierungsbemühungen getroffenen Maßnahmen ein entscheidendes Gewicht bei der Wahl des Standortes hatten.

---

[1] Vgl. S. 85 ff.

Tabelle 6: Errichtete Betriebe in den 9o Departements Frankreichs (1955 - 1962)[1]

1	2	3	4	5	6	7	8	9	1o	11	12
Ain	123	1,12	184	277o	1496	23	o,58	o,74	o,16	115	4,15
Aisne	184	1,68	528	866o	287o	47	1,18	2,21	1,o3	772	8,91
Allier	119	1,o9	124	223o	1o42	19	o,56	o,54	o,o2-	8o8	36,23
Basses-Alpes	2	o,o2	3	-	15oo	-	o,12	o,o1	o,11-	-	-
Hautes-Alpes	24	o,22	22	44o	917	18	o,12	o,1o	o,o2-	48	1o,91
Alpes-Maritimes	59	o,54	132	332o	2237	56	o,52	o,7o	o,18	228	6,87
Ardèche	82	o,75	125	239o	1524	29	o,5o	o,57	o,o7	831	34,77
Ardennes	93	o,85	2o7	282o	2226	3o	o,85	o,79	o,o6-	33o	11,7o
Ariège	12	o,11	19	37o	1583	31	o,25	o,o9	o,16-	86	23,24
Aube	1o5	o,96	224	525o	2133	5o	o,73	1,13	o,4o	1259	23,98
Aude	42	o,38	47	49o	1119	12	o,24	o,16	o,o8-	111	22,65
Aveyron	17	o,16	28	54o	1647	32	o,36	o,13	o,23-	1337	247,59
Bouches-du-Rhône	155	1,42	582	769o	3755	5o	1,88	2,2o	o,32	46o	5,98
Calvados	76	o,69	266	656o	35oo	86	o,79	1,39	o,6o	1942	29,6o
Cantal	28	o,26	3o	5oo	1o71	18	o,12	o,13	o,o1	194	38,8o
Charente	121	1,1o	244	283o	2o17	23	o,41	o,87	o,46	-	-
Charente-Maritime	31	o,28	47	62o	1516	2o	o,42	o,18	o,24-	646	1o4,19
Cher	1o1	o,92	194	391o	1921	39	o,45	o,9o	o,45	13o5	33,38
Corrèze	32	o,29	53	96o	1656	3o	o,29	o,23	o,o6-	764	79,58
Corse	2	o,o2	2	3o	1ooo	15	o,o6	o,o1	o,o5-	54	18o,oo
Côte-d'Or	76	o,69	232	579o	3o53	76	o,58	1,22	o,64	313	5,41
Côtes-du-Nord	38	o,35	87	127o	2289	33	o,28	o,34	o,o6	1397	11o,oo
Creuse	16	o,15	24	51o	15oo	32	o,o9	o,11	o,o2	555	1o8,82
Dordogne	95	o,87	142	171o	1495	18	o,31	o,51	o,2o	345	2o,18
Doubs	181	1,65	368	674o	2o33	37	1,46	1,63	o,17	26o	3,86
Drôme	118	1,o8	219	4o7o	1856	34	o,47	o,98	o,51	6o	1,47
Eure	165	1,51	317	65oo	1921	39	o,65	1,49	o,84	153	2,35
Eure-et-Loir	157	1,43	373	751o	2376	48	o,41	1,73	1,32	351	4,67
Finistère	24	o,22	67	212o	2792	88	o,67	o,41	o,26-	2793	131,75
Gard	3o	o,27	91	98o	3o33	33	o,67	o,32	o,35-	1779	181,53
Haute-Garonne	74	o,68	212	292o	2865	39	1,o3	o,82	o,21-	-	-
Gers	18	o,16	23	48o	1278	27	o,o9	o,11	o,o2	25	5,21
Gironde	195	1,78	365	624o	1872	32	1,38	1,56	o,18	35o2	56,12
Hérault	54	o,49	88	175o	163o	32	o,5o	o,41	o,o9-	3771	215,49
Ille-et-Vilaine	1o8	o,99	4o6	94oo	3759	87	o,53	2,o4	1,51	76o6	8o,91
Indre	59	o,54	111	318o	1881	54	o,25	o,63	o,38	1718	54,o3
Indre-et-Loire	113	1,o3	275	619o	2434	55	o,44	1,36	o,92	113o	18,26
Isère	336	3,o7	727	1282o	2164	38	2,31	3,15	o,84	948	7,39
Jura	29	o,26	62	123o	2138	42	o,44	o,29	o,15-	175	14,23
Landes	28	o,26	34	68o	1214	24	o,31	o,16	o,15-	28o	41,18
Loir-et-Cher	83	o,76	192	378o	2313	46	o,23	o,88	o,65	1oo5	26,59
Loire	183	1,67	281	477o	1536	26	2,48	1,19	1,29-	29o2	6o,84
Haute-Loire	75	o,68	125	274o	1667	37	o,26	o,61	o,35	1113	4o,62
Loire-Atlantique	184	1,68	384	574o	2o87	31	1,37	1,53	o,16	6215	1o8,28
Loiret	185	1,69	452	7o8o	2443	38	o,58	1,85	1,27	517	7,3o
Lot	3o	o,27	34	66o	1133	22	o,1o	o,15	o,o5	56	8,48
Lot-et-Garonne	48	o,44	121	158o	2521	33	o,33	o,45	o,12	1oo	6,33
Lozère	4	o,o4	6	1oo	15oo	25	o,o5	o,o3	o,o2-	16	16,oo
Maine-et-Loire	19o	1,73	295	93oo	1553	49	o,76	1,79	1,o3	4o44	43,48
Manche	4o	o,37	61	142o	1525	36	o,42	o,31	o,11-	12o8	85,o7
Marne	78	o,71	258	597o	33o8	77	o,69	1,3o	o,61	525	8,79

Haute-Marne	5o	o,46	162	282o	324o	56	o,36	o,7o	o,34	667	23,65
Mayenne	73	o,67	171	422o	2342	58	o,23	o,89	o,66	2o97	49,69
Meurthe-et-Moselle	115	1,o5	297	363o	2583	32	2,o8	1,o8	1,oo-	91	2,51
Meuse	35	o,32	1o1	145o	2886	41	o,35	o,4o	o,o5	731	5o,41
Morbihan	37	o,34	59	136o	1595	37	o,36	o,3o	o,o6-	945	69,49
Moselle	221	2,o2	561	756o	2538	34	2,66	2,14	o,52-	7o	o,93
Nièvre	7o	o,64	146	368o	2o86	53	o,35	o,77	o,42	1283	34,86
Nord	5o9	4,65	1197	1683o	2352	33	9,66	4,65	5,o1-	6284	37,34
Oise	2o7	1,89	522	715o	2522	35	1,18	2,oo	o,82	48	o,67
Orne	69	o,63	169	418o	2449	61	o,34	o,88	o,54	474	11,34
Pas-de-Calais	73	o,67	284	693o	389o	95	3,95	1,47	2,48-	536o	77,34
Puy-de-Dôme	183	1,67	334	576o	1825	31	1,18	1,43	o,25	891	15,47
Basses-Pyrénées	93	o,85	313	5o9o	3366	55	o,57	1,3o	o,73	1o2	2,oo
Hautes-Pyrénées	12	o,11	58	62o	4833	52	o,6o	o,2o	o,4o-	837	135,oo
Pyr.-Orientales	17	o,16	26	49o	1529	29	o,23	o,12	o,11-	28	5,71
Bas-Rhin	485	4,43	788	1355o	1625	28	1,65	3,37	1,72	2926	21,95
Haut-Rhin	278	2,54	44o	936o	1583	34	1,65	2,11	o,46	123	1,31
Rhône	419	3,83	871	1263o	2o79	3o	3,61	3,43	o,18-	546	4,32
Haute-Saône	47	o,43	92	253o	1957	54	o,45	o,51	o,o6	363	14,35
Saône-et-Loire	11o	1,oo	285	5ooo	2591	45	1,o8	1,23	o,15	2691	53,82
Sarthe	112	1,o2	261	824o	233o	74	o,54	1,59	1,o5	1668	2o,24
Savoie	126	1,15	193	213o	1532	17	o,66	o,68	o,o2	24	1,13
Haute-Savoie	171	1,56	264	745o	1544	44	o,65	1,5o	o,85	1147	15,4o
Seine	942	8,6o	227o	247oo	241o	26	21,81	7,91	13,9o-	21	o,o9
Seine-Maritime	234	2,14	723	1224o	3o9o	52	2,58	3,o7	o,49	99o	8,o9
Seine-et-Marne	152	1,39	4o9	44oo	2691	29	1,oo	1,42	o,42	-	-
Seine-et-Oise	748	6,83	1622	1655o	2168	22	3,24	5,51	2,27	-	-
Deux-Sèvres	79	o,72	153	199o	1937	25	o,27	o,57	o,3o	1149	57,74
Somme	166	1,52	3oo	55oo	18o7	33	1,o8	1,33	o,25	3912	71,13
Tarn	67	o,61	132	156o	197o	23	o,71	o,48	o,23-	14o9	9o,32
Tarn-et-Garonne	28	o,26	31	44o	11o7	16	o,17	o,12	o,o5-	1oo	22,73
Var	27	o,25	27	53o	1ooo	2o	o,62	o,12	o,5o-	-	-
Vaucluse	62	o,57	1oo	119o	1613	19	o,33	o,36	o,o3	15o	12,61
Vendée	71	o,65	92	187o	1296	26	o,28	o,43	o,15	137o	73,26
Vienne	36	o,33	1o3	3o6o	2861	85	o,25	o,6o	o,35	3o87	1oo,88
Haute-Vienne	1o5	o,96	143	346o	1362	33	o,43	o,74	o,31	2549	73,67
Vosges	141	1,29	232	462o	1645	33	1,48	1,o7	o,41-	62o2	134,24
Yonne	1o8	o,99	176	374o	163o	35	o,34	o,84	o,5o	351	9,39
Terr.-de-Belfort	53	o,48	69	69o	13o2	13	o,45	o,23	o,22-	-	-
Gesamtfrankreich	1o953	1oo,o6	23669	39681o	2161	36	1oo,oo	99,99		1o6838	26,92

Ziffer 1: Name des Departements
Ziffer 2: Zahl der errichteten Betriebe (Baugenehmigungen)
Ziffer 3: Errichtete Betriebe in Prozent der gesamten in Frankreich errichteten Betriebe
Ziffer 4: Eingenommene Fußbodenfläche in 1.ooo qm
Ziffer 5: Geschaffene Arbeitsplätze
Ziffer 6: Durchschnittliche Bodenfläche in qm je errichteten Betrieb
Ziffer 7: Durchschnittliche Zahl der Arbeitsplätze je errichteten Betrieb
Ziffer 8: Beitrag des Departements zur industriellen Bruttoproduktion Frankreichs im Jahre 1951 (%)
Ziffer 9: Mittelwert aus den prozentualen Anteilen jedes Departements an den insgesamt eingenommenen Bodenflächen und den insgesamt geschaffenen Arbeitsplätzen
Ziffer 1o: Differenz zwischen Ziffer 8 und Ziffer 9
Ziffer 11: Anzahl der mit direkter staatlicher Hilfe geschaffenen Arbeitsplätze
Ziffer 12: Prozentualer Anteil der mit staatlicher Hilfe geschaffenen Arbeitsplätzen an den insgesamt durch die Betriebserrichtungen geschaffenen Arbeitsplätzen

[1] Vgl. dazu Ministère de la Construction, Direction de l'Aménagement du Territoire: "Décentralisation et localisation industrielle", année 1962, S.42-45; Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques:"L'espace économique français", Paris 1955, S.84-87; Fonds de Développement Economique et Social, Comité spécialisé no.1 ter: "Rapport d'activité pour 1962", als Manuskript vervielfältigt, Anlage III.

2) Die Verteilung der Standorte auf die einzelnen Departements

Zunächst soll mit einigen Zahlen verdeutlicht werden, wie sich die in den letzten Jahren gewählten Standorte regional verteilen. Um dabei von zufälligen Schwankungen möglichst unabhängig zu sein, werden bei dieser Betrachtung alle Jahre seit Beginn der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen zusammengefaßt, soweit bereits Ergebnisse darüber vorliegen. Danach soll versucht werden, durch eine Betrachtung der Standortverteilung im Zeitablauf einen Trend bei der regionalen Verteilung der Standorte zu ermitteln.

Im Laufe der Jahre 1955 bis 1962[1] wurden 10.953 "Baugenehmigungen" zur Errichtung von Betrieben erteilt. Die Genehmigungen gaben 23.669 Millionen qm Bodenfläche frei; die errichteten Betriebe schufen in dieser Zeit 396.810 Arbeitsplätze. Mit diesen Zahlen sind, wie bereits erörtert wurde[2], alle größeren Betriebserrichtungen erfaßt, es ergibt sich also ein gutes Bild der regionalen Verteilung der Standorte, die in dieser Zeit gewählt wurden, wobei gleichzeitig eine Gewichtung nach besonderen Merkmalen möglich ist.

Um die regionale Verteilung der Standorte zu messen, sollen die im Laufe dieser Jahre errichteten Betriebe für jedes Departement ermittelt werden. Diese Zahlen[3] geben also wieder, wie häufig ein bestimmtes Departement als Standort

---

1 Die endgültigen Angaben für das Jahr 1963 liegen noch nicht vor. Selbst die im Frühjahr 1964 veröffentlichten Unterlagen über das Jahr 1962 sind noch unvollständig, da die Zahlen für die Departements der région parisienne nicht mit enthalten sind. Aus methodischen Gründen wurden jedoch für diese Departements in der vorliegenden Arbeit für das Jahr 1962 die Ziffern des Jahres 1961 erneut als Ergebnis unterstellt; dieses Vorgehen findet seine Berechtigung aus der Beobachtung der Entwicklung der letzten Jahre, aus der auf absolut etwa gleichbleibende Zahlen geschlossen werden kann.

2 Vgl. S. 136.

3 Vgl. Tabelle 6, Spalte 2.

gewählt wurde, wie viele Unternehmer in seinem Bereich ihren "optimalen" Standort sahen[1].

Drei Zentren schälen sich deutlich heraus, in denen ein großer Teil der Betriebe errichtet wurde. Das größte Zentrum bildet die région parisienne mit ihren umliegenden Departements vor allem in Richtung auf den ebenfalls stark industrialisierten Norden. Das zweite Zentrum ist der Osten des Landes mit dem Gebiet von Elsaß-Lothringen; hier befindet sich ebenfalls eine Reihe von Departements, die eine große Anzahl von neu errichteten Betrieben aufweisen. Das dritte Zentrum ist schließlich das immer mehr aufstrebende Gebiet um Lyon mit einer Ausdehnung sowohl in östlicher Richtung bis in die Alpen als auch nach Westen auf das Massif Central zu.

Um die regionale Verteilung zu verdeutlichen, sollen alle Departements in einer Karte[2] kenntlich gemacht werden, in denen eine hohe Anzahl von Betrieben errichtet wurden. Zur leichteren Vergleichbarkeit werden die in jedem Departement gewählten Standorte in Beziehung gesetzt zu der Gesamtzahl der in Frankreich neu errichteten Betriebe, so daß der prozentuale Anteil für jedes Departement ermittelt werden kann[3]. Bei 90 Departements im Mutterland errechnet sich der durchschnittliche Anteil für jedes Departement mit 1,11 %. Werden alle die Departements gekennzeichnet, deren Anteil über diesem durchschnittlichen Wert liegt, so ergibt sich ein Bild der Konzentration von Standorten von mittleren und großen Betrieben, soweit sie nach 1955 ge-

---

1 Die absoluten Standortzahlen eignen sich deshalb bereits sehr gut zur Untersuchung der Standortverteilung, weil sie infolge der bis auf wenige Ausnahmen (Seine, Territoire-de-Belfort) nicht so stark schwankenden Ausdehnung der Departements von deren Fläche weitgehend unabhängig sind. So ergibt ein Vergleich der Standortdichten, bei dem die Zahl der Standorte in jedem Departement auf seine Fläche bezogen wird, bis auf die erwähnten Ausnahmen etwa das gleiche Bild.

2 Vgl. Karte 8.

3 Vgl. Tabelle 6, Spalte 3.

wählt worden sind. Deutlich zeichnen sich die drei Zentren ab: région parisienne mit dem Norden, der Osten und das Gebiet um Lyon. Daneben zeigen sich vier Departements, deren Anteil 1,1 % überschreitet: Gironde, Maine-et-Loire, Loire-Atlantique und Bouches-du-Rhône.

Bei einer Zusammenfassung der Departements in den drei Zentren wird die überragende Rolle deutlich, die diese noch heute bei der Standortwahl spielen.

Tabelle 7: Standorte in den 3 Zentren Frankreichs

Zentrum	Nummern der Departements	Betriebe, absolut (Betriebe, in %)	Fläche d. Z. in qkm (desgl. in %)
Paris-Norden	2,27,28,45,59,60, 62,75,76,77,78,80	3.722 (34,0 %)	69.395 qkm (12,4 %)
Osten	25,54,57,67, 68,88,90	1.474 (13,5 %)	31.492 qkm (5,6 %)
Lyon	1,38,42,63, 69,73,74	1.541 (14,1 %)	40.508 qkm (7,2 %)

In 26 Departements, die zusammen nur ein Viertel der gesamten Fläche des französischen Mutterlandes einnehmen, wurden in der Zeit von 1955 bis 1962 mit 6.737 Betrieben noch immer etwa zwei Drittel aller während dieser Zeit errichteten Betriebe aufgebaut. Den Hauptanteil beansprucht dabei das Zentrum um Paris und den Norden des Landes, das bei nur einem Achtel der gesamten Fläche des Landes mehr als ein Drittel der Standorte aufweist. Innerhalb dieses Gebietes nimmt wiederum die eigentliche région parisienne eine entscheidende Position ein, denn in den drei Departements Seine, Seine-et-Marne und Seine-et-Oise, die nur 2,2 % des gesamten französischen Mutterlandes einnehmen, wurden mit 1.842 Betrieben allein 16,8 % aller Betriebe errichtet.

Alle Gründe für die bevorzugte Ansiedlung im Raum Paris sind dabei, soweit bei einer globalen Betrachtung der In-

dustrie überhaupt Gründe für eine bestimmte Standorttendenz genannt werden können, die günstigen Absatzchancen infolge einer besonderen Häufung von Konsumenten und Investoren, die preiswerten und dichten Verkehrsverbindungen, die vorzügliche Ausstattung mit Institutionen der Forschung und der Lehre, die dichte Besiedlung mit Hilfs- und Zulieferbetrieben aller Art sowie der gute Ruf von Paris als Industrie-Stadt zu erwähnen. Als besondere Gründe für die Niederlassung in den von Paris etwas weiter entfernten Gebieten und besonders im Norden können noch das höhere Angebot an Arbeitskräften und die günstigeren Energieversorgungsmöglichkeiten angesehen werden.

Folgende Standortfaktoren zugunsten des Ostens sind zu nennen: die relativ günstigen Absatzchancen und Transportverbindungen, vor allem aber die Nähe der stahlerzeugenden Industrien Lothringens sowie ein vorteilhaftes Angebot an Industriearbeitern infolge einer latenten Krise im Bergbau und der Textilindustrie dieses Gebietes.

Argumente für eine Ansiedlung im Gebiet um Lyon sind die zunehmend sich verbessernde Stellung, die vor allem Grenoble auf dem Gebiet der Forschung in der Elektrotechnik einnimmt, die günstige Versorgung mit Energie sowohl als Kohle aus dem Gebiet von St. Etienne als auch als Strom aus den Alpen sowie ein ausreichendes Angebot an Arbeitskräften in den Voralpen und in der durch fortwährende Entlassungen bedrohten Bergbauzone am Rande des Massif Central.

Als Gründe für die Ansiedlung in den übrigen Gebieten sind für das Departement Bouches-du-Rhône vor allem der Ausbau des Etang-de-Berre zu einem Erdölverarbeitungszentrum, der auch viele weiterverarbeitende Betriebe der chemischen Industrie anzieht, sowie die Nähe des im Afrika- und Asienhandel wichtigen Hafens Marseille zu nennen. Das Gebiet der Loire-Mündung mit seinen bedeutenden Werften ist vor allem für solche Betriebe attraktiv, die als Zulieferer für den Schiffsbau auftreten, sowie generell infolge des

günstigen Angebotes an Arbeitskräften, das allgemein im Westen des Landes noch herrscht. Für das Departement Gironde ist die Nähe zu dem im Handel mit Afrika bedeutenden Hafen Bordeaux ein Standortvorteil.

Weitere Gegenüberstellungen sollen Aufschluß über speziellere Standorttendenzen geben, ohne daß dabei bereits bestimmte Industrien untersucht werden.

Zunächst soll die genehmigte Bodenfläche in jedem Departement in Beziehung gesetzt werden zu der Zahl der errichteten Betriebe, so daß sich eine Ziffer für die durchschnittliche Größe der Betriebe ergibt[1]. Für alle in den Jahren 1955 bis 1962 errichteten Betriebe der Tabelle 6 errechnet sich diese Zahl mit 2.161 qm je Betrieb. In einer Karte[2] sollen alle die Departements kenntlich gemacht werden, in denen die durchschnittliche Betriebsgröße bei mehr als 2.500 qm Fußbodenfläche liegt, die also den nationalen Durchschnitt um ein gewisses Maß überschreiten. Dabei werden jedoch einige wenige Departements, in denen die Zahl der errichteten Betriebe so gering ist, daß die Durchschnittsziffer zu stark von Zufällen abhängt, nicht mit berücksichtigt[3]. Die Karte zeigt deutlich, daß sich Großbetriebe weniger in den eigentlichen industriellen Zentren niederlassen, sondern vielmehr vorzugsweise zu ihnen eine periphere Lage einnehmen. Dabei dürften vor allem zwei Gründe zu nennen sein:

Einerseits handelt es sich bei den Industrien, die in diesen Gebieten allgemein günstige Standortbedingungen vorfinden, um solche, bei denen der ausgesprochen extensive

---

[1] Vgl. Tabelle 6, Ziffer 6.

[2] Vgl. Karte 9.

[3] Das gilt für das Departement Hautes-Pyrénées mit 12 Betrieben, für Finistère mit 24 Betrieben und für Gard mit 30 Betrieben.

Großbetrieb vorherrscht. So werden beispielsweise die Zahlen für das Departement Bouches-du-Rhône entscheidend beeinflußt von den Erdölraffinerien und angeschlossenen Chemiewerken, die sich um den Etang-de-Berre niedergelassen haben. Im Departement Basses-Pyrénées spielen die sich um die Erdgasquellen von Lacq ansiedelnden chemischen Betriebe eine große Rolle. Das Departement Ille-et-Vilaine erfuhr einen starken Aufschwung durch die im Zuge der Expansion der französischen Automobilindustrie dort vollzogene Errichtung eines Zweigwerkes eines bekannten Kraftfahrzeugherstellers.

Andererseits aber gelten für Großbetriebe, gleich welcher Branche sie angehören, allgemein andere Standortbedingungen als für mittlere und kleine Betriebe. Der Großbetrieb stellt rein quantitativ höhere Standortanforderungen, die häufig nur in wenig industrialisierten Gebieten befriedigt werden können. Das gilt vor allem für ausreichend große Grundstücke sowie für eine den Anforderungen entsprechende Zahl von verfügbaren Arbeitskräften. Diese Bedingungen findet er innerhalb der Zentren nicht vor, er will sich aber wegen der sonstigen Standortfaktoren dieser Gebiete nicht zu weit von ihnen entfernen, um sie auch nutzen zu können.

Andere Standortbedingungen schafft er sich dagegen häufig selbst, wozu ein mittlerer und kleiner Betrieb nicht in der Lage ist; der Großbetrieb ist also auf die vorherige Existenz dieser Bedingungen nicht unbedingt angewiesen. Infolge eigener Forschungsabteilungen ist der enge Kontakt zu Laboratorien und wissenschaftlichen Versuchsanstalten für ihn nicht erforderlich; eigene Reparatur-Abteilungen und eine umfassende Produktion aller Teile entbinden ihn weitgehend von der Nähe entsprechender Hilfs- und Zulieferbetriebe; gute Marktkontakte lassen sich für ihn auch außerhalb der Hauptmärkte herstellen, da er zu diesem Zweck eigene Abteilungen dorthin verlagern kann. Großbetriebe sind also eher als mittlere und kleine Betriebe in der Lage, wenig entwickelte Gebiete aufzusuchen; sie wer-

den dazu heute vielfach geradezu gezwungen durch die zunehmende Verknappung des Angebotes an Arbeitskräften, die sie sich in dem gewünschten Umfang häufig nur noch in solchen Gebieten sichern können.

Eine weitere Gegenüberstellung soll darüber Aufschluß geben, wieweit gerade das Angebot an Arbeitskräften heute zu einem entscheidenden Standortfaktor geworden ist. Dazu wird die Zahl der in jedem Departement durch die Betriebserrichtungen geschaffenen Arbeitsplätze in Beziehung gesetzt zu der Zahl der Betriebsgründungen, so daß sich eine Ziffer ergibt, die für jedes Departement anzeigt, wie viele Arbeitsplätze im Mittel in jedem neuen Betrieb geschaffen worden sind[1]. Bei dieser Betrachtung hat die Größe des Betriebes zwar auch einen Einfluß auf den untersuchten Wert. Jedoch verschiebt sich das Bild nur unwesentlich, wenn man diesen Einfluß auszuschalten versucht, indem man die Zahl der Arbeitsplätze auf die genehmigte Fußbodenfläche des Betriebes bezieht, um zu einer Meßziffer für die Arbeitsintensität zu kommen. Vor allem aber soll hier gerade ermittelt werden, ob es bestimmte Gebiete gibt, die vorzugsweise von Betrieben als Standort gewählt werden, die eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften ausüben.

Für Gesamtfrankreich ergibt sich eine Zahl von 36 Arbeitsplätzen pro Betrieb. Werden in einer Karte[2] alle die Departements gekennzeichnet, die diesen Durchschnitt stärker überschreiten, so zeigt sich, daß sich Betriebe mit einer großen Anzahl von Arbeitsplätzen vornehmlich in wenigen begrenzten Gebieten niederlassen. Die Departements mit einer weit über den Durchschnitt hinausgehenden Ziffer liegen fast ausnahmslos in einem Kreis um das hauptsächliche Industriezentrum Paris, der sich vor allem nach der bevölkerungsreichen Bretagne hin ausdehnt. Eine besonders hohe Zahl weisen gerade diese zuletzt genannten westlichen Gebiete auf, aber auch einige Landesteile, in denen infolge einer industriellen Krise hohe Arbeitslosenziffern

---

[1] Vgl. Tabelle 6, Ziffer 7.
[2] Vgl. Karte 10.

herrschen[1]. In diesen Bereichen kann der Unternehmer noch auf eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften hoffen, die ihm sofort zur Verfügung stehen, während er bei einem Standort, der bereits näher an den Zentren liegt, in Beschaffungsschwierigkeiten kommt.

Bei einer derartigen Häufung von Betrieben mit einer grossen Zahl von Arbeitsplätzen in eng begrenzten Gebieten, die sich noch dazu fast ausnahmslos durch eine relativ niedrige Zahl von Betriebsgründungen auszeichnen, ist offensichtlich, daß das hohe Potential aus der Beschaffung von Arbeitskräften ein wesentlicher Standortfaktor bei der Wahl war. Er zieht standortsuchende Unternehmer vor allem in die Gebiete westlich der région parisienne bis in die äußerste Bretagne.

Wie sich in den bisherigen Untersuchungen zeigte, ergeben sich bestimmte bevorzugte Gebiete, in denen der Unternehmer vielfach seinen "optimalen" Standort zu finden glaubt. Dabei erhebt sich die Frage, wieweit diese Gebiete mit denjenigen übereinstimmen, in denen vor dem hier erörterten Zeitraum vornehmlich die Standorte gewählt wurden.

Vergleichbare Aufzeichnungen aus der Zeit vor Beginn der Dezentralisierungsmaßnahmen und der Zeit nach Beginn derselben fehlen weitgehend. Dennoch soll versucht werden, die veränderte Anziehungskraft einzelner Departements auf die standortsuchenden Unternehmer darzustellen. Dabei können jedoch nicht einfach die Zahlen der Betriebe eines Gebietes innerhalb beider Zeiträume verglichen werden, da temporär und regional sich wandelnde Betriebsstrukturen dabei mit zu berücksichtigen sind. Die Zahl der Betriebe

[1] Das gilt etwa für das Departement Pas-de-Calais infolge der Krise im Bergbau sowie für das Departement Vosges und angrenzende Gebiete infolge der Krise in der Textilindustrie.

muß also gewichtet werden nach ihrer Bedeutung.

Für die erste Periode bietet sich dabei eine Statistik aus dem Jahre 1951 an, in der der Beitrag jedes Departements zur industriellen Bruttoproduktion Frankreichs aufgeführt ist. Alle jemals auf Grund einer Standortwahl in einem bestimmten Departement errichteten und noch bestehenden Betriebe haben an dessen Anteil an der Bruttoproduktion mitgewirkt; der gesamte Anteil des Departements gibt also die Bedeutung der in ihm bestehenden Betriebe wieder.

Für die Standortwahl nach 1955 fehlt eine entsprechende Zahl für die errichteten Betriebe. Diese sind jedoch näher gekennzeichnet durch die zu ihrer Gründung genehmigte Fußbodenfläche sowie die dadurch geschaffenen Arbeitsplätze. Ermittelt man in beiden Gruppen für jedes Departement einen Anteil an den entsprechenden Gesamtzahlen für Frankreich und bildet aus den so gewonnenen Anteilen einen Mittelwert, so ergibt sich eine Kennziffer, die für jedes Departement die neu errichteten Betriebe gemäß ihrer Relevanz erfaßt. Durch die Mischung der beiden Elemente, über die Aufzeichnungen vorhanden sind, wird erreicht, daß weder arbeitsintensive noch raumextensive Betriebe bei der Messung überbewertet werden.

Da diese Ziffern als Mittel von prozentualen Anteilen errechnet sind, ist ein Vergleich mit den ebenfalls als Prozentzahlen ausgewiesenen Anteilen an der industriellen Produktion möglich. Dabei wird also unterstellt, daß der Anteil der neuen Betriebe eines Departements an der gesamten Industrieproduktion gleichermaßen bestimmt wird durch ihre räumliche Ausdehnung und die Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeitnehmer, daß also der Anteil an dem zusätzlich durch die Betriebsgründungen erstellbaren Produkt dem Mittel der Anteile an den zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen und der Bodenfläche entspricht. Diese für die Vergleichbarkeit beider Zahlenreihen erforderliche Hypothese ist bei einer Untersuchung der gesamten Industrie durchaus zulässig, da sich Schwankungen nach beiden Seiten

weitgehend kompensieren und da vor allem aus diesem Vergleich keine minuziösen Ergebnisse herausgelesen, sondern nur Tendenzen ermittelt werden sollen.

Aus beiden Zahlenreihen werden also Differenzen gezogen und damit wird ermittelt, in welcher veränderten Weise jedes Departement bei den standortsuchenden Unternehmern berücksichtigt worden ist, wie stark sich also seine standortliche Attraktivität verändert hat[1].

Auch hier sollen wieder alle Departements in einer Karte erfaßt werden[2], bei denen die sich so ergebenden Abweichungen zum Positiven oder Negativen ein bestimmtes Maß überschreiten. Dadurch heben sich deutlich die Gebiete Frankreichs heraus, die ihre standortliche Anziehungskraft im Vergleich zu der Zeit vor 1955 besonders stark verändert haben.

Die größte Verringerung dieser Anziehungskraft bei jedoch absolut noch hohen Zahlen ergibt sich für diejenigen Departements, die die ausgesprochenen industriellen Zentren des Landes sind. An der Spitze das Departement Seine, dann auch das Departement Rhône mit seiner Hauptstadt Lyon sowie die beiden Industrie-Gebiete Nord - Pas-de-Calais und Meurthe-et-Moselle - Moselle weisen die stärkste relative Abnahme der Industrialisierung auf und sind damit diejenigen Departements, die für den standortsuchenden Unternehmer immer weniger optimal erscheinen. Der Grund dafür ist vor allem in der Überfüllung dieser Zentren mit Industrie-Betrieben zu suchen, die trotz aller sonstigen Vorteile die Beschaffungspotentiale so klein werden läßt, daß sie nur noch in relativ geringem Umfang als Standort gewählt werden. Das gilt vor allem für das Departement Seine, in dem noch dazu eine restriktive Politik seitens der Regierung einen weiteren Zuzug von Industrie-Betrieben zu verhindern sucht.

---

[1] Vgl. Tabelle 6, Ziffern 8-10.

[2] Vgl. Karte 11.

Folgerichtig daraus ergibt sich die nur anscheinend widersprüchliche Tatsache, daß gerade die diesen Gebieten benachbarten Departements einen sehr hohen Zuwachs an Industrie-Betrieben aufzuweisen haben. Unter dem Druck der Baubeschränkungen in der région parisienne sowie unter dem Einfluß der fördernden Dezentralisierungsmaßnahmen, vor allem aber infolge der Verknappung des Angebotes auf dem Arbeitsmarkt bei weiterhin beträchtlicher Anziehungskraft der Zentren haben die sie umgebenden Gebiete, besonders die westlich der région liegenden Departements, eine außerordentliche Erhöhung ihrer Anziehungskraft auf den standortsuchenden Unternehmer verzeichnen können. Mehr und mehr erscheinen sie als ein Gebiet, das für die Errichtung eines Betriebes sehr interessant ist, da man in ihnen die Vorteile der Zentren noch weitgehend nutzen kann, andererseits aber die Nachteile eines Standortes innerhalb der Zentren selbst vermeidet. So erfuhren in unmittelbarer Nähe der région die Departements Eure-et-Loir und Loiret sowie in westlicher Richtung weiterhin die Departements Sarthe, Maine-et-Loire und Ille-et-Vilaine eine starke Erhöhung ihrer standortlichen Anziehungskraft. Die Zahl der Standorte unmittelbar in den Zentren und vor allem in dem wichtigsten Zentrum Paris hat sich also vermindert, jedoch ist das nicht als ein Erfolg der Dezentralisierungsbestrebungen in erster Linie anzusehen; die Unternehmer haben noch keineswegs die Provinz, besonders nicht die entfernteren Gebiete "entdeckt", vielmehr haben sich die Zentren nur räumlich ausgeweitet. Dieses Phänomen der Ausweitung der région parisienne wird auch bei den Dezentralisierungen im engeren Sinne, also den eigentlichen Betriebsverlagerungen, besonders krass festgestellt, wo sich das Bestreben der Unternehmer, in möglichster Nähe der région zu bleiben, noch stärker zeigt[1].

---

[1] Vgl. dazu Yves Heissler: "Déséquilibres régionaux dans l'industrie", in: "Economie et politique", No. 22, April 1956, S. 56-68; R. Creussol: "L'expansion économique régionale en France", in: "Economie et politique", Sondernummer, März-April 1959, S. 86-101; N. N.: "785 opérations de décentralisation industrielle réalisées en 11 ans", in: "L'Usine nouvelle", Monatsheft Oktober 1961,

Weite Teile des Landes, besonders im Südwesten und Süden, haben die für sie ohnehin schon ungünstig geringe Anzahl von Standorten relativ nicht halten können, wie sich aus der negativen Differenz beispielsweise für folgende Departements ergibt: Charente-Maritime, Aveyron, Tarn, Ariège, Hautes-Pyrénées und Gard. Die mit negativem Vorzeichen sich ergebende Differenz deutet an, daß diese Gebiete in den hier besonders untersuchten Jahren von 1955 bis 1962 relativ weniger als Standort gewählt worden sind als in der davor liegenden Zeit, in der sie darüber hinaus keineswegs besonders begünstigt waren. Das bedeutet bei ihrer ohnehin schon schwachen Position einen weiteren Rückgang gegenüber dem übrigen Land.

Im Rahmen der Themenstellung dieser Arbeit interessiert insbesondere, wieweit die zahlreichen staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen den standortsuchenden Unternehmer veranlaßten, sich an einem bestimmten Platz niederzulassen. Genaueres Material gibt es darüber nicht. Jedoch lassen sich aus den veröffentlichten Unterlagen vergleichsfähige Zahlen zusammenstellen, womit sich eine Antwort auf die ähnlich gelagerte, hier ebenso interessierende Frage geben läßt, wieweit und vor allem wieweit regional unterschiedlich für die Unternehmer auf Grund der erwähnten Maßnahmen Standortfaktoren entstanden sind. In Frankreich selbst herrscht darüber keine eindeutige Meinung. Während die Regierung diesen Maßnahmen eine große standortbeeinflussende Bedeutung beimißt[1], spielen sie nach allgemeiner Ansicht de facto in der Regel nur eine untergeordnete Rolle[2].

S. 1-3, wonach mehr als die Hälfte der Dezentralisierungen sich in einem Umkreis von maximal 2oo km um Paris abwickelten.

[1] Coton glaubt sagen zu können: "On constate en demeurant que l'industrie privée est attachée au système des aides ..." (vgl. Coton: Bilan, a.a.O., S. 76).

[2] "L'aide de l'Etat attire l'attention, mais elle ne détermine jamais un industriel à s'installer dans une ré-

Tatsächlich zeigt sich, daß die Unternehmer weitgehend unabhängig von ihnen ihren Standort gewählt haben, wenn sie natürlich auch versuchen werden, dennoch staatliche Mittel zur Errichtung ihres Betriebes zu bekommen. Um diese Behauptung zu beweisen, sollen für jedes Departement die Zahl der insgesamt auf Grund eines "permis de construire" geschaffenen Arbeitsplätze mit der Zahl der Arbeitsplätze verglichen werden, die mit staatlicher Hilfe geschaffen worden sind. Der prozentuale Anteil der letzteren an der Gesamtzahl[1] weist dann aus, wie stark in dem betreffenden Departement die Dezentralisierungsmaßnahmen als Standortfaktor auftreten. Einschränkend zu diesem Versuch ist allerdings zu sagen, daß der Vergleich nur begrenzt möglich ist, da beide Zahlen aus unterschiedlichen Statistiken stammen, die jeweils von anderen Gesichtspunkten ausgehen. Im Gegensatz zu den in den Aufzeichnungen über die "permis de construire" enthaltenen Arbeitsplätzen werden in den Statistiken des FDES über die mit staatlicher Hilfe geschaffenen Arbeitsplätze alle die Arbeitsplätze erfaßt, die mit finanzieller Unterstützung dieser zentralen Organisation (Investitions-Prämie, Anleihe, Zinsvergünstigung) eingerichtet worden sind. Daher kann der Fall eintreten, daß der prozentuale Anteil über 100 % liegt. Dennoch können aus diesem Vergleich, der ja für alle Departements unter den gleichen Voraussetzungen durchgeführt wird, Rückschlüsse darauf gezogen werden, wieweit in den einzelnen Gebieten die staatlichen Hilfen ein wesentlicher Standortfaktor bei der Errichtung von Betrieben waren.

Nur wenige Departements mit einem Anteil der geförderten Arbeitsplätze an den gesamten geschaffenen Arbeitsplätzen,

---

gion qui pour une raison quelconque ne lui convient pas." (vgl. Daniel Chabanol: L'aménagement, a. a. O., S. 2.) "Il faut en conclure que l'aide de l'Etat peut attirer l'attention d'un industriel sur une région, l'encourager à s'y installer si elle lui paraît présenter certains avantages et, qu'à ce titre, elle n'est pas à négliger; ... (N. N.: "La décentralisation industrielle", in: Patronat Français, No. 208, Juni 1961, S. 14).

[1] Vgl. Tabelle 6, Ziffer 12.

der über einem Drittel und damit leicht über dem nationalen Durchschnitt liegt, haben überhaupt eine höhere Zahl von neu errichteten Betrieben zu verzeichnen; nur die Departements Gironde, Loiret, Loire-Atlantique, Maine-et-Loire, Nord, Somme und Vosges haben eine überdurchschnittliche Anzahl zu verzeichnen. Die Departements, in denen der Anteil der geförderten Arbeitsplätze 80 % übersteigt, haben generell eine ganz geringe Zahl von neu errichteten Betrieben; bis auf die Departements Loire-Atlantique, Ille-et-Vilaine, Orne und Vosges erreicht die Zahl der in ihnen errichteten Betriebe nicht einmal die Hälfte der durchschnittlich in einem Departement neuen Betriebe. Berücksichtigt man bei diesen Departements mit dem hohen Anteil an geförderten Arbeitsplätzen die Meßziffer, mit der die Veränderung ihrer Anziehungskraft auf den standortsuchenden Unternehmer ausgedrückt werden soll, so zeigt sich, daß sie bis auf die beiden Ausnahmen Ille-et-Vilaine und Vienne entweder ihre Anziehungskraft dennoch nicht erhöhen konnten oder sogar in der Regel stark an Anziehungskraft verloren.

Umgekehrt haben die Departements, in denen der Anteil der geförderten Arbeitsplätze unter dem minimalen Satz von 5 % liegt, bis auf die Ausnahmen Drôme, Meurthe-et-Moselle, Basses-Pyrénées und Var eine überdurchschnittliche Zahl von neuen Betrieben aufzuweisen; sie sind in der Regel die Departements, die eine weit über das normale Maß hinausgehende Anzahl von neuen Unternehmern anziehen.

Damit ist erwiesen, daß die Unternehmer einen Standort für einen neu zu errichtenden Betrieb wählen, ohne sich dabei stark von der regional unterschiedlichen staatlichen Hilfe leiten zu lassen. Die staatlichen Hilfsmaßnahmen spielen also bei den Standortüberlegungen nur eine geringe Rolle; in der Regel sind andere Standortfaktoren bei der Entscheidung ausschlaggebend. Selbst ein starkes Engagement des Staates durch umfangreiche Förderung konnte in der Regel nicht verhindern, daß die Unternehmer diejenigen Departements, die bei Berücksichtigung aller sonstigen Tatsachen

wenig günstig als Standort erscheinen, weiterhin mieden und damit größtenteils eine verstärkte Konzentration in wenigen Gebieten förderten.

Obwohl diese Maßnahmen, besonders bei knappen eigenen finanziellen Mitteln, dem Unternehmer eine große Hilfe bei der Errichtung eines Betriebes bedeuten können, kann man sie nach deren überwiegender Ansicht bei den Überlegungen der Standortwahl nur in geringem Umfang berücksichtigen, so daß sie generell keinen großen standortlenkenden Einfluß haben. Trotz ihrer anscheinenden Großzügigkeit muß der Unternehmer nach allgemeiner Ansicht den staatlichen Hilfsmaßnahmen berechtigtes Mißtrauen entgegenbringen. A. Sabrou wirft den öffentlichen Stellen vor, daß ihre Hilfe mehr erscheine als sie später in Wirklichkeit sei; für den Unternehmer, der sich auf sie verlasse, müsse die gegenüber den auf Grund der Propaganda hervorgerufenen Erwartungen geringe Unterstützung enttäuschend sein[1]. Forest fügt hinzu, daß infolge der Konkurrenz der einzelnen Gemeinden und Departements untereinander der geschickte Unternehmer fast überall Vorteile besonders fiskalischer Art herausholen könne, so daß von dieser Seite her kein Einfluß mehr vorhanden sei, der ihn in eine bestimmte Region lenke[2]. Coude du Foresto wirft der Regierung vor, daß die zur Erlangung staatlicher Unterstützung zu ergreifenden Schritte zu kompliziert seien und daß vor allem bis zur Zuteilung zu viel Zeit vergehe, so daß der Unternehmer vielfach darauf verzichten müsse[3].

Trotz dieser berechtigten Kritik muß zugestanden werden, daß die staatlichen Maßnahmen zur Dezentralisierung insgesamt einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Standortwahl der Unternehmer haben. Vor allem hat sich die

---

1 Vgl. A. Sabrou: Problèmes, a. a. O., S. 833.

2 Vgl. Gabriel Forest in: "Paris et la France", Aufzeichnung eines Rundgespräches, a. a. O., S. 37.

3 Vgl. Alain Guichard: "Les orateurs déplorent l'absence de doctrine gouvernementale sur l'aménagement du territoire", in: "Le Monde", No. 5712 vom 30. Mai 1963, S.16.

Zahl der in der région parisienne errichteten Betriebe wesentlich verringert, was zum großen Teil auf das meist unüberwindliche Hindernis des Bauverbotes zurückzuführen ist. Andererseits zeigt der hohe Anteil der staatlich geförderten Arbeitsplätze an den insgesamt eingerichteten Arbeitsplätzen in vielen Gebieten, daß dem Unternehmer durch die staatliche Hilfe zweifellos ein Anreiz geboten wird, sich dort niederzulassen.

3) Schwerpunkte bei der Verteilung in einzelnen Industrie-Zweigen

Ähnlich wie bei der Untersuchung der Standorttendenzen vor Beginn der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen soll nun versucht werden, Tendenzen bei der Standortwahl in einzelnen Industrie-Zweigen für die Jahre nach 1955 zu zeigen.

Mit Recht stellt Claude Delmas für eine branchenmäßige Erörterung der Standorte aus dieser Zeit fest, daß es nicht möglich sei, "... de definir une aptitude particulière de certaines régions pour tel secteur industriel[1]". Dazu haben zwei Gründe beigetragen. Die Unternehmer haben stets versucht, sich in den Gebieten niederzulassen, die bereits eine ausreichende industrielle Tradition aufweisen, da sie die Vorteile einer ausreichenden industriellen Infrastruktur nutzen wollen. Sie wählten also ihre Standorte vornehmlich in solchen Gebieten, die selbst oder infolge der Ausstrahlungskraft nahegelegener Industriezentren die Vorteile einer solchen Infrastruktur (günstige Verkehrsbedingungen, Vertrautheit der Arbeitnehmerschaft mit industriellen Fertigungsmethoden, ausreichende Abnehmerzahlen mit höheren Einkommen, Verständnis der lokalen Behörden für Probleme der industriellen Erzeugung, Nähe zu Lieferern und Hilfsbetrieben etc.) aufweisen, und ließen sich vornehmlich im Umkreis solcher Zentren nieder, wo-

---

[1] Claude Delmas: L'aménagement, a. a. O., S. 36.

durch sich deren Ausstrahlungskraft noch vergrößern konnte. In diesen Gebieten findet sich also eine Häufung von neuen Betrieben aller Branchen, während in anderen Gebieten nur eine geringe Vermehrung der Zahl der Betriebe festzustellen ist. Gewisse Gebiete wurden allgemein bevorzugt, andere Regionen wiederum wurden von Betrieben aller Branchen gemieden. Vor allem aber erscheint die Zahl der Beobachtungsmerkmale, d. h. die Zahl der nach 1955 gewählten Standorte, als sehr gering, so daß eine Auswertung nach zwei Gesichtspunkten, nämlich nach regionaler Verteilung unterschiedlicher Branchen, und deren Korrelation nur eine beschränkte Aussagekraft haben kann.

Dennoch ist eine Auswertung der Zahl der Standorte unter Berücksichtigung ihrer branchenmäßigen Zugehörigkeit von Interesse, wenn auch ein Vergleich mit den Ergebnissen auf Grund einer Erörterung der Branchenverteilung vor Beginn der staatlichen Dezentralisierungsbemühungen kaum möglich ist, da die Gruppenmerkmale in beiden betrachteten Zeiträumen zu unterschiedlich sind.

Für 4 Jahre hat das Ministère de la Construction Zahlen veröffentlicht, die die Verteilung der durch die "permis de construire" genehmigten Fußbodenflächen in den einzelnen Branchen und Departements wiedergeben[1]. Mit Hilfe dieser Zahlen kann in groben Zügen gezeigt werden, wie sich in einzelnen Branchen die Standorte regional gruppieren, insbesondere kann ermittelt werden, ob und inwieweit bei bestimmten Branchen die Tendenz besteht, den Standort eines neu zu errichtenden Betriebes in der région parisienne zu wählen.

Wie gegen alle Untersuchungen, bei denen die "Baugenehmigungen" als Maßstab der Standortverteilung herangezogen werden, muß zunächst einschränkend gesagt werden, daß sie

---

[1] Vgl. Ministère de la Construction, Direction de l'aménagement du territoire: "Décentralisation et localisation industrielle", Jahrgang 1959, S. 9-10; Jahrgang 1960, S. 13-14; Jahrgang 1961, S. 11-12; Jahrgang 1962, S. 11-12.

einerseits nur die Errichtung von größeren Betrieben, andererseits aber Erweiterungen in größerem Umfang von bereits bestehenden Betrieben mit einbeziehen. Die Arbeit konzentriert sich jedoch in ihren Untersuchungen, wie eingangs erwähnt wurde, auf größere Betriebe, so daß dieses Material gerade dazu gut geeignet ist. Auch umfangreiche Erweiterungen sollen hier mit in die Überlegungen einbezogen werden, denn dabei können durchaus die Fragen der Standortwahl relevant werden, da als Alternative zur Erweiterung die Gründung eines selbständigen Betriebes angesehen werden kann.

Folgende 13 Gruppen wurden bei der Unterteilung des Ministeriums gewählt: Erdöl- und Brennstoff-Erzeugung; Metall-Erzeugung; Metall-Verarbeitung und Maschinenbau; elektrotechnische und feinmechanische Industrie; Glaswaren-Industrie; keramische und Baustoff-Industrie; Chemie, Kautschuk- und Tabakwaren-Industrie; Lebensmittel-Verarbeitung; Textil- und Bekleidungs-Industrie; Leder und Häute verarbeitende Industrie; Holz-Verarbeitung und Möbel-Erzeugung; Papier- und Pappe-Industrie; Diverse Industrien.

Wie sich bereits auf Grund der beschränkten Anzahl von Gruppen zwangsläufig ergeben mußte, sind diese im einzelnen sehr heterogen. Innerhalb einer Gruppe sind oft Branchen zusammengefaßt, für die ganz unterschiedliche Standortfaktoren und damit zwangsläufig unterschiedliche Standorttendenzen bestehen. Daher können die sich auf Grund dieser Zahlen ergebenden Feststellungen nur eine beschränkte Aussagekraft haben. Eine Erörterung dieser Angaben ist jedoch deshalb interessant, weil sich damit detailliertere Erkenntnisse als bei Betrachtung der Gesamtindustrie gewinnen lassen.

Faßt man die für die Jahre 1959, 1960, 1961 und 1962 veröffentlichten Zahlen zusammen, um dadurch ein von Zufallsschwankungen möglichst unabhängiges Bild zu erhalten, so zeigen sich im einzelnen die folgenden Ergebnisse:

Auffallend hoch ist noch immer in vielen Branchen die starke Anziehungskraft der région parisienne. Vergleicht man die zur Errichtung der Betriebe genehmigten Fußbodenflächen, um entsprechend der Größe der Betriebe gewichtete Angaben zu erhalten, dann ergeben sich in diesem Gebiet für folgende Branchen hohe Anteile an den Gesamtzahlen: Erdöl- und Brennstoff-Erzeugung mit 16,2 %, elektrotechnische und feinmechanische Industrie mit 15,1 %, Glaswaren-Industrie mit 17,2 %, keramische und Baustoff-Industrie mit 15,4 %, Papier-Industrie mit 15,7 %. Diese Anteile sind zwar noch sehr hoch, liegen jedoch vergleichsweise weit unter den Sätzen für die Zeit vor Beginn der staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen.

Die Gründe für die dennoch deutliche Häufung sind nicht immer leicht zu nennen, da es sich bei den angegebenen Gruppen um solche sehr heterogener Art handelt. Ein wesentlicher Standortfaktor ist die Nachfrage-Häufung im Gebiet der région; er spielt beispielsweise bei der Treibstoff-Erzeugung eine besondere Rolle[1]. Sehr vorteilhaft ist der Standort Paris für andere Branchen infolge seiner intellektuellen und wissenschaftlichen Vorrangstellung; so bedeutet vor allem für die elektrotechnische und feinmechanische Industrie der enge Kontakt zu Laboratorien und zu wissenschaftlichen Zentren in Paris einen großen Standortvorteil; bei der Papier-Industrie ist es die Papier-Verarbeitung, die sich in oder um Paris konzentriert, weil für Druckereien die nötigen Kontakte sowohl auf der Beschaffungs- als auch auf der Absatz-Seite hier am besten realisierbar sind. Die relativ guten Möglichkeiten der Beschaffung qualifizierter Arbeitskräfte haben besonders Unternehmer der feinmechanischen Industrien veranlaßt, in diesem Gebiet den Standort für einen neuen Betrieb zu wählen.

Bei einer Betrachtung Gesamt-Frankreichs ergeben sich dar-

---

[1] Vgl. Paul Fabra: "Pourquoi construire une raffinerie à Montereau?", in: "Le Monde", No. 5718 vom 6. Juni 1963, S. 15.

über hinaus für einzelne Branchen folgende besondere Standorttendenzen.

Die Erdöl-Verarbeitung und Brennstoff-Erzeugung wählte neben der région parisienne vor allem folgende Departements als Standort: Seine-Maritime, Gironde, Bouches-du-Rhône, Bas-Rhin. Die Gründe für diese Wahl werden allein bestimmt durch die Erdöl-Fundorte (Gironde, Bas-Rhin), die guten Verkehrs-Verbindungen zu den überseeischen Fundorten (Seine-Maritime, Bouches-du-Rhône) sowie die oben bereits erwähnte Nähe zu den Verbrauchern (région parisienne).

Die Metall-Erzeugung wählte ihre Standorte vor allem im Norden, daneben aber auch im Osten und Südosten des Landes. Hauptfaktoren für diese Wahl sind einerseits die Nähe zu dem Fundort des Ausgangsproduktes (Moselle), die vorteilhafte Energie-Versorgung bei verkehrsgünstiger Lage zu den Abnehmer-Kreisen in Frankreich und Belgien (Nord, Pas-de-Calais, Oise, Aisne, Ardennes) sowie die Nähe zu Energiequellen und die verkehrsgünstige Lage besonders auf dem Beschaffungsgebiet (Bouches-du-Rhône).

Bei der Metall-Verarbeitung gibt es kein Departement mit einem besonders hohen Anteil an den Standorten; jedoch zeigen sich zusammenhängende Gebiete mit Departements überdurchschnittlicher Standortdichte im Norden und Osten des Landes. In beiden Fällen spielen die Nähe der Metall-Erzeugung, die infolge geringer Entfernung günstigen Transportmöglichkeiten zu den zahlreichen Abnehmern in diesen hochindustrialisierten Gebieten sowie das Angebot qualifizierter Arbeitnehmer eine entscheidende Rolle.

Eine besondere Anziehungskraft bei der Lebensmittel-Verarbeitung übt der Osten auf die standortsuchenden Unternehmer aus. Hier ist neben dem Herkunfts-Goodwill besonders bei Bier- und Konserven-Herstellung die Nähe zu dem wachsenden Absatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland als Standortfaktor zu nennen.

Bei der Textil-Industrie zeichnen sich vor allem zwei Gebiete durch einen hohen Anteil an den Standorten aus: der Norden sowie das Gebiet um Lyon. In beiden Fällen handelt es sich um traditionelle Standorte der Textilwirtschaft, so daß als entscheidende Gründe für die Wahl dieses Standortes der Herkunfts-Goodwill sowie das Vorhandensein branchenkundiger Arbeitskräfte zu nennen sind. Im Norden spielt ferner die verkehrsgünstige Lage zu den Absatzmärkten der région parisienne sowie der EWG eine Rolle.

Die Standorthäufung der Papier-Industrie im Gebiet von Paris wurde bereits erklärt; es handelt sich hierbei vornehmlich um verarbeitende Betriebe. Der ebenfalls hohe Anteil der Departements um Lyon (Isère, Savoie, Rhône) ist vor allem auf die Errichtung von Betrieben der Papier-Erzeugung zurückzuführen, die hier sowohl die nötigen günstigen Wasser- und Energieverhältnisse antreffen als auch durch die Nähe zu Grenoble einen guten Kontakt zu dem bestehenden wichtigen französischen Forschungs- und Lehrzentrum auf diesem Gebiet haben.

4) Die Entwicklung bei der Verteilung der Standorte auf die einzelnen Regionen

Wie aus den bisherigen Ausführungen ersichtlich ist, hat sich die Verteilung der Standorte auf die einzelnen Gebiete Frankreichs im Laufe der letzten Jahre geändert. Zum Abschluß soll nun noch versucht werden, diese Änderungen in der Standortverteilung im Zeitablauf deutlich zu machen.

Ausgangspunkt sind dabei wieder die vom Ministère de la Construction veröffentlichten Zahlen über die durch die Errichtung von Betrieben in den einzelnen Departements geschaffenen Arbeitsplätze und die dazu genehmigten Bodenflächen[1]. Darüber liegen Aufzeichnungen aus den Jahren 1949 bis 1962 vor. Damit sich möglichst von Zufallsschwan-

[1] Vgl. Ministère de la Construction: Décentralisation, Jahrgang 1962, a. a. O., S. 42-45.

kungen unabhängige, statistisch ausreichende Zahlen ergeben, werden zunächst die Departements, die zu einer Region[1] gehören, zusammengefaßt. Aus diesen so ermittelten Summen werden für jede Region und jedes Jahr die Anteile an den gesamten in dem jeweiligen Jahr geschaffenen Arbeitsplätzen und Bodenflächen gebildet, aus beiden Anteilen wird der Mittelwert errechnet. Auf diese Weise ergeben sich im Laufe der Jahre leichter vergleichbare Zahlen, die weder die arbeitsintensiven noch die raumextensiven Betriebe zu stark ins Gewicht fallen lassen, jedoch die Betriebsgröße generell mit berücksichtigen[2]. Die so gewonnenen Werte sind in Tabelle 8 zusammengestellt.

Werden diese Ziffern in graphische Darstellungen für jede einzelne Region übertragen[3], so kann an Hand der so entwickelten Kurven die Attraktivität der Region auf den standortsuchenden Unternehmer dargestellt werden. Damit sich trotz des unregelmäßigen Verlaufes dieser Kurven die Entwicklung dieser Anziehungskraft leichter verfolgen läßt, soll den Kurven jeweils eine Gerade gegenübergestellt werden, die den Entwicklungstrend, ermittelt nach der Methode der kleinsten quadratischen Abweichung, wiedergibt. Neben dem Trend der standortlichen Entwicklung jeder Region kann also der tatsächliche Verlauf verfolgt werden. Durch die Einbeziehung der Jahre 1949 bis 1955 vor Beginn bzw. bei Anlauf der staatlichen Dezentralisierungsbemühungen wird es ermöglicht zu erkennen, ob und in welchem Umfang sich die Verteilung der Standorte seit Beginn der diesen Bestrebungen entspringenden Maßnahmen geändert hat.

Vier Regionen mit einem negativen Trend schälen sich heraus. An erster Stelle liegt selbstverständlich die région parisienne, deren Abnahme-Rate bei 2,04 liegt; d. h. daß

---

[1] Vgl. S. 118, Fußnote 3.

[2] Vgl. dazu auch S. 142, Fußnote 1.

[3] Vgl. Darstellung 1-21.

sich der Mittelwert der Anteile an den gesamten Arbeitsplätzen und neu eingenommenen Flächen für dieses Gebiet durchschnittlich um 2,04 % gesenkt hat, wobei er im Jahre 1949 noch bei 32,35 % lag, während er 1962 nur noch 8,53 % betrug. Neben den vielfachen Nachteilen der zu starken Ballung in diesem Gebiet wirkten sich hierbei vor allem die restriktiven Maßnahmen der Dezentralisierungsbestrebungen aus. Das drastische Bauverbot zwang einen großen Teil der Unternehmer, die in diesem Bereich noch immer ihren optimalen Standort sahen, sich in anderen Gebieten niederzulassen. Der Einfluß dieser Maßnahmen wird besonders in den Jahren 1958 und 1959 deutlich, als die staatlichen Stellen erkannten, daß sie die ihnen gegebenen Möglichkeiten stärker ausschöpfen mußten, um dem Ziel der Dezentralisierung und stärkeren Belebung der Provinz näher zu kommen.

Zwei weitere Regionen zeichnen sich durch einen stärker fallenden Trend aus: Nord und Lorraine. Bei Nord kommen auch mehr und mehr die Nachteile aus der überstarken Industrialisierung der beiden zu diesem Gebiet gehörigen Departements zur Wirkung; das stets kleiner werdende Beschaffungspotential, besonders bei der Beschaffung von Arbeitskräften, veranlaßt immer mehr Unternehmer, sich trotz sonstiger Vorteile nicht in diesem Gebiet niederzulassen.

Dennoch ist die Zahl der Betriebe, die hier errichtet werden, noch immer ziemlich hoch; diese Region zeichnet sich also weiterhin durch eine vergleichsweise große, jedoch fallende Anziehungskraft auf den standortsuchenden Unternehmer aus. Der abwärts gerichtete Trend von Lorraine resultiert im wesentlichen aus der Tatsache, daß im Jahre 1951 einige Großbetriebe im Departement Moselle errichtet wurden; wird der darauf beruhende extreme Wert für 1951 ausgeschaltet, so ergibt sich eine Trendgerade mit einer nur unbedeutenden Steigung. Ein stets annähernd gleicher Anteil von Betrieben, der allerdings nicht so groß ist wie in Nord, wurde in dieser Region errichtet.

Tabelle 8: Die Entwicklung bei der Verteilung der Standorte auf die 21 Regionen Frankreichs[1] (Anteile in %)

Region	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
Nord	14,12	9,02	5,41	7,09	9,62	5,60	3,03	6,87	6,46	4,19	6,28	5,79	8,05	6,15
Picardie	3,18	3,23	3,25	2,11	1,71	5,75	4,32	2,82	6,16	4,40	5,06	8,32	6,03	5,63
Hte-Normand.	4,99	3,34	4,61	6,68	4,90	2,72	3,45	2,61	4,82	7,22	8,37	3,31	3,52	3,90
Basse-Normd.	1,81	0,75	0,81	0,85	1,19	3,97	2,88	2,24	1,41	3,22	2,02	1,24	3,62	2,96
Bretagne	0,80	0,58	4,12	0,60	0,98	0,80	0,71	0,74	0,99	1,06	8,45	1,96	4,33	3,79
P.de la Loire	1,67	4,47	2,21	7,13	11,46	8,20	4,85	8,70	4,19	3,13	3,58	7,61	9,35	6,28
Poitou-Char.	0,99	2,26	1,22	1,49	1,54	0,85	2,38	1,18	1,44	0,98	1,52	2,07	4,69	2,09
Aquitaine	1,90	3,48	1,41	2,75	1,57	1,69	3,15	3,92	2,57	7,15	3,09	3,27	4,67	3,51
M.-Pyrénées	3,31	3,57	1,04	1,98	0,82	0,63	0,52	0,97	3,46	1,99	2,44	2,59	2,69	1,56
Limousin	0,57	0,26	0,39	0,22	0,56	0,72	1,39	0,96	0,81	0,90	1,00	1,10	0,55	1,81
Auvergne	1,48	0,98	0,68	1,46	2,05	0,72	2,97	2,04	2,73	4,17	2,32	2,55	3,34	1,83
Centre	5,17	7,00	5,26	5,66	3,49	5,13	5,63	6,87	6,92	6,68	5,73	8,54	7,29	9,12
Bourgogne	2,31	1,40	3,65	3,53	0,28	2,97	2,20	1,30	3,85	4,70	5,07	5,03	2,93	5,67
Champagne	2,54	0,96	3,05	1,03	0,81	3,35	4,05	5,58	4,66	2,13	3,38	3,16	4,07	4,54
Lorraine	3,65	1,96	18,35	3,95	7,55	1,11	2,82	5,09	5,77	3,53	5,21	4,95	3,46	6,05
Alsace	2,84	2,49	1,16	1,90	1,02	1,07	2,31	3,39	5,38	6,11	7,20	5,34	5,45	6,50
Fr.-Comté	4,47	2,60	1,49	2,21	1,66	4,12	1,39	2,23	3,39	2,32	2,19	2,29	3,35	3,18
Rhône-Alpes	9,46	12,45	14,43	8,52	8,90	10,62	14,58	17,22	13,85	13,82	9,79	10,96	10,43	11,26
Languedoc	0,35	1,48	-	0,79	0,39	2,20	0,34	0,94	1,47	0,73	0,94	1,19	0,75	1,52
Provence-C.	2,06	7,07	2,43	5,45	6,35	6,19	2,87	3,62	4,62	2,48	2,30	5,09	2,65	4,13
Région par.	32,35	30,66	25,06	34,68	33,21	31,63	34,28	20,66	15,12	18,91	14,15	13,68	9,16	8,53

[1] Vgl. Ministère de la Construction: Décentralisation, année 1962, a. a. O., S.42 - 45.

Sehr starke Wachstumsraten, dargestellt in diesem Fall durch steile Trendgeraden, weisen folgende Regionen auf, die sämtlich in der nördlichen Hälfte Frankreichs liegen: Alsace, Picardie, Bretagne und Pays de la Loire, Centre und Bourgogne. Der größte Aufschwung vollzog sich in Alsace, dem östlichsten Gebiet. Die staatlichen Dezentralisierungsmaßnahmen spielten hier nur eine untergeordnete Rolle, wie aus dem geringen Anteil der geförderten Betriebsgründungen in Tabelle 6 bereits ersichtlich wird. Andererseits erwies es sich als sehr vorteilhaft für dieses Gebiet, daß infolge der Krise der hier ansässigen Textil-Industrie das Angebot an Produktionsfaktoren, besonders an industriell gut verwendbaren Arbeitskräften, stets ziemlich hoch war. Auch das erhoffte Wachstum des Absatzpotentials im Zuge der Schaffung der EWG wirkte sich sehr fördernd aus, was sich in einer besonders starken Erhöhung der Standorte während und nach der Ausarbeitung der Verträge von Rom zeigt. Die übrigen Regionen liegen entweder in unmittelbarer Umgebung von Paris oder aber in dem besonders geförderten Gebiet der Bretagne. Die nördlich der région gelegene Picardie sowie die südlich gelegenen Centre und Bourgogne profitierten von der Ausstrahlungskraft des Raumes Paris; in zunehmendem Maße zeigt sich das vor allem bei den beiden zuletzt genannten Regionen, in denen in den letzten Jahren die tatsächlichen Werte über den Trendwerten liegen. Für eine immer größer werdende Anzahl von Betrieben, denen der Standort Paris infolge seines hohen Absatzpotentials, seiner guten Verkehrsbedingungen, seiner guten Ausstattung mit Institutionen, die Hilfs- und Nebenfunktionen übernehmen, günstig erschien, wurde es wegen der Schwierigkeiten bei der Beschaffung vor allem von Arbeitskräften und Betriebsraum unmöglich, sich direkt im Gebiet dieser Stadt oder ihrer unmittelbaren Umgebung anzusiedeln. Zum großen Teil wurde ihnen diese Ansiedlung durch die bestehenden Bauverbote in diesem Gebiet bereits verweigert. Um dennoch in den Genuß wenigstens eines Teiles dieser Standortvorteile zu kommen, ließen sie sich daher in der weiteren Umgebung von Paris nieder, in der darüber hinaus die Beschaffung vieler Pro-

duktionsfaktoren wesentlich erleichtert war. Dabei konnten sie gleichzeitig, falls die Errichtung des Betriebes entsprechenden staatlichen Normen genügte, in den Genuß von zahlreichen, vom Staat gewährten Vergünstigungen kommen. Das gilt in besonderem Maße für die beiden Regionen Bretagne und Pays de la Loire, die infolge ihrer nur geringen Entwicklung als stärker förderungswürdig galten. Zwei Faktoren zogen standortsuchende Unternehmer vor allem in diese Gebiete und begründeten damit ihre stärkere Industrialisierung: die intensiven Förderungsmaßnahmen, deren Auswirkung sich in dem hohen Anteil widerspiegelt, den hier die staatlich geförderten Arbeitsplätze an den insgesamt geschaffenen Arbeitsplätzen einnehmen, sowie das hohe Angebot an Arbeitskräften, das, wie sich aus der durchschnittlichen Zahl der Arbeitsplätze je errichteten Betrieb in den Departements dieser Regionen ergibt, vor allem Betriebe mit einem großen Bedarf an Arbeitskräften zur Niederlassung veranlaßte.

D. Zusammenfassung

Nach der Darstellung einer Standort-Theorie, die für sich in Anspruch nehmen kann, als realitätsnah bezeichnet zu werden, da sie sich eng den von einem Unternehmer praktisch zu vollziehenden und vollziehbaren Überlegungen anpaßt, die er bei der Standortsuche anstellt, konnte zunächst gezeigt werden, wie sich in Frankreich die Standorte von Industrie-Betrieben verteilen. Dabei wurde deutlich, daß die französische Industrie in hohem Maße räumlich konzentriert ist, wobei die Landeshauptstadt Paris das eigentliche Zentrum bildet. Die Gründe für diese Konzentration konnten durch die Darstellung der Standortfaktoren aufgezeigt werden.

Die Maßnahmen zur Dezentralisierung der Industrie, die die französische Regierung in Erkenntnis der aus der Konzentration entspringenden Gefahren ergriffen hat, wurden dann

im einzelnen aufgeführt. Besonderes Gewicht mußte dabei darauf gelegt werden, diese Maßnahmen so darzustellen, daß sich die daraus resultierende Veränderung der Standortfaktoren leicht erkennen ließ. Damit war es möglich, die infolge dieser Einflüsse sowie natürlicher Entwicklung modifizierten Standortfaktoren darzulegen, die heute auf den Unternehmer bei der Standortsuche einwirken. Mit diesen Erörterungen waren die Gründe für die Verteilung der von den Unternehmern in der letzten Zeit gewählten Standorte entwickelt.

Infolge der relativ geringen Änderung der Standortfaktoren mußte sich ein nur wenig verändertes Bild der Standortverteilung ergeben. Erneut schälte sich als Zentrum der industriellen Entwicklung des Landes Paris heraus. Noch immer ist die Zahl der in diesem Teil Frankreichs errichteten Betriebe so hoch, daß von daher nur eine unmerkliche Verringerung der Konzentration entstehen wird. Dabei zeichnet sich jedoch eine Entwicklung ab, die bei längerer Dauer einen gewissen Wandel erhoffen läßt, da die Zahl der im Gebiet von Paris errichteten Betriebe im Verhältnis zu der Gesamtzahl in Frankreich nicht mehr so hoch ist wie in früheren Jahren.

Diese Entwicklung kommt allerdings, wie dargelegt werden konnte, keineswegs den besonders schwach industrialisierten Teilen Frankreichs zugute, vielmehr dehnt sich das industrielle Zentrum nur weiter aus, so daß vor allem in seinen Randgebieten eine besonders starke Steigerung der Zahl der Betriebe festzustellen war.

Die Ursachen für diese Verschiebung konnten aufgezeigt werden; sie liegen vor allem in der natürlichen Entwicklung der Standortfaktoren, die es in zunehmendem Maße vorteilhaft erscheinen läßt, sich in den erwähnten Randgebieten niederzulassen. In begrenztem Maße trug dazu auch der Einfluß der Dezentralisierungsmaßnahmen bei, die zwar eine weitere Häufung der Betriebe im Raum von Paris verhindern konnten, die aber nicht die an sich wünschenswerte starke Industrialisierung der fernen Provinz auslösen konnten.

Die 90 Departements des französischen Mutterlandes

Edité par les Services Topographiques du Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme

Source: Ministère de la Construction
"Décentralisation et Localisation industrielle"
Année 1961, p. 28

Karte 1

Zur Bevölkerungsdichte in Frankreich

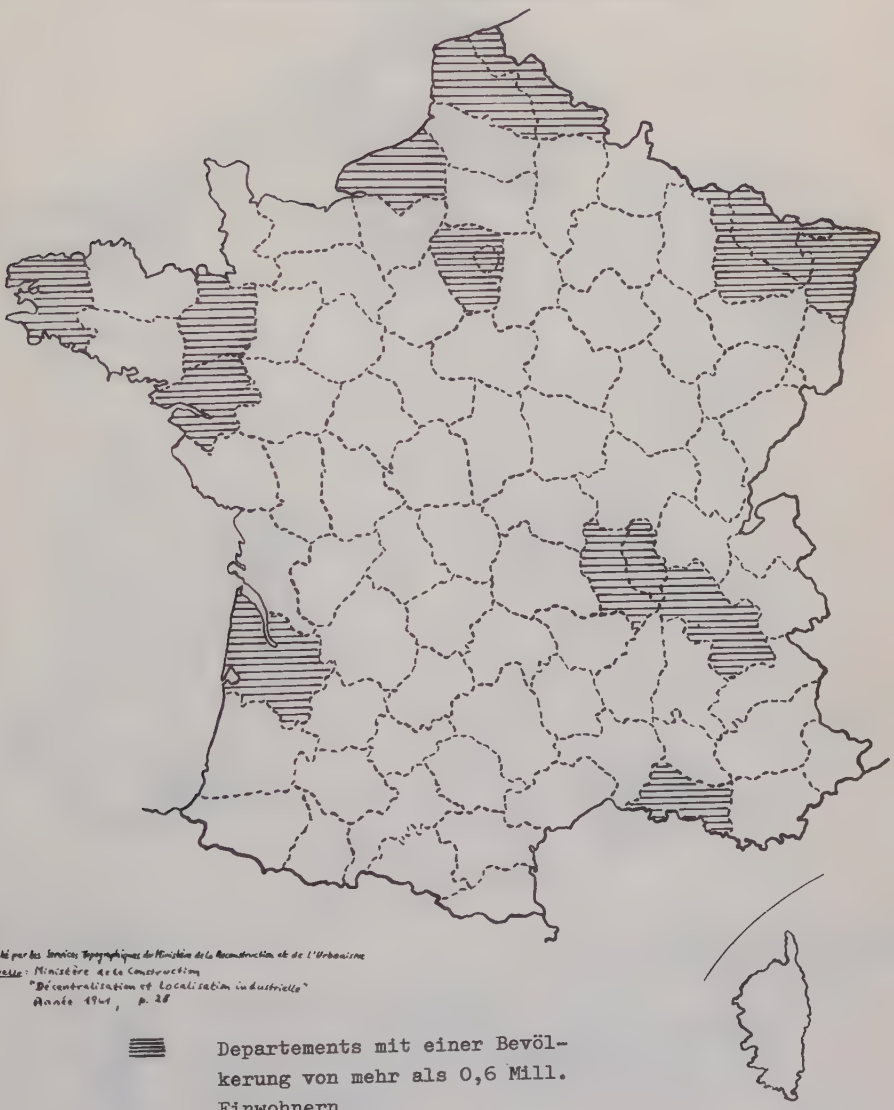
Edité par les Services Topographiques du Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme

Quelle: Ministère de la Construction
"Décentralisation et localisation industrielle"
Année 1964, p. 28

Departements, deren Bevölkerungsdichte über dem für Frankreich ermittelten Satz von 78 Einwohnern je qkm liegt

Karte 2

Zur Bevölkerungsverteilung in Frankreich



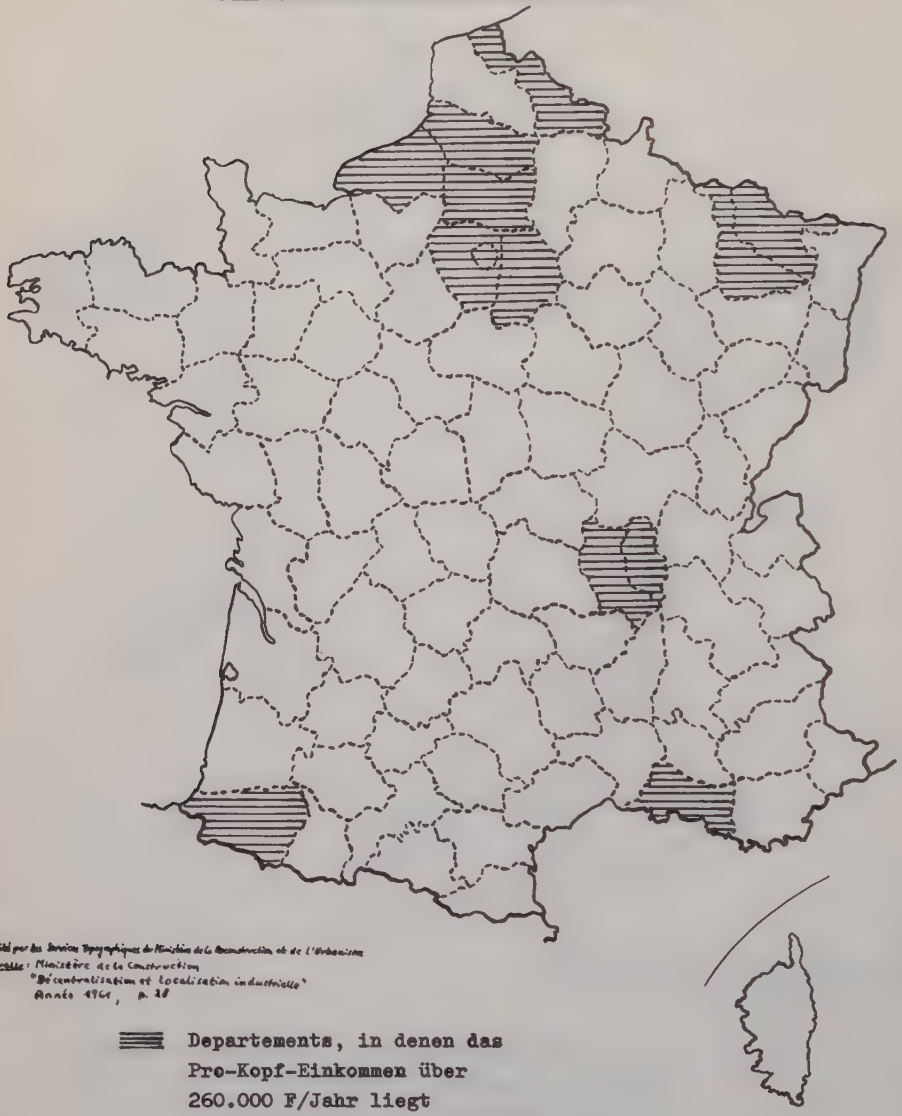
Edité par les Services Typographiques du Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme

Quelle: Ministère de la Construction
"Décentralisation et localisation industrielle"
Année 1961, p. 28

Departements mit einer Bevölkerung von mehr als 0,6 Mill. Einwohnern

Karte 3

Zum Pro-Kopf-Einkommen in Frankreich



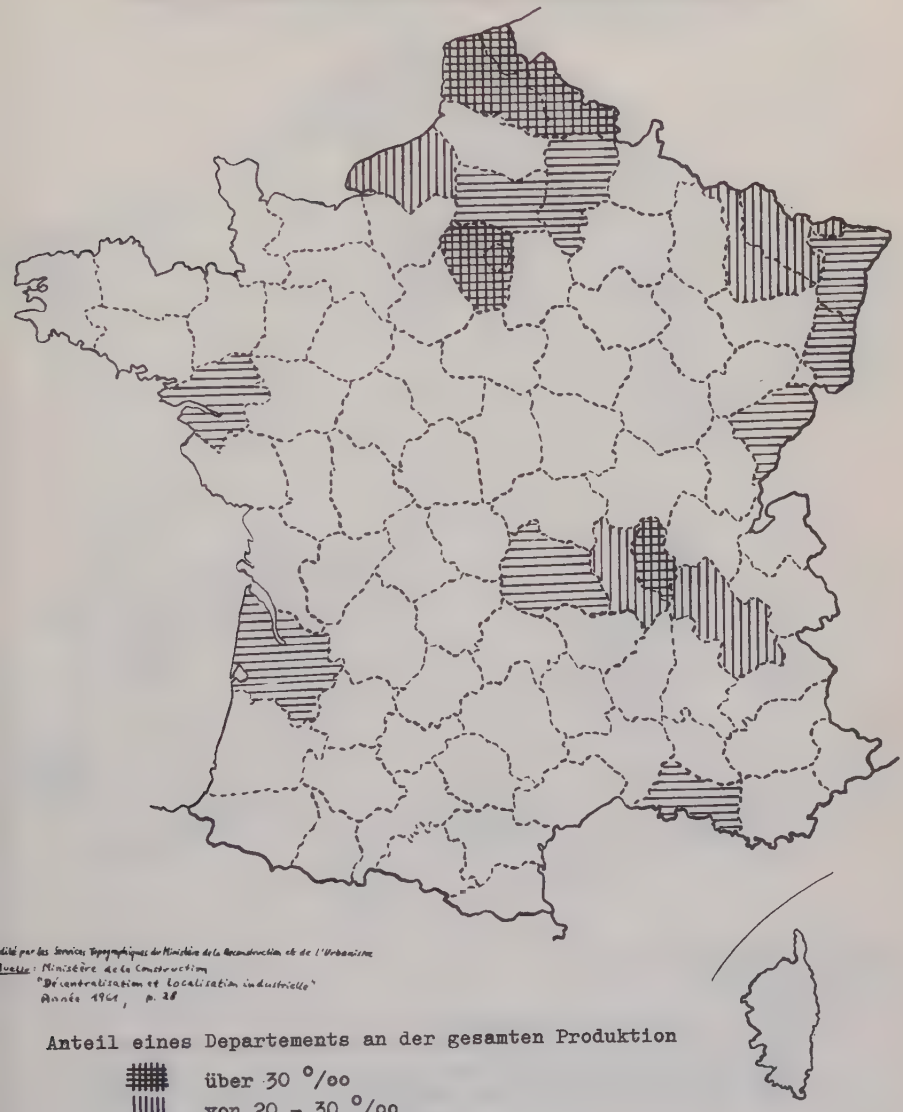
Edité par les Services Topographiques du Ministère de la Construction et de l'Urbanisme

Source: Ministère de la Construction
"Décentralisation et localisation industrielle"
Année 1964, p. 18

Departements, in denen das Pro-Kopf-Einkommen über 260.000 F/Jahr liegt

Karte 4

Zur Verteilung der industriellen Produktion Frankreichs



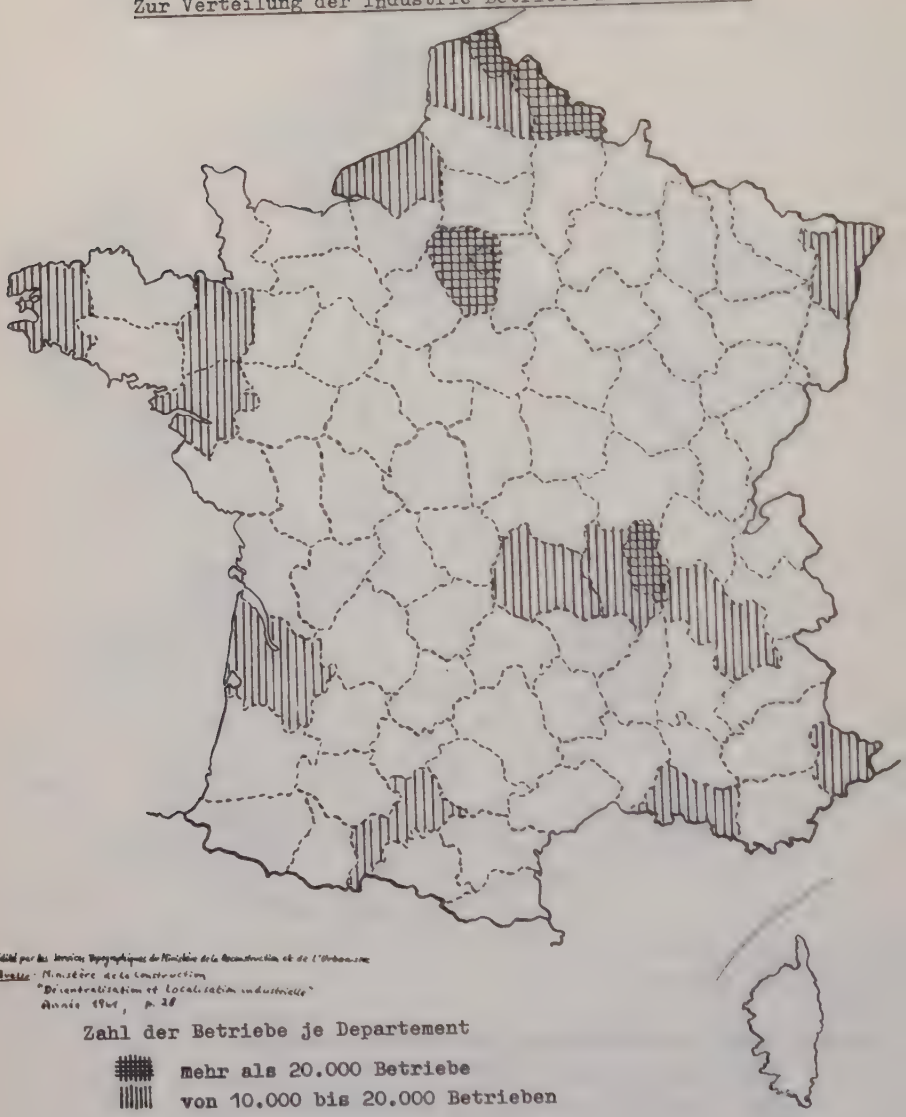
dité par les Services Topographiques du Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme
uelle : Ministère de la Construction
"Décentralisation et localisation industrielle"
Année 1961, p. 28

Anteil eines Departements an der gesamten Produktion

- über 30 °/oo
- von 20 - 30 °/oo
- von 11,1 - 20 °/oo

Karte 5

Zur Verteilung der Industrie-Betriebe in Frankreich



Edité par les Services Topographiques du Ministère de la Construction et de l'Urbanisme

Quelle: Ministère de la construction
"Décentralisation et localisation industrielle"
Année 1964, p. 28

Zahl der Betriebe je Departement

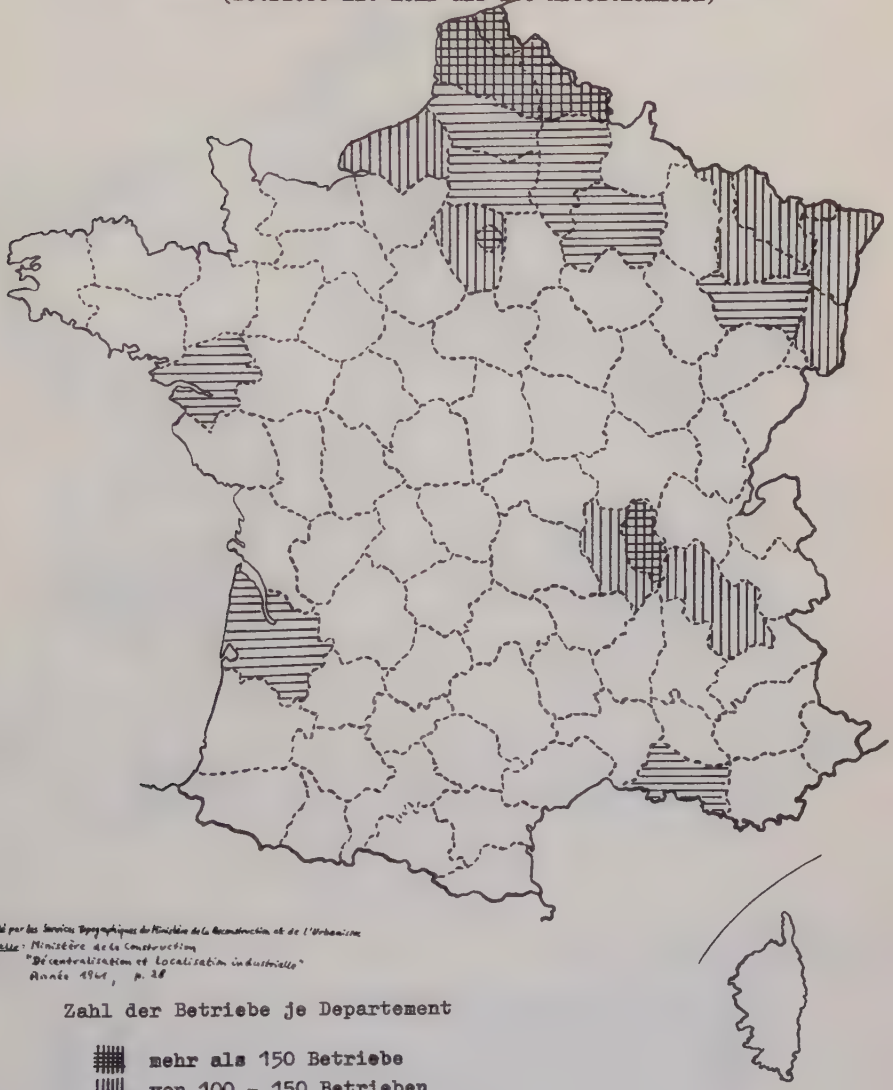
mehr als 20.000 Betriebe

von 10.000 bis 20.000 Betrieben

Karte 6

Zur Verteilung der Industrie-Betriebe in Frankreich

(Betriebe mit mehr als 200 Arbeitnehmern)



Edité par les Services Typographiques du Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme

Quelle: Ministère de la Construction
"Décentralisation et Localisation industrielle"
Année 1964, p. 28

Zahl der Betriebe je Departement

- mehr als 150 Betriebe
- von 100 - 150 Betrieben
- von 50 - 99 Betrieben

Karte 7

Zur Verteilung der von 1949 - 1954 gewählten Standorte

Edité par les Services Topographiques du Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme

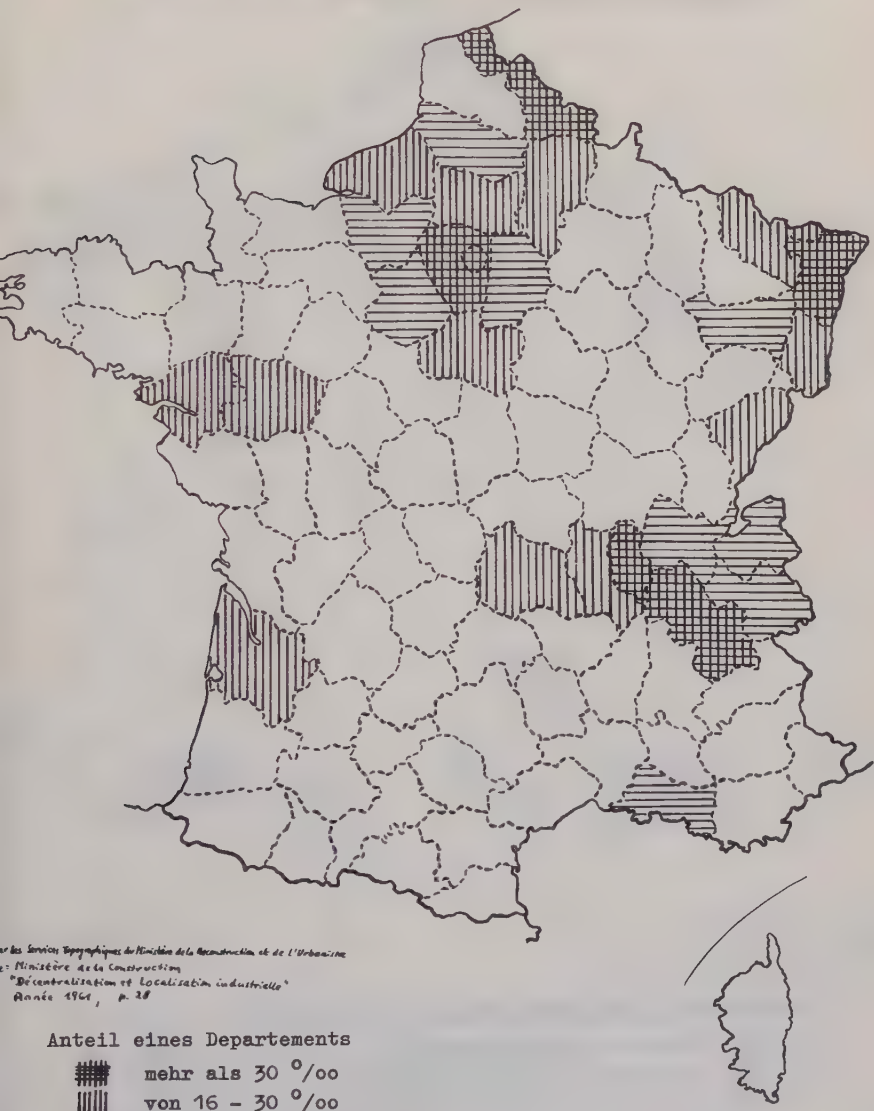
Quelle: Ministère de la Construction
"Décentralisation et localisation industrielle"
Année 19xx, p. 28

Anteil eines Departements

- mehr als 30 °/oo
- von 20 - 30 °/oo
- von 11,1 - 19,9 °/oo

Karte 8

Zur Verteilung der von 1955 - 1962 gewählten Standorte

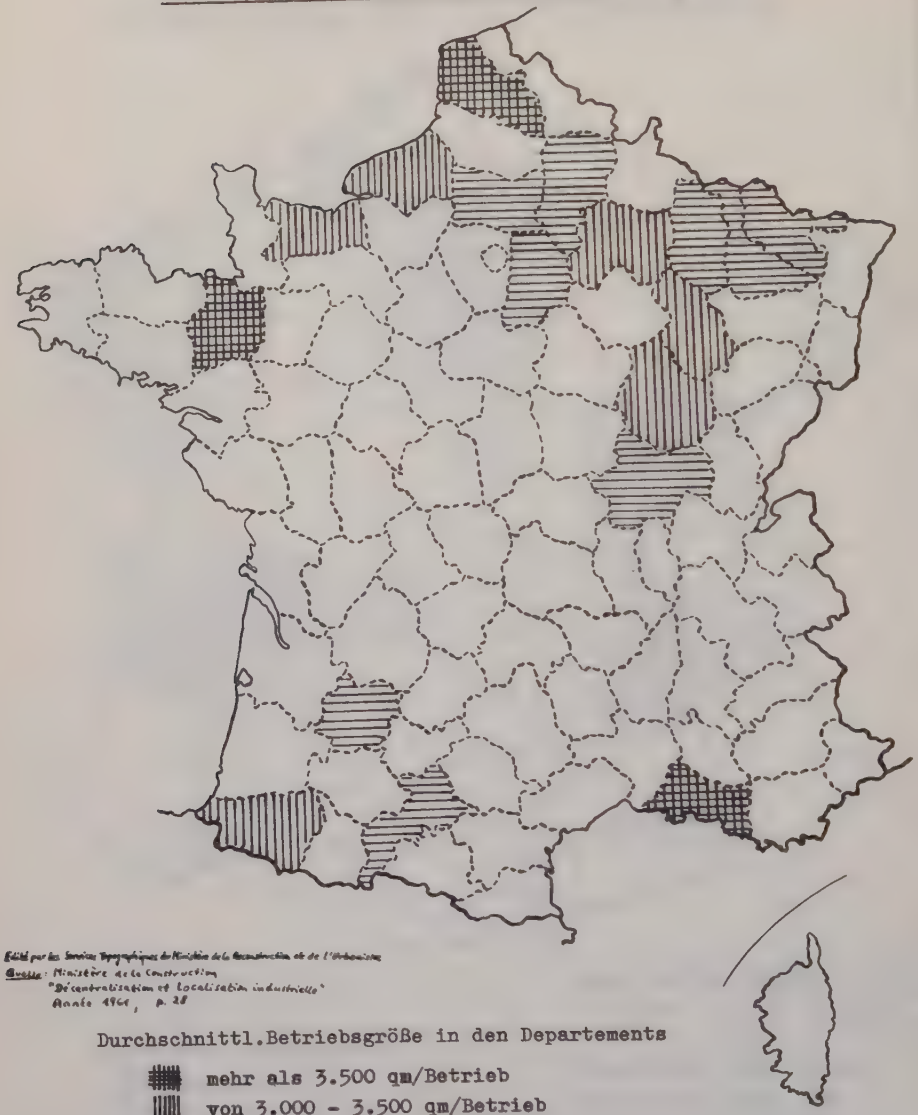


Anteil eines Departements

- mehr als 30 °/oo
- von 16 - 30 °/oo
- von 11,1 - 15,9 °/oo

Karte 9

Unterschiedliche Größe der neu errichteten Betriebe

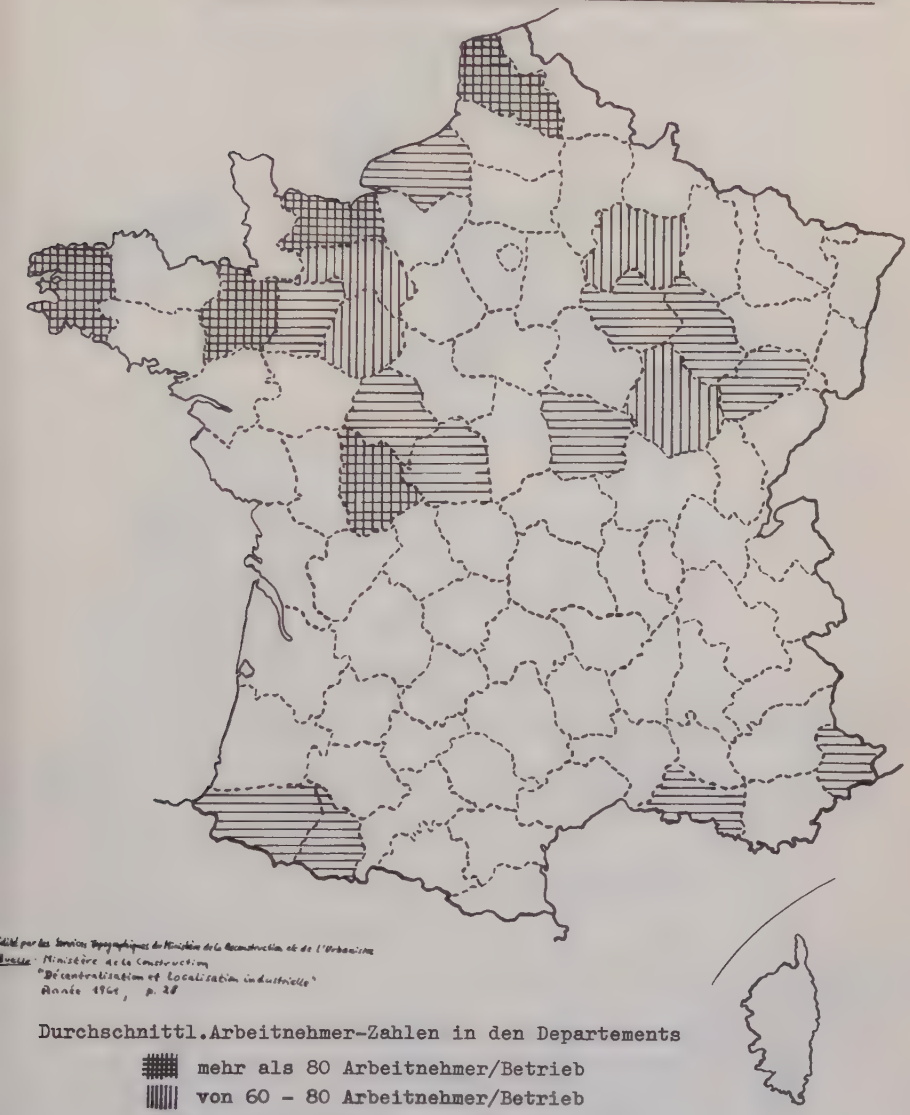


Durchschnittl.Betriebsgröße in den Departements

- mehr als 3.500 qm/Betrieb
- von 3.000 - 3.500 qm/Betrieb
- von 2.500 - 2.999 qm/Betrieb

Karte 10

Anzahl der Arbeitnehmer in den neu errichteten Betrieben



Edité par les Services Topographiques du Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme

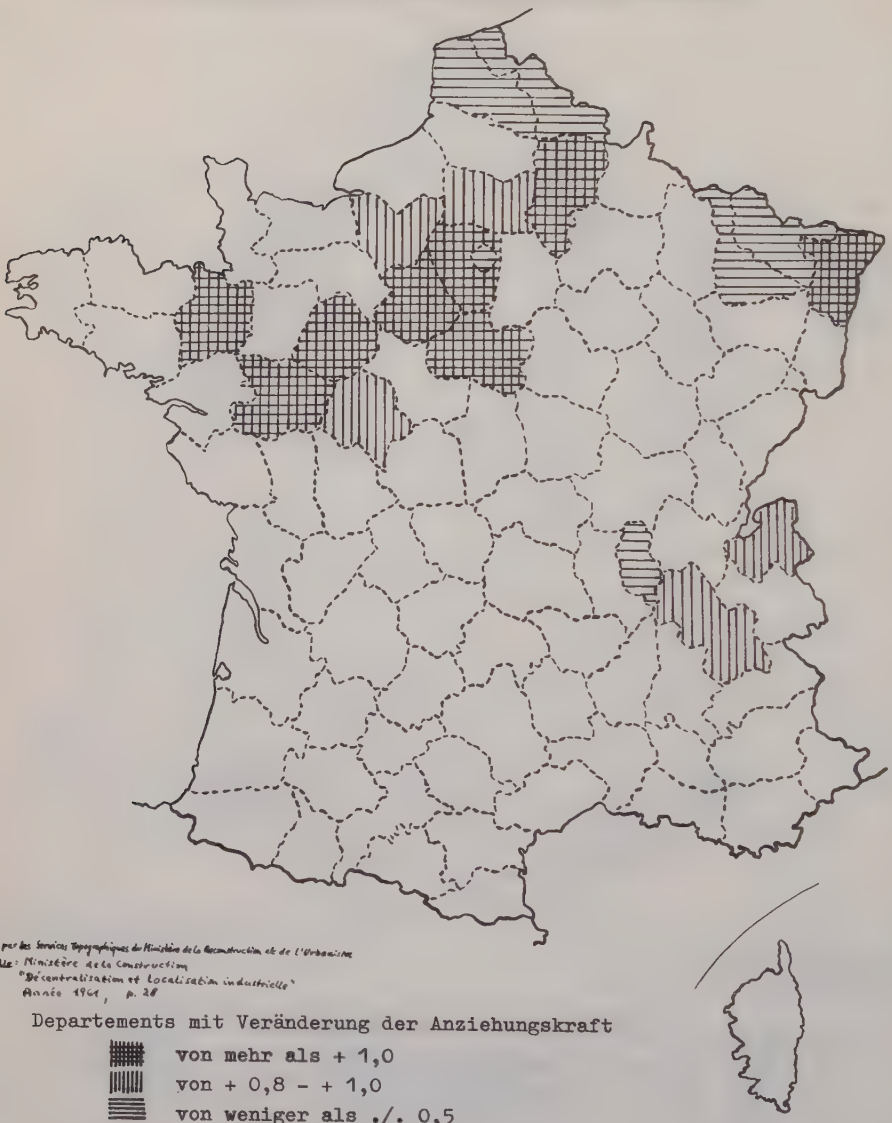
Source : Ministère de la Construction
"Décentralisation et localisation industrielle"
Année 1964, p. 28

Durchschnittl.Arbeitnehmer-Zahlen in den Departements

- mehr als 80 Arbeitnehmer/Betrieb
- von 60 - 80 Arbeitnehmer/Betrieb
- von 50 - 59 Arbeitnehmer/Betrieb

Karte 11

Zur Entwicklung der standortlichen Anziehungskraft



par les Services Topographiques du Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme
Lit: Ministère de la Construction
"Décentralisation et Localisation industrielle"
Année 1964, p. 28

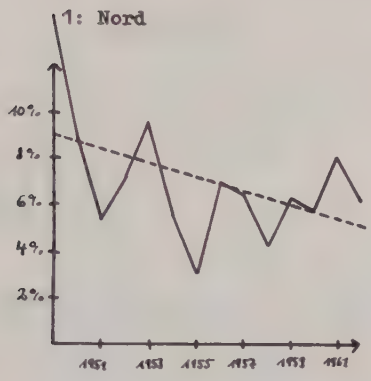
Departements mit Veränderung der Anziehungskraft

- von mehr als + 1,0
- von + 0,8 - + 1,0
- von weniger als ./. 0,5

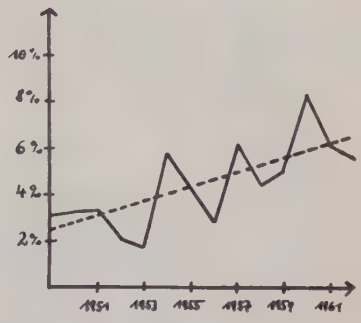
Darstellung 1 - 21

Zur Entwicklung bei der Standortverteilung von 1949-1962
(dargestellt für die 21 Regionen Frankreichs)

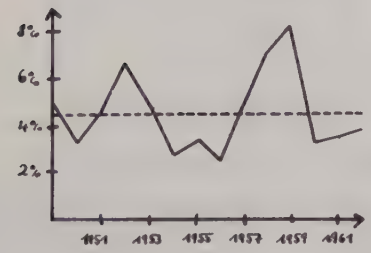
1: Nord



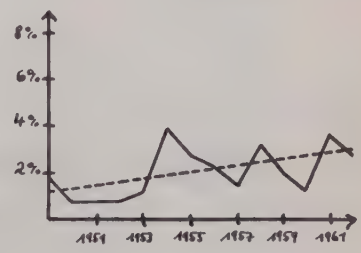
2: Picardie



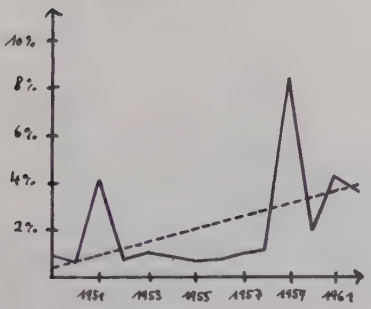
3: Haute-Normandie



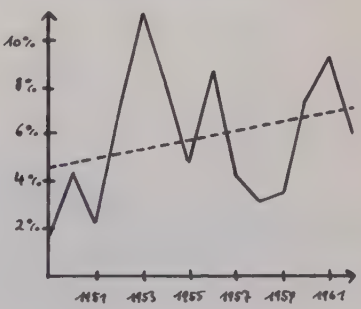
4: Basse-Normandie



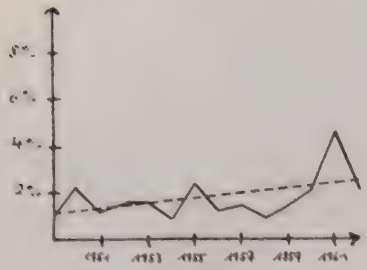
5: Bretagne



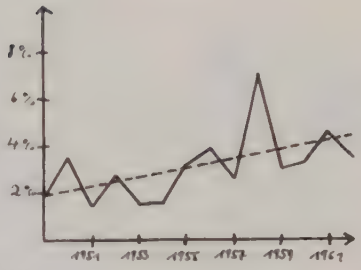
6: Pays de la Loire



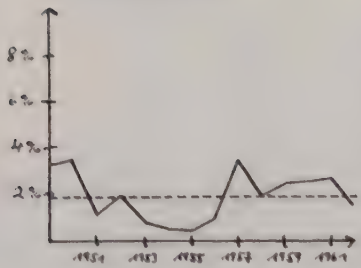
7: Poitou-Charentes



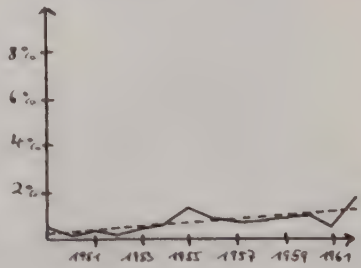
8: Aquitaine



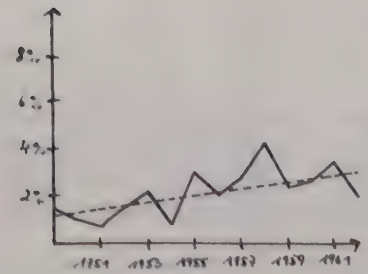
9: Midi-Pyrénées



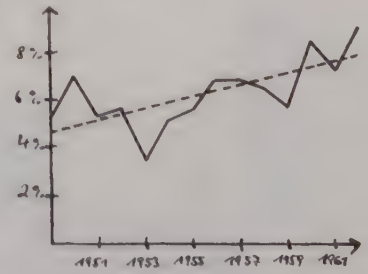
10: Limousin



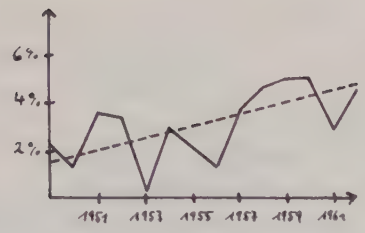
11: Auvergne



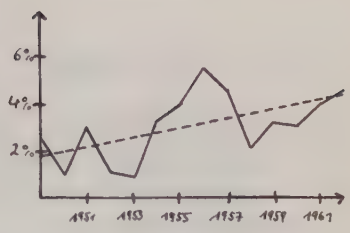
12: Centre



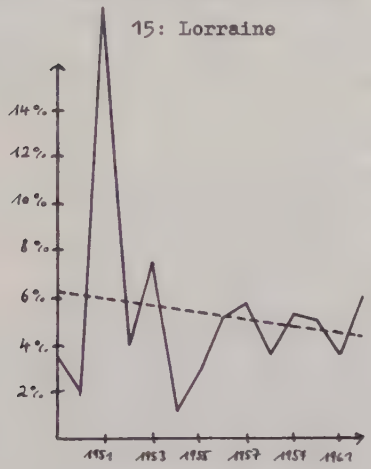
13: Bourgogne



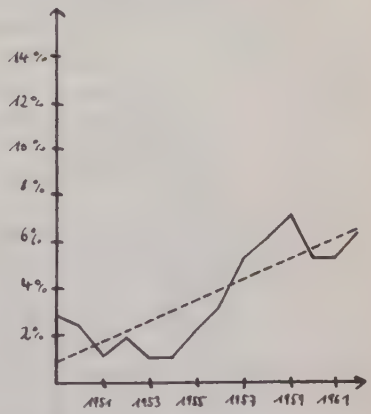
14: Champagne



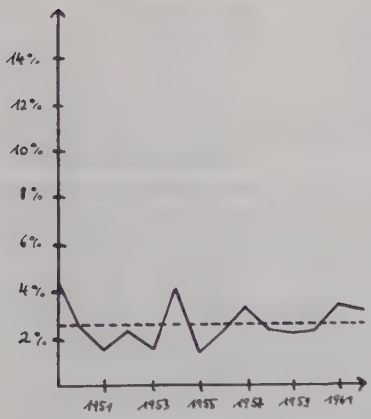
15: Lorraine



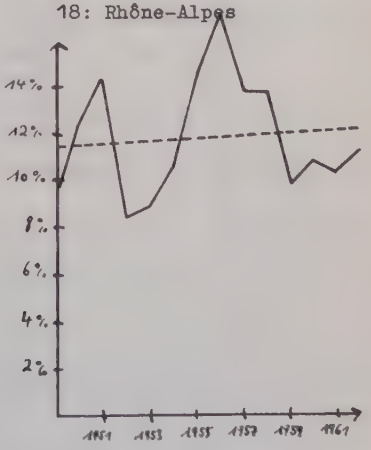
16: Alsace



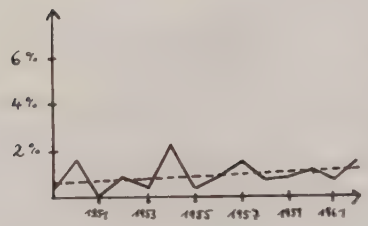
17: Franche-Comté



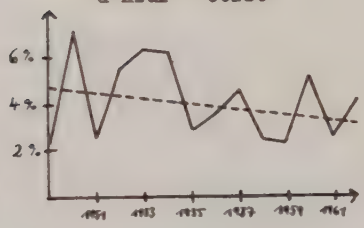
18: Rhône-Alpes



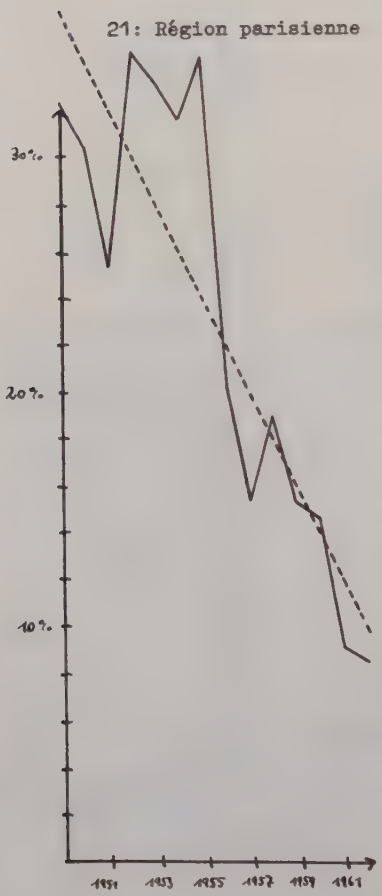
19: Languedoc



20: Provence - Côte d'Azur - Corse



21: Région parisienne



Für jede Region wurden die prozentualen Anteile an den in den einzelnen Jahren gewählten Standorten in ganz Frankreich wiedergegeben. Die gestrichelte Linie ist die Trendgerade, die aus diesen Zahlen nach der Methode der kleinsten quadratischen Abweichung ermittelt wurde.

Literatur-Verzeichnis

I. Selbständige Bücher und Schriften

Behrens, Karl Christian: Allgemeine Standortbestimmungslehre, Köln 1961.

Boudeville, Jacques-R.: Les espaces économiques, Paris 1961.

Chardonnet, Jean: L'économie française, Band I, Paris 1958;

L'économie française, Band II, Paris 1959.

Dechesne, Laurent: La localisation des diverses productions, Bruxelles 1945.

Delmas, Claude: L'aménagement du territoire, Paris 1962.

Dumontier, Jacques: L'économie française, Paris 1959.

Faucheux, Jean: La décentralisation industrielle, Paris 1959.

George, Pierre: Géographie économique et sociale de la France, Paris 1946.

Gravier, Jean-François: Décentralisation et progrès technique, Paris 1953;

Paris et le désert français, Paris 1947;

Paris et le désert français, 2., veränderte Auflage, Paris 1958.

Hoover, Edgar M.: The Location of Economic Activity, New York, Toronto, London 1948.

Jeanneney, Jean-Marcel: Forces et faiblesses de l'économie française, Paris 1956;

Tableaux statistiques relatifs à l'économie française et l'économie mondiale, Paris 1957.

Lösch, August: Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, 2. Auflage, Jena 1944.

Luthy, Herbert: A l'heure de son clocher. Essai sur la France, Paris 1955.

Maillet, Pierre: La structure économique de la France, Paris 1960.

Meyer, Wolfgang: Die Theorie der Standortwahl, Berlin 1960.

Meyer-Lindemann, Hans-Ulrich: Typologie der Theorien des Industriestandortes, Bremen-Horn 1951.

Mendès-France, Pierre: La République moderne, Paris 1962.

Mumford, Lewis: Technique et civilisation, Paris 1950.

Paulsen, Andreas: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Band I: Grundlegung, Wirtschaftskreislauf, 2. Aufl., Berlin 1958;

Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Band II: Haushalte, Unternehmungen, Marktformen, 2. Aufl., Berlin 1958;

Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Band III: Pro-

duktionsfaktoren, Berlin 1959.

Peikert, Helmut: Frankreichs Wirtschaft heute, Wiesbaden 1961.

Perroux, François: L'économie du XXème siècle, Paris 1961;

L'Europe sans rivages, Paris 1954;

Le IVe Plan français, Paris 1962.

Ponsard, Claude: Histoire des théories économiques spatiales, Rennes 1958.

Rüschenpöhler, Hans: Der Standort industrieller Unternehmungen als betriebswirtschaftliches Problem. Versuch einer betriebswirtschaftlichen Standortlehre. Berlin 1958.

Schumpeter, Joseph: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Aufl., Berlin 1952.

Tron, Ludovic: Métamorphoses de la France, Paris 1961.

Weber, Alfred: Über den Standort der Industrien. 1. Teil: Reine Theorie des Standorts, Berlin 1909.

II. Beiträge in Sammelwerken

Arndt, Helmut und Ollenburg, Günter: "Begriff und Arten der Konzentration" in: "Die Konzentration in der Wirtschaft", Herausgeber H. Arndt, Berlin 1960.

de Chamberet, G.: "Qu'est-ce que l'aménagement du territoire?" in: Cahiers du Secrétariat d'Etat à la Reconstruction et au Logement, 5. Jahrg., 3. Quartal 1956, Heft 69, S. 1-16.

Dessus, Gabriel: "Eléments d'une politique de localisation de l'industrie" in: Cahiers de la Fondation nationale des Sciences politiques, No. 7, Paris 1949, S. 13-101.

"Introduction à l'étude de la localisation de l'industrie" in: Rapports et travaux sur la décongestion des centres industriels de la Délégation Générale à l'Equipement National, Band I, Paris 1944.

George, Pierre: "Etude statistique de la répartition des travailleurs industriels en France" in: Rapports et travaux sur la décongestion des centres industriels de la Délégation Générale à l'Equipement National, Band II, Paris 1944, S. 5-52.

Hartig, Paul: "Grundfragen der französischen Wirtschaft von heute" in: Handbücher der Auslandkunde, Herausgeber Dr. Paul Hartig, Band Frankreichkunde, 3. Aufl., Frankfurt-Bonn 1962, als Sonderdruck erschienen.

Madinier, Jacqueline: "Die Politik regionaler Erschließung" in: Frankreichs Wirtschaft, Köln 1961, S. 61-70.

III. Artikel in Zeitschriften und Zeitungen

Adam, J.: "Problèmes posés par la construction d'une usine nouvelle: Chausson à Reims" in: Hommes et Techniques, Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 852-858.

Barjonet, A.: "Le quatrième plan" in: Economie et politique, November 1961, S. 49-57.

Bauchet, P.: "La politique économique régionale en France" in: L'Usine Nouvelle, November 1962, S. 21.

Bernard, Philippe J.: "La planification régionale en France" in: Revue de l'action populaire, Februar 1961, No. 145, S. 184-192.

Bertrand, René: "Quelques aspects de la notion d'espace en économie" in: Etudes et Conjoncture, 11. Jahrg., Juli 1956, No. 7, S. 666-675.

Bloch-Lainé, Fr.: "Les moyens d'une politique de développement économique régional" in: Revue économique, November 1956, Heft VI, S. 882-895.

Boustedt, Olaf: "Der Beitrag der Statistik zur Regionalforschung in Frankreich" in: Raumforschung und Raumordnung, 13. Jahrg., 1955, Heft 4, S. 223-229.

Byé, M.: "Les moyens d'une politique des économies régionales" in: Journal Officiel de la République Française - Avis et rapports du Conseil économique -, Jahrg. 1957, No. 12 vom 16. Mai 1957, S. 445-467.

Capperon, Louis: "Les voies d'eau de l'Europe des Six et la navigation intérieure française" in: L'Usine Nouvelle, März 1963, S. 67-72.

Charmont, C.: "Bilan de l'installation d'une usine parisienne en province" in: Hommes et Techniques, Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 863-868.

Creussol, R.: "L'expansion économique régional en France" in: Economie et politique, 5. Jahrg., März-April 1959, S. 86-101.

Drogat, N.: "Disparité de niveau de vie dans les départements français" in: Revue de l'action populaire, Dezember 1952, No. 63, S. 686-698.

Egner, Erich: "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortpolitik" in: Raumforschung und Raumordnung, 6. Jahrg., 1948, Heft 1, S. 3-15.

Fabra, Paul: "Les Havrais invoquent des arguments économiques et sociaux pour attirer la nouvelle usine Renault" in: Le Monde, No. 5758 vom 23. Juli 1963, S. 12.

"Pourquoi construire une raffinerie à Monterau?" in: Le Monde, No. 5718 vom 6. Juni 1963, S. 15.

Faucheux, Jean: "Problèmes concrets de la décentralisation ou la meilleure implantation le plus loin possible de la Tour Eiffel" in: Hommes et Techniques, Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 745-757.

Fonlladosa, Fernand: "Evolution des transports" in: Revue d'économie politique, 71. Jahrg., Juli-Oktober 1961, No. 4-5, S. 650-670.

Gravier, Jean-François: "La décentralisation industrielle en France et à l'étranger ou la géographie économique est devenue la géographie de l'esprit d'entreprise" in: Hommes et Techniques, Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 773-782;

"Evolution de la décentralisation" in: Problèmes économiques, No. 691 vom 28. März 1961, S. 1-8.

Guichard, Alain: "Les orateurs déplorent l'absence de doctrine gouvernementale sur l'aménagement du territoire" in: Le Monde, No. 5712 v. 30. 6. 1963, S. 16.

Heissler, Yves: Déséquilibres régionaux dans l'industrie" in: Economie et politique, 3. Jahrg., April 1956, No. 22, S. 56-68.

Hincker, M.: "Les zones régionales de salaires" in: Economie et politique, 6. Jahrg., Dezember 1960, No. 77, S. 6-30.

Jacquot, P.: "Problèmes de personnel posés par l'expansion et la décentralisation à la Regie nationale des usines Renault" in: Hommes et Techniques, Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 845-850.

Jeanneney, Jean-Marcel: "La politique économique régional" in: Jeune Patron, 15. Jahrg., Sept.-Okt. 1961, No. 148, S. 49-51;

"A la recherche de principes pour une politique nationale de développement des économies régionales" in: Revue économique, 1956, Band VI, S. 867-881.

Jerlin, A.: "La politique gouvernementale d'expansion régionale" in:Economie et politique, 6. Jahrg., Juli-Aug. 1960, No. 72-73, S. 2-13.

Lajugie, J.: "Décentralisation industrielle, reconversion et aménagement du territoire", Sonderdruck als Auszug aus der Revue juridique et économique du Sud-Ouest, série économique, 1956, No. 2.

Lauschmann, Elisabeth: "Zur Frage der 'social costs'" in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, 1959, Band 4/10, S. 193-220.

Mathelier, J.: "Le bilan de la décentralisation industrielle" in: Economie et humanisme, 11. Jahrg., Juli-Aug. 1962, No. 140, S. 53-65.

Mathieu, Gilbert: "La composition du futur Conseil importera autant que ses pouvoirs" in: Le Monde, No. 5684 vom 26. April 1963, S. 19;

"Les résultats du recensement de 1962" in: Le Monde, No. 5721 vom 9./10. Juni 1963, S. 7 + 10;

"La stagnation des décentralisations d'entreprises montre la nécessité d'une politique plus énergique" in: Le Monde, No. 5775 vom 11./12. Aug. 1963, S. 5 + 8.

Meyer, Konrad: "Die ländlichen Rückstandsgebiete Frankreichs im Rahmen der französischen Landesplanung und Raumordnung" in: Raumforschung und Raumordnung, 16. Jahrg., 1958, Heft 1, S. 24-32.

Milhau, Jules: "Mise en oeuvre des programmes d'action régionale" in: Bulletin du Conseil économique, No. 28 vom 26. Nov. 1958, S. 562-567;

"Les objectifs et les principes d'une politique des économies régionales" in: Journal Officiel de la République Française - Avis et rapports du Conseil économique -, Jahrg. 1957, No. 3, S. 53-63.

Millot, Roger: "Problème du financement du développement économique régional" in: Journal Officiel de la République Française - Avis et rapports du Conseil économique et social -, Jahrg. 1962, No. 7 vom 24. Febr. 1962, S. 387-426.

Motte, Bertrand: "Aspects actuels de l'action régionale" in: Jeune Patron, 15. Jahrg., Sept.-Okt. 1961, No. 148, S. 27-31.

Philipponneau, M.: "Etudes de localisation industrielle: l'adaptation des méthodes américaines" in: Hommes et Techniques, Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 783-788.

Ponsard, Claude:"Note sur la localisation de la firme" in: Revue économique, 1956, Band I, S. 101-116.

Ricard, P.: "Problèmes posés par le transfert des cadres et des techniciens" in: Hommes et Techniques, Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 834-839.

Rosen, G.:"Décentralisation industrielle, le pour et le contre" in: Hommes et Techniques, Aug.-Sept. 1961, No. 201-202, S. 1033-1037.

Sabrou, A.:"Problèmes posés par le passage des fabrications d'une usine à l'autre: Pathé-Marconi" in: Hommes et Techniques, Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 830-833.

Thuillier, Guy: "Croissance de la grande entreprise et décentralisation industrielle" in: Revue économique, 10. Jahrg. 1959, No. 3, S. 404-427.

Vernholes, Alain:"Le premier recensement industriel français effectué depuis cent ans concerne deux cent mille entreprises" in: Le Monde, No. 5640 vom 6. März 1963, S. 16.

Vito, Francesco: "La théorie économique spatiale et les principes de la politique régionale" in: Revue d'économie politique, 69. Jahrg., 1959, 4. Quartal, S. 855-876.

Viot, P.: "Planification et aménagement du territoire" in: Economie et humanisme, 12. Jahrg., Mai-Juni 1963, No. 146, S. 29-42.

W., L.: "Recherche opérationnelle sur la localisation d'usines" in: Hommes et Techniques, Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 809-811.

Wagner, Friedrich: "Der Wirtschaftsregionalismus in Frankreich" in: Raumforschung und Raumordnung, 8. Jahrg., 1950, S. 169-177.

N. N.: "L'amélioration de liaisons existantes peut être plus intéressante que la construction d'autoroutes déclare M. Marc Jacquet" in: Le Monde, No. 5706 vom 23. Mai 1963, S. 22;

"Un bilan de l'action des sociétés de développement régional" in: L'Usine Nouvelle, Mai 1963, S. 67;

"Le bilan des sociétés de développement régional est satisfaisant estime le Conseil économique" in: Le Monde, No. 5666 vom 5. April 1963, S. 20;

"La Bourse de l'emploi de Marseille a centralisé 64.506 offres" in: Le Monde, No. 5685 vom 27. April 1963, S. 3;

"La décentralisation industrielle" in: Patronat Français, Juni 1961, No. 208, S. 11-14;

"Le département restera la circonscription de base de l'administration" in: Le Monde, No. 5720 vom 8. Juni 1963, S. 8;

"La nouvelle tarification 'marchandises' de la SNCF bouleversera-t-elle la structure de notre économie?" in: Patronat Français, April 1962, No. 217, S. 14-19;

"Un point de vue sur les usines artificiellement transplantées" in: Hommes et Techniques, Aug.-Sept. 1958, No. 164-165, S. 827-828;

"Le rapport du comité rueff-armand" in: Economie et politique, 6. Jahrg., Oktober 1960, No. 75, S. 77-84;

"La réalité sur les écarts de salaires entre Paris et la Province" in: Entreprise, No. 223 vom 12. Dez. 1959, S. 21-27;

"Renault installera une usine au Havre" in: Le Monde, No. 5759 vom 24. Juli 1963, S. 13;

"Statistiques départementales sur les investissements" in: L'Usine Nouvelle, März 1962, S. 54-55;

"785 opérations de décentralisation industrielle réalisées en 11 ans" in: Problèmes économiques, No. 728 vom 12. Dezember 1961, S. 1-3.

IV. Dissertationen

Koch, Ernst: "Die Theorien der Standortbestimmung der industriellen Produktion unter besonderer Berücksichtigung der Theorie der ortspreisorientierten Bestimmung des Produktionsstandortes", Frankfurt 1961.

de Laguiche, Robert: "Décentralisation et aménagement régional", Paris 1961.

Renaud, Georges: "Main-d'oeuvre et décentralisation industrielle", Paris 1953.

Ripart, François: "L'aménagement du territoire - le point de vue des industriels et des collectivités locales", Paris 1955.

Thielland, Jacques: "Essai sur les données pratiques d'une politique d'industrialisation décentralisée", Paris 1956.

V. Sonstige Quellen:

Centre Interministériel d'Information: "L'aide de l'Etat pour favoriser la conversion des entreprises, l'adaptation de la main-d'oeuvre, la décentralisation industrielle et le développement économique régional", Paris 1960.

Coton: "Bilan des actions régionales (1955-1962)", projet de rapport du 7. 12. 62 de la Direction de l'expansion industrielle du FDES, nicht veröffentlicht.

Fonds de Développement Economique et Social, Comité spécialisé no. 1 ter: "Rapport d'activité pour 1955-1956-1957";

"Rapport d'activité pour 1960";

"Rapport d'activité pour 1961";

"Rapport d'activité pour 1962";

"Rapport d'activité pour 1963".

Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques: "Annuaire statistique de la France. République Française", Paris 1961;

"L'espace économique français", Paris 1955;

"Tableaux de l'économie française", ohne Erscheinungsort und -jahr.

Jeanneney, Jean-Marcel: "Les économies régionales et l'aménagement du territoire", Cours de doctorat der Faculté de Droit de Paris, année scolaire 1955/1956, als Manuskript von der Fakultät veröffentlicht.

Ministère de la Construction, Direction de l'Aménagement du Territoire: "Aménagement du territoire", Paris 1962.

"Décentralisation et localisation industrielle", année 1957;

"Décentralisation et localisation industrielle", année 1958;

"Décentralisation et localisation industrielle", année 1959;

"Décentralisation et localisation industrielle", année 1960;

"Décentralisation et localisation industrielle", année 1961;

"Décentralisation et localisation industrielles", année 1962.

Ministère de la Reconstruction et de l'Urbanisme: "Pour un plan national d'aménagement du territoire", Paris 1950.

--: "Décentralisation industrielle - Lois et décrets -" Paris 1962.

--: "Paris et la France", Aufzeichnung eines Rundgespräches, in: L'Usine Nouvelle, März 1963, S. 17-40.

L e b e n s l a u f

Am 1. Juni 1938 wurde ich, Eberhard Matiebel, als zweiter Sohn des Fabrikanten Erich Matiebel und seiner Ehefrau Hilde, geb. Goepfert, in Dresden geboren.

Ostern 1957 bestand ich das Abitur am Städtischen Gymnasium Hagen in Hagen/Westfalen. Zum Sommersemester 1957 ließ ich mich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln immatrikulieren. Zum Wintersemester 1957/1958 wechselte ich an die gleiche Fakultät der Freien Universität Berlin über. Dort bestand ich im Sommersemester 1962 die Diplomprüfung für Betriebswirte mit einer Arbeit über das kameralistische Rechnungswesen.

Im Anschluß daran studierte ich ein Jahr lang an der Faculté de Droit et des Sciences Economiques d'Aix-en-Provence der Universität Aix - Marseille, wofür ich ein Stipendium von der französischen Regierung erhalten hatte.

Nach meiner Rückkehr nach Deutschland trat ich in die Dienste der Gottwald & Co., Karton- und Papierfabrik GmbH., ein.